Nr. 1 Januar 1986 8. Jahrgang E 8080 E

Diagnosen

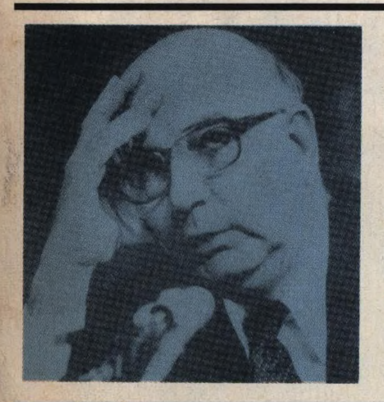
Das zeitkritische Magazin



Internationalisten:



Wer bestimmt wirklich die US-Politik?



Armand Hammer:

Milliardär als Sowjetagent

US-Bundesbank:

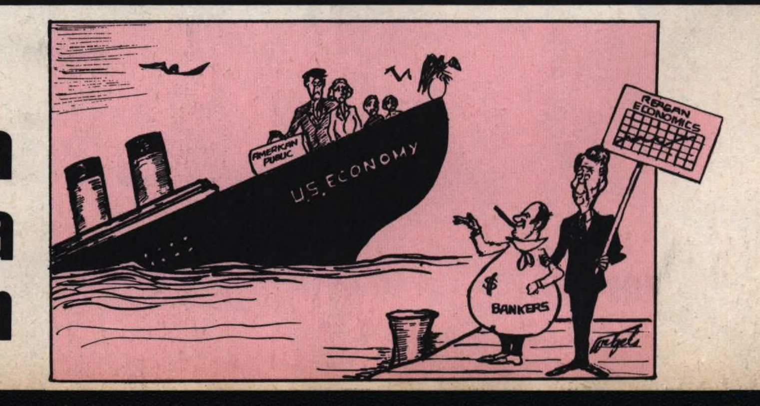
Das sind die Herrscher über den Dollar

Neuer Jalta-Plan: Sozialisten an die Macht und NATO-Austritt

Mit Terrorismus – Krieg ohne Kriegserklärung – wird die Weltmachtpolitik neu geordnet

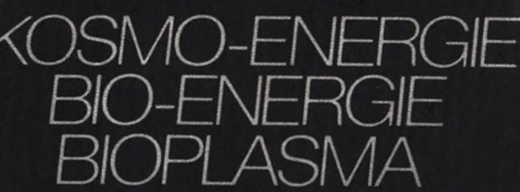
Trilaterale

Wie die Bankers Amerika und Südafrika vernichten



DM 5,–
Österreich 45 öS
Schweiz 5,50 sfr

FEUER DES LEBENS, das allgemein verständliche radiästhetisch-medizinische Bioenergielehrbuch von Dr. Josef Oberbach fesselt Wissenschaftler, Fachleute, Radiästheten, Ärzte und Heilpraktiker aufgrund seiner revolutionären Forschungserkenntnisse auf den Gebieten der Kosmo- und BIO-Energie sowie der Wunderwelt des BIOPLASMA. Aufgezeigt wird das energetische Zusammenspiel zwischen Kosmos und Erde und die »Wunderkraft des Menschen in seinem strahlenden Lebensraum«. Aus radiästhetischer Sicht vermittelt das faszinierende Buch völlig neue Perspektiven und Erkenntnisse über die Verhütungs-, Entstehungs- und Heilmethoden bei Krebs, Zuckerkrankheit, Kreislaufstörungen, Rheuma, Infarkt u.v.m. Das Buch beinhaltet die einzigartige Methode der praktischen Anwendung des von Dr. Oberbach entwickelten BIOTENSOR – dem Test- und Diagnosegerät zur Auffindung und Identifizierung von klinisch unerklärbaren Gesundheitsstörungen. Ebenso zeigt es auf, wie man die geo- und kosmopathogenen Schadstrahlungen lokalisieren, identifizieren und eliminieren kann. Es gibt praktische Hinweise auf gesundes Bauen – gesundes Wohnen, und ist ein Wegweiser bei Planung und Beratung für Architekten und Baubiologen. Sichern Sie sich die Erkenntnisse der BIOPLASMA-FORSCHUNG Dr. Josef Oberbach. Das Buch FEUER DES LEBENS gibt Ihnen den Schlüssel für Ihr körperliches, geistiges und seelisches Wohlbefinden. Es ist eine echte Lebenshilfe – notwendig wie die Wunderkraft des Menschen – sein BIOPLASMA, das »FEUER DES LEBENS«.



KOSMO-ENERGIE
BIO-ENERGIE
BIOPLASMA

FEUER DES LEBENS

DEIN BIOPLASMA
DIE WUNDERKRAFT
DES MENSCHEN

DR. JOSEF OBERBACH



ALLEINVERTRIEB BIOPLASMA-FORSCHUNG
DBF VERTRIEBS-GMBH MICHAEL GEISELER
ARABELLASTRASSE 5, (ARABELLAHAUS)
8000 MÜNCHEN 81, TELEFON 089-92 32 35 12

Bestell-Coupon Senden Sie mir: ____ Exemplar/e

FEUER DES LEBENS

Einzelpr. per Scheck DM 86,80,–
Einzelpr. per Nachnahme DM 91,50,–

Vor-/Zuname: ____________

Straße: ____________

PLZ/Ort: ____________ Tel.: ____________

JEDEN MONAT NEU! Diagnosen

+++ Leser werben Leser +++ Leser

Lieber Diagnosen-Leser,

diese Zeitschrift bemüht sich, die wichtigsten Informationen zu veröffentlichen, damit Sie wissen, was hinter den Kulissen gespielt wird. Es gibt eine internationale Gruppe, die an eine »Neuerschaffung der Welt« glaubt. Sie arbeitet in verschiedenen Gremien und unter vielen Namen: Insider, Internationalisten, Bilderberger, Illuminaten, Trilaterale, Council on Foreign Relations.

Über die Verschwörung, die zu einer Art Weltdiktatur führen soll, sollten Sie einmal nachdenken. Sie sollten auch überlegen, wie diese Pläne unser Leben beeinflussen.

Wußten Sie zum Beispiel, daß die bolschewistische Revolution 1917 von den USA und Großbritannien geplant und finanziert wurde?

Daß die USA und der Westen 95 Prozent der Technik und Finanzen für die sowjetische Wirtschaftsentwicklung beisteuerten?

Daß US-Präsident Roosevelts Berater in Jalta 1945 einschließlich Alger Hiss sowjetische Agenten waren?

Daß die Sowjet-Verfassung und die Charta der Vereinten Nationen fast identisch sind?

Daß die »Neue Weltordnung« oder »Weltregierung« der Illuminati heimlich alle Regierungen und internationalen Finanz- und politisch-wirtschaftlichen Einrichtungen zu einem marxistisch-sozialistischen Superkapitalismus manipuliert?

Die Sowjets sind in diesem Spiel nur ein verlängerter Arm der USA. Ziel ist die Eroberung der Welt und die Ein-Welt-Regierung. Es ist darum offensichtlich: Der Marxismus ist letzten Endes »Made in USA«.

Als Leser von »Diagnosen« kennen Sie bereits viele Zusammenhänge und die offene und kritische Haltung dieser Zeitschrift. Wir bitten Sie daher zu überlegen, wer aus dem Kreis Ihrer Familie, Ihrer Bekannten, Kollegen und Freunde Abonnent von »Diagnosen« werden könnte.

Für Ihre Mühe wollen wir Sie gern entschädigen: Wenn Sie uns einen neuen Abonnenten nennen, erhalten Sie als ***Prämie das Buch von Des Griffin »Wer regiert die Welt?«.***

Den neuen Abonnenten für »Diagnosen« nennen Sie uns bitte auf dem anschließenden Abschnitt. Hat der neue Abonnent die Abbuchungsvollmacht ausgefüllt oder einen Verrechnungsscheck beigelegt, senden wir Ihnen das Prämienbuch sofort zu.

Vielen Dank
Ihr
Verlag Diagnosen



Des Griffin
Wer regiert die Welt?

Verlag Diagnosen · Untere Burghalde 51 · D-7250 Leonberg

Ich habe einen neuen Abonnenten für DIAGNOSEN geworben.

Senden Sie DIAGNOSEN ab ____________ bis auf weiteres zum jährlichen Abonnementspreis von 50,– DM einschließlich Porto und Mehrwertsteuer (im Ausland DM 60,–, der Betrag wird zum Tageskurs umgerechnet) an:

Name

Vornarme

Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land

☐ Der neue Abonnent ist damit einverstanden, daß das Abonnentengeld von seinem Konto (Bank- oder Postscheckkonto) abgebucht wird.

Bank/Ort

Bankleitzahl

Kontonummer

☐ Der neue Abonnent legt einen Verrechnungsscheck über den Betrag von 50,– DM anbei (Ausland: DM 60,–, Gegenwert in ausländischer Währung zum Tageskurs)

☐ Bittet um Übersendung einer Rechnung.

Die Einziehungsermächtigung gilt bis auf Widerruf und erlischt automatisch bei Beendigung des Abonnements.

Datum

Unterschrift des Abonnenten/Kontoinhabers

Ich bin darüber belehrt, daß ich diese Bestellung des Abonnements ohne Angaben von Gründen gegenüber dem Verlag Diagnosen, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, binnen einer Woche schriftlich widerrufen kann, daß es zur Fristwahrung genügt, wenn der Widerspruch innerhalb der laufenden Frist abgesandt wird.

Unterschrift

Ich habe den neuen Abonnenten geworben und erhalte dafür das Buch »Wer regiert die Welt?«. Der neue Abonnent war noch nicht Bezieher dieser Zeitschrift und ist nicht mit mir identisch. Meine Anschrift:

Name

Vorname

Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land

In diesem H



▲ Die Achse zwischen dem Libyer Gaddafi und dem Syrier Assad ist heute der Kern des sowjet-gesteuerten internationalen Terrorismus. Abgeschirmt von Strohmännern und einem dicken Überzug von Täuschung sind dies heute die eigentlichen Trumpfkarten. **Seite 12**



Henry Kissinger hat in einem Podiumsgespräch in der Suttan-Place-Synagoge seine Pläne der Lösung der Libanon-Krise verkündet. Demnach soll der Libanon in »Großsyrien« und »Großisrael« aufgespalten werden. ▶ **Seite 37**

Die Ereignisse in Südafrika rasen auf einen furchtbaren Höhepunkt zu. Letztendlich geht es in erster Linie um die Ressourcen in diesem Land und um die Errichtung einer neuen Wirtschaftsordnung auf Druck der ▼ Bankers. **Seite 26**



eft lesen Sie:

Die Herrscher über den Dollar. Es sind sieben Mitglieder im Vorstand des amerikanischen Federal Reserve Systems. Sie werden vom US-Präsidenten ernannt und vom amerikanischen Senat bestätigt. Das Federal Reserve System ist ein Bankenmonopol unter privater Kontrolle, das sich aus zwölf regionalen Federal-Reserve-Banken zusammensetzt. Dazu gehören aber auch, obwohl sie weit weniger wichtig sind, Tausende von Handelsbanken in den gesamten USA. Hier wird einer erlesenen Gruppe von Insidern erlaubt, den Lauf der amerikanischen Wirtschaft, eigentlich der ganzen Welt, frei von äußerer »Einmischung«, zu lenken.
Seite 38

▶





◀ Hugh Hefner, der Playboy-Verleger, Billy Graham und Henry Kissinger sowie Yves Montand haben sich gefunden im Streben nach Unsterblichkeit. Sie wollen den Krieg gegen das Altern führen. Sie meinen, als sogenannte Elite berechtigt zu sein, Anspruch auf eine Lebensverlängerung zu haben. Seite 75

Die Beweise, daß mit unserer modernen Ernährung das Risiko für einen Herzinfarkt steigt, werden immer eindeutiger. Der Anteil von mehrfach ungesättigten Fettsäuren pflanzlichen Proteinen und Ballaststoffen in unserer Ernährung muß sich erhöhen. Bis jetzt werden immer noch zu wenig Ballaststoffe gegessen, dazu kommt zu viel Fleisch und zu wenig Gemüse auf den Tisch. Seite 73

▼



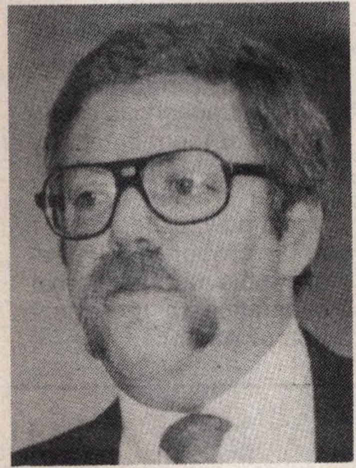
Zu diesem Heft

Neues von Bankers, Milliardären und Multis

Ekkehard Franke-Gricksch

Israel: Erfahrungen mit dem Zionismus, Seite 22

Die Nachrichten aus Südafrika, die mit rasanter Geschwindigkeit von den Medien verbreitet werden, rufen allerorts Proteste und Empörung hervor. Charles Fischbein, der Autor des Beitrages, kann nicht umhin, die Frage zu stellen, warum Israel, dessen zionistische Rassenpolitik mindestens genauso brutal ist wie die in Südafrika, dem Zorn der öffentlichen Meinung Amerikas und der anderen westlichen Staaten entgeht.



Charles M. Fischbein war 11 Jahre in der jüdischen Gemeindearbeit tätig als Direktor des Jüdischen Nationalfonds.

Tatsache ist, daß die traditionelle Presse in Amerika sich ebenso fürchtet wie jeder Politiker, Israel zu kritisieren oder auch nur die wahren Bedingungen darzustellen und zu veröffentlichen, unter denen die palästinensischen Araber in der West Bank leben.

Fischbein war vor einigen Monaten Gast der PLO in Jordanien. Dabei hat er viele Palästinenser getroffen und dokumentierte Beweise für den Terror und die Folter erhalten, die Israel gegen die Araber in Palästina begeht.

Südafrika: Der Druck der Bankers, Seite 26

Die Ereignisse in Südafrika rasen auf einen furchtbaren Höhepunkt zu. Die südafrikanische Regierung versucht ihre Kontakte zu den drei Haupthandelspartnern des Landes, die USA, Großbritannien und die Bundesrepublik Deutschland, aufrechtzuerhalten. Eine große neue Welle der Gewalttätigkeit in der Öffentlichkeit ist unter der Beteiligung von vielen Schwarzen und Asiaten in Südafrika ausgebrochen.

Zehn Länder der Europäischen Gemeinschaft, plus Spanien und Portugal, die jetzt ebenfalls Mitglieder sind, haben ihre Botschafter zurückbeordert; Australien hat seinen Gesandten zurückgezogen; Norwegen und Dänemark haben ihre Konsulate geschlossen. Der amerikanische Botschafter wurde bereits vor Monaten zurückgerufen.

In der Hitze der Erregung über die Beiruter Flugzeugentführung vor Monaten hat die Reagan-Regierung beinahe unbemerkt, über das US-Außenministerium von George Shultz, dem FBI befohlen, Südafrika auf die Liste seiner »feindlichen« Auslandsmächte zu setzen. Dies ist das erste Mal überhaupt, daß ein Land der freien Welt als eine feindliche Macht beim FBI geführt wird.

Südafrika ist heute zu einer der Hauptzielscheiben der weltweiten revolutionären Bewegung geworden, die zu Beginn unseres Jahrhunderts aufgebrochen und seit Ende des Zweiten Weltkrieges rasch an Stoßkraft gewonnen hat. Ihr Ziel ist eine Zentralisierung der politischen Macht, die zu der zunehmenden, heute fast abgeschlossenen, Zentralisierung der finanziellen Macht paßt.

Daher kann kategorisch gesagt werden, daß die »Befreiungsbewegung« der Schwarzen und die Horden von heimatlosen weißen Intellektuellen, die sie zu fördern helfen, nichts anderes sind als Versatzstücke einer Kulisse für ein politisches Kriegsdrama, dessen Zweck darin besteht, die Identität und Motive derjenigen zu verschleiern, die Südafrika jetzt durch die revolutionäre Mangel drehen, um es auf seine Eingliederung in eine geplante neue, internationale Wirtschaftsordnung vorzubereiten, die sich später als eine neue politische Ordnung, das heißt Welteinheitsstaat, entpuppen wird.

Federal Reserve System: Die Herrscher über den Dollar, Seite 38

Die sieben Mitglieder des Vorstandes des amerikanischen Federal Reserve Systems werden vom US-Präsidenten ernannt und vom amerikanischen Senat bestätigt. Eine volle Amtszeit beträgt 14 Jahre. Alle zwei Jahre beginnt eine Amtszeit, und zwar jeweils am 1. Februar von gradzahligen Jahren. Ein Mitglied, das eine volle Amtszeit dient, wird in der Regel nicht wieder ernannt.

Sechs Männer und eine Frau sind die ständigen Mitglieder eines exklusiven Insiderclubs, zu dem nur die loyalsten Funktionäre des Establishments zugelassen werden. Diese Clubmitglieder ergeben die Zusammensetzung des Vorstandes des amerikanischen Bundesbanksystems, des Federal Reserve Systems.

Das Federal Reserve System ist ein Bankmonopol in Privateigentum und unter privater Kontrolle, das sich aus 12 regionalen Federal-Reserve-Banken zusammensetzt, die ihren Sitz in Boston, New York, Philadelphia, Cleveland, Richmond, Atlanta, Chicago, St. Louis, Dallas, Kansas City, Minneapolis und San Francisco haben. Zum Federal Reserve System gehören aber auch, obwohl sie weit weniger wichtig sind, Tausende von Handelsbanken in den gesamten Vereinigten Staaten.

US-Dollar: Wie die Bankers Amerika vernichten, Seite 42

Die internationalen Bankers haben nur einen Weg, um die Rückzahlung ihrer Kredite an nichtkommunistische und kommunistische Regierungen sowie private Kreditnehmer zu erreichen, und der besteht darin, Amerika mit massiven Auslandsimporten zu überschwemmen und damit Amerikas Reichtum in die Schuldnerländer zurückzubringen, die ihn



Paul Volcker ist Präsident des Federal Reserve Systems in den USA, einer Art Bundesbank in Privateigentum.

»Diagnosen«, die Zeitschrift mit dem Vogel Phönix als Symbol. In Zusammenarbeit mit der amerikanischen Wochenzeitschrift »The Spotlight« versucht dieses zeitkritische Magazin die Leser sehr eingehend und fundiert über aktuelle politische und wirtschaftliche Belange mit Kommentaren und Analysen zu informieren. »Diagnosen« steht dafür ein weltweiter Mitarbeiterstab zur Verfügung. Neben der täglich veröffentlichten Meinung in den Medien des Establishments hat der deutsche Leser zum ersten Mal die Möglichkeit, die andere Seite der Ereignisse und Nachrichten kennenzulernen. Er hat somit die Chance, sich besser eine eigene objektive Meinung zu bilden, und er kann nun besser die politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen in Deutschland, Europa und der Welt beurteilen und einordnen.



ihrerseits an die Großbankers zurückgeben.

Im Jahr 1984 wies die amerikanische Handelsbilanz ein Rekorddefizit von 123 Milliarden US-Dollar aus. Angezogen von dem steigenden Dollar-Kurs kletterten die Importe im letzten Jahr um 26,4 Prozent auf 341,2 Milliarden Dollar. Eine grobe, oft zitierte Berechnung besagt, daß auf jede Milliarde US-Dollar des Handelsdefizits rund 24 000 verlorene Arbeitsplätze in Amerika kommen. Dies würde bedeuten, daß das Rekorddefizit – es wird 1985 noch größer ausfallen – im letzten Jahr von 123 Milliarden US-Dollar einen Preis von knapp 3 Millionen Arbeitsplätze hatte.

Angesichts des größten Handelsdefizits in der Geschichte der Vereinigten Staaten und wachsender Arbeitslosigkeit infolge der Importflut hat die anti-amerikanische Reagan-Regierung die Dreistigkeit, neue Handelsabkommen zu unterzeichnen, die noch mehr Importe ins Land bringen und noch mehr Arbeitslosigkeit verursachen.

Die Direktoren des Federal Reserve Systems verschweigen die Tatsache, daß sie persönlich geholfen haben, dieses Problem in die Welt zu setzen, und zwar durch Zinserhöhungen, die den Dollar hochgetrieben haben, und durch ihren starken Widerstand gegen Einfuhrzölle in jeder Form.

Der offizielle Bericht der Trilateralen Kommission für 1984, Nr. 28 mit dem Titel »Demokratie muß funktionieren«, ist unter persönlicher Mitarbeit von Zbigniew Brzezinski entstanden, Gründungsmitglied der Trilateralen Kommission und ehemaliger Sicherheitsbeauftragter der Carter-Trilateralen-Regierung.

Brzezinskis Bericht beklagt die Bemühungen zur Rettung amerikanischer Industriezweige. Es heißt: »Rückläufige Industriezweige, denen man das Sterben erleichtern sollte, werden am Leben gehalten.«

Der Trilaterale Bericht Nr. 28 beschreibt speziell die kommende Rationierung der Beschäftigung für amerikanische Bürger. Die trilateralen Feinde Amerikas befürworten ganz offen die Job-Rationierung, die sie als »Job-Sharing« oder Teilzeitarbeit beschreiben. Es muß eine Situation vermieden werden, wo »eine Mehrheit der Bevölkerung die traditionelle Arbeitszeit in einem traditionellen Arbeitsleben verbringt, während eine wachsende Minderheit der Bevölkerung überhaupt nicht mehr arbeitet«.

Diese Ideen sind das direkte Resultat der absichtlichen Zerstörung der industriellen Basis Amerikas. Der Trilaterale Bericht Nr. 28 erklärt: »Eine zweite Schwierigkeit, die sich aus einer Strategie zur Förderung der Arbeitsplatzteilung ergeben könnte, die ein Teil der Antwort auf die hohe Arbeitslosigkeit ist, ist die, daß einige mit einem sicheren Arbeitsplatz nicht bereit sein werden, politische Maßnahmen mitzumachen, deren Zweck die gleichere Verteilung der verfügbaren Beschäftigung ist.«

Eine neue Form des Marxismus!

Armand Hammer: Milliardär als Sowjetagent, Seite 47

Armand Hammer rühmt sich bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit öffentlich seiner angeblichen Vertrautheit und Freundschaft mit Staatspräsidenten, Prinzen und kommunistischen Diktatoren. Als sein Freund Ronald Reagan amerikanischer Präsident wurde, ließ er die derzeitige Kremlführung einen neue Ratschläge erteilenden Chor anstimmen. Doch das Weiße Haus ignorierte die Vorschläge zunächst vollkommen, und viele fragten sich, warum.



Armand Hammer rühmt sich seiner Vertrautheit mit kommunistischen Kremlführern und westlichen Staatsmännern.

Die Antwort erhielt die Öffentlichkeit schließlich doch, als die »New York Times«, die zwar Fidel Castro in Kuba an die Macht gebracht hat, aber Hammer für nicht »zuortbar« hält, die folgenden augenöffnende Erklärung veröffentlichte:

»Wie ein Mitglied aus dem inneren Kreis um den Präsidenten, der nicht namentlich genannt sein will, sagt: ›Wir wissen einfach nicht, auf welcher Seite Hammer steht‹.«

Falls einige ehrliche Skeptiker oder eingefleischte Hammerphile nicht wissen, auf welcher Seite Hammer steht, dann sollten sie die Worte von Israels Premierminister Shimon Peres zur Kenntnis nehmen: »Wir sind im Kreml anläßlich des 40. Jahrestages seines Sieges über die Nazis mittels des amerikanischen Juden Armand Hammer vorstellig geworden, der mit Lenin befreundet war.«

Hammers Botschaft in Moskau war einfach. Er versprach seinen Kumpanen im Politbüro, daß, entgegen den Wünschen Reagans, der Kreml an den Friedensgesprächen in Nahost teilnehmen könne, wenn die Sowjetunion Israel anerkenne und Botschafter austausche.

Was immer Hammer seinen bolschewistischen Genossen mitgeteilt hat, es hat funktioniert, denn kurz darauf meldete eine amerikanische Zeitung auf der Titelseite: »Sowjets signalisieren Wunsch nach Beziehungen mit Israel.«

Multi: Rückzug aus Europa, Seite 50

»Es ist wichtiger denn je, die Multinationalen zu kontrollieren«, meint Barry Seal, Mitglied des Europäischen Parlaments. »Als die amerikanischen multinationalen Firmen vor 25 Jahren nach Europa kamen, schufen sie eine Menge Arbeitsplätze und hoben den wirtschaftlichen Standard der Länder, in die sie kamen. Aber das geschieht jetzt nicht mehr. Einige der amerikanischen Multis beginnen darüber nachzudenken, aus Europa wegzuziehen und ihre Produktion in der dritten Welt zu konzentrieren. Immer mehr von ihren Investitionen geht dorthin.«

Seal weiter: »Ein Beispiel ist Kodak. Alle ihre neuen Entwicklungen, ihre neuen Erzeugnisse werden jetzt in den Vereinigten Staaten oder in Ländern der dritten Welt hergestellt. Es scheint uns, daß sie einen Plan, einen gemeinsamen Plan haben, den europäischen Markt, ihr Verteilungsnetz in Europa für Produkte zu gebrauchen, die in Amerika und in den Entwicklungsländern erzeugt werden. Das ist jedoch etwas, das einige von uns zu tolerieren nicht bereit sind.«

Und weil dieses »Verlagern« so gut klappt, hat sich der deutsche Multi Boehringer, Mannheim, nun auch entschlossen, seinen Sitz auf die Bermudas zu verlegen. Wird es Boehringers Canossa? Mehr dazu auf Seite 51. □

Vertrauliches

Nazi-Internationale

Einverstanden mit Farrakhan

Der Bürgermeister von Atlanta, Andrew Young, früher Amerikas Botschafter bei den Vereinten Nationen während der Carter-Regierung, erklärte in einem Interview mit der »Baltimore Times«, daß er mit »Neunzehntel« dessen einverstanden ist, was der Führer der »Nation des Islams«, Louis Farrakhan, sagt.

Farrakhan, der oft anti-semitische Äußerungen gemacht hat, nimmt Millionenbeträge von dem libyischen Diktator Muammar Gaddafi entgegen, und hat sich selbst als einen Bewunderer von Adolf Hitler bezeichnet.

Young nennt Farrakhan einen »legitimen Spieler im Mittelfeld des Gedankengutes der Schwarzen« und meint, sein Machtplan ist »wunderbar, weil er viele Leute beschäftigen würde«.

Young unterstrich, daß er »ihn niemals etwas gegen die Juden sagen gehört hat« . Auf die Frage, wie er bei einer umgekehrten Lage denken würde, und der Ku-Klux-Klan-Rassenhaß gegen die Schwarzen befürworten würde, erwiderte Young: »Ich habe schon immer gesagt, daß der Ku Klux Klan aus armen Weißen besteht, die ein Hauptbestandteil des sozialen und politischen Lebens in Amerika sind, und man ihnen helfen muß, anstatt sie zu hassen.« □

Insider

Zu Ehren der Montedison

Mario Schimberni, ein Sozius von Henry Kissinger und Leiter der Montedison Corp., übernahm die Schirmherrschaft für einen Empfang im New Yorker Guggenheim-Museum, der zu Ehren der weltweiten Expansion der Geschäftstätigkeit der Montedison gegeben wurde. □

Mont Pelerin-Gesellschaft

Förderung des freien Unternehmertums

Die Mont-Pelerin-Gesellschaft, ein feudalistischer »Denktank« zur weltweiten Förderung des »freien Unternehmertums«, hat ein einwöchiges Seminar in Australien abgehalten.

Die Mont-Pelerin-Gesellschaft wurde 1942 von Friedrich von Hayek gegründet. Während des Krieges diente das Zentrum als Operationsbasis des englischen Geheimdienstes SIS und seines amerikanischen Gegenparts OSS für Europa. Im Jahr 1947 entstand daraus ohne jegliche ideologische Kosmetik die »konservative« Mont-Pelerin-Gesellschaft.

Vorsitzender ist heute Erzherzog von Österreich Otto von Habsburg. Er ist ebenso wie seine Brüder Mitglied des Malteser-Ordens. □

Peru

Garcia hart gegen Terroristen

Präsident Alan Garcia von Peru benutzte eine Pressekonferenz in Cuzco dazu, sämtliche Vorschläge zurückzuweisen, wonach den gefangengenommenen Terroristen der grausamen »Sendero Luminoso« (Leuchtender Pfeil) in Peru besondere Behandlung als »politische Gefangene« eingeräumt werden solle.

Im Ausland haben amnesty international und ähnliche Organisationen sowie in Peru selbst eine Fraktion innerhalb von Garcias eigener APRA-Partei, darunter ihr Generalsekretär, Armando Villanueva, und ihr Senatsführer, Javier Silva Riestra, diese Behandlung als »politische Gefangene« für die Sendero Luminoso gefordert.

Der Terrorist begeht einen Gewaltakt, der »für mich und nach der Verfassung ein gewöhnliches Verbrechen ist«, so erklärte Garcia. Er werde, wie er schwor, eine Friedenskommission zur Behandlung des Terroristenproblems einsetzen, die »die Bedingungen für Gefangene untersuchen und auch Fühler ausstrecken könnte, um einen Dialog in Gang zu setzen, der jene, die falsch handelten, die den Pfad des Todes und der Gewalt gewählt haben, zur Korrektur ihrer Fehler bewegt«.

Inzwischen wurden zwei weitere korrupte Richter aus ihren Ämtern entlassen, und zwar im Zuge von Garcias Bemühungen, die Regierung im Zusammenhang mit ihrem Kampf gegen die Drogen zu säubern. Außerdem wurden zahlreiche Gerichtssekretäre und andere Beamte entlassen, wie das Justizministerium bekanntgab. Ihre Entlassung war von 18 Richtern des Obersten Gerichts angeordnet worden. Wie der Präsident des Obersten Gerichts erklärte, wird »die Säuberungsaktion nicht eher zu Ende sein, bis daß die Gerichtsbarkeit ihre Ehrlichkeit und Unparteilichkeit in der Anwendung der Rechtsprechung wieder erlangt hat«. □

Deutschland

Wie sieht die Zukunft aus?

RIIA, das Royal Institute for International Affaires in London, hat eine Sondergruppe eingesetzt, die die Aufgabe hat, die Zukunft Deutschlands zu untersuchen. Sie ist eine von mehreren solcher Sondergruppen, die auf dem Boden des Vereinigten Königreichs von Großbritannien eingesetzt wurden. □

Kirche

Erotische Kraft in der Gemeinde

Pater Andrew Greeley, der in der Vergangenheit offen dafür eingetreten ist, daß Priester zu einer »erotischen Kraft in der Gemeinde« werden müssen, und die Verwendung von Drogen und Sex in religiösen Ritualen gefordert hat, gab jetzt einen Bericht heraus, der behauptet, daß Amerikas Katholiken die Lehren der Kirche bezüglich Sex, Ehescheidung und Geburtenkontrolle ablehnen.

Wie Greeley sagte, hat er den Bericht jetzt wegen der außerordentlichen Synode veröffentlicht, die Papst Johannes Paul II. einberufen hatte. Mit der Bemerkung, daß die Synode anscheinend ein Versuch des Papstes sei, die »Reformen« des Zweiten Vatikanischen Konzils zu widerrufen, erklärte Greeley, daß die in seinem Bericht enthaltenen Angaben darauf hindeuten, daß »dies wenig bewirken wird. Ein Regime des Terrors wird die Laienschaft nur verletzen und sie nicht zur Rückkehr zu der alten Kirchendisziplin bewegen. Langfristig wird eine solche Reaktion eine sich im Chaos befindliche Kirche nur noch chaotischer machen«. □

Mithras-Kult

Das Hobby eines Kardinals

Der österreichische Kardinal König besuchte Rom, um an einem Privattreffen von Anthropologen teilzunehmen. In früheren Jahren war König selbst Anthropologe und hat umfangreiche Studien über den Mithras-Kult gemacht. □

Bruno Kreisky

Pakt mit Trilateralen und Libyen

Bruno Kreisky, der frühere österreichische Bundeskanzler, hat während seines Aufenthaltes in Palma di Majorca sich mit Spitzenvertretern der europäischen Trilateralen Kommission getroffen, um die Bildung eines »Pan-Mediteranischen Paktes« zu erörtern, zu dem auch Libyen gehören soll. □

UdSSR

Invasion der Türkei als Manöver

Eine sowjetische Invasion der Türkei war Zweck von Manövern, die von sowjetischen Trup-

pen durchgeführt wurden, wie in »Janes Defence Weekly« berichtet wurde. Unter dem Codenamen »Kavkaz 85« verliefen die Manöver bis 200 km vor die Grenzen der Türkei und des Irans. Im Mittelpunkt der Übungen zu Land und in der Luft stand eine Spezialtruppen-Offensive für Tiefeneindringung. □

Tunesien

Verschwörung des Schweigens

Aus tunesischen Geheimdienstquellen war zu erfahren, daß es eine »internationale Verschwörung des Schweigens gegen Tunesien« gibt, und zwar gegenüber dem vom Internationalen Währungsfonds (IWF) ausgeübten Einschränkungsdruck, einer Streikwelle, einer von Libyen ausgehenden Invasionsbedrohung und massiver Infiltration von Aufständischen im Solde Libyens. In tunesischen Regierungskreisen ist man zu dem Schluß gekommen, daß international vereinbart wurde, die Krise sich voll auswachsen zu lassen, so daß sie nicht mehr rückgängig zu machen ist. □

Schweiz

Gewerkschaftler zahlen für Südafrikas Revolutionäre

Als vor einigen Monaten die schwarze Bergarbeiter-Gewerkschaft Südafrikas den Grubengesellschaften mit Streik drohte, kündigte sie in mehreren südafrikanischen Zeitungen an, daß ihrem Streikaufruf gegebenenfalls 500 000 Schwarze Folge leisten würden. Als der Streik dann tatsächlich beginnen sollte, sprach die schwarze Bergarbeiter-Gewerkschaft indessen nur noch von 60 000 Anhängern.

Tatsächlich sind insgesamt weniger als 10 000 Schwarze in den Streik getreten, so daß von einem wirklichen Streik, der auch nur Teile der südafrikanischen Minen lahmgelegt hätte, im Ernst kaum gesprochen werden kann. Die Gewerkschaftsleitung sah sich denn auch eilends veranlaßt, den Streik kaum nach dessen Ausrufung wieder abzubrechen.

Diese für Kenner durchaus voraussehbare Entwicklung hinderte den in der Schweiz von linken Kräften aufgebauten »Solidaritätsfond für den sozialen Befreiungskampf in der dritten Welt«, Solifonds, nicht, der südafrikanischen Bergarbeiter-Gewerkschaft unverzüglich einen Betrag von 40 000 Schweizer Franken zu überweisen.

Auf einem Seminar für Entwicklungsfragen teilte Rudolf H. Strahm, Zentralsekretär der SPS und treibende Kraft im Solifonds mit, die Transferierung dieses Betrages müsse, weil eine offene Überweisung strafbar sei, auf illegalen Wegen erfolgen. Der Solifonds verfüge indessen über genügend Beziehungen, um die unverzügliche Transferierung dieser Summe auf illegalen Wegen sicherzustellen.

Der Solifonds wurde Mitte 1982 vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB), von der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (SPS), vom Schweizerischen Arbeiterhilfswerk (SAH) sowie weiteren entwicklungspolitischen Organisationen ins Leben gerufen. Als Koordinatorin und Sekretärin wirkt seit November 1982 Frau Ginevra Signer, ehemals langjährige Mitarbeiterin beim Christlichen Friedensdienst (CFD) und Mitglied des Schweizerischen Friedensrates. Sie wurde seinerzeit dem Solifonds als »erfahrene und stabile Aktivistin der Friedensbewegung« zur Wahl empfohlen.

Präsident des Solifonds ist Marco Mona, Zürich. Aufgrund der finanziellen Kraft der Träger des Solifonds ist davon auszugehen, daß es vor allem schweizerische Gewerkschaftsmitglieder sind, die mit ihren Beiträgen an ihre dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Gewerkschaften die Aktivitäten des Solifonds – gewollt oder ungewollt – sicherstellen. □

Pentagon

Weinbergers Versteckspiel

Der amerikanische Verteidigungsminister, Caspar Weinberger, wurde von Journalisten gefragt, welche Schritte das amerikanische Militär zur Unterstützung der Bemühungen des peruanischen Präsidenten, Alan Garcia, zur Drogenbekämpfung unternehmen könnte. Weinberger, der in Dallas am Konvent der »American Legion« teilnahm, antwortete kurz: »Wir unterstützen diese Bemühungen. Wir sind dabei, nach Wegen einer verbesserten Koordination zu suchen. Jegliche Erhöhung der Militärhilfe für diese Regierungen und ihren Bemühungen wird durch den Kongreß begrenzt.« □

Greenpeace

Zusammenarbeit mit Aga Khan

Die Anti-Atomkraft-Gruppe Greenpeace, die erwiesenermaßen Beziehungen mit dem sowjetischen KGB hat, darunter der Top-»US-Handhaber«, Georgji Arbatow, arbeitet auch eng mit der »Bellerive-Gruppe« des Prinzen Sadrudin Aga Khan in Genf zusammen.

Ein Mitarbeiter des Prinzen sagte kürzlich, daß Greenpeace der Bellerive-Gruppe dabei gehofen hat, ihre internationale Konferenz über »atomare Nichtweiterverbreitung« in Genf abzuhalten.

Aga Khan, der den »Ismaili-Kult« weltweit koordiniert, zählt zu den reichsten Männern der Welt und finanziert Projekte von so genozidorientierten Organisationen wie dem Club of Rome und der pro-sowjetischen Pugwash-Bewegung in Genf. Auch er ist ein guter Freund von Henry Kissinger und Robert McNamara. □

ADL

Aktivitäten in Frankreich

Die Anti Defamation League der B'nai B'rith-Loge (ADL), ein politischer Zweig der auf allerhöchster Ebene tätigen Rauschgiftschmuggler, »weitet jetzt die Aktivitäten massiv in Frankreich aus«, wie aus Paris berichtet wurde. □

Brot für die Welt

Dekan bricht mit Hilfswerk

Von jeder für das evangelische Hilfswerk »Brot für die Welt« gespendeten Mark werden nach Einschätzung des Stuttgarter Dekans Rolf Scheffbusch »etwa 15 Pfennig für Projekte verwandt, die letztlich revolutionärer Bewußtseinsbildung dienen«.

Scheffbusch, einer der führenden deutschen Evangelikalen und Sprecher des württembergischen Pietismus in der EKD-Synode, erhob seine Vorwürfe nach einem Gespräch zwischen Vertretern und Kritikern der evangelischen Hilfsaktion in Stuttgart. Scheffbusch erklärte, solange diese gefährliche Entwicklung andauere, »empfehle ich persönlich jedem, der mich fragt, andere Hilfsorganisationen zu unterstützen«.

Die Begegnung in Stuttgart diente der Klärung von Vorwürfen, die vor kurzem der württembergische Theologe Wilfried Veeser erhoben hatte. Ihnen zufolge seien »viele Millionen Mark« zur Unterstützung revolutionärer Prozesse in der dritten Welt verwandt worden.

Die Kritik am Finanzgebaren der Hilfsorganisation wurde auch von anderen kirchlichen Verbänden artikuliert. Die Evangelische Sammlung forderte »Brot für die Welt« zur Abkehr von »jedem Versuch und jeder Versuchung auf«, sich »zum Sozialtroß irgendeiner Machtveränderungspropaganda« machen zu lassen, und machte eine weitere Unterstützung ausdrücklich von »erkennbaren Kurskorrekturen« abhängig.

Die Kritik scheint erste Wirkung zu zeigen! Das Diakonische Werk erklärte, es könne zwar das Diakonieverständnis der konservativ orientierten Evangelischen Sammlung nicht teilen, »wonach alle diakonischen Tätigkeiten auf die Hilfe für notleidende Mitchristen beschränkt sein sollten«. Es seien jedoch dem Verteilerausschuß von »Brot für die Welt« Fehler unterlaufen. Diese würden, »soweit bekannt, unverzüglich korrigiert«. □

Vertrauliches

Südafrika

USA abhängig von Rohstoffen

Das amerikanische Bureau of Mines hat in einer Erklärung dreizehn Mineralien benannt, die für Wirtschaft und Rüstungsindustrie der USA von erheblicher Bedeutung sind, die jedoch zum größten Teil nur aus dem Ostblock oder aus Südafrika importiert werden können. Es handelt sich dabei um Chrom, Kobalt, Mangan, die Metalle der Platingruppe und Berillium.

Während diese Mineralien zum Teil auch aus der Sowjetunion importiert werden könnten, seien die USA bezüglich Industriediamanten nahezu ausschließlich von Importen aus Südafrika abhängig. Wertmäßig betragen die USA-Importe strategischer Metalle einen Betrag von rund einer Milliarde US-Dollar jährlich.

In der Erklärung werden gesteigerte Bemühungen der USA bezüglich Vorratshaltung an strategischen Rohstoffen angeregt. Außerdem enthält sie die Aufforderung, vermehrte Bemühungen zur Suche von Rohstoffen innerhalb der USA selber anzustrengen. Dem Recycling von Rohstoffen und der Entwicklung von Ersatzstoffen sei ebenfalls erste Priorität einzuräumen. □

Neo-Konservative

Die Trilateralen unter anderem Namen

Alle die großen Namen unter den rechtsgerichteten Sozialdemokraten und der »neo-konservativen« Bewegung in den Vereinigten Staaten haben sich um ein neues, außenpolitisches Magazin »The National Interest« geschart, das vierteljährlich erscheint. Desgleichen gehören zu diesem Kreis so bekannte Mitglieder der Trilateralen Kommission wie Henry Kissinger und Zbigniew Brzezinski, die beide für den sowjetischen Einfluß in der amerikanischen Politik, insbesondere in der Außenpolitik tätig sind.

Im Aufsichtsrat des neuen Magazins sitzen unter anderem die ehemalige UNO-Botschafterin Jeane Kirkpatrick, der ehemalige Chef des Rates der Wirtschaftsberater Martin Feldstein, der in der Carter-Ära tätige Midge Decter, der Herausgeber der »New Republic« Charles Krauthammer und der Militärkritiker Ed Luttwak und natürlich Henry Kissinger.

Die erste Ausgabe, unter der Redaktion des altgedienten Sozialdemokraten Irving Kristol, enthält Leitartikel aus der Feder des früheren Carter-Sicherheitsberaters Zbigniew Brzezinski und des stellvertretenden amerikanischen Verteidigungsministers Richard Perle. □

Drogen

Kostenlose Abgabe in New York?

»Legalisieren wir Drogen«, so lautete die Botschaft in einem in der »New York Times« veröffentlichten Artikel mit der Überschrift »Zehn Wege, um New York City zu einem Ort höherer Lebensqualität zu machen«.

Die »Times« räumte dem »Journalisten, Rechtsanwalt und Autor«, Sydney Zion, Platz ein, damit er hinsichtlich Drogensüchtiger und ihrer Verbrechen schreiben konnte: »Was wäre denn dabei, wenn wir ihnen die Drogen gäben und die Ärzte die Drogen kostenlos und bedingungslos verabreichen ließen. Drogensüchtige, die wir fest im Griff haben, sind keine Gefahr mehr für uns.« □

Schulden

Entscheidung von »Fall zu Fall«

Das amerikanische Außenministerium hält an seinem Vorgehen »von Fall zu Fall« gegenüber den ibero-amerikanischen Ländern fest, die ihre Schulden nicht bezahlen können, über die der Internationale Währungsfonds (IWF) die Volkswirtschaften dieses Kontinents »eine nach der anderen« isoliert und zerstört.

Der stellvertretende Staatssekretär, Elliott Abram, ist Autor eines internen Dokuments über dieses Thema, wie die »Washington Post« berichtet. Das Vorhandensein dieser Denkschrift wurde von einem Sprecher des amerikanischen Außenministeriums bestätigt.

In der Denkschrift heißt es: »Die wirtschaftlichen und damit verbundenen Krisen in Südamerika und der Karibik sind schwerwiegend und angesichts der begrenzten US-Ressourcen nur schwer anzupacken. Wir behandeln sie auf einer Von-Fall-zu-Fall-Basis und versuchen dabei, Katalysatoren, keine Agenten, für den Wandel zu sein.« □

DDR

Geheimdienst an Bonner Mord beteiligt?

Haben DDR-Leute einen führenden Politiker der bundesdeutschen FDP im Jahr 1963 getötet? Wie aus einem demnächst erscheinenden Buch hervorgeht, hat der Geheimdienst der DDR oder der Sowjetunion Wolfgang Döring, den stellvertretenden Vorsitzenden der FDP, im Juli 1963 ermordet.

Die Anklage wird von Erich Mende erhoben, dem ehemaligen Bundesvorsitzenden der FDP, der den Tod von Döring untersucht und festgestellt hat, daß Döring wenige Stunden vor seinem plötzlichen Tod sich mit einem bekannten DDR-Journalisten zum Abendessen getroffen hat. Wie Mende sagt, hat der Ostdeutsche wahrscheinlich Döring vergiftet, der einige Stunden später an Herzversagen starb.

Wie Mende enthüllt, hat Döring für den BND, den bundesdeutschen Auslandsspionage-Abwehrdienst, gearbeitet und sei für die östlichen Dienste ein Abschußziel Nummer eins gewesen – nicht nur wegen seiner Stellung im Bundesnachrichtendienst, sondern auch wegen seiner Parteiposition.

Erst nach Dörings plötzlichem Tod wurde dem pro-sowjetischen Trend in der FDP, um Walter Scheel, Wolfgang Mischnick, dem derzeitigen Außenminister Hans-Dietrich Genscher und dem früheren Bundesinnenminister Gerhard Baum, mehr Geltung verschafft. Dieser ultraliberalen Politik wird heute der Umstand zugeschrieben, daß Ostspione in hohe Bonner Regierungsstellen eindringen konnten. □

Merrill Lynch

Die unsichtbare Hand

In der Sitzung hinter geschlossenen Türen während des Prozesses um den »Pizza-Connection«-Rauschgiftring in Lugano haben zwei FBI-Sonderagenten Merrill Lynch und E. F. Hutton als Maklerhäuser genannt, die nach ihren Feststellungen die Einnahmen aus dem in New York City Anfang des Jahres 1985 aufgedeckten Drogenrings »gewaschen« haben.

Wie die beiden FBI-Beamten bezeugten, haben sie 1981 und 1982 den Geldverkehr zwischen New York und der Schweiz im Zusammenhang mit den »Pizza-Connection«-Drogengeschäften untersucht, was sie an die Türschwelle der beiden Maklergiganten geführt hat.

Die beiden FBI-Agenten sagten, daß sie Hinweisen von Beamten des US-Rauschgiftdezernats gefolgt seien, die sich auf die Verbindungen zwischen den fünf großen Mafia-Familien New Yorks und den Wirtschafts- und Finanzinstitutionen der Stadt bezogen hätten.

Die Aussagen der zwei Amerikaner dauerten fünf Stunden, wobei sie erläuterten, wie das Geld zwischen den New Yorker und Schweizer Banken »gewaschen« wird; Namen von Beteiligten wurden ebenfalls genannt.

Bis 1981 stand Merrill Lynch unter der Leitung von Donald Regan, dem jetzigen Stabschef der amerikanischen Regierung im Weißen Haus. □

Zitate

Schulmeister

Ronald Reagan, US-Präsident: »Seit den siebziger Jahren hat sich die Sowjetunion einer militärischen Aufrüstung gewidmet, die bei weitem jede vernünftige Definition ihrer Verteidigungs-Notwendigkeit überschreitet. Diese Politik hat dem sowjetischen Volk schwere Kosten aufgebürdet. Jede Woche sterben russische Sodaten in Afghanistan, während zugleich der sowjetische Lebensstandard sinkt.«

Schwäche

David Irving, britischer Historiker: »Obwohl die Deutschen zahlenmäßig die größte Volksgruppe in den Vereinigten Staaten bilden, sind sie so zerstritten und desorganisiert, daß keine Washingtoner Regierung ihre politische Reaktion fürchten muß. Zu keiner Zeit im Zweiten Weltkrieg fühlte sich Präsident Roosevelt von den Millionen deutsch-amerikanischer Neubürger unter den Wählern zurückgehalten oder eingeschüchtert, während die ›Polnische Stimme‹ viele seiner Entscheidungen beeinflußte und für seine Wiederwahl im Jahre 1944 ausschlaggebend war. Mehr noch, diejenigen mit frischem deutschem Blut in ihren Adern, wie Henry Morgenthau, Dwight D. Eisenhower und sein Chef des Stabes, Walter Bedell Smith, ließen nichts unversucht, um zu beweisen, daß sie amerikanischer als Amerikaner, päpstlicher als der Papst waren.«

Deutsches Reich

Franz Josef Strauß, bayerischer Ministerpräsident: »Es wäre natürlich, sich vorzustellen, was geschehen wäre, wenn Österreich nicht aus Kostengründen und aus Gründen besonderer Rücksichtnahme auf Preußen auf die Einführung des Zündnagelgewehrs verzichtet hätte. Dann hätte nämlich die österreichische Armee die Schlacht von Königgrätz gewinnen können – Bismarck wäre gescheitert, und wahrscheinlich wäre ein föderativ strukturiertes Reich mit der Hauptstadt Wien entstanden. Ob aber dieses großdeutsche Reich das europäische Gleichgewicht weniger gestört hätte als das kleindeutsche Bismarck-Reich, ist zumindest sehr zweifelhaft.«

Geschichte

Richard v. Weizsäcker, Bundespräsident: »Unsere Geschichte und unsere geopolitische Lage haben es uns selbst und unseren Nachbarn schwer genug gemacht mit unserer Nation. Aber auch für uns bleibt die Nation ein unentbehrliches Fundament des menschlichen und politischen Gemeinwesens.«

Europa

Margaret Thatcher, britischer Premierminister: »Frankreich wird immer Frankreich bleiben, Großbritannien wird immer Großbritannien bleiben, und ich glaube, Deutschland wird immer Deutschland und Holland wird immer Holland bleiben. Ich nehme an, daß die politische Union Europas nicht ein Verschwinden der Nationalstaaten bedeutet.«

Selbstbestimmung

Henri Froment-Meurice, früherer französischer Botschafter in Bonn: »Im Grunde hat die französische Politik die Problematik der deutschen Frage nicht vollkommen verarbeitet. Auf der einen Seite unterstützt sie das Recht der Deutschen auf Selbstbestimmung. Auf der anderen Seite erweckt sie den Eindruck, nur Immobilismus zu wünschen und jede Bewegung zu fürchten. Diese aber ist eine Tatsache. Wer sie ignoriert, riskiert, die Deutschen zu verlieren. Wer sie bewahren will, muß den Mut haben, einzugestehen, daß die deutsche Selbstbestimmung nicht länger Theorie bleiben kann und es im Interesse aller drei westlichen Alliierten liegt, sie aktiv zu betreiben. Das Problem ist nicht mehr die Entwicklung, sondern die Richtung, die sie nehmen wird. Bemühen wir uns, ihr die bestmögliche zu geben.«

Christentum

Richard v. Weizsäcker, Bundespräsident: »Der Glaube der Juden ist ein Teil unseres Glaubens geworden. Wer versucht, ein Christ zu sein, wird scheitern, wenn er vom Gott der Juden nichts weiß.«

Tempelberg

Teddy Kollek, Bürgermeister von Jerusalem: »Wir haben die Situation am Tempelberg nicht geändert. Der Tempelberg steht unter arabisch-islamischer Administration. Trotz unerhört starken Drucks einiger israelischer Kreise gelang es uns, den Jahrhunderte alten Status quo auf dem Tempelberg zu erhalten. Die Tatsache allein, daß wir es den Mohammedanern ermöglichen, ihr Leben so zu gestalten, wie sie es wollen, und besonders ihnen den Tempelberg überlassen, ist einer der Gründe für die Ruhe, die in Jerusalem herrscht und die wir und andere so sehr in unserer Stadt schätzen.«

Abtreibung

Rita Süssmuth, Bundesfamilienministerin, CDU: »In der Frage der Neuregelung des Paragraphen 218 im Rahmen der Krankenkassenfinanzierung wird ja eine Normenkontrollklage gefordert von denen, die sagen, ich kann es aus Gewissensgründen nicht verantworten, daß mit meinen Beiträgen Abtreibungen finanziert werden. Ich weiß nicht, ob wir solche Gewissenskonflikte vermeiden, wenn statt einer Finanzierung aus Krankenkassenbeiträgen die Kosten des Schwangerschaftsabbruchs in Fällen der Notlagenindikation durch die Sozialhilfe bezahlt werden, die ja aus den von den Bürgern bezahlten Steuern finanziert wird. In erster Linie muß es darum gehen, im Sinne des Gesetzes zu handeln und das heißt, Mißbräuche abzustellen. Und wir müssen Bedingungen schaffen – wie wir es ja auch tun –, die verhindern, daß schwangere Frauen aus wirtschaftlichen Gründen in eine soziale Notlage geraten.«

Moskau

Helmut Kohl, Bundeskanzler: »Insgesamt bin ich der Auffassung, daß die sowjetische Führung mehr als dies in der Vergangenheit der Fall gewesen ist, die Fehler und Unzulänglichkeiten des sowjetischen Wirtschaftssystems erkennt. Sie möchte zweifellos in den nächsten Jahren wirtschaftliche Fortschritte erreichen. Äußerungen von Gorbatschow über den Lebensstandard in der Sowjetunion und über neue wirtschaftspolitische Zielsetzungen weisen darauf hin, daß er dem Lande höhere Rüstungsausgaben nach Möglichkeit ersparen möchte. Reagan und die Verbündeten sind sich der Chancen bewußt, die sich hier für die Abrüstungsverhandlungen möglicherweise bieten.«

Technik

Johannes Rau, nordrhein-westfälischer Ministerpräsident: »Wir sehen nun, daß der Fortschritt seinen Preis hatte. Bei aller Zufriedenheit mit verbreiteter materieller Sicherung, mit einer Fülle von Freiheits- und Selbstentfaltungschancen, von denen frühere Generationen nur träumen konnten, sehen wir die Gefahr, daß eine sich selbst überlassene Technik zur Zwangsjacke, wenn nicht gar zum Todesurteil für uns selbst und die uns umgebende Natur werden könnte.«

Gott

Erhard Eppler, SPD-Bundestagsabgeordneter: »Gerade wenn wir uns klarmachen, wie wenig wir wissen über die Reaktion der Natur auf unsere Eingriffe, wird uns klar, daß wir mit all unserer Macht doch wohl nicht Alleinunternehmer in der vier Milliarden alten Firma Natur geworden sind, sondern so etwas wie ein Mitunternehmer, ein Juniorchef. Ob wir leben und überleben können, hängt davon ab, ob wir zum alten Chef ein leidlich gutes Verhältnis finden.«

SDI

Michail Gorbatschow, sowjetischer Parteichef: »Im Grunde genommen besteht die Frage: ob die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es erlauben wird, daß das materielle und wissenschaftliche Potential ihres Landes zur Realisierung der gefährlichen militärischen Pläne im Weltraum genutzt wird oder aber ihr Ansehen und ihren Einfluß geltend machen wird, um zur Herbeiführung gegenseitig annehmbarer Vereinbarungen in Genf beizutragen.« □

Terrorismus

Krieg ohne Kriegs-erklärung

Peter Blackwood

Im Juli 1985 hielt der amerikanische Präsident Ronald Reagan eine Rede vor der amerikanischen Bundesanwaltskammer zum Thema Terrorismus, die in den Medien des Establishments in Amerika sowie auch in Europa kaum Erwähnung fand. Hinzu kam, daß zu diesem Zeitpunkt gerade das Flugzeug der amerikanischen Fluggesellschaft TWA, Flug-Nr. 847, mit einer Anzahl amerikanischer Staatsbürger als Geiseln festgehalten wurde. Reagan rügte in dieser Rede die terroristischen »Kriegshandlungen« gegen die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten, Aktionen »von strategischer Tragweite«, die von »einer Kerngruppe radikaler und totalitärer Regierungen, einer neuen internationalen Version der Mord-GmbH«, angeführt werden. Reagan bezeichnete den Iran, Libyen, Nordkorea, Kuba und Nicaragua als die am unmittelbarsten, doch nicht ausschließlich in die Terrorismuswelle verwickelten Länder und wies darauf hin, daß alle diese Länder »enge Beziehungen« zur Sowjetunion unterhalten.

Das strategische Ziel der Terroristen sei, so der amerikanische Präsident, die Vereinigten Staaten zu isolieren und ihren Einfluß im Nahen Osten und anderen Bereichen zu zerschlagen, »die Vereinigten Staaten zu verunsichern, unsere Außenpolitik zu zersplittern und zu wandeln, Zwietracht zwischen uns und unseren Verbündeten zu säen, befreundete Dritte-Welt-Länder zu bedrohen, die mit uns bei der friedlichen Regelung regionaler Konflikte zusammenarbeiten, und schließlich den amerikanischen Einfluß aus den Gebieten der Welt zu beseitigen, wo wir auf stabile und demokratische Regierungen hinarbeiten.«

Terrorismus als Kriegsersatz

Ob die Vereinigten Staaten dieser Explosion des Terrorismus mit einer wirksamen und erbarmungslosen Politik entgegentreten werden, die einem solchen nicht erklärten Kriegszustand angemessen ist, oder ob sich die vom US-Außenministerium geforderte Beschwichtigungspolitik durchsetzen wird, ist nun der wichtigste Ausgangspunkt weltweiten Manövrierens und des politischen Nahkampfes seit dem Jalta-Abkommen von 1945. Die Machtverwalter der Sowjetunion im Westen versuchen einen »Neuen Jalta«-Kuhhandel zu organisieren, um die Welt zwischen den östlichen und westlichen Oligarchien aufzuteilen. Sie suchen, US-Präsident Reagan eher auf ein reines »Krisenmanagement« gegenüber dem Terrorismus zu beschränken als auf eine Strategie der Kriegsführung.

Für Moskau läuft das auf eine modernisierte Version des Hitler-Stalin-Paktes hinaus, wodurch sich Josef Stalin in seiner durchtriebenen Bauernschläue Zeit erkaufte, um sich für den Krieg vorzubereiten..

Im Januar 1985 verkündete Marschall Ogarkow den sowjetischen strategischen Spielplan in einer Rede vor Truppenverbänden in der DDR, deren Botschaft viele Spitzen-Militärs und Militär-Strategie-Analytiker im Westen sich immer noch hysterisch weigern zu begreifen.

»Die Imperialisten«, so behauptete Ogarkow, »schickten sich an, die Sowjetunion zu zerstören, und die Sowjetunion werde alle nötigen Maßnahmen ergreifen, so daß man sie nie wieder, wie das 1938 der Fall war, ungewappnet überraschen werde.«

Ogarkow ist der Verfasser eines strategischen Kriegsgewinnplanes, dessen erste Phase – Einsatz des Terrorismus als Kriegsersatz – bereits in Kraft ist.

Während der Verhandlungen zur Befreiung der amerikanischen Geiseln im Libanon manövrierten die westlichen Befürworter des »Neuen Jalta« – US-Außenminister George Shultz, NATO-Generalsektretär Lord Carrington, Carringtons ehemaliger Geschäftspartner Henry Kissinger, der Genfer US-Unterhändler Max Kampelman, US-Botschafter in Bonn Richard Burt – das Weiße Haus in tödliche Kompromisse hinein, die, wenn es so weitergeht, die Vereinigten Staaten in genau jenen geschwächten Zustand der Isolation bringen werden, den Reagan in seiner Rede von der Anwaltskammer beschrieb.

Zu den bei den Ereignissen im Umfeld der TWA-847-Entführung und auch in der Rede des Präsidenten offenbarten Kompromissen gehören: Das Weglassen von Syrien, als der US-Präsident in seiner Rede die Liste terroristischer Staaten zitierte. Das war eine »Bezahlung« an den syrischen Präsidenten Hafez Assad für die unversehrte Befreiung der 39 amerikanischen Geiseln. Es geschah zum selben Zeitpunkt, als Syriens Stellvertreter, die Terroristengruppe »Islamischer Heiliger Krieg« (Iihad) drohte, sieben weitere der übriggebliebenen amerikanischen Geiseln zu foltern und zu töten.

Ein weiterer Kompromiß bestand in der Ernennung von Richard Burt zum US-Botschafter in Bonn. Burt ist ein Hauptverfechter der »Neuen-Jalta«-Beschwichtigungspolitik. Dazu gehört auch die Aufforderung der Spießgesellen des US-Außenministerums im Weißen Haus, alles hinzugeben, einschließlich der Strategischen Verteidungsinitiative (SDI), um mit den Sowjets am Genfer Verhandlungstisch »Fortschritte« zu erzielen.

Mit geringen Ausnahmen am Rande ist der internationale Terrorismus heute ein politisches Werkzeug der Sowjets, der Erfüllung des gegenwärtigen »Ogarkow-Einsatzplanes« untergeordnet.

Kommandozentrale der Terroristen

Nach Moskaus eigener Doktrin bedeutet eine Vorkriegsmobilisierung der Art, wie sie gegenwärtig im Sowjetreich im Gange ist, bereits Krieg gegen den designierten Hauptfeind, die Vereinigten Staaten. Ziel dieses Kriegsplanes ist, Moskau bis spätestens 1988 zur Hauptstadt eines neuen Weltreiches zu machen, das als Nachfolger der Reiche von Rom und Byzanz angesehen wird.

Die sowjetische Weltmachtpolitik fordert darum: Erstens, die Ausweitung der sowjetischen Vorherrschaft auf den Iran und den arabisch-israelischen Nahen Osten, das westliche Kontinentaleuropa, die strategischen Rohstoffe Afrikas sowie den Subkontinent Asien.

Zweitens, die Degradierung der Vereinigten Staaten zu einer Macht zweiter Klasse, was sich leicht erreichen läßt, wenn man



Gaddafi und Syriens Präsident Assad sind ein Aktivposten im internationalen Terrorismus.

US-Truppen in Ibero-Amerika ins Messer lokaler Rebellionen laufen läßt.

Drittens, die Vertreibung der USA als bestimmenden Faktor aus den asiatischen Randzonen.

Die vorgeschlagene »Neue-Jalta«-Vereinbarung erfordert, daß sich die Bundesrepublik Deutschland aus der NATO zurückzieht, indem man dort Moskaus Komplizen, die Sozialistische Internationale, an die Macht bringt. Wenn man derart ein immer noch nominell unabhängiges Westdeutschland dem sowjetischen Dunstkreis einverleibt, gewährleistet das, daß Gesamtosteuropa ebenfalls bald dem sowjet-strategischen Machtbereich anheimfällt.

Das sowjetische Militärpotential ist dazu da, entweder die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten, bis zur schrittweisen Kapitulation einzuschüchtern, oder, wenn das mißlingt, bis spätestens etwa 1988 einen thermo-nuklearen Blitzkrieg zu beginnen. Zu diesem Zweck befindet sich das Sowjetreich gegenwärtig praktisch im Kriegszustand mit den Vereinigten Staaten. Nur in diesem Zusammenhang kann man die Eskalation des sowjet-gesteuerten Terrorismus verstehen.

Wichtigste sowjetische Fronteinsatzzentrale des Terrorismus ist das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) der »Deutschen Demokratischen Republik«. Diese Einrichtung wurde ab etwa 1943 von den Sowjets aufgebaut und ist um das Gerippe und das gefangene Personal der sogenannten Brandenburg-Division der Nazi-Abwehr und der Fremdnationalitätenabteilung der Dienststelle VI von Walter Schellenbergs Geheimdienst im Reichssicherheitshauptamt geformt worden.

Bulgarien ist der wichtigste Arm des KGB im Ostblock bei Operationen im Zusammenhang mit Terrorismus.

Der aktuelle Konflikt

Hauptquartier des MfS beim Einsatz des internationalen Terrorismus ist die Regierung von Syrien. Die Beziehung zwischen diesen beiden resultiert aus der Ausweitung der Operationen der Brandenburg-Division auf die arabische Welt, durch Persien bis zur Sikh-Minderheit in Indien. Das Potential der Brandenburg-Division und der Dienststelle VI des Reichssicherheitshauptamtes in diesem Gebiet wurde aufgebaut, indem man sich dort früherer Netze des deutschen Außenministeriums und des Marine-Geheimdienstes zunutze machte.

Das gegenwärtige sowjetische Ausmaß der Verwicklung in den internationalen Terrorismus datiert insbesondere vom Zeitraum zwischen 1967 bis 1969 her mit dem Aufstieg von Juri Andropow zum KGB-Chef. Unter seiner Leitung begann der KGB durch Bulgarien seine zunehmende Rolle im internationalen Drogenhandel zu spielen und stieg allmählich durch das MfS in den internationalen Terrorismus ein. Der relative Status des MfS unter den Ostblock-Geheimdiensten wurde qualitativ aufgewertet.

Die MfS-Assad-Achse ist heute der Kern des sowjet-gesteuerten internationalen Terrorismus. Wenn man von den nach Bulgarien führenden Pfaden absieht, gibt es in der heutigen Welt keinen nennenswerten Terrorismus, der nicht unter der gemeinsamen Leitung des MfS und der syrischen Regierung zum Einsatz kommt.

Auch der Terrorismus der Iraner und Sikhs befindet sich in erster Linie unter MfS-syrischer Leitung, obwohl die Sowjets zum Sikh-Terrorismus auch durch korrupte Unterabteilungen des britischen SIS Zugang haben.

Muhammar Gaddafi ist ein Aktivposten in diesem Netzwerk und beherbergt in Libyen Tausende von ostdeutschen Spezialisten, die sein Leben schützen und bei der Ausbildung europäischer und anderer Terroristengruppierungen behilflich sind.

Abgeschirmt von Strohmännern und einem dicken Überzug von Täuschung, sind die baskischen, katalanischen und andere Separatistenbewegungen ebenso wie die Roten Brigaden, Action directe und ähnliche Terroristenbanden Trümpfe der Sowjetunion, die hauptsächlich durch das MfS und Syrien kontrolliert werden. □

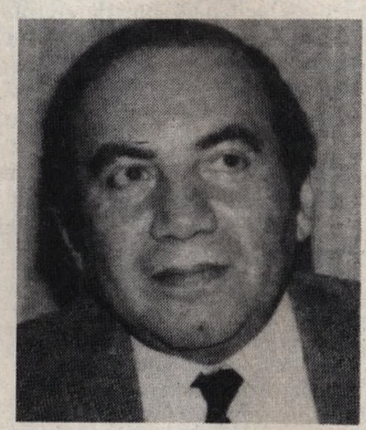
USA

Wer bestimmt die Politik?

Warren Hough

Die vom FBI-Direktor William Webster angeordnete Spionageabwehr-Untersuchung hat beunruhigende Tatsachen zutage gefördert, die darauf hindeuten, daß der innere Zirkel von doppel-agierenden amerikanischen Regierungsbeamten, die mit dem Mossad, dem israelischen Geheimdienst, in Verbindung stehen, größer und einflußreicher ist, als bisher angenommen wurde.

Dieses Netzwerk ausländischer Agenten, das innerhalb der amerikanischen Verwaltungsbürokratie arbeitet, wie es heißt, ohne Wissen des US-Präsidenten Ronald Reagan und oft entgegen seinen Wünschen, soll die US-Strategie manipuliert und unterminiert haben, und zwar auf eine Weise, die den amerikanischen Steuerzahler Milliarden Dollars kostet. Es gibt Schätzungen, nach denen es sich dabei um zweistellige Milliardenbeträge handelt.



Joseph Churba gehört als altgedienter Mossad-Agent zum sogenannten »Harmageddon-Netzwerk« in den USA.

Einflußnahme auf Entscheidungen

Ein Reporter der amerikanischen Zeitung »The Spotlight«, der Zugang zu einigen der klassifizierten Daten aus dieser Untersuchung erhalten hat, stellte fest, daß sie auch das Vorhandensein von ausgeklügelten Verbindungslinien belegen, die unter den Mossad-Zellen in der amerikanischen Hauptstadt bestehen.

Eine solche Gruppe soll von Richard Perle angeführt werden, dem mächtigen zweiten Verteidigungssekretär für internationale Sicherheitspolitik, sowie seinem ersten Stellvertreter, Stephen Bryen. Der Perle-Bryen-Ring soll eine führende Rolle dabei gespielt haben, die Militärpolitik nach den Wünschen Israels zu verändern.

Eine andere Zelle soll von Michael Ledeen angeführt werden, einem Berater im Weißen Haus, der Sicherheitsnachforschern wegen seiner Verbindungen zu zwei ausländischen Geheimdiensten bekannt ist, sowie einem altgedienten Mossad-Agenten, Joseph Churba. Die Ledeen-Churba-Zelle hat ihre Bemühungen darauf konzentriert, die Entscheidungen zu beeinflussen, die im Nationalen Sicherheitsrat der USA und anderen politischen Gremien des Weißen Hauses getroffen werden.

In voneinander getrennten Untersuchungen ist Ledeen mit dem SISMI, dem skandalumwitterten italienischen Geheimdienst in Verbindung gebracht worden, sowie mit dem Mossad. Perle und Bryen sind als »strategische Aktiva« des israelischen Geheimdienstes identifiziert worden.

Psychologischer Krieg gegen arabische Nationen

Obwohl die Verbindungen verschiedener Zellen mit dem Mos-

USA

Wer bestimmt die Politik

sad seit einiger Zeit bekannt sind, hat das FBI sie für separate Einheiten gehalten. Jetzt hat eine detaillierte Prüfung ein gemeinsames Muster aufgedeckt, wodurch diese Mossad-freundlichen Zellen untereinander verbunden sind.

Die wichtigste Leitung ist in der Person von Barbara Ledeen aufgetaucht, der alten Kollaborateurin und Frau des Doppelagenten Michael Ledeen. Mrs. Ledeen wurde von den »Spotlight«-Quellen als eine Beraterin des US-Verteidigungsministeriums identifiziert, die von Perle und Bryen eingestellt worden war.

»Dies bedeutet, daß die Durchdringung des Pentagon unter Perle und das Wabennetz im Weißen Haus unter Ledeen integrale Bestandteile eines größeren israelischen Unternehmens sind«, so erklärte ein Sicherheitsbeamter, der die Einzelheiten der Prüfung kennt.

Diese Ansicht wird durch Berichte von Informanten bestärkt, die andere Verbindungen zu verschiedenen, Mossad-belasteten Kreisen hervorheben. Wie diese Quellen sagen, haben Bryen und Ledeen 1979 und Anfang 1980 gemeinsam an einem psychologischen Kriegsfeldzug gegen verschiedene arabische Nationen gearbeitet, vor allem gegen Saudi-Arabien.

Mit Hilfe von nationalen amerikanischen Nachrichten-Organisationen, die für ihre Israel-freundliche Einstellung bekannt sind, in der Hauptsache gehört dazu auch das »Wall Street Journal«, haben Bryen und Ledeen Stories in die angesehene Presse eingeschleust, mit denen suggeriert wurde, daß Saudi-Arabien einer Ära schwerer Probleme entgegensähe: Aufuhr, Terrorismus, Unzufriedenheit, Krieg und Insolvenz.

»All dies ist eingetreten – die Unstimmigkeit, die Gewaltakte, der Terrorismus, der Bankrott – aber nicht in Saudi-Arabien, wo es von Bryen und Ledeen vorausgesagt wurde«, so der Sicherheitsbeamte. »Es geschah in Israel, das alle die Kalamitäten, eine nach der anderen, erlebt hat, die seine Agenten für arabische Nationen prophezeit hatten.«

Doch patriotische US-Beamte, Amerikas eigenen Zielen und Interessen treu ergeben, hat die Ironie dieser auf Israel umgeschlagenen Prognose nicht erheitert.

Langfristige Konsequenzen

»Wenn man es sich genau ansieht, hat der Mossad unsere Politik und unsere Prioritäten in ein Chaos verwandelt«, so ein ehemaliger FBI-Agent, der jetzt als Anwalt für ein Kreditbüro in Kalifornien arbeitet. »Wir brauchen die Freundschaft und die Kooperation der erdölreichen, anti-kommunistischen Regierung im Persischen Golf. Aber es ist uns nie gelungen, zu einer Verständigung mit ihnen zu kommen, weil die erste Priorität unserer Außenpolitik darin bestand, Israel in seinen Auseinandersetzungen mit den Arabern zu unterstützen.

Wir brauchten Frieden in Nahost, aber als Israel beschloß, 1982 in den Libanon einzumarschieren, wurden wir im Gefolge der israelischen Kriegsmaschinerie mitgeschleppt. Unser damaliger Außenminister, Alexander Haig, hatte sein Amt anscheinend durch die Intrigen des Mossad erhalten und unterstützte den Angriff auf den Libanon vorbehaltlos. Das Resultat war ein Disaster.«

Erfahrene Beobachter der Situation in Nah- und Mittelost bestätigen diese Bewertung der amerikanischen Position und sorgen sich um die langfristigen Konsequenzen.

Michael Saba, Autor von »The Armegeddon Network«, einem Bestseller über den Kampf zur Entfernung eines Doppelagenten, Stephen Bryen, aus seiner einflußreichen Position in Washington, schreibt in seinem Buch: »Selbst wenn man berücksichtigt, daß es in unserem Land eine unverhältnismäßig große Anzahl von israelischen Operationsleuten gibt, ist der Mossad in der Manipulation der amerikanischen Politik einzigartig erfolgreich gewesen. Er hat die Formulierung der strategischen Entscheidungen in Mittelost beeinflußt. Er wußte, wie man politische Maßnahmen niederschlägt, die Israel nicht genehm waren – und manchmal auch ihre politischen Urheber.«

Der Ministaat in Nahost verdankt zu einem guten Teil seine Stärke, die er in Washington ausüben kann, der Tatsache, daß viele Regierungsprojekte und Entscheidungen von zwielichtigen »Consultants« produziert werden, deren Identitäten nicht auf den offiziellen Unterlagen erscheinen.

»Aufregung gab es jüngst, als entdeckt wurde, teilweise dank des in ›Spotlight‹ erschienenen Berichts, daß Michael Ledeen, ein hoher politischer Berater im Außenministerium und Nationalen Sicherheitsrat, auf der Gehaltsliste des italienischen Spionagedienstes steht«, wie ein hoher UN-Diplomat äußerte, der, wie andere in diesen Bericht verquickte Quellen, darum bat, nicht mit Namen zitiert zu werden.



Die Planung der strategischen Politik im Pentagon ist von doppelt-loyalen Bürokraten unterwandert.

»Es kam zu einer Vielzahl von Untersuchungen, und wir entdeckten zu unserer Überraschung, daß Ledeens Ehefrau Barbara eine einflußreiche Person im Verteidigungsministerium war, die einen hochdotierten Beraterjob in dem Büro innehatte, das von Richard Perle und Stephen Bryen geleitet wurde.«

Es geht auch um Riesensummen Geld

Der Name Barbara Ledeen ist niemals auf irgendeiner offiziellen Liste der Beamten oder Angestellten der US-Regierung erschienen, wie diese Quellen angeben.

»Ihre Anwesenheit im Pentagon ist niemals bekanntgemacht worden«, so der Diplomat. »Sie war einfach da und bezog ein aus Steuermitteln finanziertes Gehalt von 60 000 US-Dollar für ihre Mithilfe bei der Erstellung der Verteidigungspolitik – ein Einflußfaktor ohne sichtbares Vorhandensein.«

»Spotlight«-Quellen haben Mrs. Ledeen als eine altgediente Doppelagentin identifiziert, die von einem Pentagonberater angeheuert wurde, während er an einem Public-Relations-Projekt arbeitete, das beweisen sollte, daß Israel einen »gültigen biblischen Anspruch« auf das rechtlich im Besitz der Araber von Palästina befindliche Land hat.

Doch nach Meinung von Experten rechtfertigt dies nicht die Geheimhaltung, mit der so kontroverse Berater geschützt werden. »Perle, Bryen und Mrs. Ledeen«, so Saba, »haben Macht über strategische Entscheidungen, bei denen es um Riesensummen von öffentlichen Geldern ging, die von den amerikanischen Steuerzahlern kassiert wurden – und vielleicht verschwendet werden. Die Zeit ist gekommen, daß ein vollständiger Rechenschaftsbericht vorgelegt wird, wie wichtige politische Grundsätze im Pentagon zustandekommen und natürlich auch über die Personen, die hinter ihnen stehen.« □

Das Buch von Michael Saba »The Armageddon Network« ist für 9,95 US-Dollar erhältlich bei Liberty Lobby, 300 Independence Ave., SE, Washington, D.C. 20003, USA.

USA

Unterminierung der Außenpolitik

Warren Hough

Sind gebürtige Amerikaner nur mittelmäßige Führungspersönlichkeiten? Stimmt es, daß es ihnen an intellektuellen und charakterlichen Fähigkeiten fehlt, um weltweite politische und wirtschaftliche Entscheidungen zu treffen?

Wie zu erfahren ist, soll ein geheimer amerikanischer Polizeibericht diese Fragen mit einem »Ja« beantworten. Diese erschreckende, 92 Seiten starke Geheimdienststudie hat unter den Insidern der US-Regierung beträchtliches Aufsehen erregt, weil das Papier einen Bereich der Politik – der von Tag zu Tag umfangreicher und gewichtiger wird – umreißt, in dem sich US-Präsident Ronald Reagan und die israelische Lobby gegenüberstehen.

Das Netz von Doppelt-Loyalen

Seit Monaten gibt es Gerüchte, daß sich innerhalb des Washingtoner Sicherheits-Establishments eine tiefe Kluft gebildet hat. Eine Handvoll hoher Beamter des Weißen Hauses, die normalerweise die Unterstützung des Präsidenten genießen, werden gegen das Netz von »doppelt-loyalen« Bürokraten ausgespielt, von denen die meisten als politische Analytiker, Einschätzer von Nachrichtendienst-Aktivitäten und Strategieplaner im zweiten Glied tätig sind und nunmehr effektiv bestimmen, was auf der Tagesordnung der amerikanischen Regierung in außenpolitischen Angelegenheiten und der Verteidigungsstrategie zu stehen hat.

Ein »Spotlight«-Reporter hat ein vertrauliches Gespräch mit Nachrichtendienstlern geführt, die zum Teil nach einer langen



Mit US-Außenminister George Shultz ist die israelische Lobby in Washington am stärksten vertreten.

Karriere erst kürzlich ausgeschieden und jetzt im privaten Sicherheitsgewerbe tätig sind oder zum Teil noch aktiv im Dienst stehen. Daher hat der Reporter Berichte aus erster Hand über dieses Drama hinter den Kulissen des Weißen Hauses erhalten.

»Offen gestanden, die Schwierigkeiten haben bereits unter den Demokraten angefangen«, so Martin Lee Baker, der während der ersten Amtsjahre Carters Computer-Analytiker beim Nationalen Sicherheitsrat war und heute für eine kalifornische Beratungsfirma arbeitet. »Admiral Stansfield Turner wurde zum Leiter des CIA berufen – nicht nur, um ihn zu führen, sondern auch um nach dem Watergate-Skandal eine Säuberung durchzuführen – und Turner trat sein Amt an, die Hand am Abzugshahn.«

»Er feuerte etwa ein Dutzend Unerwünschte, die als Mossad-Wühlmäuse verdächtig waren, und das war ein Schritt in die richtige Richtung. Aber er feuerte auch Hunderte von geheimen Untergrundleuten, Kommando-Spezialisten und Außendienstlern. Die Säuberung wurde zu einem Aderlaß.«

Verbindung zu Kissinger

Andere Quellen behaupten, die Situation verschlechterte sich zusehends. »Zu der Zeit, als Reagan sein Amt antrat, saßen überall in Washington Mossad-Informanten«, so ein ehemaliger FBI-Agent, der 1984 als ein »vollkommen desillusionierter Mann« seinen Abschied nahm und jetzt für einen Rüstungskonzern an der Westküste der USA arbeitet. »Sie hatten genug Macht,um zwei hundertprozentige Israel-Fürsprecher auf Schlüsselpositionen der Nationalen Sicherheit zu holen: Alexander Haig, der US-Außenminister wurde, und Richard Allen, als Chefberater für nationale Sicherheit im Weißen Haus.«

Wie bekannt ist, stammen Haig und Allen aus dem inneren Kreis um Henry Kissinger. »Sie wissen, wie sich Israels Forderungen mit denen der Chase Manhattan Bank koordinieren lassen«, erklärte Henry Boehm, der ein sogenannter »Übergangsbeamter« im Schatzamt zu Beginn der ersten Amtsperiode von Reagan war und jetzt als privater Anlagemanager tätig ist. »Aber sie wußten wenig über Amerikas eigene Interessen. Es war eine traurige Lage – der Krebs der Untreue verbreitete sich nicht durch die unteren Glieder der Bürokratie, sondern durch den Kopf.«

Wie berichtet wird, reichte die Palette im ersten Reagan-Kabinett vom »hundertprozentigen Fürsprecher« für Israel wie Haig und Allen, die unter Kollegen als die »Mossad-Mannequins« bekannt waren, über eine »auf der Mittellinie stehende Gruppe« von Beratern des US-Präsidenten: James Baker, Michael Deaver und Richard Darman, bis hin zu dem »harten Kern des rechten Flügels«.

Zu den letzteren zählte Edwin Meese, jetzt Generalstaatsanwalt, und der altgediente politische Berater, Ed Rollins. Rollins erwies sich als eine der objektivsten Stimmen im inneren Zirkel um den Präsidenten.



Henry Kissinger versteht Israels Forderungen mit den Interessen der Chase Manhattan Bank zu koordinieren.

Boehm erklärte: »In diesem Jahr gerät Reagan in schärferen Konflikt mit der Israel-Lobby und dem mächtigen Mossad-Netz, weil die Aufstellung anders aussieht. Baker, Deaver und Darman waren zutiefst Leute der Öffentlichkeit. Sie glätteten und machten Kompromisse, immer bereit, Geschäfte mit Israel zu machen, was immer sie die amerikanischen Steuerzahler kosten würden.

Jetzt wurden sie offenbar von Donald Regan und seinen Hauptassistenten abgelöst, die nur eins gemeinsam haben: sie sind alle vom Schatzamt ins Weiße Hause gezogen.«

Zu Unrecht die Araber schlecht gemacht

»Diese Männer«, so Boehm, »sind Steuertechnokraten. Sie haben im Schatzamt mit Zahlen und nochmals mit Zahlen zu tun. Und diese ausgedruckten Zah-

USA

Unterminierung der Außenpolitik

len berichten die wahre Geschichte darüber, was unsere Unterstützung Israels den Steuerzahler gekostet hat: eine unvorstellbare Summe.

Sie zeigen auch, daß Saudi-Arabien große Beiträge geleistet hat, um die Wirtschaft im Westen stabil zu halten, und belegen, wie sehr zu Unrecht die Araber in der Öffentlichkeit schlecht gemacht werden. Sie beweisen, daß, wenn wir nur aufhören könnten, für Israels Kriege zu zahlen und die Freundschaft annehmen würden, die uns von den anti-kommunistischen Ländern am Persischen Golf angeboten wird, könnten wir unsere kranke Wirtschaft heilen oder ihr wenigstens eine Atempause gönnen.

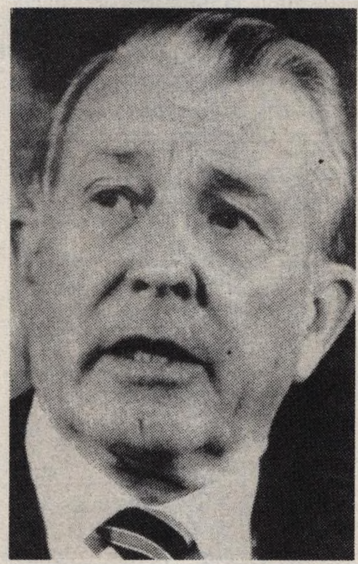
Diese Männer betrachten Israel nicht als ihren wichtigsten Kunden, wie es Baker und Darman getan haben. Diese neuen Männer im Weißen Haus sehen in Israel den größten Passivposten unserer Wirtschaft. Und dieses Bewußtsein färbt auf ihre Einstellungen ab.«

Einige dieser Leute des amerikanischen Schatzamtes arbeiten jetzt im Nebenzimmer von Reagan, wie Regierungs-Insider mitteilen.

Der Chef des Stabes im Weißen Haus, Donald Regan, der jetzt Bakers Stuhl eingenommen hat, ist selbst ein unsentimentaler konzerne-erprobter Finanzmanager und Reagans früherer Finanzminister, der sich bereits auf einen Kampf mit harten Bandagen um den Platzsieg eingelassen hat, das heißt, um die Macht, in wichtigen Fragen Entscheidungen fällen zu können, und zwar mit den beiden obersten »Israelfreunden« im Kabinett, die jetzt die Sitze von Haig und Allen eingenommen haben. Es sind dies US-Außenminister George Shultz und der nationale Sicherheitsberater Robert McFarlane.

»Mit Shultz und McFarlane in ihrem Lager ist die israelische Lobby immer noch die bei weitem stärkste ausländische Interessenvertretung in Washington«, wie ein ehemaliger Presseschreiber im Weißen Haus äußerte, der nur als »ein weiterer desillusionierter Aussteiger der Republikaner« genannt werden wollte.

Weil sie aber so an ihren Erfolg gewöhnt sind, zeigen sich die Lobbyisten der harten Linie, insbesondere die mit den israelischen Militärs oder dem Mossad verbundenen, unruhig und feindlich gegenüber dem, was sie



Donald Regan, Chef des Stabes im Weißen Haus, hat sich auf einen Kampf mit harten Bandagen eingestellt.

als »fallen gelassen« und nicht eingelöste Versprechen betrachten und dem Weißen Haus anlasten. Sie haben jetzt damit begonnen, den Präsidenten persönlich als die Quelle ihrer Frustrationen ins Visier zu nehmen.

Bewertung der Reagan-Regierung

In diesem Kampf um die Kontrolle über die entscheidenden, Politik bestimmenden Befugnisse in der Reagan-Regierung klagen die Israelfreunde, daß sie in einer Reihe von entscheidenden Bereichen Rückschläge erlitten haben.

Den »Falken« nahestehende Doppelagenten sind wütend über das, was sie den Ausverkauf des israelischen Krieges im Libanon nennen, wo sich Reagan geweigert hat, eine ausgewachsene militärische Intervention anzuordnen, als die israelischen Truppen ins Wanken kamen.

Israel und seine amerikanischen Fürsprecher haben mit Verachtung das sogenannte Friedensangebot Reagans in Nahost zurückgewiesen, das genau vor drei Jahren zum ersten Mal vorgelegt worden ist. Sie äußern bittere Kritik an den jüngsten Bemühungen von Richard Murphy, Staatssekretär für Nahost- und Südostasien-Fragen, die den Versöhnungsplan des Präsidenten mit einer Reihe von Gesprächen mit Jordaniens König Hussein, Ägyptens Präsident Hosni Mubarak und anderen gemäßigen Führern der arabischen Welt wiederbeleben sollen.

Angesichts dieser Frustrationen hat die Mehrzahl der »Falken« unter den Doppelagenten sowohl innerhalb als auch außerhalb der Regierung Attacken von zunehmender Schärfe gegen den amerikanischen Präsidenten und seine engsten Mitarbeiter in Gang gesetzt. Zwei der deutlichsten Israel-Fürsprecher in der nationalen Sicherheitsbürokratie sind sogar noch weiter gegangen.

Der politische Berater im Weißen Haus, Michael Ledeen, der ganz oben auf der FBI-Liste als ein Informant für ausländische Geheimdienste steht, sowie der stellvertretende Verteidigungssekretär für internationale Wirtschafts-, Handels- und Sicherheitspolitik, Stephen Bryen, der nur knapp einer Verurteilung als mutmaßlicher Israel-Spion entging, sind die fraglichen zwei. Sie haben für das Weiße Haus eine 92 Seiten starke Geheimdienststudie erstellt, worin behauptet wird, daß Reagan und seine Leute zur Regierung der Nation ungeeignet sind.

Amerikaner, die durch Geburt Bürger dieses Landes sind und als Politiker oder Verwaltungsbeamte in führende Positionen aufsteigen, sind »unfähig«, strategische Entscheidungen zu fällen. Das Papier, das sie als »schwach, ziellos, ineffektiv und von abstrakten moralischen Prinzipien anstatt von der Wirklichkeit geleitet«, bezeichnet, und weitgehend von Ledeen geschrieben worden sein soll, behauptet, daß Amerikas eingeborene nationale Elite »für den Entwurf und die Durchführung einer effektiven Außenpolitik ungeeignet ist«.

Gefragt ist ausländisches Talent

Gewiß, einige sind von dieser Blanko-Verdammnis aus der Sicht Ledeens und Bryens ausgenommen. Sie sind des Lobes voll für Haig und McFarlane und anderen uneingeschränkten Fürsprechern der Israelis. Doch im großen und ganzen hat die amerikanische Elite als Richtungsweiser für das nationale Schicksal »versagt«.

Nun, falls dies zutrifft, wer sollte demnach die amerikanische Strategie »entwerfen und durchführen«? Ledeen und Bryen haben darauf eine erschreckende Antwort: Ausländer. Sie empfehlen, daß sich Reagan an »hervorragende Persönlichkeiten aus anderen Ländern« wende, um Rat und politische Hilfe einzuholen, wenn er ein Disaster vermeiden will.

Doch, wie Ledeen bedeutet, kommt der Erfolg nicht allein dadurch, daß »ausländisches Talent in rein beratender Funktion herangezogen wird«. Nein, Auslandsexperten müssen auch Machtbefugnisse und in einigen Fällen sogar direkte Befehlsgewalt über die Ausarbeitung globaler Politik und die Planung der strategischen Haltung Amerikas erhalten.

»Obgleich Ledeen und Bryen einflußreiche Bürokraten sind, bezweifle ich doch, daß Reagan ihren Empfehlungen hierzu nachkommen wird«, so der ehemalige Presseschreiber. »Doch Doppelagenten sprechen bereits von einer ›Caterisierung‹ des Präsidenten, das heißt, der Zerstörung seiner politischen Karriere und seiner Ablösung durch einen Mann, der mit Sicherheit zuläßt, daß die Israel-Lobby die Außenpolitik Amerikas gestaltet, und zwar so, wie die von Ledeen und Bryen verfaßte Denkschrift vorschlägt.« □



Spionage

Die Sowjets erfuhren alles

Der Walker-Spionagering ließ 20 Jahre lang militärische Top-Geheimnisse an die Sowjets durchsickern. Was tat der amerikanische FBI dagegen? »Als ich gefragt wurde, was ich dächte, daß getan werden sollte, falls die Leute schuldig wären, sagte ich, ich dächte, man sollte sie erschießen, obwohl ich vermute, daß Hängen die bevorzugte Methode ist.« Das war das Urteil des US-Verteidigungsministers Caspar Weinberger über die Folgen der Aktivitäten des Walker-Spionageringes, der abscheulichsten Spionageaktivität der jüngsten amerikanischen Vergangenheit.

Eine freimütige militärische Einschätzung der Nachwirkungen des Ringes lieferten US-Marineminister John Lehman und der Marine-Operationschef Admiral Watkins: »Der durch den Walker-Spionagering verursachte Schaden ist sehr schwerwiegend. Er wird uns viele Millionen Dollar kosten und viele, viele Menschenjahre, um ihn ungeschehen zu machen. Wir müssen annehmen, daß die Sowjets Realzeit-Informationen von den für Unterseeboote wichtigen Nachrichtenschaltungen haben. Ganz klar konnten sie dadurch erreichen, die Gewohnheiten und Arbeitsweisen der US-Unterseeboote zu verstehen, was ihnen natürlich bei ihren Gegenstrategien helfen wird. Die Sowjets konnten von Taktiken und Verfahren, die im Luft- und Luftabwehrkrieg angewendet werden, erfahren und wichtige Lücken in ihrer Datei auf diese Weise stopfen.«



Der US-Verteidigungsminister Caspar Weinberger würde die Mitglieder des Walker-Spionageringes am liebsten hängen.

Versagen der Gegenspionage

Der Marineminister und Admiral stellen weiter fest: »Wir sahen sie aufholen gegenüber uns im Technologie-Abstand, der vor zehn Jahren gravierend war und inzwischen geschrumpft ist. Vielleicht war der Walker-Fall mit daran beteiligt, daß die Technologie-Lücke, die vor einem Jahrzehnt existierte, anfängt, sich mit hoher Geschwindigkeit zu schließen.«

Enthüllungen über die Aktivitäten dieses Ringes haben die größte in Friedenszeiten vorgenommene Überprüfung der Sicherheitsverfahren der Militär- und Geheimdienstverbände in der Geschichte der USA veranlaßt. Trotzdem verschwinden alle Mängel, die auch immer bei den Sicherheitsverfahren im Militär existieren mögen, hinter dem Versagen der Gegenspionage seitens des FBI, jener Behörde, die mit der Verantwortung zu Gegenspionage-Aktivitäten in den Vereinigen Staaten betraut ist.

Der Walker-Spionagering kam Mitte Mai 1985 ans Tageslicht, als die getrennt lebende Ehefrau von John Walker, einem Chefdeckoffzier der Marine im Ruhestand, zum FBI ging und über die Spionage-Aktivitäten ihres Mannes berichtete. Sie tat das auf den Rat eines spiritistischen Mediums hin, mit dem sie in einer kleinen Stadt in Maine eine Wohnung teilte.

Als der FBI diesen seltsamen Glücksfall bearbeitete, folgte er Walker zu einem »Briefkasten« und entdeckte eine große Anzahl streng geheimer Dokumente, die offensichtlich für einen KGB-Sachbearbeiter bestimmt und hier deponiert waren.

Einblick in sämtliche Einzelheiten

John Walker, der Anführer des Ringes, hatte während des größten Teiles seiner Karriere in der Marine einen streng geheimen Prüfposten inne und hatte Chiffriermaschinen und anderes sicherheitsempfindliches Gerät in der Geheimschule für Marine-Instandsetzung in Vallejo, Kalifornien, repariert. Er diente auch als Funker auf zwei atomgetriebenen Raketen-U-Booten.

Die anderen angeführten Mitglieder des Ringes sind Walkers Bruder, Korvettenkapitän im Ruhestand Arthur James Walker (50), John Walkers Sohn, Matrose Michael Lance Walker (22), und John Walkers Freund, der oberste Cheffunker im Ruhestand Alfred Whitworth (45).

Obwohl Marine-Operationschef Watkins nicht die einzelnen Möglichkeiten des Ringes erörterte, haben Informanten jedoch zugestanden, daß zu den verratenen Einzelheiten auch die Chiffriermaschinen KW 7 und KW 26 gehören, die für die Verschlüsselung von Fernschreibnachrichten benutzt werden, sowie die KG 13 und KY 9, zwei sehr hochspezialisierte Chiffriergeräte. Außerdem muß man annehmen, daß auch Reparatur- und Betriebsanleitungen an die Sowjets weitergegeben wurden.

Der Zugang zu diesen Informationen sowie bis auf die Minute genaue Operationspläne der Art, wie sie Walkers Sohn lieferte, der auf dem Flugzeugträger Nimitz für die Beseitigung geheimer Dokumente verantwortlich war, gaben den Sowjets einen Einblick in Details der Luft- und U-Boot-Abwehrtechnik und der dazugehörigen Theorie der US-Marine.

Die Sowjets hätten beispielsweise das Potential der NATO-Truppen beobachten und analysieren können, als jene sich abstrampelten, auf die sowjetischen Marinemanöver von 1984, die größten in der Geschichte, von denen die NATO-Geheimdienste völlig überrascht wurden, zu reagieren.

Auch als Werber für den Ku Klux Klan

Die Reaktionen des Pentagon auf die Enthüllungen haben sich bisher auf die Notwendigkeit konzentriert, das Zuerkennungsverfahren der Geheimhaltungseinstufung zu straffen und zu revidieren und damit die Zahl der Personen mit Geheimhaltungseinstufung zu reduzieren. Aus diesem Grunde wurde die Anwendung von Lügendetektor-Stichproben eingeführt. Das US-Verteidigungsministerium hat auch einen Ausschuß einberufen, um das einheitliche Militärgesetzbuch zu revidieren, das für Friedenszeiten keinen Spionage-Paragraphen enthält.

Trotzdem trifft keine dieser Maßnahmen den eklatantesten Punkt dieses Falles. Walkers Privatdetektei, Confidential Reports Inc. aus Virginia Beach, gab Seeleuten Lügendetektor-Protokolle, die sie als Gegengutachten zu den Marine-Stichproben wegen Drogenmißbrauchs vorzeigen konnten.

Weiter war Walker als Werber für den Ku Klux Klan, eine Organisation, die durch und durch vom FBI infiltriert ist, wohlbekannt.

Walker prahlte vor allen, die es hören wollten, daß er ein FBI-Geheimagent sei, der den Klan unterwandere. War das FBI nur unfähig, ihn 20 Jahre lang nicht zu schnappen? Oder noch schlimmer: Wollte es nicht? □



Geheimdienste

Spion deckt Verschwörung auf

Warren Hough

Aufgrund eines in letzter Minute erfolgten Eingreifens durch US-Präsident Ronald Reagan – unter den gegebenen Umständen ein Akt überragender Zivilcourage – konnte das Leben eines Spions gerettet werden. Er sollte im Juni 1985 in New York ermordet werden. Es handelt sich um den Agenten Francisco Pazienza, 40 Jahre alt. Er hatte sein Schweigen aufgegeben und kompromitierende Aussagen über streng gehütete Geheimnisse bezüglich der Komplizenschaft von US-Beamten in den Unternehmungen des israelischen Geheimdienstes, des Mossad, gemacht.

Das Ergebnis: Sturmwolken eines internationalen Skandals haben sich zusammengezogen, der seinen Schatten bereits auf einige hochgestellte amerikanische Regierungsmitglieder geworfen hat, dazu gehörte auch der frühere amerikanische Außenminister Alexander Haig, der nationale Sicherheitsberater im Weißen Haus in der Zeit von 1981 bis 1982 Richard Allan und sein Nachfolger, Robert McFarlane.

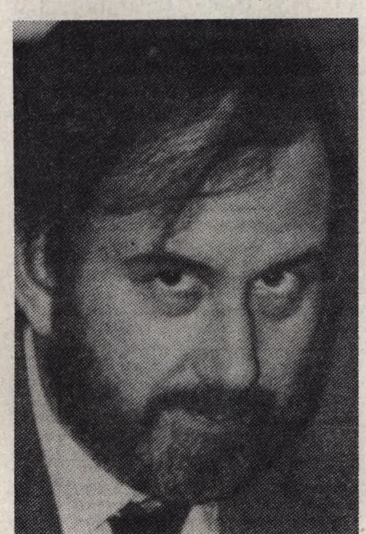
Manipulierte US-Politik

US-Abwehr- und -Sicherheitsbeamte mit Zugang zu dem Fall sind über die Aussagen beunruhigt, die Pazienza, ein hochkarätiger italienischer Geheimdienstbeauftragter, gemacht hat, weil sie enthüllen, daß der Mossad seine Hand im Spiel hatte, um führende amerikanische Politiker in Mißkredit zu bringen, die sich die Mißbilligung der israelischen Lobby zugezogen hatten. Es handelte sich dabei um den früheren US-Präsidenten Jimmy Carter, seinen Bruder Billy und eine Reihe von hochgestellten Beamten der Carter-Regierung. Dazu zählen der ehemalige Staatssekretär für Angelegenheiten der internationalen Organisationen, C. William Maynes, und der frühere CIA-Direktor, Admiral Stansfield Turner.

Gleichzeitig waren Mossad-Agenten tätig, um die Zuneigung hochgestellter amerikanischer Politiker zu gewinnen, die sie als »israelfreundlich« betrachten, wie zum Beispiel Haig, der zunächst als Stabschef bei Henry Kissinger gedient hatte, ehe er zum amerikanischen Außenminister im ersten Reagan-Kabinett ernannt wurde. Auch Jeane Kirkpatrick, die 1981 US-Botschafterin bei den Vereinten Nationen wurde, gehörte dazu sowie der verstorbene US-Senator Henry M. »Scoop« Jackson.

Die USA in der UN isolieren

Während der zweiten Hälfte der Carter-Amtszeit nahm, wie diese Quellen sagen, die Manipulation der amerikanischen Politik durch den Mossad besonders intensive Formen an. Diese Verstärkung der Agententätigkeit erfolgte als Antwort auf politische Trends, die die israelische Regierung für gefährlich hielt.



Michael Ledeen steht auf der »roten Liste« des FBI als verdächtiger Auslandsagent und bemüht sich, Pro-Amerika-Politiker zu vertreiben.



Alexander Haig, ehemaliger US-Außenminister und alter Kissinger-Mitarbeiter, ist ein engagierter Freund der israelischen Politik.

Zu diesen Trends zählte das Ansehen, das Israel bei den Vereinten Nationen und anderen internationalen Organisationen genoß. Obwohl in der amerikanischen Nachrichtenlandschaft wenig davon zu sehen war, war der Ministaat in Nahost im Verlauf der Jahre 1978 bis 1980 zu einem Geächteten in der Gemeinschaft der zivilisierten Nationen geworden.

Die Vereinten Nationen kritisierten Israel als einen Aggressor und gesetzlosen Besatzer arabischen Bodens und verdammten das Land als den Verüber von Greueltaten gegen wehrlose Zivilisten und klagten es wegen »Verbrechen gegen die Menschheit« an.

Israel wurde in diesen Jahren als »Verbrecher« gebrandmarkt, wie eine überwältigende Mehrheit in der UN-Vollversammlung mit der Resolution 465 entschied, die am 1. März 1980 angenommen wurde.

Die israelische Regierung suchte verzweifelt nach einem Anwalt, um sich vor diesem Weltforum zu wehren. Dabei verfiel man auf die Vereinigten Staaten. Aber Staatssekretär Maynes, in der Carter-Regierung zuständig für die Unternehmungen bei den Vereinten Nationen und anderen internationalen Organisationen, war nicht bereit, wie er sagte, »Amerika in der UN zu isolieren, bloß um das eigennützige Anliegen eines einzelnen Mitgliedlandes zu unterstützen«.

Beim CIA nahm Turner eine ähnlich kühle Haltung gegenüber Vorschlägen zur Zusammenarbeit ein, die ihm der Mossad unterbreitete.

Während der Nixon-Regierung hatten die Agenten der beiden Nationen eng in einer Reihe von geheimen – und gerüchteweise verfassungswidrigen – Programmen zusammengearbeitet, die von James Angleton koordiniert wurden. Er war stellvertretender Direktor für die Spionage-Abwehr des CIA, der wegen seiner langen und freundschaftlichen Verbindung mit dem israelischen Geheimdienst in Freundeskreisen als »Mr. Mossad« bekannt war.

Weltweites schmutziges Wäsche-Waschen

Aber Angleton war mit dem Watergate-Skandal geschaßt worden, und als Turner 1977 Chef des amerikanischen Geheimdienstes wurde, mußten weitere Topleute mit angeblichen Verbindungen den nationalen Sicherheitsapparat verlassen, darunter Stephen Bryen, Joseph Churba, David Sullivan und Daniel Seymour.

Als Rache dafür organisierte der Mossad ein weltweites »schmutziges Wäsche«-Waschen, das heißt, diskriminierende Informationen, die gegen die amtierende Regierung der Demokraten verwendet werden konnten. Sie suchten vor allem im Mittleren Osten und in Italien, wo der CIA, der Mossad und SISMI, das skandalumwitterte italienische Geheimdienst-Direktorium, seit Jahrzehnten eine unheilige Allianz, unterhalten. Diese Allianz basiert auf persönlichen Beziehungen unter den geheimen Operativen der drei Dienste, die bis in die Zeit zurückreichen, da Angleton Geheimagent in Rom nach dem Zweiten Weltkrieg war.

Die Anti-Carter-Kampagne in dem Mittelmeer-Kesseltreiben wurde von Michael Ledeen an-

geführt, einem schattenhaften Vermittler, den Geheimdienstbeamte für einen Mossad-Informanten hielten. Ledeen stand auch auf der Gehaltsliste der SISMI, der auf sein Nummernkonto im Ausland mehr als 250 000 US-Dollar einbezahlt hat – eine beträchtliche Summe, die weit über dem Gehalt des Generaldirektors der SISMI, General Giuseppe Santovito, lag.

Wie amerikanische Journalisten erfuhren, machte Ledeen kein Geheimnis aus den Zielen, die der Mossad mit dieser Unternehmung verfolgte. Zu Kontaktleuten sagte er, daß er daran arbeite, die »Leute der Anti-Israel-Politik« in Washington loszuwerden und Haig zum amerikanischen Außenminister zu befördern.

Haig, den Ledeen als einen »engagierten Freund Israels« und als einen Mann bezeichnete, der »für seine Freunde kämpft«, war zu der Zeit bloß als ein Konzernmanager und ehemaliger Militäradjutant im Weißen Haus bekannt, der eine Reihe schneller Beförderungen erlebt hatte, nachdem er enge persönliche Kontakte zu Henry Kissinger entwickelt hatte.

Kissinger, versteht sich, war unter Richard Nixon sowohl amerikanischer Außenminister als auch nationaler Sicherheitsberater.

Auf der roten Liste des FBI

Bei einer anderen Ernennung, nämlich zum obersten Berater des Außenministeriums, fiel die erschreckende Wahl auf Michael Ledeen, den der FBI auf seiner »roten Liste« der verdächtigen Auslandsagenten stehen hatte. Diese Beförderung hat viele patriotische Regierungsbeamte persönlich sehr bestürzt, die jedoch schwiegen, als sie erkennen mußten, daß andere Lobbyisten in Washington mit bekannten oder mutmaßlichen Banden zur Mossad ebenfalls politische Ämter erhielten.

Die Resultate dieser erstaunlichen Ernennungen ließen nicht lange auf sich warten. Die amerikanischen Hilfeleistungen an Israel stiegen steil an. Die Spannungen im Mittleren Osten brachen auf, und im Juni 1982 marschierten israelische Truppen im Libanon ein.

Wie zu erfahren war, war Ledeen als einer der Hauptplaner und Befürworter dieses Krieges in Washington bekannt, während Haig nach besten Kräften die amerikanische Unterstützung für Israel zusammentrommelte.

Doch 1983 fingen die Dinge an, schiefzugehen. Israels Eroberung des Libanons verwandelte sich in eine kostspielige Flucht. Und in Italien endete ein watergateähnlicher Skandal damit, daß die Mehrzahl der Topleute der SISMI verhaftet oder entlassen wurden.

Wenigstens einer der in diesen Fall verwickelten hochgestellten italienischen Spione, Pazienza, befand sich zu der Zeit des Skandals in den Vereinigten Staaten. Er wurde schließlich in New York auf Auflieferungsantrag der italienischen Regierung verhaftet.

Im Gefängnis sitzend, die Auslieferung wegen Veruntreuung, Verschwörung und anderen kriminellen Umtrieben erwartend, fing Pazienza an, gegenüber amerikanischen Untersuchungsbeauftragten »auszupacken«. Unter anderem behauptete er, daß Ledeen und gerüchteweise andere Regierungspersonen, als verdächtige Mossad-»Aktiva« bekannt, auch für den italienischen Spionagedienst arbeiteten und heimlich Gelder erhalten hatten.

Die Bekenntnisse von Pazienza, per FBI-Geheimreport ins Weiße Haus gelangt, erwiesen sich als Bombe. Hier lagen Enthüllungen eines hohen europäischen Geheimdienstlers vor, die andeuteten, daß politische Topplaner im amerikanischen Außenministerium heimlich Gelder von zumindest einem, wenn nicht sogar von zwei ausländischen Spionagediensten angenommen hatten – eine sprengstoffgeladene Entdeckung selbst in Washington, wo es in den letzten Jahren ja nicht an Beweisen der Untreue gemangelt hat.

Pazienzas Behauptungen umreißen auch die umfangreiche Manipulation der amerikanischen Politik durch den Mossad und verbündete Geheimdienste des Auslands.

Die Clique der Doppelt-Loyalen in Washington fühlte sich von der Beichte des italienischen Eingeweihten bedroht. Sobald Pazienza erst einmal seine New Yorker Gefängniszelle verlassen haben würde, ob zur Entlassung oder zur Auslieferung an Italien, würden seine Anschuldigungen zwangsläufig in der Öffentlichkeit verbreitet werden.

Jedoch sind »Selbstmorde« im Gefängnis – wie immer die tatsächliche Todesursache aussehen mag – durchaus nichts Ungewöhnliches in New York und haben als eine Lösung für mehr als eine unbequeme Kriminalaffäre gedient.

Reagan griff persönlich ein

Pazienza war dazu bestimmt, einer dieser schnell vergessenen Gefängnis-Selbstmorde zu werden, als US-Präsident Ronald Reagan, vom FBI gewarnt und von den Enthüllungen des italienischen Agenten zutiefst betroffen, persönlich eingriff.

Reagan ordnete an, daß Pazienza in einen speziellen für VIPs vorbehaltenen Flügel des New Yorker Federal Detention Center verlegt und unter strengster Sicherheitsbewachung durch persönlich ausgesuchte US-Marshals gestellt wurde. Der Präsident soll auch den Generalstaatsanwalt, Edwin Meese, um Rat gebeten haben, ob ein Sonderstaatsanwalt mit der Einsichtnahme in die Pazienza-Enthüllungen beauftragt werden kann. Bisher ist die endgültige Entscheidung darüber im amerikanischen Justizministerium noch nicht gefallen.

Alle Quellen sind sich jedoch einig, daß Licht in diese trübe Angelegenheit am besten dadurch gebracht werden kann, daß die Pazienza-Akte für den amerikanischen Kongreß geöffnet wird. Dagegen machen sich die Doppelt-Loyalen in Washington nichts aus dieser Drohung. Ihrer Ansicht nach wird der Kongreß niemals den Mut aufbringen, eine Großuntersuchung zu starten, die israelische Interessen beeinträchtigen könnte. Bisher haben Ledeen und seine Kollegen mit dieser Annahme recht behalten. □

Warren Hough ist ein amerikanischer Spezialist für Verteidigungsfragen mit Schwerpunkt auf strategischen Studien. Er ist Direktor einer eigenen Beratungsfirma.



Das Böse in der Welt lebt nicht durch die, die Böses tun, sondern durch jene, die Böses dulden! Müßten wir da nicht alle etwas tun, damit wir selbst von Schuld frei werden?
Diese oder ganz ähnlich lautende Fragen hat man mit Bezug auf die in DIAGNOSEN veröffentlichten Berichte, Kommentare und Analysen immer an die Redaktion herangetragen.
Gleichzeitig haben Leser immer wieder Hinweise gegeben, wie das zeitkritische Magazin DIAGNOSEN größere Verbreitung finden könnte.
Alles schön und gut – nur über die Deckung der Kosten hat bisher niemand gesprochen.
Der Verlag DIAGNOSEN ist nun einmal kein Goldesel. Und wenig tröstlich sind auch die Hinweise vieler Leser und Abonnenten, daß sie sich nicht gern in die Rolle von »Werbern« gedrängt sehen möchten. Schade, wo es doch um eine eminent wichtige Aufgabe geht. Aber wir sind gern bereit Ihren Freunden und Bekannten Probehefte zu schicken.
Wenn alle Leser von DIAGNOSEN bereit wären für dieses zeitkritische Magazin zu werben, könnten wir alle im Kampf gegen das Böse in der Welt unseren Beitrag leisten. Wir sollten doch versuchen, breiteste Bevölkerungskreise über die wahren Sachverhalte und Hintergründe der derzeitigen Politik aufzuklären.

Attentate

Angst vor dem Mossad

Warren Hough

Mit der Entsendung von amerikanischen Geheimdienst- und Sondereinheiten, die mit dem israelischen Geheimdienst Mossad zusammenarbeiten sollen, und zwar in verschiedenen breit gefächerten »Anti-Terroristen«- und Gegenaufstandsprogrammen, haben das Pentagon und die CIA die US-Regierung in mehrere Kleinkriege verwickelt, ohne, wie zu hören ist, Präsident Ronald Reagan vom Ausmaß dieser paramilitärischen Engagements zu unterrichten.

Jetzt sind diese amerikanischen Geheimunternehmen in eine Kontroverse geraten. Sie drohen, den amerikanischen Präsidenten einigen sehr unangenehmen persönlichen Konfrontationen zu unterwerfen, wie aus hohen diplomatischen Kreisen in Washington zu erfahren ist.

Husseins Fall ist tragisch

»Friede« war, wie diese Kreise sagen, der Grundton, als Ronald Reagan anläßlich des 40. Jahrestages zu Besuch nach New York City ging, um dort vor der UN-Vollversammlung eine große Rede zu halten. Anschließend traf sich der Präsident mit einer Reihe anderer Regierungschefs. Mitarbeiter des Weißen Hauses befürchteten bereits vor dem Treffen, daß in diesen Gesprächen das Hauptthema Krieg sein wird.

Der Besuch der Regierungschefs aus aller Welt aus Anlaß der Feier des 40. Jahrestages der Gründung der Vereinten Nationen war ein einmaliger Anlaß für Reagan auf einen Schlag mit den wichtigsten Politikern aus Ost und West zu sprechen. Es waren mehr als 100 Regierungs- und Staatschefs, die nach New York gekommen waren.

Die Sorge im Weißen Haus jedoch konzentrierte sich nur auf wenige, die Reagan privat sprechen wollten, um ihre Beschwerden über die gemeinschaftlichen amerikanisch-israelischen Sonderkriegsaktionen in ihren Ländern vorzubringen.

Eine der schwierigsten Begegnungen war erwartungsgemäß die mit Jordaniens König Hussein, der einen Attentatversuch befürchtet und Reagan bat, daß er dies zu verhindern versuche.

»Husseins Fall ist tragisch«, so Tarik Saadawi, ein Pressesprecher aus dem Stab von UNO-Generalsekretär, Javier Perez Cuellar. »Er war einer der regionalen Führer, der Reagans Friedensplan für den Mittleren Osten ernst genommen und sich bemüht hat, ihn in die Praxis umzusetzen. In dem Glauben, daß er helfen würde, das Gemetzel unter den kriegsführenden Fraktionen entsprechend den Wünschen der Regierung zu beenden, hat er mit den Führern der Palästinensischen Befreiungsorganisation Verhandlungen aufgenommen und wesentliche Zugeständnisse von ihnen verlangt.

Schwierigkeiten im Sudan

Doch Hussein hat nicht mit dem imperialistischen Ehrgeiz Israels und seiner Rachsucht gerechnet. Er muß jetzt um sein Leben fürchten.

Wenn es Mossad-Agenten jetzt gelingt Hussein ›auszulöschen‹, werden die Vereinigten Staaten darin verwickelt sein, ob sie wollen oder nicht; tatsächlich werden wir die Mittel geliefert haben, daß einer unserer besten Freunde in der arabischen Welt ermordert werden kann.«

Auch Ägyptens Präsident Hosni Mubarak, ein von den USA stark subventionierter Kunde – Lebensmittelhilfe der amerikanischen Steuerzahler kommt für drei von vier Laib Brot auf, die der durchschnittliche Ägypter ißt – kam in New York mit Präsident Reagan zusammen. Ägyptens Staatschef hat Husseins Bitte um Schutz seiner Person vor israelischen Anschlagkommandos eindringlich unterstützt.



Jordaniens König Hussein befürchtet Attentate durch den israelischen Geheimdienst Mossad.

Außerdem steht zwischen Mubarak und dem amerikanischen Staatsoberhaupt eine andere Krise zur Lösung an, nämlich die Probleme des Sudan, einem Nachbarn Ägyptens, bei dem der Mossad, Gerüchte nach, einen Staatsstreich vorbereitet.

Als im April 1985 das Regime von Gafaar Nimeiri gestürzt wurde, hat der die Macht ergreifende Militärrat fast alle Verbindungen abgebrochen, die der Sudan mit Israel unterhielt. Ein Geheimteam von Mossad-Beratern, welches Nimeiri mittels aggressiver Verdrängung anderer an die Macht gebracht hat, wurde nach Hause geschickt, und das unter Weisung des Mossad errichtete Hauptquartier der Geheimpolizei wurde aufgelöst.

Die erbitterte Fehde zwischen dem Sudan und Libyen, die mehrere Jahre lang von den Israelis entzündet und genährt worden war, wurde beigelegt. Die beiden Staaten gelangten sehr schnell zu einer friedlichen Lösung ihrer Probleme. Hilfe aus Arabien, angefangen mit einem Nothilfe-Darlehen aus Saudi-Arabien in Höhe von 161 Millionen US-Dollar, ging dem Sudan zu und weckte die Hoffnung auf Wiederbelebung des bitter armen Landes.

Doch Israel, mit der Wende der Dinge unzufrieden, soll Gerüchten nach einen Gegenschlag vorbereiten, um seine bewährte Marionette Nimeiri zurück ans Ruder zu bringen.

Initiatoren der Verdrängung

In seinen privaten Gesprächen mit Reagan hat der ägyptische Staatschef darauf gedrängt, daß die amerikanische Regierung ihren Einfluß geltend macht, um Israel von seiner geplanten Intervention im Sudan abzuhalten. Jeder Versuch, den unbeliebten und korrupten Nimeiri als Präsidenten zurückzubringen, wird mit Sicherheit eine große Welle der Gewalttätigkeit auslösen, die auch auf Ägypten übergreifen kann.

Der indische Ministerpräsident, Rajiv Gandhi, der während der einwöchigen UNO-Feiern ebenfalls privat mit Reagan zusammentraf, hat ähnlich schwerwiegende Probleme auf dem Herzen. Sie betreffen den Inselnachbarn Sri Lanka, wo die herrschende sinhalesische Mehrheit ein Team von Mossad-Gegenaufstands-Beratern angeheuert hat, um die Anzeichen der Unzufriedenheit und die Forderungen nach Autonomie der tamilischen Minderheit zu »handhaben«.

Nachdem die »Initiatoren der Verdrängung« aus dem Nahost-Ministaat angefangen hatten, ihre harten Befriedigungsmethoden anzuwenden, wurde die Lage in Sri Lanka rasch schlechter. Das ewige Geplänkel zwischen den Tamilen und den Sinhalesen wuchs sich zu einer Rebellion



Der ägyptische Staatschef Hosni Mubarak ist wegen der Fehde zwischen Sudan und Libyen besorgt.

und dann zu einem blutigen Bürgerkrieg aus. Die israelischen Ordnungsmacher erklärten ihr Versagen, die Gewalttätigkeit zu unterbinden, damit, daß sie Indien die Schuld daran gaben, dessen Regierungschefin, Indira Gandhi, als eine starke Befürworterin der tamilischen Autonomie bekannt war.

Im Oktober 1984 wurde Frau Gandhi von ihren eigenen Leibwächtern erschossen, wobei die Umstände noch immer ungeklärt sind. Ihr Sohn Rajiv, der nach dem Attentat die Regierungsgeschäfte übernahm, sieht sich nunmehr einer ganzen Kette von terroristischen Anschlägen gegenüber, bei denen allein im Jahre 1985 mehr als ein halbes Dutzend führender Hindu-Politiker ums Leben gekommen sind.



Indira Gandhi war Anhängerin der Tamilen in Sri Lanka. Mußte sie deswegen sterben?

Trotz verstärkter Sicherheitsmaßnahmen befürchtet Gandhi jetzt, daß er das Schicksal seiner Mutter teilen wird, wenn der Kreislauf von Terrosimus und Rebellion in Sri Lanka und Indien nicht unterbunden wird.

Um dieser Bedrohung zu begegnen, soll Gandhi – der sich bisher geweigert hat, mit dem Finger auf die israelischen Urheber dieser Welle des Terrorismus zu zeigen – wie zu vernehmen ist, Reagan ersuchen, seinen Einfluß geltend zu machen, um die enorme israelische Militärmission – unterstützt von US-Geheimdienstagenten – aus Sri Lanka zurückzupfeifen.

Um die israelische Präsenz zu ersetzen, unterbreitete Indiens Regierungschef dem amerikanischen Präsidenten einen detaillierten Friedensplan, der in der Region Frieden stiften soll, wozu auch die Wiederaufnahme der Verhandlungen zwischen den Sinhalesen und Tamilen gehört.

Angst vor Israels Agenten

Wenn gleich es geschichtlich einmalig zu sein scheint, wandte sich Nigerias neuer Herrscher, Generalmajor Ibrahim Pabangida, mit einem Gesuch in gleicher Richtung an den amerikanischen Präsidenten während der UNO-Woche.

General Pabangida hat in dem ölreichen, aber ansonsten armen afrikanischen Staat die Macht ergriffen, indem er seinen Vorgänger, Generalmajor Muhammadu Buhari, in einem blutigen Staatsstreich am 19. August 1985 mit breiter Unterstützung des Volkes gestürzt hat. Generalmajor Buhari war nicht nur als ein in Israel ausgebildeter Offizier bekannt, der eng mit dem Ministaat in Nahost verbündet war; sein Regime unterhielt auch enge Beziehungen mit dem israelischen Geheimdienst Mossad.

Am 4. Juli 1984 versuchte ein Team israelischer Geheimagenten Buharis Erzfeind, Dr. Umaru Dikko, aus seinem Londoner Exil zu entführen. Der Versuch wurde nur durch das blitzschnelle Eingreifen von Scotland Yard verhindert.

Doch Buhari erwies sich bald als Versager, wenn es um andere Dinge als gemeinsame Terroranschläge mit dem Mossad ging. Die nigerianische Bevölkerung zeigte sich, angesichts der wild wuchernden Korruption und weitverbreiteter Verknappung unzufrieden und rebellisch und machte dem Regime Buhari im August 1985 ein Ende.

Jetzt wurde, ähnlich wie im Fall des neuen Regierungssrates im Sudan, auch Pabangida und seinem regierenden Militärrat gesagt, daß Israel einen Gegenschlag in Nigeria plane, um seinen Schützling Buhari zurück an die Macht zu bringen. Nigerias Führer bat US-Präsident Reagan um amerikanische Intervention, um den von Israels Agenten befürchteten Schlag zu verhindern. □

Israel

Erfahrungen mit dem Zionismus

Charles M. Fischbein

Die Nachrichten aus Südafrika, die mit rasanter Geschwindigkeit von den Medien verbreitet werden, rufen in vielen Teilen der amerikanischen Bevölkerung Proteste und Empörung hervor. Fischbein kann nicht umhin, die Frage zu stellen, warum Israel, dessen zionistische Rassenpolitik mindestens genauso brutal ist wie die in Südafrika, dem Zorn der öffentlichen Meinung Amerikas und der anderen westlichen Staaten entgeht.

Tatsache ist, daß die traditionelle Presse in Amerika sich ebenso fürchtet wie jeder Politiker, Israel zu kritisieren oder auch nur die wahren Bedingungen darzustellen und zu veröffentlichen, unter denen die palästinensischen Araber in der West Bank leben.

Begrüßung mit rotem Teppich

Meine erste Erfahrung mit dem zionistischen Rassismus hat mich tief erschüttert.

Ich war seit einigen Jahren als zweiter Direktor des »United Jewish Appeal of Greater Washington« tätig, als meine Frau und ich beschlossen, es wäre für uns von Nutzen, ein oder zwei Jahre in Israel zu verbringen, so daß unsere Kinder das Leben dort kennenlernen würden. Wir lebten damals in einem ländlichen Teil von Virginia und waren sehr an hochtechnologischer Landwirtschaft interessiert. Wir glaubten, es wäre großartig, auf eine Farm im Negew zu ziehen und dort eine Zeitlang das Leben vom Farmersleuten im Heiligen Land zu führen.

Als ich unser New Yorker Büro anrief und ihnen meine Wünsche mitteilte, erhielt ich sofort Zustimmung und Ermutigung, den zionistischen Traum vom Leben in Israel in die Tat umzusetzen. Man gab mir die Namen von drei Moshavim und die Telefonnummern der jeweiligen Direktoren. Empfehlungsschreiben ergingen an sie noch vor meiner Abreise.

Als ich zu meinem Informationsbesuch auf dem Ben-Gurion-Flughafen in Tel Aviv eintraf, wurde ich wie ein VIP begrüßt. Mein Chauffeur fuhr mich gleich zur Moshav Tolmer Yosef, der von mir ausgesuchten Siedlung. Tolmer Yosef bestand aus amerikanischen zionistischen Siedlern sowie aus Zionisten aus Südafrika und war ein Modelldorf, das von steuerfreien Stiftungen an den Jüdischen Nationalfonds erbaut worden war.

Ich schlief die erste Nacht gut und wurde am nächsten Morgen von meinen Gastgebern um 5 Uhr früh geweckt, um mich auf den Anhänger eines Traktors mit einer Uzi in der Hand zu setzen und, wie mir gesagt wurde, »einige Arbeiter für die Felder« abzuholen. Unterwegs sagte man mir, wir würden zu einem Beduinendorf fahren, wo die Männer Arbeit annehmen und als Entgelt nur Futter für ihre Ziegen erhalten.

Ich wurde Zeuge des Rassismus

Als ich fragte, warum die Männer so wenig Lohn für ihre Arbeit erhalten würden, erwiderte man, daß sie ihre Tiere nicht in der Nähe von zionistischen Siedlungen grasen lassen dürfen und daß sie deshalb Futter für die Tiere brauchen. Der einzige Weg, wie sie ihre Tiere und Familien ernähren konnten, war, sich zu verdingen.

Das Dorf der Einheimischen war eine Katastrophe. Die Israelis hatten die stolzen Beduinen, die seit Jahrtausenden als freie Männer der Wüste gelebt haben, in wenigen Pferchen eingesperrt, wo es keine Kanalisation gab, kein fließendes Wasser und keine sanitären Anlagen. Die Kinder werden nicht ärztlich versorgt, sieht man von Impfungen ab, die ihnen die israelischen Gesundheitsbehörden verpassen. Auch erhielten sie keinerlei Ausbildung. Damit wurde sichergestellt, daß die zionistischen Siedler sich auch in Zukunft mit Sklavenarbeit von einem ungebildeten Arbeitsmarkt versorgen können.

Nach Einfahrt in das Dorf wurde mir bedeutet, nicht mehr als drei oder vier Männer auf je einen Anhänger zu lassen, ihnen niemals den Rücken zuzukehren und, falls einer eine plötzliche Bewegung auf mich zu machen würde, auch ein Kind, sollte ich zuerst schießen und Fragen erst hinterher stellen.

Wie ich herausfand, sind auf diese Weise viele Beduinen erschossen worden, nur weil sie plötzlich eine Bewegung gemacht hatten, von denen sich die israelischen Farmer »bedroht« fühlten. Auch eine Reihe von Kindern war im Laufe der Jahre aus diesem Grund erschossen worden.

Die Beduinen leben in winzigen Pferchen eingesperrt ohne Kanalisation, fließendes Wasser und entsprechende sanitäre Anlagen.



Ernüchtert kehrte ich in die Siedlung zurück. Ich beobachtete, wie israelische Kinder alte Männer beaufsichtigten, die sich bei schwerer Handarbeit den Rücken krümmten. Die Kinder hielten Uzis in ihren Händen. Ich beobachtete, wie Beduinen und andere Araber sich zehn bis zwölf Stunden abrackerten – als Lohn bekamen sie die Abfälle von Gewächshäusern, um damit ihre Ziegen füttern zu können.

Ich wurde Zeuge des gemischten und intolerantesten Rassismus, den ich je gesehen habe. Doch zwei Nächte später wurde ich selbst Opfer des zionistischen Rassenhasses.

Kein Visa für meinen Sohn

Ich hatte drei Tage in der Moshav verbracht, und obwohl ich mit einigen Dingen nicht einverstanden war, die ich gesehen hatte, wollte ich zu der Zeit aber noch immer meine Familie in die Siedlung nachholen. Am Abend vor meiner Abreise hatte ich eine Unterredung mit den Leitern von Tolmer Yosef, die über meine Aufnahme in die Gemeinschaft abzustimmen hatten. Sie alle kannten meine Position bei der »United Jewish Appeal« und wollten mich als Mitglied haben, weil sie damit rechneten, daß ich ihrer Siedlung Geld zufließen lassen könnte.

Während unserers Gesprächs sagte man mir, alles sei fein und ich sollte nur den Platz aussuchen, wo mein Haus aus Fertigbeton schon in wenigen Wochen errichtet und nach meiner Rückkehr einzugsbereit sein würde. Als ich erklärte, daß ich drei Schlafzimmer brauche, weil ich drei Kinder habe, wollte einer der Leiter Fotos von meinen Kindern sehen.

Also nahm ich meine Brieftasche heraus, und als ich stolz die Bilder zeigte, erschien auf den Gesichtern der Dorfleiter ein panikartiger Ausdruck. Niemand hatte ihnen erzählt, daß mein ältester Sohn David ein vietnamesisches Adoptivkind ist – ein Halbneger.

Daraufhin wurde ich gebeten, den Raum zu verlassen. Nach ein paar Minuten wurde ich von dem Oberhaupt der Siedlung in sein Büro bestellt. Er erklärte mir, er werde mich dem Regionaldirektor der jüdischen Dienststelle in Beersheba vorstellen.

Bei diesem Gespräch wurde mir erklärt, daß ich meinen Sohn nicht mit nach Israel bringen dürfe. Wenngleich Israel auch vietnamesische Flüchtlinge aufgenommen habe, so sagte man mir, seien diese »Weiße« gewesen, doch mein Sohn David sei »Schwarzer« und seine Anwesenheit unerwünscht.

Ich protestierte. Ich sagte, David sei auf eigenen Wunsch zum Judaismus übergetreten. »Er ist ebensosehr Jude wie Sie oder ich«, sagte ich.

Die Antwort lautete, daß man ihm kein Visa erteilen werde. Ich kehrte einen Tag später in die USA zurück und erzählte meiner Familie, daß wir, trotz meiner jahrelangen Arbeit für die Menschen in Israel, dort nicht zusammen leben können.

Obwohl es ein vernichtender Schlag für uns war, habe ich mein Amt damals noch nicht aufgegeben. Ich habe weiter gearbeitet, um einen Wandel im zionistischen System von innen heraus zu bewirken. Erst als mir klar wurde, einige Jahre danach, daß das Zionisten-Ungeheuer Araber wie Juden gleichermaßen vernichtet, habe ich den Mund aufgemacht und versucht, es zu zerstören.

Während Amerikas Bewußtsein schärfer wird und die Amerikaner auf die »unmoralischen« Akte in Südafrika durch die Medien gestoßen werden, wäre es klug, wenn wir an die amerikanischen Senatoren, Kongreßabgeordneten und den US-Präsident Ronald Reagan schrieben und sie daran erinnern, daß, wenngleich das Verhalten von Südafrika »tadelnswert« ist, Israel, Südafrikas bester Freund, Waffenlieferant und Apologet, eine weit brutalere Form der Rassentrennung gegen seine palästinensischen und anderen arabischen Gefangenen vornimmt. □

Die gleichen Erfahrungen, die Charles M. Fischbein in diesem Bericht schildert, hat auch Jack Bernstein gemacht und in seinem Buch »The Life of an American Jew in Racist, Marxist Israel« aufgezeichnet. Das Buch ist erhältlich bei Liberty Lobby, 300 Independence Ave., SE, Washington D. C. 20003, USA.

Israel

Apartheid in der West Bank

Charles M. Fischbein

Schutz, Verhaftung ohne Anklage, politische Gefangene, Folter, Tod im Gefängnis, Schließung von Schulen, keine medizinische Versorgung – das sind die täglichen Schlagzeilen, die die Medien über die wachsenden Unruhen in Südafrika verbreiten.

Die Ironie an diesen Schlagzeilen ist, daß diese gleichen Ereignisse Tag für Tag in Israel und der besetzten West Bank geschehen, ohne daß die Medien je darüber berichten. Das heißt, mit anderen Worten, Geschäfte mit Israel laufen wie gewöhnlich und mit voller Billigung durch die zionistischorientierte Reagan-Bush-Regierung und ihren Zeloten der »neuen Rechten«.

Beweise für Terror und Folter

Vor einigen Monaten war ich als Gast der PLO zu Besuch in Jordanien und der West Bank. Dabei habe ich viele Palästinenser getroffen und dokumentierte Beweise für den Terror und die Folter erhalten, die Israel gegen die Araber in Palästina begeht.

Ich kann die Namen der Menschen nicht nennen, weil ich damit sowohl ihre Freiheit als auch ihr Leben gefährden würde.

Kurz nach meiner Ankunft in der jordanischen Hauptstadt Amman traf ich mit einem prominenten palästinensischen Arzt, einem Herzspezialisten, zusammen, der in London studiert und dann dort sowie in Rom und Israel praktiziert hat. Nach der Besetzung der West Bank kehrte dieser palästinensische Arzt in seine Heimat zurück und wurde zum Chefarzt eines 100 Betten großen Krankenhauses in der West Bank berufen.

Bei unserem Gespräch erfuhr ich, daß die Militärbehörden ihm einen Jahresetat von nur 500 000 US-Dollar für die Verwaltung des Krankenhauses bewilligen. Man darf dabei nicht vergessen, daß die Behandlungskosten für einen einzigen Patienten einen solchen Betrag in nur einem Monat leicht übersteigen können.

Der Arzt beklagte sich, daß er auf dringende Operationen von Krebspatienten verzichten müsse, weil ihm häufig das Verbandszeug fehlt. Seine Anträge für den Krankenhausbedarf gehen an die israelischen Militärbehörden, die das Gebiet regieren, und bleiben oft wochen- oder monatelang liegen oder werden gar nicht beantwortet.

Wenn sein Etat verbraucht ist, muß er Patienten wegschicken, bis das nächste Haushaltsjahr beginnt. Viele sterben, und die Sterbenden können keine Medikamente zur Linderung ihrer Schmerzen erhalten, weil kein Geld vorhanden ist. Oft wird arabischen Kindern die regelmäßige Zahn- und Arztbehandlung verweigert.

Verzweifelte Bemühungen

Tatsächlich unternehmen die von den Zionisten beherrschten israelischen Streitkräfte in dieser Region eine konzentrierte Anstrengung, um die Sterblichkeitsrate unter den Palästinensern zu erhöhen, indem ihnen grundlegende Medizinleistungen vorenthalten werden.

In seinem verzweifelten Bemühen, Apparate und Medikamente zu bekommen, fuhr der Arzt in die Vereinigten Staaten. Dort hat er versucht, einige seiner

Israel

Apartheid in der West Bank

arabischen Kollegen dafür zu gewinnen, ihm mit Spenden oder Ausrüstungen zu helfen. Eine Reihe wohlhabender Ärzte war auch bereit, Geld und Geräte zu spenden. Der Wert der Gegenstände, die der Arzt anschaffen konnte, betrug rund 200 000 Dollar.

Vor seiner Abreise aus den Vereinigten Staaten ließ er die Geräte nach Haifa, dem wichtigsten Hafen Israels, versenden.

Kurz nach seiner Ankunft in Israel machte er sich zum Hafen auf, um die Geräte dort in Empfang zu nehmen. Da erklärte man ihm, daß er, obwohl es sich um Gaben für eine gemeinnützige Einrichtung handelte, Mehrwertsteuer in Höhe von 250 000 US-Dollar bezahlen müsse, also mehr als die Gegenstände selbst wert waren.

Nach großem Protest, und erst als es dem Herzspezialisten gelungen war, die Unterstützung einer Reihe israelischer Ärzte zu gewinnen, war der Hafendirektor bereit, die Steuersumme um die Hälfte zu reduzieren. Es blieb ein Betrag, den der Arzt immer noch nicht aufbringen konnte.

Heute liegen die Geräte in einem feuchten Lagerhaus, die empfindlichen Computerschaltungen sind der salzigen Meeresluft ausgesetzt und sie verrotten, während es an ordentlichen medizinischen Apparaten weiterhin mangelt.

Eine andere Horrorgeschichte wurde mir von einer Krankenschwester berichtet, die ein Programm zur Rehabilitierung von Kindern durchführt, die in den laufenden kriegerischen Kämpfen zwischen Israel und dem Libanon ihre Gliedmaßen verloren haben. Diese ihrem Zweck großartig hingegebene Frau schrieb an Königin Noor von Jordanien, der gebürtigen amerikanischen Frau von König Hussein, und bat sie um Hilfe bei der Beschaffung von 20 Kinderrollstühlen für Patienten ihres Rehabilitations-Zentrums, das die PLO finanziert.

Königin Noor antwortete sofort und sagte, daß die Rollstühle für die Kinder aus dem Hauptkrankenhaus und der Medizinschule in Amman bereitgestellt würden.

Aus Sicherheitsgründen keine Rollstühle

Die Schwester, frohen Mutes, daß ihre jungen Patienten nun das Bett verlassen und sich etwas bewegen konnten, beschaffte sich einen Lastwagen und fuhr nach Amman.

Nachdem die Rollstühle auf den Lkw verladen waren, fuhr sie direkt zu der Brücke, die als Grenzübergang zwischen Jordanien und Israel dient. Bei ihrer Ankunft dort erklärte man ihr, daß sie persönlich zwar wieder nach Israel hinein dürfe, aber nicht mit den Rollstühlen.

Auf ihre Proteste hin teilte man ihr mit, die Militärbehörden würden die Rollstühle für die Kinder aus »Sicherheitsgründen« nicht hereinlassen. Verblüfft, aber noch immer entschlossen, erklärte sie sich bereit, die Rollstühle zerlegen zu lassen, um zu beweisen, daß keine Waffen oder Waffenteile darin versteckt wären. Doch wieder sagte man ihr, die Rollstühle für die Kinder dürften aus Sicherheitsgründen nicht ins Land.

Die Rollstühle stehen jetzt in einem Lagerhaus in Amman, während die Kinder im Bett liegen müssen oder auf dem Rücken von freiwilligen Helfern herumgetragen werden.

Liberale Amerikaner machen mobil und demonstrieren vor der südafrikanischen Botschaft und werden »verhaftet« bei den täglichen Protesten, die die Aufmerksamkeit der Medien auf die Ereignisse in Südafrika lenken und die Unterstützung des amerikanischen Volkes für den gesellschaftlichen Wandel in jenem Land gewinnen sollen.



Arabische Schulkinder auf dem Heimweg in der Stadt Nablus. Sie werden von israelischen Soldaten bewacht.



Nicht identifizierte Israelis eröffnen in der Stadt Bethlehem in der West Bank das Feuer auf Palästinenser.

Doch die amerikanisch-arabische Bevölkerung, selbst das palästinensische Informationsbüro und andere große arabische Organisationen, scheinen machtlos zu sein, um der Kontrolle der Medien durch die Zionisten entgegenzuwirken und die öffentliche Meinung wirksam zu mobilisieren, daß sie Druck auf Israel ausübe, sein Verhalten zu ändern.

Verschlimmert wird die Tragödie noch dadurch, daß sich zionistische Organisationen verschworen haben, die Wahrheit vor der jüdischen Bevölkerung in Amerika zu verbergen, die, wie der Autor glaubt, einen Schrei nach Veränderung ausstoßen würde, wenn sie von diesen Tatsachen erfahren würde.

Einen besonderen Artikel wäre es wert, die grausige Geschichte eines prominenten palästinensischen Geschäftsmannes zu erzählen, der abends aus dem Haus ging, um Milch für seine Kinder zu holen, und erst sechs Monate später zurückkehrte, nachdem er in einem israelischen Gefängnis ohne Anklage festgehalten worden war und weder seine Freunde noch seine Familie benachrichtigen durfte und jeden Tag gefoltert wurde.

Ich habe dieses Gefängnis gesehen, und die Bedingungen, die ich dort antraf, sind weitaus schlimmer als alle in Südafrika. Selbstverständlich wird die Wahrheit über die brutalen Taktiken der israelischen Gefängniswärter gegen unschuldige palästinensische Araber von der mächtigen und reichen Lobby des Zionismus in Amerika und anderen Ländern verschwiegen, und so kann es zu keiner Änderung auf Grund Protesten aus der Öffentlichkeit kommen. □

Charles M. Fischbein verbrachte elf Jahre in der jüdischen Gemeindearbeit. Vor eineinhalb Jahren legte er sein Amt als geschäftsführender Direktor des »Jüdischen National Fonds« nieder, ein Schritt, der von seinem »Gewissen diktiert wurde«. Gegenwärtig arbeitet er an einer Doktorarbeit über Konfliktlösungen an der George-Mason-Universität in den Vereinigten Staaten.

Internationalisten

Feigheit in Sachen Südafrika

Michael Collins Piper

Howard Phillips, ein »verantwortungsbewußter konservativer« Politiker, hat heftige Kritik an den Konservativen im amerikanischen Kongreß geübt, die unter Führung von Mitgliedern der kontroversen »Conservative Opportunity Society« (COS) stehen, die die Verhängung von Wirtschaftssanktionen gegen die antikommunistische, amerikafreundliche Regierung von Südafrika unterstützen. Wie er sagt, sind sie einer »akuten moralischen Feigheit« schuldig. Laut Phillips sind sie »intellektuell unehrlich« und »schlecht informiert«.

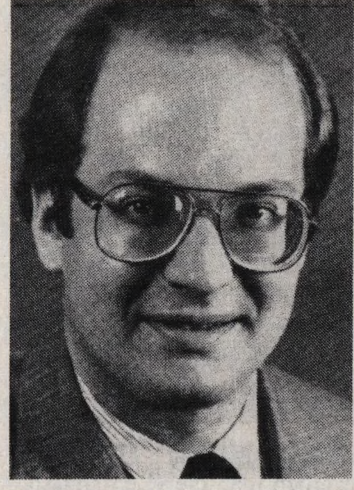
Howard Phillips reitet seine scharfen Attacken gegen die Versuche der COS, die Regierung von Südafrika zu unterminieren, ein langfristiges Ziel der Internationalisten, die allgemein mit dem extrem linken Flügel der Demokratischen Partei der USA in Verbindung gebracht werden.

Schwätzereien statt Politik

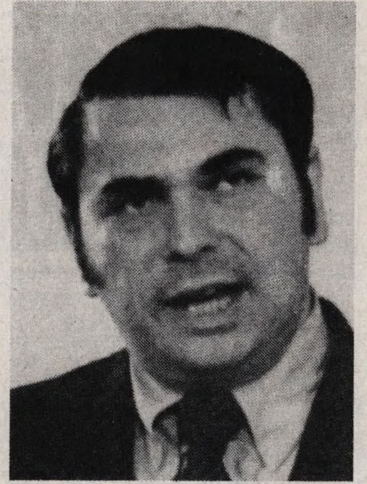
Die Veröffentlichungen über COS und die damit verbundene Kritik an den Konservativen hat bei den amerikanischen Wählern große Bestürzung hervorgerufen. Jetzt, da die Debatte um Südafrika ständig an Intensität gewinnt, finden sich die Mitglieder der COS von ihren Wählern und von der Republikanischen Partei sowie von der konservativen Bewegung in Stich gelassen.

Newt Gingrich, der allgemein als das »Gehirn« für die Gründung der COS erachtet wird, ist anscheinend in seinem eigenen Wahlkreis in Schwierigkeiten geraten als Ergebnis seiner Bemühungen, die südafrikanische Regierung zu stürzen. In der in Atlanta erscheinenden Zeitung »Constitution« heißt es, daß Gingrich selbst zugegeben hat, daß 80 Prozent der Leute seines Wahlkreises sich gegen seinen Standpunkt bezüglich Südafrika ausgesprochen haben.

Und auf dem Capitol Hill stand Gingrich alsbald im Brennpunkt boshafter Scherze, die die Runde unter den amerikanischen Kongreßabgeordneten und ihren Mitarbeitern machen. Ein 50 Seiten dickes Memorandum mit dem Titel »Sprechende Köpfe« zirkuliert im Capitol, in dem umfangreich zusammengetragen ist, was ein Washingtoner »Weiser« als »die Schwätzereien von Newt Gingrich« und die geharnischte Meinung über ihn, wie sie von seinen Kollegen geäußert wird, bezeichnet hat.



Howard Phillips beschimpft die Konservativen wegen ihrer »akuten moralischen Feigheit« in Sachen Südafrika.



Vin Weber, einer der Rädelsführer der Kampagne gegen Südafrika, wird als »Verräter des Jahres« bezeichnet.

Aufschrei der Empörung

Hier einige ausgewählte Bemerkungen von Gingrich: »Ich repräsentiere wirkliche Macht. Ich kann eine Pressekonferenz abhalten, und das ist eine Form echter Macht.«

»Ich meine, das Diner im Nationalen Presseclub hatte keinen Sinn, außer daß die Nachrichtenmedien gesehen haben, wie ich durch die Menge schritt.«

»Es gibt wahrscheinlich jede Menge von Macht-Grupies, die ihren Namen in der ›Washington Post‹ lesen und denken, sie seien wichtig.«

Gingrich hat selbstverständlich schon längst die Establishment-Zeitung »Washington Post« verhätschelt, die ihrerseits dem Abgeordneten meterweise freundliche Erwähnung einräumt. In der Tat bemerkte jüngst ein Leitartikel, daß die Republikaner auf dem Capitol Hill versagt haben, weil sie die »intellektuelle Initiative« zu Fragen aufgegriffen haben, denen Gingrichs ganze Liebe gilt.

Es wurde bereits an dieser Stelle berichtet, daß Gingrich und drei seiner COS-Kollegen an einem geheimen Treffen mit dem Verleger und Chefredakteur der »Washington Post« teilgenommen haben, nach dem die COS ihre Offensive gegen die Regierung von Südafrika gestartet hatte. Die COS-Führer hofften, so günstige Werbung für sich zu bekommen, und die »Post« gehorchte freundlichst, entzückt, daß die selbstgestrickten amerikanischen »konservativen« Führer willens sind, Südafrika an die von den Sowjets unterstützten marxistischen Guerillas zu verkaufen, um einige freundliche Schlagzeilen zu erhalten.

Allerdings war das Echo aus den konservativen Kreisen fast ein Aufschrei der Empörung. Wütende Briefe und Anrufe haben die Büros der COS-Mitglieder überschwemmt. Es handelte sich um Amerikaner, die über die internationalistische Ausrichtung der Gruppe alarmiert worden waren. Darauf haben sich zunächst zwei Mitglieder von COS von ihrem ursprünglichen Standpunkt wieder distanziert.

Mark Siljander hat seine politische Einstellung total umgekehrt, ebenso wie Mack, der einer der Rädelsführer in der COS-Kompagne gegen Südafrika gewesen war. Sie wurden teilweise auch in der Presse beschuldigt, »Südafrika einen Dolchstoß in den Rücken« versetzt zu haben, und man nannte die COS-Gruppe »Verräter des Jahres«.

Demagogen mit dem Schmiedehammer

Burton Yales Pines, einer der Vizepräsidenten der »Heritage Foundation«, ein dem Establishment zugehöriger »Think tank«, der als »konservativ« erachtet wird, meinte: »Die Demagogen halten das Forum. Man ist ein Rassist, wenn man auf die Apartheid nicht mit einem Schmiedehammer einschlägt.«

Apartheid ist die offizielle Politik der südafrikanischen Regierung, und die COS hat ihre Opposition gegen die Apartheid als einen Knüppel benutzt, um damit die antikommunistische Regierung des stärksten afrikanischen Landes zu zerstören, einer Nation, die enorme Mineralvorkommen birgt, die für die westliche Verteidigungstechnologie und Wirtschaft lebenswichtig sind. Diese Vorkommen will man allzugerne unter sowjetische Kontrolle bringen.

Gingrich und die COS haben Probleme, ebenso wie Südafrika, die zum großen Teil den Bestrebungen der COS und ihrer Kollaborateuren im US-Kongreß zu verdanken sind, zum Beispiel Stephen Solarz und Senator Edward Kennedy – beides führende Stimmungsmacher auf dem Capitol für die marxistischen Elemente, die die Macht in Südafrika übernehmen sollen. □

Südafrika

Der Druck der Bankers

Ivor Benson

Die Ereignisse in Südafrika rasen auf einen furchtbaren Höhepunkt zu. Die südafrikanische Regierung versucht ihre Kontakte zu den drei Haupthandelspartnern des Landes, die USA, Großbritannien und die Bundesrepublik, aufrechtzuerhalten. Eine große neue Welle der Gewalttätigkeit in der Öffentlichkeit ist unter der Beteiligung von vielen Schwarzen und Asiaten in Südafrika ausgebrochen.

Während die Verhängung des Ausnahmezustandes in 36 Bezirken es der Polizei erleichterte, Gesetz und Ordnung in den Unruhegebieten um Johannisburg und dem Ostkap wiederherzustellen, hat die Regierung Südafrikas mit mehr Probleme zu kämpfen, als jemals zuvor, darunter ein noch nie dagewesener diplomatischer Druck und Sanktionen, sowie eine Androhung eines Generalstreiks seitens der schwarzen Minenarbeiter, so ihre Forderungen nicht alle erfüllt werden.

In der Hitze der Erregung

Zehn Länder der Europäischen Gemeinschaft, plus Spanien und Portugal, die jetzt ebenfalls-Mitglieder sind, haben ihre Botschafter zurückbeordert; Australien hat seinen Gesandten abgezogen; Norwegen und Dänemark haben ihre Konsulate geschlossen. Der amerikanische Botschafter wurde bereits vor Monaten zurückgerufen.

In der Hitze der Erregung über die Beiruter Flugzeugentführung vor Monaten hat die Reagan-Regierung beinahe unbemerkt, über das US-Außenministerium von George Shultz, dem FBI befohlen, Südafrika auf die Liste seiner »feindlichen« Auslandsmächte zu setzen. Dies ist das erste Mal überhaupt, daß ein Land der freien Welt als eine feindliche Macht beim FBI geführt wird.

An der Wirtschaftsfront haben die im US-Kongreß zur Verabschiedung anhängigen Sanktionen und das Aussteigen amerikanischer Banken die südafrikanische Währung Rand auf einen einmaligen Tiefstand gegenüber den meisten anderen Währungen, einschließlich des Pfund Sterlings, fallen lassen.

Bedeutsam ist jedoch, daß der Ausbruch von Gewaltakten im Natal wenig oder gar nichts mit der sogeannten »Schwarzen Befreiungs«-Bewegung zu tun hat, und von den Zulus fast ausschließlich auf die asiatische Bevölkerung gerichtet ist – ein scheinbar unerwartetes Wiederaufleben der Gewalttätigkeiten, die dort 1949 ausgebrochen waren.

Ein weltweites Szenario

Das Bild, das der Normalverbraucher im Westen durch die Medien erhält, er ist dabei fast vollständig auf die Establishment-Medien angewiesen, ist das der totalen Verwirrung. Denn wie läßt sich all diese Feindschaft gegen Südafrika mit der Tatsache in Einklang bringen, daß Jugoslawien, Angola, Rotchina und Mozambique sowie andere selbsternannte marxistisch-totalitäre Staaten weiterhin als freundschaftlich-verbundene Mächte behandelt werden, die Hilfe und Unterstützung verdienen, und daß die anhaltende Sowjetaggression in Afghanistan anscheinend vergeben und vergessen ist?

Die erste Tatsache von entscheidender Bedeutung ist, daß die wirkliche Geschichte dessen, was in Südafrika passiert, nur eine Episode aus einem sehr viel weitgespannteren Szenario ist, das im Grunde für die gesamte Welt und die gesamte Menschheit bestimmt ist. Das heißt, nur indem wir verstehen, was in der Welt generell passiert ist und passiert, können wir hoffen, die Wahrheit über das herauszufinden, was derzeit in Südafrika vor sich geht.

Kurz gesagt, Südafrika ist zu einer der Hauptzielscheiben der weltweiten revolutionären Bewegung geworden, die zu Beginn unseres Jahrhunderts aufgebrochen und seit Ende des Zweiten Weltkrieges rasch an Stoßkraft gewonnen hat. Ihr Ziel ist eine Zentralisierung der politischen Macht, die zu der zunehmenden, heute fast abgeschlossenen, Zentralisierung der finanziellen Macht paßt.

Daher kann kategorisch gesagt werden, daß die »Befreiungsbewegung« der Schwarzen und die Horden von heimatlosen weißen Intellektuellen, die sie zu fördern helfen, nichts anderes sind als Versatzstücke einer Kulisse für ein politisches Kriegsdrama, dessen Zweck darin besteht, die Identität der Motive derjenigen zu verschleiern, die Südafrika jetzt durch die revolutionäre Mangel drehen, um es auf seine Eingliederung in eine geplante neue, internationale Wirtschaftsordnung vorzubereiten, die sich später als eine neue politische Ordnung, das heißt, Welteinheitsstaat entpuppen wird.

Die Errichtung der neuen internationalen Wirtschaftsordnung wird von Professor P. T. Bauer von der London School of Economics in seinem Buch »Equality, the Third World and Economic Delusion« (»Gleichheit, die dritte Welt und Wirtschaftswahn«) behandelt. Interessant ist in diesem Zusammenhang auch das Buch 'von Professor Karl Borgin und Kathleen Corbett, beide Kenia-Universität, »The Destruction of a Continent« (»Die Zerstörung eines Kontinents«).

Die grausame Wirklichkeit, mit der die südafrikanische Regierung jetzt zu kämpfen hat, wurde in einer Karikatur des Londoner »Daily Telegraph« veranschaulicht. Sie zeigt einen verblüfften Premierminister Botha, wie er sich mit seinen Reformen in eine Ecke getrieben hat, das heißt, er ist in die Grube gefallen, die er sich selbst gegraben hat.

Opfer der ältesten Kriegslist

Es sollte nunmehr offensichtlich sein, daß Botha und seine Kollegen in der Afrikaaner Hierarchie die willfährigen Opfer einer der ältesten Kriegslisten geworden sind, wonach der Gegner mit der Aussicht auf schnellen und leichten Sieg dazu verleitet wird, eine Position der relativen Stärke aufzugeben und eine andere zu beziehen, wo er sehr viel leichter festgenagelt und fertiggemacht werden kann.

Auf etwa dieselbe Weise, in dem Bemühen, den Forderungen einer verschlagen feindseligen Rhetorik zu genügen, die unablässig nur nach »Reformen« rief, hat seinerzeit Ian Smith eine rhodesische Wählerschaft dazu überredet, das Prinzip von »ein Mann, eine Stimme« anzunehmen, womit Rhodesien in den letzten Phasen des Kampfes kinderleicht zu nehmen war.



Südafrikas Reichtum liegt in seinen Ressourcen wie in dieser größten Diamanten-Mine des Landes.

Kurz vor dem Anglo-Buren-Krieg, mit der Aussicht auf einen »Vergleich« in ähnlicher Weise in Versuchung geführt, erwiderte der ungebildete, aber kluge südafrikanische Präsident, Paul Kruger, auf Forderungen nach Reformen des englischen Lords Alfred Milner mit den Worten: »Nicht Reformen wollen Sie – Sie wollen mein Land!«

Das südafrikanische Drama, eben weil es nur ein Akt in einem Weltrevolutionsdrama ist, wirft viel Licht auf eine andere große Streitfrage, die, wie es in der Rhetorik der Weltpresse heißt, davon getrennt zu sehen ist, nämlich die Welle des Terrorismus, der Tag für Tag die Schlagzeilen der Presse füllt: »Jumbo von Bombe zerfetzt«, »Anglo-amerikanische Bekämpfung des Terrors«, »EG plant Bekämpfung des Terrorismus«, »Reagan klagt ›Terroristenstaat‹ an«.

Hochkonjunktur der Barbarei

Und in Südafrika, mit seinen barbarischen Formen des Terrorismus, der schwarze Zivilbürger zu Tode knüppelt und lebendig verbrennt, sind es die Revolutionäre, gedankenlose Marionetten ausländischer Kräfte, die das Land unregierbar machen wollen, denen alle Sympathie und Unterstützung gilt und nicht den Opfern und terrorisierten Einwohnern der Städte der Schwarzen.

Wer ist an dem Terrorismus als einem weltweiten Problem schuld? Wenn nicht diejenigen, die verantwortlich sind für die Errichtung zahlloser künstlicher und amorpher politischer Einheiten, in denen starke ethnische Gruppen dazu aufgefordert werden, sich der Herrschaft derjenigen zu unterwerfen, die sie als wesensfremde, ja sogar als minderwertige Herrscher betrachten, die vielleicht noch eine andere Sprache sprechen?

Und ist dies nicht gerade Bestandteil der Konzentration und Zentralisation der politischen Macht, die eine Weltrevolution braucht, die mit gleichem Eifer und häufig einer Stimme zu beiden Seiten des Eisernen Vorhanges vorangetrieben wird? Handelt es sich um eine unheilige Allianz von Kommunismus und Kapitalismus?

Wahr oder falsch? Antwort: eine Mischung aus beidem, jedoch fahrlässige Irreführung, wenn es als die ganze Wahrheit hingestellt wird. Es ist wahr, daß es unter den Schwarzen Südafrikas sehr viel Unzufriedenheit gibt, so wie überall in der Welt, wo sich Schwarze in einem menschlichen Umfeld wiederfinden, das sie nicht selbst erschaffen haben.

Es gibt unter den Schwarzen in den Vereinigten Staaten, in England und anderswo im Westen tiefe Unzufriedenheit, die sich immer wieder gewaltsam Luft zu machen versucht und sich auch in rassenbezogenen Verbrechen großen Maßstabs ausdrückt.

Dazu als Beispiel ein Bericht über schwarze Unzufriedenheit in England aus dem »Daily Telegraph«: »Die Polizei hat eine Nachrichtensperre über einen Vorfall in Toxteth, Liverpool, verhängt, bei dem mindestens drei Polizisten verletzt worden sein sollen, während es zu einer Straßenschlacht mit etwa 50 Jugendlichen kam, die Steine warfen.«

Warum wird die Tatsache unterdrückt, daß es schwarze Jugendliche waren? Warum die »Nachrichtensperre«? Dies alles ist so auffallend ähnlich mit dem, was in Südafrika passiert und für das man die Weißen in Südafrika schuldig macht und weltweit anklagt.

Die Unzufriedenheit der Schwarzen ist etwas, das nicht einmal die englische Labour Party abschaffen kann, die zu den lautstärksten Anklägern gegen Südafrika zählt, während verärgerte schwarze Parteimitglieder der Führung die Stirn bieten und ihren eigenen Parteiflügel gründen wollen.

Es gibt die Unzufriedenheit der Schwarzen in Südafrika, aber offenbar sehr viel mehr jenseits der Landesgrenzen, denn wie sonst hätte die illegale Einwanderung Schwarzer zu einem der größten Probleme Südafrikas werden können?

Südafrika würde von schwarzen Flüchtlingen überflutet, viele davon aus Zimbabwe, wenn die Grenzen völlig geöffnet würden, das ist eine Realität, keine Rhetorik. □

Südafrika

Zensur im Schweizer Radio

Einer der wenigen Schweizer, der den seit über zwanzig Jahren in Südafrika inhaftierten ANC-Führer Nelson Mandela schon gesprochen hat, ist Dr. Peter Sulzer, Mitglied des Patrionats der Schweizer Arbeitsgruppe südliches Afrika. Dr. Sulzer hat sein vor Jahren mit Nelson Mandela geführtes Gespräch in einem seiner Bücher festgehalten. Dies mag der Grund sein, daß Dr. Sulzer telefonisch von Herrn Pellegrini vom Radio-Studio Bern angefragt wurde, für einen Radiobericht über Nelson Mandela eine kurze Stellungnahme zu verfassen. Dr. Sulzer hat sich dazu bereit erklärt und den folgenden Text verfaßt.

Nelson Mandela, 1918 in der Transkei geboren, habe ich im Dezember 1952 kennengelernt. Ich habe ihn im Sekretariat des African National Congress (ANC), damals an der Foxstreet in Johannesburg, persönlich interviewt. Er war der Präsident der Jugendlichen des ANC. Ich reiste als Privatperson und hatte mir zum Ziel gesetzt, möglichst viele gebildete schwarze Südafrikaner zu sprechen, um mir ein Bild zu machen von ihrer Denkungsart. Das Buch, das ich über diese Begegnungen schrieb, war 1955 im Atlantis-Verlag unter dem Titel »Schwarze Intelligenz« herausgekommen.

Damals ging es um Kooperation

Ich sah in den Büros der ANC damals sowohl Walter Sisulu wie Nelson Mandela. Mandela war der zugänglichere. Es war angenehm, mit ihm zu reden. Er hatte, wie mir schien, im Unterschied zu Sisulu, eine starke persönliche Ausstrahlung, ohne indessen hart oder diktatorisch zu wirken. Im Gegenteil: Er hatte eine ansprechende Kulanz in seinem Wesen, er besitzt eine Art Charisma.

Das politische Ziel des ANC schien damals noch Kooperation mit den Weißen, die Reform auf gewaltloser Basis, zu sein. Das änderte sich, als der ANC in den sechziger Jahren in den Untergrund ging und auf einen gewalttätigen Umsturz hinarbeitete. Immer mehr erwies er sich als eine von Moskau dirigierte Organisation.

Nach Aufdeckung des Umsturzversuchs wurden die Anführer im Prozeß von Rivonia verurteilt. Im Verlauf des Prozesses wurde jenes von Mandela handgeschriebene Dokument verlesen, das Ministerpräsident Botha in seiner Rede vor dem Kongreß der Nationalen Partei von Natal in Durban am 15. August 1985 zitierte. Der Text lautet: »Wir Mitglieder der Kommunistischen Partei sind die fortschrittlichsten Revolutionäre der Neuzeit. Der Feind muß vollständig vernichtet und vom Erdboden vertilgt sein, ehe eine kommunistische Welt verwirklicht werden kann.«

Der Text wurde nicht ausgestrahlt

Mandela scheint zwischen 1952 und 1960/63 in seinem Innern eine entscheidende Wendung von der gewaltlosen Reform zur gewalttätigen Revolution vollzogen zu haben. Welches Bild von Mandela, das von der Foxstreet von 1952, oder das vom Rivonia-Prozeß von 1963, ist heute gültig?

Leider bekennt sich Mandela auch heute noch zur Gewalt, sonst hätte er ja die ihm von Präsident Botha angebotene bedingte Freilassung aus der Gefangenschaft – bedingt durch den Verzicht auf Gewaltanwendung – annehmen können. Im Interesse Südafrikas und der ganzen freien Welt wünsche ich ihm eine neue Kehrtwendung. Nichts ist unmöglich in der »Kunst des Möglichen«, das heißt der Politik.

Als Dr. Peter Sulzer Herrn Pellegrini diesen Text am Telefon vorlas, erklärte Pellegrini, der Text entspreche nicht ganz den Vorstellungen der Redaktion.

So unterblieb die Ausstrahlung. Es sei dem Leser überlassen, zu entscheiden, welches die wirklichen Gründe für den Entscheid sein mögen, die Stellungnahme von Dr. Sulzer im Schweizer Rundfunk nicht auszustrahlen. □



Ein Gewirr von Seilen über der Diamanten-Mine von Kimberley, als private Unternehmer hier schürften.

Südafrika

Wiederholung des Burenkrieges

Ivor Benson

Die revisionistische Geschichtsschreibung über den Krieg zwischen Briten und Buren in den Jahren 1899 bis 1902 wirft ein aufschlußreiches neues Licht auf den laufenden, in höchstem Maße koordinierten weltweiten Feldzug der Feindseligkeiten gegen Südafrika.

Die Umstände und Ereignisse, die jenem Konflikt vorausgingen, in dem das damals mächtige britische Empire mehr als drei Jahre brauchte, bis es die kleine Republik von Transvaal besiegt hatte, weisen, wie es sich nunmehr zeigt, eine höchst verblüffende Ähnlichkeit mit dem auf, was heute geschieht: mit den unablässigen Forderungen nach »Reform«, die letzten Endes nichts anderes sind als Forderungen nach der totalen Unterwerfung.

Identität der Kriegshetzer

Die Gründe, die für den südafrikanischen Krieg in den Jahren 1899 bis 1902 genannt und von einer feindlich gesonnenen Presse massiv propagiert wurden, sind inzwischen eindeutig als bloße Ausreden entlarvt worden, deren Ziel es war, die Identität und Motive der wahren Kriegshetzer zu verbergen.

Nehmen wir zum Beispiel das, was Generalleutnant Sir William Butler am 18. Dezember 1898 an den parlamentarischen Sekretär für die Kolonien schrieb: »Sämtliche politischen Fragen in Südafrika und fast alle Informationen, die von Cape Town nach England übermittelt werden, werden von einem, wie ich es bereits beschrieben habe, kolossalen Syndikat für die Verbreitung von systematischen Falschdarstellungen bearbeitet.«

Niemand befand sich in einer besseren Position, um die Wahrheit zu wissen, denn Butler war seinerzeit Oberbefehlshaber der britischen Truppen in Südafrika und geschäftsführender High Commissioner während der Abwesenheit von Sir Alfred Milner – später Lord Milner – in England, der zu den Chefarchitekten und Initiatoren des Krieges gezählt hat.

Es überrascht nicht, daß Butler bald danach überredet wurde, sein Amt niederzulegen und nach England zurückzukehren, und nachfolgende Historiker hielten es für höchst unangebracht, in ihren Schriften seine ehrlichen Mitteilungen auch nur mit einem Wort zu erwähnen, die seine Vorgesetzten beunruhigt und ihn zu einem Dorn in den Augen der Kriegstreiber gemacht hatten.

Butler hat immer gewußt, daß die angeblichen »Beschwerden« der Uitlanders im Transvaal, zumeist Briten, die in die neu entdeckten Goldfelder – heute als Witwatersrand bekannt – geströmt waren, eine betrügerische Erfindung gewesen sind.

Es gibt einen dünnen Goldfaden

In seiner Autobiographie schreibt er über die Konferenz vom 21. Mai 1898 in Bloemfonstein, wo Milner seinen endgültigen Forderungskatalog für die »Reform« dem südafrikanischen Präsidenten Stephanus Johannes Paulus Kruger vorlegte, wie folgt:

»Die Franchise-Frage war von dem Kolonialministerium als Testthema ausgesucht worden.

Wenn die Franchise den Uitlanders verwehrt würde, wäre es sofort zum Krieg gekommen; wenn aber Franchise in dem geforderten Umfang eingeräumt würde – fünfjährige Ansässigkeit in Transvaal –, dann würde die Zerschlagung der Burenrepublik nur eine Frage von ein paar Jahren sein, oder vielleicht ein paar Monaten, da die südafrikanische Liga stets parat ist, Pläne zu manipulieren und Rebellion zu schüren.

Doch von den zwei Möglichkeiten war die der glatten Verweigerung der Franchise die von den englischen Räubern am sehnlichsten erwünschte.«

Dieser glaubwürdige Bericht ist niemals einer ernsthaften Diskussion unterworfen worden, obwohl er seit Ende des englisch-burischen Krieges jederzeit zugänglich war. Doch nur eine verschwindende Minderheit der Geschichts-Revisionisten hat jemals von seiner Existenz gewußt.

Der größte Durchbruch in der ehrlichen Geschichtsschreibung gelang 1979, als Thomas Pakenhams monumentales, gut dokumentiertes und reich bebildertes Buch »The Boer War« (»Der Buren-Krieg«) erschien, wo über die Ursachen des Krieges folgendes zu lesen steht:

»Als erstes gibt es einen dünnen Goldfaden, der sich durch die Erzählung zieht, ein Faden, den die ›Goldkäfer‹ gewoben haben: die Randmillionäre, die die reichhaltigsten Goldminen der Welt besaßen. Bisher haben Historiker angenommen, daß keiner der Goldkäfer direkt mit der Herbeiführung des Krieges zu tun hatte. Aber in Wirklichkeit hatten sie direkt damit zu tun.

Dank der großen Großzügigkeit von Sir Alfred Beit und den Direktoren der Johannisburger Firma Barlow-Rand habe ich freien Zugang zu den politischen Papieren von Eckstein erhalten, der Rand-Tochtergesellschaft, die sich zur Zeit des Burenkrieges im Mehrheitsbesitz von Alfred Beit und Julius Wernher befand. Ich habe hier Beweise für eine unformelle Allianz zwischen Sir Alfred Milner, dem britischen High Commissioner, und der Firma Wernher-Beit, der beherrschenden Rand-Minengesellschaft, gefunden. Es war diese Allianz, wie ich glaube, die Milner die Stärke gab, um den Krieg zu beschleunigen.«

Die Schlacht um Südafrika

Zu denjenigen, die von einem expansionistischen britischen Nationalismus und Schwindelappellen zur Errettung von Bruder und Schwester von der burischen »Tyrannei« im Transvaal belogen wurden, gehörte auch Winston Churchill, der als Kriegsberichterstatter nach Südafrika kam. Pakenham schreibt über die Szene nach der Schlacht bei Doornkap, in der 100 Männer, überwiegend von den Gordon Highlanders in ihren Kilten, von Burenschützen niedergemetzelt wurden:

»Churchill weigerte sich zu glauben, daß dieser Krieg geführt wurde, um die Kontrolle über die Goldminen zu gewinnen. Doch angesichts der toten Männer, die nur wenige Meilen von der großen Goldader entfernt lagen, fand sich Churchill, wie er selbst später schrieb, finsteren Blickes auf die hohen Schlote der Rand schauend.«

Doch Churchill hatte Aussicht auf eine brillante Karriere im öffentlichen Leben, um die er sich kümmern mußte, und er scheint wenig weitere Zeit damit verbracht zu haben, finsteren Blikkes auf die Werke der Mächtigen zu schauen, stets bereit, die Arbeit anzunehmen, wenn ein weiterer Ausbruch von »Patriotismus« benötigt wurde, der ihre Ziele förderte.

Selbst Cecil John Rhodes wurde möglicherweise in seinem Eifer nach imperialer Erweiterung getäuscht, doch gewiß nicht jener andere Teil der verschworenen Partnerschaft, der Wernher-Beit-Minen- und -Finanzgroßkonzern, der seinerzeit die Goldminen im Transvaal beherrscht hat.

Pakenham schreibt: »Die Goldkäfer waren somit, entgegen der übernommenen Meinung späterer Historiker, aktive Partner zusammen mit Milner in der Herbeiführung des Krieges.«

Während die Forderungen nach »Reform« im Transvaal lauter wurden, telegraphierte Rhodes an Beit, der damals in London lebte: »Präsident Kruger wird alles geben, was verlangt wird. Er wird bis zur letzten Minute bluffen.«

Lord Rothschild gab die Rhodes-Mitteilung an Balfour weiter. Möglicherweise hat Rhodes an seine eigene Voraussage geglaubt. Doch Beit, Wernher und Fitzpatrick kannten die Buren. Die Entsendung von britischen Truppen würde den Krieg beschleunigen.

Und das war genau das, was Beit, Wernher und Rothschild wollten.

Krieg für die Oligarchie

Die Gründe, die für den derzeitigen, bisher nicht erklärten Krieg gegen Südafrika genannt werden, werden sich eines Tages als genauso schamlos erfunden erweisen wie jene, die man benutzt hat, um die öffentliche Unterstützung für den Krieg von 1899 bis 1902 einzupeitschen.

Wie echtes Gold, ungetrübt durch den Lauf der Jahre, steht hier eine einfache Aussage der Wahrheit, die von L. March Phillips stammt, einem Offizier der Rimington-Scouts, der vor dem Krieg auf den Feldern von Witwatersrand gearbeitet hat:

»Was die Uitlanders und ihre Klagen anbelangt, so würde ich keinen Meter weit reiten oder einen Schuß abgeben, um alle die Klagen zurechtzurücken, die jemals erfunden worden sind. Die Mehrzahl der Uitlanders – das heißt, Minenarbeiter und Leute, die bei Rand arbeiten – hat keine Klagen.

Ich weiß, wovon ich rede, denn ich habe unter ihnen gelebt und gearbeitet. Ich habe gesehen, wie sie englische Zeitungen unter sich herumgereicht haben und in Gelächter ausbrachen über die in der ›Times‹ veröffentlichten Telegramme jener teuren Klagen. Wir haben uns einen Spaß daraus gemacht, die Londoner Zeitungen zu lesen, um herauszufinden, welche Klagen wir hatten, und sehr oft rührten sie aus Anlässen, von denen wir niemals etwas gehört hatten.

Ich habe niemals einen Minenarbeiter oder werktätigen Menschen getroffen, der eine Meile laufen würde, um einen Wähler auf offener Straße niederzuschießen, und ich habe Dutzende, ja Hunderte gekannt und mit ihnen gesprochen.«

Butler und J. A. Hobson, ein berühmter englischer Schriftsteller und Journalist jener Zeit, waren genauso offen in ihren Meinungen über die wahre Identität derjenigen, die versteckt am Ende jenes »Goldfadens« saßen, von dem Pakenham berichtet.

In seinem Buch »The War in South Africa: Its Causes and Effects« schrieb Hobson: »Wir kämpfen, um eine kleine, internationale Oligarchie von Minenbesitzern und Spekulanten an die Macht in Pretoria zu bringen. Die Engländer sollten besser erkennen, daß die wirtschaftlichen und politischen Geschicke Südafrikas in den Händen von Männern liegen – und höchstwahrscheinlich bleiben werden –, die zumeist ausländischer Herkunft sind und mit Kapital Handel betreiben und deren Handelsinteressen nicht die von England sind.

Es mag sein, daß diese internationale Oligarchie für das Land besser ist als die gegenwärtige oder irgendeine andere Herrschaftsform, und es mag sein, daß England der Welt einen lobenswerten Dienst mit ihrer Errichtung erweist. Aber wir haben ein Recht darauf, ganz genau zu verstehen, was wir tun.«

Seit der Jahrhundertwende das gleiche Drama

Der Soldat, der eine Meldung an das britische Kriegsministerium im Juni 1899 sandte, war noch unverblümter: »Wenn die Juden aus der Frage herausgelassen werden würden, wäre es gewiß einfach, zu einer Abmachung zu gelangen. Aber offensichtlich haben sie die Absicht, das Land in einen Bürgerkrieg zu stürzen.« Nachzulesen in dem Buch von Sir William Butler »An Autobiography«.

Somit kann man sehen, daß das, was an der Jahrhundertwende in Südafrika passierte, nur Teil eines machtpolitischen Dramas ist, das immer noch läuft – in Südafrika und in der übrigen Welt. □

Südafrika

Schwarze zum Wirtschafts-boykott

Professor Lorenz Schlemmer, Dozent für politische Wissenschaften an der Universität Natal in Durban, Südafrika, ist Präsident des »South African Institut of Race-Relations«. Überdies ist er einer der wichtigsten Berater von Chief Gatsha Buthelezi, dem Führer des größten schwarzen Volkes in Südafrika. Professor Schlemmer veröffentlichte kürzlich die Ergebnisse einer wissenschaftlichen Untersuchung über die Haltung der Schwarzen in Südafrika zu den häufig aufgestellten Forderungen nach wirtschaftlichen Boykottmaßnahmen gegen Südafrika.

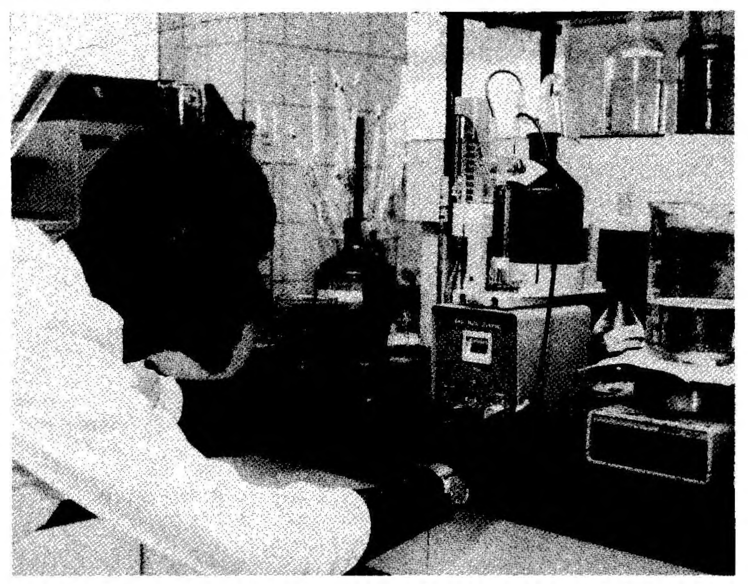
Als wichtiges Ergebnis dieser Untersuchung ergab sich, daß sich mehr als 75 Prozent der in südafrikanischen Industriegebieten beschäftigten Schwarzen klar gegen wirtschaftliche Sanktionen aussprechen. Professor Schlemmer hatte für seine Untersuchung insgesamt 551 sorgfältig ausgesuchte schwarze Fabrikarbeiter aus den sieben Hauptindustriegebieten des Landes befragen lassen.

Industriearbeiter gegen Boykott

Die Befragung erfolgte durch schwarze Sozialarbeiter. Die Ergebnisse dieser Befragungen waren interessanterweise fast dekkungsgleich mit jenen Resultaten, die eine gleiche, 1979 in Natal durchgeführte Umfrage bereits gezeitigt hatte. Rund 75 Prozent der befragten Arbeiter äußerten sich klar gegen jede Art von Sanktionsmaßnahmen.

Schlemmers Studie fand nach ihrer Veröffentlichung scharfe Kritiker. Bemängelt wurde insbesondere, daß die Befragung auf 551 Arbeiter beschränkt wurde. Dadurch könnten keine repräsentativen Schlüsse gezogen werden. Kritisiert wurde außerdem, daß ausschließlich Industriearbeiter befragt worden seien. Denn die in der Industrie tätigen Arbeitnehmer seien dermaßen vom Wirtschaftsgang abhängig, daß ihnen eine andere Antwort als eine Rückweisung von Boykottmaßnahmen jeglicher Art schlechterdings nicht möglich gewesen sei.

Aufgrund dieser Kritiken wurde wenig später von einer angesehenen Gruppe von Soziologen eine zweite Umfrage vorgenommen. Dabei wurden rund tausend Schwarze aus acht städtischen Gebieten Südafrikas mit den gleichen Fragen konfrontiert, die Schlemmer den Industriearbeitern vorgelegt hatte. Wiederum wurden als Befrager Schwarze eingesetzt.



Rund 79 Prozent der befragten Schwarzen in Südafrika sind gegen einen Wirtschaftsboykott des Landes.

Die tausend befragten Schwarzen gehörten den verschiedensten Volksschichten an. Frauen, Teenager, Studenten wurden ebenso befragt wie Angehörige aller Schichten der werktätigen Schwarzen. Selbst Arbeitslose waren unter den tausend Befragten vertreten. Diese umfassendere Untersuchung zeitigte folgende Ergebnisse.

Positiv zum ANC

Rund 79 Prozent der befragten Schwarzen waren gegen einen Wirtschaftsboykott Südafrikas, 19 Prozent erklärten sich dagegen als Anhänger des Disinvestment. Nur 1 Prozent konnte sich nicht entscheiden.

Interessant ist indessen, daß von den Schwarzen mit abgeschlossener Hochschulbildung rund 46 Prozent für Sanktionsmaßnahmen votierten. Schlemmer stuft diese Schwarzen in jener wirtschaftlichen, sozialen und politischen Elite ein, deren persönliche materielle Sicherheit und deren gesellschaftlicher Status nur wenig vom wirtschaftlichem System und vom Gang der Wirtschaft abhängig sei.

Die Befragung brachte im weiteren zutage, daß die Niederlassungen ausländischer und multinationaler Unternehmen in Südafrika bei Südafrikas schwarzen Arbeitern in besonders hohem Ansehen stehen. Deren fortschrittliche, von jeglichem Apartheids-Charakter befreite Arbeits- und Entlöhnungsordnung findet bei den schwarzen Werktätigen offensichtlich in ausgeprägtem Maße Anklang.

Zu ähnlichen Ergebnissen wie in den hier kurz zusammengefaßten beiden Umfragen gelangten übrigens auch vergleichbare Untersuchungen des »Human Sciences Research Council« und der Zeitung »Sunday Star«.

Angezweifelt werden diese Ergebnisse von verschiedenen Seiten. So wird immer wieder darauf hingewiesen, daß sich ein Schwarzer, der sich positiv zu Sanktionsmaßnahmen äußere, in Südafrika strafbar mache. Schlemmer hält diesen Kritikern aber entgegen, daß die Schwarzen auch zu ihrem Verhältnis zum in Südafrika seiner terroristischen Aktivitäten wegen verbotenen African National Congress (ANC) befragt worden seien. Obwohl auch dies an sich verboten wäre, hätten sich nahezu 50 Prozent der befragten Schwarzen positiv zum ANC geäußert. Aber gerade auch die ANC-Anhänger hätten gegen Südafrika gerichtete wirtschaftliche Sanktionsmaßnahmen großmehrheitlich verworfen.

Einsicht in die Zusammenhänge

Professor Schlemmer begründet die klare Ablehnung wirtschaftlicher Boykottmaßnahmen durch Südafrikas Schwarze wie folgt:

Sollten Sanktionen wirklich einmal ihre volle Wirkung gegen Südafrika entfalten, so würde die Lebensqualität aller Südafrikaner in ausgeprägtem Maß negativ beeinflußt werden. Die Wirtschaft, ihrer Auslandsverbindungen beraubt, würde ohne Zweifel schwer getroffen.

Kapital, das einmal aus einem Land abgezogen worden ist, kehre bekanntlich kaum je wieder zurück. Selbst wenn sich eine neue Mehrheitsregierung etablieren könnte, bliebe die Angst ausländischer Anleger vor Verstaatlichung oder zumindest vor einschneidenden Regierungsvorschriften über Lohn- und Arbeitsverhältnisse über längere Zeit erhalten.

Schwarze, die in den Arbeitsprozeß der südafrikanischen Wirtschaft integriert seien, würden aus Einsicht in diese Zusammenhänge wirtschaftliche Boykottmaßnahmen ablehnen. □

Südafrika

Das könnte der Todesstoß sein!

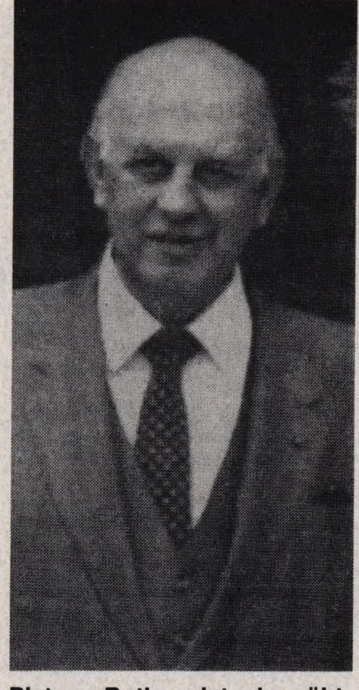
Ivor Benson

Die Republik Südafrika, ausgerüstet mit aller Kenntnis der in den derzeitigen Kampf verwickelten Kräfte und Motive und der Fähigkeit, dieses Wissen nach bestem Vermögen zu nutzen, würde ein weitaus furchterregender Gegner sein als die kleine Burenrepublik zu Beginn dieses Jahrhunderts. Tatsächlich gibt es nur einen Weg, auf dem Südafrika heute besiegt werden kann, nämlich den, daß es überredet und getäuscht oder verraten wird, sich zu ergeben.

Zu den Hauptfaktoren, die Südafrikas derzeitige Position der Stärke beeinflussen, gehört die Verwundbarkeit aller politischen Regime des Westens, die der Sowjetunion in dem laufenden, nicht-erklärten Krieg gegen die weiße Bevölkerung die Hand gereicht haben, die ein Gebiet von globaler strategischer Bedeutung kontrolliert und das die größten Mineralvorkommen der Welt birgt.

Bis hierher und nicht weiter

Jene Verwundbarkeit besteht vor allem im Bereich der öffentlichen Meinung, wie sich 1965 gezeigt hat, als die Rhodesier die Welt mit ihrer einseitigen Unabhängigkeitserklärung in Erstaunen versetzten. Es war eine Geste des Mutes und der Herausforderung, auf die die westlichen Menschen sofort und spontan mit der Gründung von zahlreichen Organisationen »der Freunde Rhodesiens« reagierten.



Pieter Botha ist bemüht, durch wirtschaftlichen Fortschritt die Apartheid zu überwinden.

Diese Entwicklung, die jenen mit der Sowjetunion und Rotchina gemeinsam den revolutionären Wandel in Zentralafrika vorantreibenden westlichen Regierungen höchst ungelegen kam, hätte eine enorme Expansion erlebt, wäre sie nicht von der Regierung Ian Smith erstickt worden, deren Ziel ein »Vergleich« war, wie sie es zu nennen belieben.

Es steht zweifellos fest, daß eine entschlossene Haltung Südafrikas, unterstützt durch den geschickten Einsatz der erheblichen Ressourcen des Landes, jenem verschwörerischen »Netzwerk«, das Professor Carroll Quigley in seinem großen Geschichtswerk über unser Jahrhundert, »Tragedy and Hope«, so exakt beschrieben hat, einen vernichtenden Schlag versetzen würde.

Millionen besorgter Menschen in allen westlichen Ländern warten nur darauf, daß eine Nation den Stand der Gegenrevolution anhebt mit dem Aufschrei, der in der ganzen Welt gehört werden wird: »Bis hierher und nicht weiter!«

Die furchtbare Kraft des Hasses

Die Herrscher in Südafrika könnten sich aus der prophetischen Warnung Inspiration holen, die Alexander Solschenizyn ausgesprochen hat: »Wir müssen erkennen, daß die Konzentration des Weltbösen und die furchtbare Kraft des Hasses existiert und von dort aus in die ganze Welt ausströmt. Und wir müssen dagegen aufstehen und dürfen nicht eilfertig sein, ihm zu geben und zu geben und zu geben all das, was es verschlingen will.«

Es muß natürlich bedacht werden, daß dieses »Weltböse« sehr schnell identifiziert und ausradiert würde, wenn es nicht überall voranschreitet, und zwar immer hinter dem Banner mit leuchtenden »Idealen« wie die von »Befreiung«, »Reformen«, »Gleichheit«, »Gerechtigkeit«, »Demokratie«.

Südafrika, mit seinen unendlichen Ressourcen an strategischen und anderen Mineralien, seinem Industriepotential, seiner Fähigkeit, die Menschen des Landes zu ernähren, und einer sowohl konventionellen als auch nuklearen Militärmacht ohnegleichen in Afrika, ist eines der wenigen entwickelten Länder, das seine Abhängigkeit von der übrigen Welt durchtrennen kann.

Eine solche heldenhafte Haltung bräuchte eine brillante Führungsmannschaft und eine kriegsähnliche Mobilisierung des nationalen Willens, der all die verschiedenen Volksgruppen auf sich vereinigen könnte – ein Wunder, das zu verwirklichen es in Afrika nur des Beweises wirklicher Stärke bedürfte.

Wer Afrika kennt und die wirkliche Bedrohung des großen »Weltbösen« erfaßt hat, von dem Solschenizyn spricht, weiß, daß all dies im Bereich des Möglichen liegt.

Südafrika sollte in seiner Entschlossenheit, fest zu bleiben, weiter bestärkt werden mit dem Wissen, daß eine Bereitschaft zur Verhandlung die Strafen der Niederlage nicht erläßt, wie die Erfahrung in Rhodesien gezeigt hat. □

Ivor Benson war als Informationsberater bei der rhodesischen Regierung von 1964 bis 1965 beschäftigt und legte sein Amt bald nach der Unabhängigkeitserklärung nieder. Seit vielen Jahren verfolgt er die Entwicklungen auf dem afrikanischen Kontinent aus nächster Nähe. Als politischer Schriftsteller und Redner über internationale Angelegenheiten hat Benson überall in der Welt Vorträge gehalten. Benson gibt ein monatlich erscheinendes Nachrichtenblatt »Behind the News« heraus.

Südafrika

Aufbauen statt niederreißen!

Eingeladen von der Arbeitsgruppe südliches Afrika, gab Professor Hudson Ntsanwisi, Chief Minister des Homelands Gazankulu, in einem Vortrag in Zürich eine umfassende Lagebeurteilung zur gegenwärtigen Entwicklung in Südafrika ab. In Gazankulu leben rund eine Million Shangaan und Tsonga. Gazankulu hat bis heute die ihm von Südafrika angebotene Entlassung in die Unabhängigkeit abgelehnt.

Apartheid, also die nach Rassen getrennte Entwicklung der menschlichen Gesellschaft, sei für einen Schwarzen zu keinem Zeitpunkt akzeptabel. Mit dieser Grundsatzerklärung eröffnete Chief-Minister Ntsanwisi seine Ausführungen zur aktuellen Lage in Südafrika. Denn Apartheid begründe eine Gesellschaftsordnung, die den Schwarzen ein menschenwürdiges Leben nicht möglich mache.

Verbitterung bei den Schwarzen

Daß Apartheid beseitigt werden müsse, diese Überzeugung teile heute auch die von Staatspräsident Pieter W. Botha geführte Nationale Partei. Mit der Beteiligung der Inder und Mischlinge an der politischen Macht sei auch bereits ein wichtiger Schritt weg von der Apartheid gemacht worden. Solange allerdings die Schwarzen von Reformen ausgeschlossen blieben, fühlten sie sich weiterhin als von der südafrikanischen Gesellschaft Ausgestoßene. Erst wenn auch die Schwarzen in die demokratische Ordnung miteinbezogen seien, könne von echter Reform gesprochen werden.

Als Staatspräsident Botha im Januar 1985 die neue Legislaturperiode des Parlaments eröffnete, stellte er den Schwarzen – auch jenen, die außerhalb eines Homelands ansässig sind – die umfassende südafrikanische Staatsbürgerschaft in Aussicht. Dies sei, stellte Ntsanwisi fest, ein außerordentlich bedeutsamer Schritt in die richtige Richtung. Damit sei den Township-Bewohnern, den städtischen Schwarzen also, das Recht auf ständige Niederlassung auf dem Boden der Republik Südafrika zugebilligt worden.

Die fast vollständige Abschaffung der Job-Reservation, die von Gesetzes wegen jahrzehntelang bestimmte Berufe den Weißen vorbehalten hatte, müsse als Willensbeweis der Regierung, Schritt für Schritt von der Apartheid abzurücken, anerkannt werden.

Für die Schwarzen besonders abstoßend sei aber der noch immer beträchtliche Qualitätsunterschied zwischen weißem und schwarzem Bildungswesen. Noch in den fünfziger Jahren sei für das Bildungswesen für Schwarze praktisch nichts getan worden. Diese Unterlassungssünden rächten sich heute in aller Schärfe. Die deswegen entstandene Bitterkeit bei den Schwarzen bilde den fruchtbarsten Nährboden für allerlei Agitatoren. Obwohl von der weißen Regierung heute sehr große Anstrengungen unternommen würden, die Zustände zu verbessern, dürften noch Jahre vergehen, bis die angestaute Verbitterung überwunden werden könne.



Die Goldminen in Südafrika gehören zur Lebensgrundlage für die Weißen und Schwarzen.

Schutz der Minderheiten

Die vielfältigen Apartheidsgesetze seien, räumte Chief-Minister Ntsanwisi ein, in einem Zeitraum von rund vierzig Jahren ausgestaltet worden. Ihre restlose Ausmerzung könne deshalb nicht über Nacht erwartet werden. Die immer ungeduldiger ihre Rechte fordernden Schwarzen zeigten für diesen Zeitfaktor indessen herzlich wenig Verständnis.

Als vordringlich betrachtet Professor Ntsanwisi, daß die weiße Regierung möglichst bald eine unzweideutige Absichtserklärung abgebe, wonach jegliche institutionalisierte Diskriminierung der Schwarzen auf der Grundlage der Apartheid-Gesetzgebung zügig abgebaut werde. Sie müsse klarstellen, daß alle in Südafrika lebenden Menschen gleich welcher Hautfarbe und Rassenzugehörigkeit als gleichberechtigte Bürger der Republik Südafrikas anerkannt würden. Eine Forderung, die übrigens mehrfach auch schon von Zulu-Führer Gatsha Buthelezi, Chief-Minister von Kwazulu, erhoben worden ist.

Eine zukünftige föderalistische Staatsordnung Südafrikas müsse einerseits den Schutz der Menschenrechte für alle Einwohner gewährleisten. Überdies müsse eine Form des Minderheitenschutzes gefunden werden, der verhindere, daß je eine in Südafrika lebende ethnische Gruppe – Weiße oder Schwarze – von einer anderen dominiert werden könne.

Daß die gesellschaftliche und politische Ordnung Südafrikas nach grundlegender Änderung rufe, sei jedem mit den Verhältnissen einigermaßen Vertrauten klar. Diese Änderung aber mit den Mitteln wirtschaftlicher Boykottmaßnahmen erzwingen zu wollen, sei eine gefährliche Illusion.

Zerstörung der Lebensgrundlage

Apartheid wird – so stellte Ntsanwisi fest – nicht mittels Wirtschaftsboykott beseitigt. Im Gegenteil: Dem wirtschaftlichen Fortschritt sei gerade in den vergangenen Jahren die Funktion des Motors zur Überwindung der Apartheid zugekommen. Wirtschaftsboykott bedeute gerade für die Schwarzen wirtschaftliche Verelendung. Wirtschaftsentwicklung hingegen bedeute Arbeitsplätze, bedeute technologischen und gesellschaftlichen Fortschritt, schaffe gerade für die Schwarzen die Grundlage zur Entfaltung auch politischer Macht.

Überdies sei es eine Tatsache, daß jede Schädigung der südafrikanischen Wirtschaft unmittelbare und schwerwiegende Folgen für die Volkswirtschaft der schwarzen Nachbarländer Südafrikas hervorrufe. Die gegenwärtige Krise der südafrikanischen Währung beispielsweise habe vollumfänglich auch Südafrikas Nachbarländer mitgerissen.

Wer – obwohl scharfer Gegner der Apartheid – an der Entwicklung Südafrikas echten Anteil nehme, der dürfe nicht Hand dazu bieten, der Bevölkerung Südafrikas – Schwarzen und Weißen – die Lebensgrundlage zu zerstören. Gerade die in Südafrika tätigen westlichen Industrieunternehmen hätten in der Vergangenheit mit ihrer wertvollen Entwicklungsarbeit vor allem im Bildungswesen und im Bereich der Berufsschulen wichtige Impulse für den gesellschaftlichen Fortschritt erbracht. Auf solchem Weg werde Südafrika, schloß Ntsanwisi seine Ausführungen, in eine bessere, demokratische Zukunft finden. □

Mexiko

Einladung für die Sowjets

Mike Blair

Eine schwere sowjetische Marine-Spezialtruppe, einschließlich Atomwaffen tragender Schiffe, ist von der Regierung des Präsidenten Miguel de la Madrid Hurtado zum Besuch zweier mexikanischer Häfen eingeladen worden.

Die sowjetischen Schiffe haben Vera Cruz und Tampico angelaufen. Der letztgenannte Hafen liegt nur 500 Meilen südlich von Brownsville in Texas, USA. Beide Häfen, die besucht wurden, liegen am Golf von Mexiko. Zu der roten Spezialtruppe gehört ein ultra-moderner Schlachtkreuzer der Kirow-Klasse, eines der schlagkräftigsten Schiffe im Marinearsenal der Sowjets.

Peinlich für die USA

Der Kirow-Kreuzer, mit einer Verdrängung von 28 000 Tonnen, ist, abgesehen von Flugzeugträgern, das größte Kriegsschiff, das seit dem Zweiten Weltkrieg von einer Nation gebaut wurde. Derzeit befinden sich zwei dieser sowjetischen Kirow-Schiffe auf See: einmal die »Kirow« und zum anderen die »Frunze«, die erst 1984 in Dienst gestellt wurde. Ein dritter Kreuzer dieser Klasse befindet sich derzeit in Bau.

Keine anderen Schiffe der roten Spezialtruppen wurden namentlich bekanntgemacht. Jedoch werden die Kreuzer gewöhnlich von einem Schutzschild aus schwer bestückten Zerstörern und Fregatten begleitet.

Der Kirow-Kreuzer trägt eine große Vielzahl an verschiedenartigen Raketen. Seine Hauptwaffe ist eine Batterie von 20 SS-N-19-Land/Land-Marschflugkörpern, mit einer Reichweite von 350 Meilen, die atomar bestückt werden können.

Er besitzt außerdem zwei Abschußrampen für die SS-N-14 Silex Marschflugkörper, die entweder für Schiff- oder U-Boot-Abwehr eingesetzt werden können. Seine Reichweite beträgt rund 34 Meilen. Für die U-Boot-Abwehr ist die Rakete mit einem Atomsprengkopf von fünf Kilotonnen ausgerüstet.

Wie aus gut informierten Quellen zu erfahren war, sind die Kirow-Kreuzer jetzt mit SS-N-21 Marschflugkörpern mit Atomsprengköpfen ausgestattet, deren Reichweite rund 2000 Meilen beträgt.

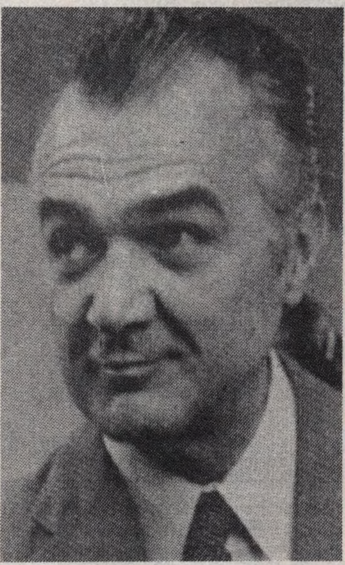
Zu den Luftabwehrwaffen des Kreuzers gehören auch 96 Langstrecken-SA-N-6 Land/Luftraketen.

Mit dem Besuch im Oktober 1985 wurde zum ersten Mal eine sowjetische Flottille nach Mexiko eingeladen. Wie zu erfahren war, sollte der Besuch die Reagan-Regierung, unmittelbar vor dem Genfer Gipfeltreffen im November 1985 zwischen US-Präsident Ronald Reagan und dem neuen starken Mann im Kreml, Michael Gorbatschow, in Verlegenheit bringen.

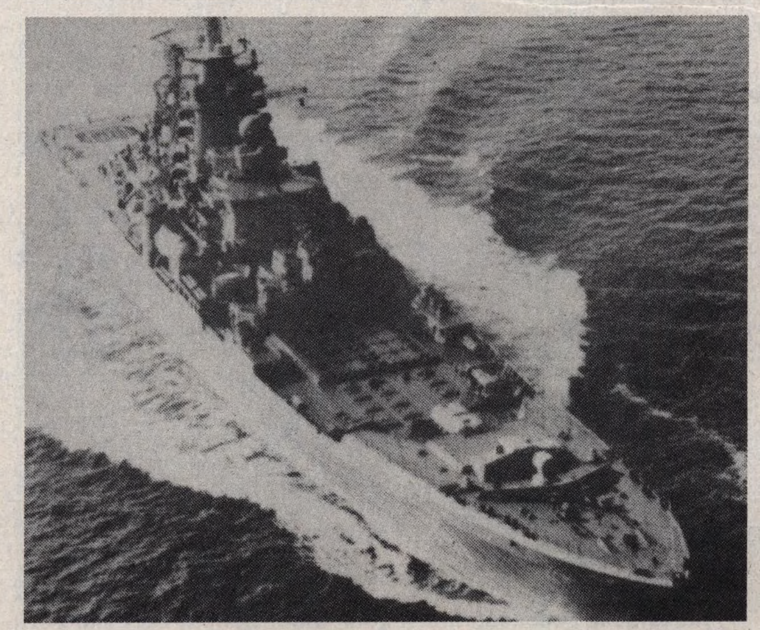
Sandinista haben den Besuch arrangiert

Der Besuch der mexikanischen Häfen soll von der Sandinista-Regierung in Nicaragua arrangiert worden sein, die eng mit der Sowjetunion verbündet ist.

Die Reagan-Regierung, die offiziell kein Wort über den Besuch verlor, betrachtet diesen Vorfall als die jüngste Episode der Regierung von de la Madrid in Mexiko City, den Vereinigten Staaten eine lange Nase zu machen. Die Regierung de la Madrid hat sich lautstark gegen die US-Politik in Lateinamerika eingesetzt, insbesondere in bezug auf Nicaragua und El Salvador. Erst vor kurzem hat die mexikanische Regierung ihre Beziehungen zu den nicaraguanischen Marxisten verbessert.



Miguel de la Madrid, Mexikos Präsident, begrüßt den sowjetischen Flottenbesuch in den Häfen des Landes.



Ein mit Atomwaffen ausgestatteter sowjetischer Schlachtkreuzer der Kirow-Klasse.

Laut amerikanischer offizieller Seite verstießen die Mexikaner mit ihrer Einladung einer atomar bestückten Sowjetflottille gegen das 1967 geschlossene Abkommen von Tlatelolco. Das von 14 lateinamerikanischen Staaten, darunter Mexiko, unterzeichnete Abkommen verbannt »jede Form des Besitzes von jedweden Atomwaffen«.

Der Besuch im Oktober 1985 war nicht das erste Mal, daß rote Marineeinheiten in mexikanischen Gewässern eindrangen. 1982 und 1983 wurden Spionageschiffe der nordkoreanischen Kommunisten tief im Gold von Kalifornien gesichtet, der sich mehrere hundert Meilen nach Norden und Süden zwischen der Halbinsel Baja und der Küste von Sonora und Sinaloa erstreckt.

Die Schiffe der Roten trugen eine Vielfalt von elektronischen Überwachungsgeräten und operierten im Norden bis nach Puerto Renasco (Rocky Point), das ist das nördliche Ende des Golfs, nur 50 Meilen von der amerikanischen Grenze entfernt.

Es wird angenommen, daß die Nordkoreaner US-Luftwaffen-Aktivitäten in Arizona und Südkalifornien ausgekundschaftet haben, sowie Ausbildung für Terroristen in geheimen Lagern im Norden Mexikos vorgenommen haben. Die Spionageschiffe segelten unter mexikanischer Flagge und operierten offensichtlich mit gewisser Kenntnis der mexikanischen Regierung.

Offiziell haben sowohl die USA als auch Mexiko jede Kenntnis des Eindringens von Spionageschiffen dementiert. Dagegen wurden die Schiffe wiederholt von mexikanischen Fischern gesichtet, ebenso von Amerikanern, die an der mexikanischen Küste leben oder Urlaub machten. □

Frankreich

Krieg der Geheimdienste

Alec de Montmorency

Nach Monaten lösen sich die Schleier des Mysteriösen, der die Explosionen an Bord des Fischkutters »Rainbow Warrior« in Auckland, Neuseeland, umgeben hat. Die Hintergründe beginnen sich zu lüften und enthüllen den Angriff als einen schmutzigen Zwischenfall in einer Fehde zwischen zwei rivalisierenden Geheimdiensten.

CIA gegen KGB? Nein, es sind der DGSE – die Geheimtruppe der französischen Regierung – und Englands MI-5, vertreten durch die Hafenpolizei in Auckland, sowie die neuseeländische und australische Regierung.

Spuren führen zu de Gaulle nach London

In Haft genommen wurden in Auckland zwei französische Geheimagenten, die wegen Mords, Brandstiftung und der illegalen Einreise nach Neuseeland mit gefälschten Schweizer Pässen angeklagt und verurteilt sind.

Wie die Behörden in Auckland mitteilen, gehören sie zu einem Team französischer DGSE-Einsatzleute, die die »Warrior« vermint hatten. Bei dem Bombenanschlag, durch den das Schiff sank, wurde ein Mannschaftsmitglied des Schiffes getötet.

Die »Warrior« gehörte zu einer Flotte, die von der militanten Umweltschutzgruppe »Greenpeace« betrieben wird, deren Plan es war, mit dem Schiff von Neuseeland zu den französischen Atomversuchsstellen im Südpazifik zu fahren, und zwar mit dem erklärten Ziel, diese Versuche zu unterbinden.

Zwei weitere Mitglieder des mutmaßlichen Sabotageteams entkamen auf ihre Yacht »L'Ouvea«, doch erst nachdem die australische und neuseeländische Polizei sie festgehalten, durchsucht und verhört hatten. Die anschließende Untersuchung hat ergeben – wie britische Quellen behaupten –, daß die »L'Ouvea«-Mannschaft an Bord der Yacht entflohen und dann von einem französischen U-Boot bei Taihiti aufgenommen und dann nach Frankreich geflogen wurde.

Frankreichs Präsident, Francois Mitterrand hat angesichts der Empörung des neuseeländischen Premierministers, David Lange, einen hohen Beamten ernannt, der eine »unparteiische« Untersuchung der ganzen Angelegenheit vornehmen soll. Monsieur Tricot, der besagte Untersuchungsbeamte, der schon von General de Gaulle in den Regierungsdienst gestellt wurde, hat auch prompt sämtliche französischen Beamten von jeglichem Verschulden ausgenommen.

In einem Live-Interview im französischen Rundfunk und später in der BBC erklärte Lange: »Frankreich hat unsere Freundschaft mit Neuseeland zerstört«.

Hinter der ganzen Affaire steht eine Fehde zwischen dem französischen Geheimdienst – der von de Gaulle errichtet wurde – und seinem britischen Gegenstück. Sie geht bis in die Zeit zurück, als de Gaulle von General Dwight D. Eisenhower als Führer der französischen Regierung nach der »Befreiung« durch die Alliierten in Paris eingesetzt worden war. Scotland Yard – der als geheimer Arm des britischen Nachrichtendienstes fungierte – fand verdächtige Ausbuchtungen in den Wänden von de Gaulles Hauptquartier während des Krieges in London.

Bei einer lebensechten Nachstellung einer Szene aus dem Stück »Cask of Amontillado« von Edgar Allen Poe, wurde eine Anzahl von Leichen gefunden. Als man in Paris von dieser makabren Entdeckung erfuhr, wurde mit allen Mitteln versucht, die Untersuchung totzuschweigen – jedoch ohne Erfolg.

Die Jahre vergehen. Wir befinden uns im Frühjahr 1982. Die argentinische Militärjunta besetzt die Falkland-Malvinen-Inseln, und eine britische Einsatzflotte wird zur Rückeroberung des Archipels entsandt.

Die Trumpfkarte in der Hand der Argentinier, um den englischen Ansturm abzuwehren, besteht aus zehn französischen »Super Etendard«-Kampfjägern, die sie soeben von den Franzosen gekauft haben, zusammen mit den tödlichen »Exocet«-Raketen. Argentiniens Militärjunta glaubt, die wenig gepanzerten britischen Kriegsschiffe in dem Moment versenken zu können, wo sie in dem umstrittenen Gebiet auftauchen.

Derartige militärische Großtransaktionen bleiben natürlich kein Geheimnis. Englands Premierministerin, Margaret Thatcher, appelliert an Mitterrand. Er antwortet mit einem Stop der französischen Waffenexporte nach Argentinien, worunter auch jeglicher Wartungsdienst für die »Super Etendard« und »Exocet« fällt.

Den Argentiniern verbleibt ein letzter Ausweg: der DGSE und seine geheimen Einsatzteams. Durch und durch Gaullisten, gelingt es ihnen, die französischen Spione Mitterrands zu umgehen.

Ein Team französischer Techniker taucht »mysteriöserweise« in Buenos Aires auf, um den argentinischen Fliegern beizubringen, wie die »Exocet«-Raketen auf die »Super-Etendard«-Flugzeuge verladen werden. Der englische Zerstörer »Sheffield« und die Fregatte »Ardent« werden versenkt. Doch auf der östlichen Falklandinsel ergeben sich die argentinischen Truppen.

Für Mitterrand wenig erfreulich

Zurückbleibt der DGSE mit einer blutigen Nase. Aber die Briten sind noch nicht fertig. Frankreichs Rolle für die Bewaffnung Argentiniens wird in der BBC bis zum Überdruß wiedergekäut, was für die Regierung Mitterrand keineswegs erfreulich ist.

Und in Wellington beschwert sich Lange: »Die Absurdität, daß jene ausgebildeten Marine-Froschmänner für Frankreich fühlen und für Tricot auftauchen und dann wieder verschwinden, ist genau das Gegenteil von totaler Zusammenarbeit, die der französische Präsident versprochen hat.«

»Die Männer sind Militärs, Leute, die nach einem Ehrenkodex operieren. Sie beteuern ihre Unschuld. Sie können nach Neuseeland kommen und vor Gericht gehen.«

Es ist zweifelhaft, daß Mitterrand dem Auslieferungsantrag stattgeben wird. □



Französische Pressestimmen zum Tricot-Bericht über die Versenkung der »Rainbow Warrior« mit den Überschriften: »Tricot wäscht weißer«, »Ohne Beweise reingewaschen«.

Spanien

Dynamit in der Demokratie

Ismael Medina Cruz

Ortega y Gasset behauptet, daß die Geschichte sich mit tödlicher Langeweile wiederholt. Es erscheint jedoch vermessen, das Hinterwäldlertum der Spanier für die Sünde einer solchen Wiederholung verantwortlich zu machen, die jedes Volk auf Grund seines ihm eigenen Kulturgutes und seiner spezifischen Geschichte begeht.

Das Geheimnis guter Staatsmänner liegt in der intimen Kenntnis ihrer Völker und ihrer Geschichte, deren Produkt sie sind, und mit der sie die Hauptakzente ihrer Regierungstätigkeit setzen. Gleichzeitig besteht die Geschicklichkeit des Politikers gemeinhin darin, Gutes zu leisten, aber sich gleichzeitig auf seinen eigenen Vorteil und Fortkommen auszurichten.

Politik der Schlauberger

Der Politiker handelt in der gleichen Weise wie ein »Schlauberger«, wobei bei letzterem die Intuition gegenüber dem Wissen die Überhand hat. Dies ist der Grund weshalb Politiker ohne Talent und Ausbildung sofort in ein schlaubergerisches Gehabe verfallen. Oder anders ausgedrückt, die Schlauberger übernehmen die Macht in kraftlosen Gemeinschaften.

Unsere jetzige vorgegebene spanische Demokratie wird von aufgeblasenen Politikern gelenkt. Was kann man von einem demoralisierten Volk in einer solchen Situation erwarten, wenn man ihm nur die Möglichkeit läßt, zwischen Schlaubergertum linker und rechter Politiker zu wählen. Unter diesen Umständen wird natürlich derjenige gewählt, von dem man sich kurzfristig die größten Vorteile verspricht. Man wählt also die einem am nächsten liegende beziehungsweise die am wenigsten störende Partei oder diejenige, die dem historischen Bewußtsein am wenigsten zu widersprechen scheint.

Furcht vor dem Chaos

Diese Zerrüttung führt zum schmerzhaften Torkeln, dem die konventionellen demokratischen Systeme der ganzen Welt seit geraumer Zeit unterworfen sind. Vor allem von dem Zeitpunkt an, wo eine wirtschaftliche Entwicklung durch eine sich beschleunigende Wirtschaftskrise verhindert wird, mit allen entsprechenden unheilbringenden sozialen Folgeerscheinungen. Aber wenn man derartige Zerrüttungen kühl aus der Ferne betrachtet, erkennt man unverzüglich, daß man sich nicht inmitten großer Änderungen befindet, sondern vielmehr in einem Wechselbad, das durch das Schweigen eines kleinen Teiles der Wählerschaft nach rechts oder links ausgelöst wird.

Obgleich in der Wählerschaft das Geschichtsgefühl oder die in der gesamten Fauna, einschließlich des Menschen, natürliche Furcht vor großen Veränderungen mehr als ausreichend vorhanden sind, beruhen die Schwingungen oder Resultate jetzt mehr auf Enttäuschungen, Zorn, Kummer, persönlicher Bereicherung, Frivolität und Quälerei. Zumindest in Europa hält sich die Demokratie, allerdings mühsam und aus Frucht vor dem Chaos, eine Furcht, die auf der Geschichtserinnerung ihrer Völker beruht, bei denen die letzten beiden Kriege noch sehr lebendig geblieben sind.

Der Abgrund der Abenddämmerung der europäischen Zivilisation erstickt sämtliche Auflehnungsgedanken im Keim. Auch Spanien kann sich diesen Gegebenheiten nicht entziehen. Aber dank Spaniens kultureller und geschichtlicher Vielfalt, wenn auch in den meisten Fällen mehr im Unterbewußtsein der Spanier verankert, bewirkt die jetzige Situation einen anderen Geschichtsbezug als in Europa.

Am stärksten fällt der brutale Gegensatz zwischen der demokratischen Korruption und den moralischen Fundamenten des Nationalbewußtseins auf, wenn auch letzte geschwächt sind, da die Kirche und das Militär von ihrer Aufgabe, die Sitten zu schützen, sich zurückziehen. Darüber hinaus bestätigt sich, ganz im Gegensatz zu den Annahmen der jungen Demokratie, daß Spanien einer ähnlichen Katastrophe zusteuert wie in den früheren zehn Versuchen mit einer neuen Verfassung.

Ein weiterer Punkt liegt darin, daß die Hauptakteure, die Angeber und die den Karren der Demokratie ziehen, schnell erschöpfen. Dieser letzte Aspekt ist im Rahmen der spanischen Kultur besonders wichtig, in der nämlich das persönliche dem institutionellen Element übergeordnet wird. Wenn die Demokratie ihr letztes Aufgebot an Persönlichkeiten verbraucht hat und dem Volk klar wird, daß nur noch Scheinfiguren verbleiben, verwandeln sich die noch anstehenden Probleme in Dynamit. Auf Grund der spanischen Vergangenheit und mit Sicherheit durch Konfrontation werden die Spanier unter sich Anführer suchen, die fähig sind, ihren Hoffnungen und ihren Ängsten Rechnung zu tragen.

Unterlegenheit statt Nationalbewußtsein

Immerhin haben die Spanier, die den Demokratisierungsprozeß vorangetrieben haben, den schwachsinnigen politischen Fehler begangen, indem sie mit brutalem Revanchismus das vorangegangene Regime mit den in der Vergangenheit geschlagenen europäischen Regimen vergleichen. Der Minderwertigkeitskomplex, auf dem Europas Demokratien beruhen, resultiert aus einem Bewußtsein der Unterlegenheit, die die gesamten europäischen Länder umfaßt. Noch heute werden diese von außer-europäischen Siegermächten bevormundet.

Ein derartiges »Unterlegenheitsgefühl« hat es in Spanien nicht gegeben. Ganz im Gegenteil, denn das Nationalbewußtsein gewann seinen Krieg gegen die Schützlinge der internationalen Marxisten. Es ist logisch, daß der Revisionismus derjenigen, die den Demokratisierungsprozeß in Gang setzten, die zu erwartenden Folgen bringt. Es sind die gleichen Spannungen, Entfremdungen, Konfrontationen und Haßgefühle, die 1936 zur unvermeidlichen Auseinandersetzung führten.

Die nur oberflächliche soziale Ruhe ist durch zunehmende anarchistische Tendenzen gefährdet. Beweis genug dafür bieten diejenigen Rubriken der Zeitungen, in denen über »Ereignisse«, also die täglichen begangenen Straftaten, berichtet wird. Oder man sieht die völlig unangebrachte Begeisterung, mit der die politischen Führer der Meuterei in Aranjuez gedenken, was sozialpolitische Auswirkungen haben muß und auch das Geschichtsbewußtsein »mitformen« wird. Ganz unerwartet können deshalb mal die Proteste vor dem Moncloa-Palast des Regierungschefs oder vor anderen Staatsgebäuden den Charakter der Meuterei von Aranjuez annehmen.

Es ist absurd, von einem demoralisierten, wirtschaftlich ruinierten und bedrängten Volk zu erwarten, »die Verhaltensweise der Regierung kühl zu analysieren«. Zuerst wird das Volk abwarten, dann wird es Wasser auf die letzte schwache Hoffnung gießen und letztendlich auf die Barrikaden steigen. □



China

Zwangsarbeit für westlichen Konsum

Die Verbraucher in den westlichen Industrieländern finden eine immer größer werdende Anzahl von Waren in den Regalen von Supermärkten und Kaufhäusern, die in Rotchina hergestellt wurden. Das Angebot umfaßt eine breite Palette, angefangen von Schuhen bis hin zu Nagelscheren. Es handelt sich um Waren, die unter sehr niedrigen Lohnbedingungen hergestellt wurden.

Nach inoffiziellen Schätzungen soll die Anzahl der Insassen in den zahlreichen chinesischen Zwangsarbeitslagern bis zu eine Million betragen. Diese Tatsache wird von der Reagan-Regierung wie von anderen westlichen Politikern in ihrem Drang, die bereits florierenden Beziehungen mit den Pekinger Kommunisten auszubauen, völlig ignoriert.

Die Farm des klaren Flusses

Tatsache ist aber, daß die Regierung in Peking ein enormes Netzwerk mit Zwangsarbeitslagern unterhält. Jede Stadt und jede Provinz hat ihr Lager oder sogar eine ganze Gruppe von Lagern. Beispielsweise betreibt das Pekinger Staatssicherheitsministerium eine Arbeitsfarm östlich der Stadt. Unter dem Namen »Farm des klaren Flusses« befinden sich dort etwa 20 000 Gefangene.

Es gibt in der Nähe der Stadt auch Fabriken für Zwangsarbeiter: »Neue Kapital-Gießerei«, »Neues Kapital-Stahlwerk«, »Neue Kapital-Ziegelei« und »Neues Kapital-Gummiwerk«.

Andere Lager befinden sich in dünn besiedelten und unwirtlichen Grenzregionen. Wie in der Sowjetunion, wo die Zwangsarbeit zum Alltagsleben gehört, werden die Gefangenen zum Bau von Straßen und Eisenbahnen, zum Roden von Wäldern, Trockenlegen von Sümpfen und zur Arbeit im Bergbau gezwungen.

Vor einiger Zeit wurde aus einem Lager in der Nähe von Datong in der Provinz Shansi in Nordchina ein 70 Jahre alter ehemaliger protestantischer Geistlicher entlassen. Er war beschuldigt worden, ein »amerikanischer Spion« zu sein, weil er die Divinity School in den Vereinigten Staaten besucht hatte.

Agenten des Staatssicherheitsministeriums sagten ihm, daß die Anklage gar nicht erst bewiesen werden muß, weil er seine Aufträge in den USA erhalten habe und er nicht dorthin gehen kann, um Beweise für sich zu sammeln. Er wurde einfach zur Lagerarbeit verurteilt, ohne Prozeß, allein durch die Polizeibehörde – eine in China allgemein übliche Praxis.

Die Regierung weigert sich

Zusammen mit 10 000 anderen Gefangenen war der Pfarrer gezwungen, von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends zu arbeiten, 7 Tage in der Woche. Alle zwei Wochen gab es einen freien Tag. Dreiundzwanzig Jahre lang hat er sich in einem Kohlenbergwerk abgerackert und mit bloßen Händen Kohleklumpen ausgegraben.

Anzumerken ist, daß der amerikanische Industrielle Armand Hammer, seit langem gut Freund mit den Sowjets, mit den Rotchinesen einen Kohlenhandel für 600 Millionen US-Dollar abgeschlossen hat. Das Projekt befindet sich in Shansi. Ob Zwangsarbeiter dabei eingesetzt werden, wurde nicht bekannt. Die Regierung in Peking weigert sich, das Thema der Zwangsarbeitslager zu erörtern, und behauptet gewöhnlich, daß es sie nicht gibt.

Rein technisch werden die Lagerinsassen in verschiedene Kategorien unterteilt, darunter gewöhnliche Verbrecher, die direkt zu Gefängnis mit Zwangsarbeit verurteilt sind, solche, die durch die Arbeit »reformiert«, und andere, die durch die Arbeit »umerzogen« werden sollen. Darunter befinden sich auch einige jugendliche Straftäter.



Fromme Chinesen auf Malakka bringen am Grabe eines Ahnen Bohnenkuchen als Opfer dar.

In der Praxis jedoch werden gewöhnlich alle Gefangenen in einen Topf geworfen. Auch politische Gefangene lassen sich nur schwer unterscheiden, da fast jeder Insasse als »Gegenrevolutionär« bezeichnet wird. Peking behauptet, man sperre niemanden, sondern nur politische Gefangene ein.

Eine der größten Lageransammlungen befindet sich in Tsinghai (Qinghai; Madarin Ch'ing-hai), einer bitterkalten Hochebene mit Grasbewuchs, Salzseen und schneebedeckten Bergen, die ursprünglich einmal vor allem von Tibetanern bewohnt war. Bis vor wenigen Jahren war sie allen ausländischen Besuchern verschlossen. Vor ein paar Jahren war eine Gruppe australischer Journalisten dort. Wie sie berichteten, sahen sie ein von Erdwällen umgebenes Gefängnis, das sich über eine Meile hinstreckte.

Ein anderes sehr großes Lager liegt bei dem Dörfchen Gonghe, etwa 60 Meilen südwestlich von der Stadt Xining entfernt. Es wird von zwei Mauern eingeschlossen, und die äußere ist so groß, daß man 15 Minuten zu Fuß gehen muß, ehe man an den inneren Eingang kommt. Zu dem Lager gehört eine Fabrik, die Motorteile herstellt.

»Du bist ein Feind des Volkes«

Wie eine Pekinger Zeitung berichtete, haben die Betroffenen des Programms »Arbeit reformiert«, in Wirklichkeit ist das das Strafsystem mit Zwangsarbeit, »allmählich das Konzept entwickelt, patriotisch und gesetzliebend zu sein, und beginnen das Gefühl zu haben, daß Arbeit eine Ehre ist. Sie haben ein neues Kapitel begonnen und folgen so dem richtigen Pfad.«

Weiter heißt es: »Die Praxis von mehr als zwei Jahrzehnten hat gezeigt, daß Erziehung durch Arbeit in der Tat beachtenswerte Resultate erzielt hat.«

Die Bürger Rotchinas haben oft keine Ahnung, warum sie in die Lager gebracht werden. Sie haben manchmal auch keine Ahnung, warum sie entlassen werden. Einem wurde einfach bei seiner Entlassung gesagt: »Du bist ein Feind des Volkes, doch Deine Einstellung ist gut!« □

Henry Kissinger

Daumen nach unten?

Peter Blackwood

Der Jahreswechsel bringt so manche Rückblende, Kommentierungen und Analysen mit sich. Geschehenes wird aufgearbeitet und eingeordnet. Und doch bleibt eine Tatsache unbeachtet und wird der Vergessenheit anheimgegeben. Im Mai 1985 traf in allen Teilen des europäischen Kontinents die Bürger bei der im Fernsehen übertragenen Randale der Liverpooler Fans bei dem Europapokal-Endspiel zwischen Liverpool und Turin ein Kulturschock. Kommentar um Kommentar in den Medien verglich das Ereignis, was nicht verwunderlich ist, und andere im täglichen Leben vorherrschende Trends mit den schlimmsten Phasen des Römischen Reiches.

Es ist deshalb ebenfalls nicht verwunderlich, daß einer der Ehrengäste bei dieser Fußball-Katastrophe niemand anders war als Henry Alfred Kissinger, dessen große Liebe zu dekadenten Dingen orientalisch-römischer und heidnischer Provenienz immer wieder von Beobachtern der Kissinger-Szene betont wird. Kissinger hat ganz offensichtlich seine philosophische Bindung an den Sozialismus tiefen orientalischen Wurzeln zu verdanken.

Führer im Fußballkrieg

Kissinger war in seiner Eigenschaft als Mitglied des Direktoriums des Weltfußballverbandes anwesend und befand sich in Gesellschaft von Gianni Agnelli, dem Playboy-Magnaten des Turiner Fiat-Konglomerats.

Die Welt weiß nicht, ob Henry das Fußballdebakel durch die berühmte Geste »Daumen nach unten« auslöste, die bei Tiberius, Nero und ihresgleichen so beliebt war. Doch gewißlich machten die Ereignisse jenes mörderische und bestialische Benehmen offenbar, das Kissinger idealisiert wie zum Beispiel in seiner berühmten Rede vom Mai 1982 vor dem Royal Institute of International Affairs in London, wo er die britische Weltsicht als »Hobbesianisch« pries, in Anlehnung an den Philosophen Thomas Hobbes aus dem 17. Jahrhundert, der schrieb, daß sich der Mensch in einem dauernden »Krieg jeder gegen jeden« befinde.

In einem Bericht über das Fußballereignis machte »Newsweek« ironischerweise, wenn auch nicht notwendigerweise absichtlich, die Sache klar. »Newsweek« berichtete über die Aktivitäten eines selbsternannten »Fußballrowdys« aus Liverpool, der schon seit fast 20 Jahren bei Fußballspielen randaliert. »Seine Freunde nennen ihn ›Kissinger‹«, schreibt das Magazin, »weil er der Nestor in der Führung von Fußballkriegen ist.«

Henry Kissingers große Liebe gilt dekadenten Dingen orientalisch-römischer und heidnischer Provenienz.



Zumindest seit den Kreuzzügen

Kaum hatte der »Dicke« diesen Schauplatz der Verwüstung und Zerstörung in Europa verlassen, als er auch schon auf frischer Tat ertappt wurde, wie er das Gemetzel nach Art des orientalisch-römischen Reiches in der Levante rühmte.

Henry Kissinger sprach am 3. Juni 1985 in einem Podiumsgespräch über den Nazi-Holocaust vor einem Publikum in der Sutton-Place-Synagoge in New York. Die Situation im Libanon kam zur Sprache, und Dr. Kissinger verbreitete sich über die Ursachen der Gewalt und Verwüstung dort.

So schlecht die Situation auch sei, empfahl Kissinger, so sollte sie doch keine Ursache zu großer Besorgnis sein, weil »der Libanon nicht hat, was nötig ist, eine Nation zu sein. Der Libanon ist schon seit 2000 Jahren kein vollständiger Staat – oder zumindest seit den Kreuzzügen.«

Von den vernichteten Dossiers abgesehen, existieren noch etliche Unterlagen im Libanon oder unter Libanesen, die man gewöhnlich als »den Kissinger-Plan« für den Libanon bezeichnet. Gemeint ist die 1974/75 begonnene und in den darauf folgenden Jahren sich konkretisierende Entwicklung, daß der Libanon in Lehnsgüter von »Großsyrien« und »Großisrael« aufgespalten werden soll, wobei Zehntausende von Libanesen niedergemetzelt werden sollen. Der Urheber dieser Politik war der damalige amerikanische Außenminister Henry Alfred Kissinger.

Die degenerierten Mitglieder des New Yorker Jet-sets fühlten sich verpflichtet, ihren liebsten politischen Wortführer zu ehren. Am Abend des 5. Juni 1985 wurde im LeCirque-Restaurant in der 65. Straße Henrys 62. Geburtstag gefeiert. Mit von der Partie waren Barbara Walters und Ted Koppel vom ABC-Fernsehen, Bill Paley vom CBS-Fernsehen, Lally Weymouth von der »Los Angeles Times« (Tochter von Katharine Grahams »Washington Post«) mit ihrem Gatten Barry Diller, dem Chef der Twentieth Century Fox, der in der Türkei geborene Mafia-Mensch Ahmed Ertegun von Atlantic Records sowie Mr. Rupert Murdoch mit Gattin.

Ein Kuchen für Henry

Als ein privater New Yorker Lieferservice Dr. Kissinger einen besonderen Kuchen brachte, der ausdrücklich dazu bestimmt war, seine ungewöhnlichen sexuellen Neigungen zu würdigen, erregte das erhebliches Aufsehen.

Die Geschichte geht aber noch weiter. Da die Geburtstagsfete in einem Hotel stattfand, das bestreikt wurde, wurden alle Teilnehmer als Streikbrecher beschuldigt. Und was für Kissinger noch schlimmer war: Es soll unter den Hotelangestellten ein Flugblatt in Umlauf gebracht worden sein, worin sie aufgefordert wurden, mit möglichen Informationen darüber herauszurücken, was Henry wirklich im Hotelzimmer macht. Sollten wütende Angestellte auf diesen Appell vielleicht doch noch reagieren, kommt es vielleicht bald zu Enthüllungen, die sogar den Irren Tiberius sich im Grabe umdrehen läßt. □

Federal Reserve System

Die Herrscher über den Dollar

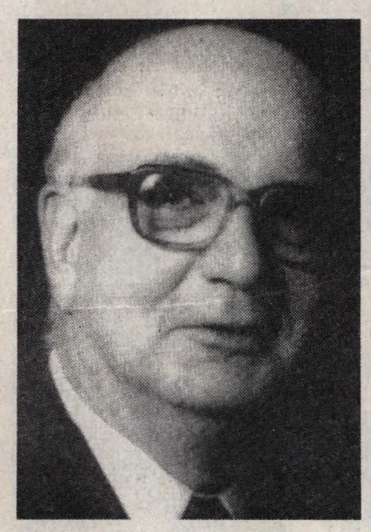
Die sieben Mitglieder des Vorstandes des amerikanischen Federal Reserve Systems werden vom US-Präsidenten ernannt und vom amerikanischen Senat bestätigt. Eine volle Amtszeit beträgt 14 Jahre. Alle zwei Jahre beginnt eine Amtszeit, und zwar jeweils am 1. Februar von geradzahligen Jahren. Ein Mitglied, das eine volle Amtszeit dient, wird in der Regel nicht wieder ernannt. Ein Mitglied aber, das einen nicht abgelaufenen Teil einer Amtszeit übernimmt, kann wieder berufen werden. Alle Amtszeiten enden an ihrem gesetzlich vorgeschriebenen Datum ohne Berücksichtigung des Datums, an dem das Mitglied auf sein Amt vereidigt wurde. Der Vorsitzende und stellvertretende Vorsitzende des Vorstands des Federal Reserve Systems werden vom amerikanischen Präsidenten aus den Mitgliedern des Vorstandes ernannt und vom Senat bestätigt. Ihre Amtszeit beträgt vier Jahre. Die Amtszeit eines Vorstandsmitglieds wird durch seinen Status als Vorsitzender oder stellvertretender Vorsitzender nicht berührt.

Sechs Männer und eine Frau sind die ständigen Mitglieder eines exklusiven Insiderclubs, zu dem nur die loyalsten Funktionäre des Establishments zugelassen werden. Diese Clubmitglieder ergeben die Zusammensetzung des Vorstandes des amerikanischen Bundesbanksystems, des Federal Reserve Systems.

Der Club, der alles kontrolliert

Das Federal Reserve System ist ein Bankenmonopol in Privateigentum und unter privater Kontrolle, das sich aus 12 regionalen Federal-Reserve-Banken zusammensetzt, die ihren Sitz in Boston, New York, Philadelphia, Cleveland, Richmond, Atlanta, Chicago, St. Louis, Dallas, Kansas City (Missouri), Minneapolis und San Francisco haben. Zum Federal Reserve System gehören aber auch, obwohl sie weit weniger wichtig sind, Tausende von Handelsbanken in den gesamten Vereinigten Staaten.

Dennoch ist es der Vorstand von Gouverneuren, der die Richtlinien der Politik des Federal Reserve Systems (Fed) bestimmt und hiermit Amerikas Währungspolitik diktiert.


Paul Volcker

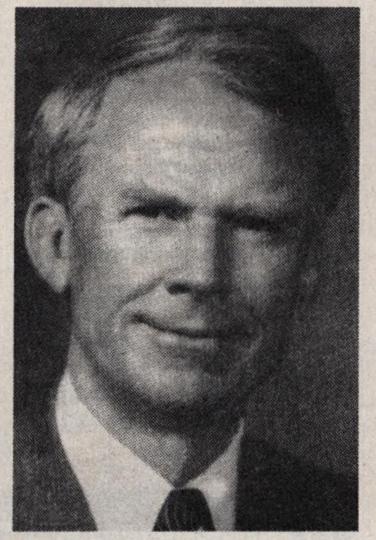
Die Fed wurde durch ein vom amerikanischen Kongreß 1913 beschlossenes Gesetz geschaffen, aber ihr Vorstand aus Gouverneuren ist niemandem verantwortlich, niemandem, das heißt, außer den internationalen Bankhäusern, die die Banken beherrschen, aus denen sich das Federal Reserve System zusammensetzt.

Wenn der Vorstand der Gouverneure der Fed zusammentritt, wird kein Outsider, sogar nicht einmal gewählte Beamte, die angeblich dem Willen des amerikanischen Volkes verantwortlich sind, zu diesen geheimen Zusammenkünften zugelassen.

Private Interessen bestimmen die Richtung

Statt dessen wird einer erlesenen Gruppe von Insidern erlaubt, den Lauf der amerikanischen Wirtschaft, eigentlich der ganzen Welt, frei von äußerer »Einmischung« zu lenken.

Somit entwerfen private wirtschaftliche Mächte Richtlinien, die dazu bestimmt sind, den Interessen der großen Banken zu dienen, die die Fed beherrschen, Interessen, die in der Regel den Interessen des amerikanischen Volkes zuwiderlaufen.


Preston Martin

Wer sind die sieben Persönlichkeiten, die die hohen Zinssätze festsetzen, die die amerikanische Wirtschaft gelähmt haben, die kleine Farmer und Geschäftsleute in den USA in den Bankrott zwingen, Amerika in nationale Verschuldung treibt und als Ergebnis die Zerstörung der internationalen Wirtschaft auslösen?

In einer Reihe von Kurzbiographien wird der Hintergrund der sieben Mitglieder des Vorstands, also der Gouverneure, des Federal Reserve Systems gezeichnet. Sogar der flüchtigste Überblick über ihren Hintergrund macht eine Tatsache vollkommen klar: der Vorstand der Gouverneure setzt sich aus loyalen Wortführern des Establishments zusammen, die ihre Ergebenheit gegenüber dem Federal Reserve System und den privaten Bankinteressen, die dieses mächtige Geld-Monopol bilden, bewiesen haben.

Paul Volcker

Paul Volcker, 58, befindet sich jetzt in der zweiten jeweils vierjährigen Amtsperiode als Vorstandsvorsitzender der amerikanischen Bundesbank, des Federal Reserve Systems. Ursprünglich war Volcker von US-Präsident Jimmy Carter im Jahr 1979 auf seinen Posten berufen worden.

Als am 6. August 1983 seine erste Amtszeit zu Ende ging, wurde Volcker von US-Präsident Ronald Reagan wieder berufen, obwohl er während der Präsidentschaftswahl-Kampagne von 1980 versprochen hatte, Volcker nicht wieder als Vorstandsvorsitzender der Fed zu ernennen.

Volcker wird beschrieben als »ein in erster Linie Ostküsten-Geldmensch, einer aus der Menge der New Yorker Bankers, die seit Alexander Hamilton Amerikas Währungspolitik gestaltet haben«. Er wurde auch der »Henry Kissinger der Währungsdiplomatie« genannt, ein Spitzname, der auf einen Menschen wie Volcker paßt, der wie Kissinger selbst, seinen Eintritt in die Machtelite durch eine enge Verbindung mit dem Finanzimperium David Rockefellers erreichte.

Volcker selbst ist Mitglied beider wichtigsten strategischen Gruppen der Rockefeller-Clique, die einen außerordentlichen Einfluß auf die Gestaltung der amerikanischen Außenpolitik ausüben: dem Council on Foreign Relations (CFR), wo sich Volcker auch im Vorstand befindet, und der Trilateralen Kommission.

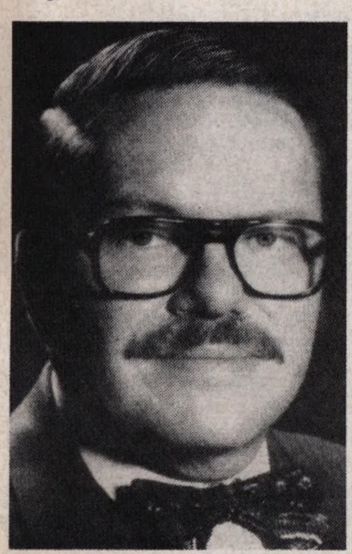
Als Vorstandsvorsitzender der Fed hat Volcker die entsprechenden Voraussetzungen. Er hat die Princeton Universität absolviert und außerdem das Mastersdiplom in politischer Ökonomie und politischen Wissenschaften an der Hochschule für öffentliche Verwaltung der Havard Universität erhalten. Anschließend arbeitete er noch wissenschaftlich an der London

School of Economics in den Jahren 1951 und 1952. Während dieser Zeit war jene englische Institution für ihre sozialistische politische Orientierung im Geiste der »Fabian Society« bekannt.

Volckers Karriere brachte ihn in die oberen Ränge des internationalen Bank-Establishments. Im Jahre 1962 war er Direktor der Abteilung Finanzanalyse im US-Finanzministerium, und 1963 wurde er zum stellvertretenden Unterstaatssekretär für Währungsangelegenheiten im Finanzministerium ernannt.

Von 1965 bis 1969 war er Vizepräsident der von Rockefeller beherrschten Chase Manhattan Bank. In dieser Position diente er als David Rockefellers persönlicher Vertreter einem erlesenen Komitee, das US-Präsident Lyndon B. Johnson in finanziellen Angelegenheiten zu beraten hatte.

Dies war jedoch nicht Volckers erste Verbindung mit dem Rokkefeller-Imperium. Schon vorher hatte Volcker als Rockefellers persönlicher Vertreter bei Zusammenkünften der »Commission on Monetary Credit« fungiert. Rockefeller war durch seinen langjährigen Intimus, Robert Roosa, der ebenfalls Mitglied der Trilateralen Kommission war, auf Volcker aufmerksam gemacht worden. Roosa war der Forschungsdirektor der Federal-Reserve-Bank von New York und nahm Volcker unter seine Fittiche, während der Zeit, als Volcker selbst als Assistent in der Inlandsforschungs-Abteilung der Bank arbeitete.



J. Charles Partee

Im Jahre 1969 verließ Volcker die Chase Manhattan Bank, um ins US-Finanzministerium zurückzukehren, wo er wieder seinen alten Posten als Unterstaatssekretär für Währungsangelegenheiten erhielt. 1974 kehrte Volcker zu der New Yorker Niederlassung des Federal Reserve Systems zurück, wo er Präsident wurde, nachdem seine Mentoren Rockefeller und Roosa ihn für den Posten empfohlen hatten.



Henry C. Wallich

Volcker, ein enthusiastischer Vertreter eines hohen Zinsniveaus, entwickelte sich schnell zu einem der führenden Sprecher der Fed. So geschah es, daß, als die Amtszeit des damaligen Vorstandsvorsitzenden der Fed, G. William Miller, zu Ende ging, er die logische Wahl des Establishments für die Nachfolge des Vorstandsvorsitzenden war.

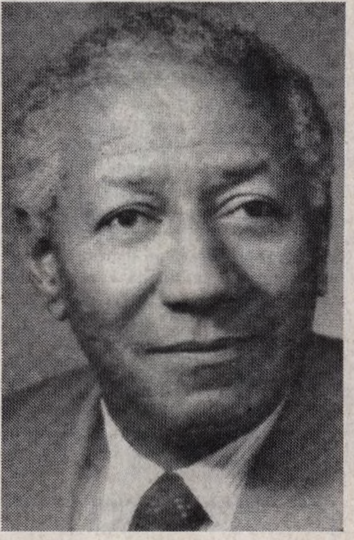
Preston Martin

Preston Martin, 61, stellvertretender Vorstandsvorsitzender der Fed, wird dieses Amt noch bis zum 31. März 1986 ausüben. Seine Amtszeit als Vorstandsmitglied wird am 31. Januar 1996 auslaufen; es sei denn, er und andere Mitglieder würden getadelt werden, wie der Republikaner Henry Gonzales aus Texas es empfiehlt, der eine entsprechende Gesetzesvorlage mit der Anregung einer solchen Aktion einbrachte.

Martin war im Vorstand einer Anzahl größerer Gesellschaften wie Sears, Roebuck und Co., außerdem Professor für Finanzwissenschaft an der Universität von Südkalifornien. Als geborener Kalifornier war Martin Kaliforniens Kommissar für das Geld- und Kreditwesen von 1967 bis 1969, nach einer früheren Karriere als Finanzier, Bauunternehmer, Planer von Einfkaufszentren und Banker. Von 1969 bis 1972 war er Vorstandsvorsitzender der Federal Home Loan Bank. Er ist auch Gründer der Federal Home Loan Mortgage Corporation.

J. Charles Partee

J. Charles Partee, 57, gebürtig aus Ohio, wird seine Amtszeit im Vorstand der Fed am 31. Januar 1986 beenden. Partee ist ein Karriere-Finanzier und das zweite Mitglied des Vorstandsstabes, das in den Vorstand selbst befördert wurde.



Emmett J. Rice

Nach Absolvierung der Indiana Universität, wo er das Masterdiplom in Finanzwissenschaften erhielt, trat Partee in den Dienst der Fed. Von 1949 bis 1956 arbeitete er in der Wirtschaftsabteilung der Federal-Reserve-Bank von Chicago, und von 1956 bis 1961 in der Northern Trust Company von Chicago. In dieser Zeit war er drei Jahre zweiter Vizepräsident dieser Gesellschaft.

Im Jahre 1962 wurde er Mitglied des Stabes des Vorstands der Fed, war in verschiedenen Bereichen tätig, bis er 1976 in den Vorstand berufen wurde. Während seiner 14jährigen Tätigkeit auf der hohen Ebene des Stabes der Fed, arbeitete er unter anderem als Hauptwirtschaftsberater des Offen-Markt-Bundes-Komitees (FOMC) der Fed, dessen offizielle Veröffentlichungen durch die Fed selbst es als »die wichtigste, die Währungspolitik gestaltende Instanz des Federal Reserve Systems« darstellt.

Das Federal Open Market Committee (FOMC) setzt sich aus den sieben Vorstandsmitgliedern der Fed zusammen; dem Präsidenten der Federal-Reserve-Bank New York, dem bei weitem mächtigsten der Filialbanken der Fed und abwechselnd aus den Präsidenten von jeweils vier anderen Fed-Filialbanken. Der Vorsitzende der Fed ist auch der Vorsitzende des FOMC.

Die Entscheidungen des Komitees, die in geheimen Treffen zustandekommen, werden der Federal Reserve Bank New York übermittelt, die so dann ihrerseits die aktuellen Käufe und Verkäufe von Wertpapieren durchführt, um Bankreserven und somit die Geldmenge zu beeinflussen. Es ist die Federal-Reserve-Bank von New York, die Geld aus dem Nichts erschafft, um Staatspapiere der Regierung zu kaufen und hiermit die amerikanische Wirtschaft als Ganzes beeinträchtigt.

Paragraph 10 des Federal Reserve-Gesetzes bestimmt, daß die Mitglieder des Vorstandes eine »faire Vertretung der finanziellen, landwirtschaftlichen, industriellen und Handels-Interessen sowie der geographischen Teile des Landes« abgeben sollten. Partee, ein Karriere-Angestellter der Fed, ist offensichtlich eines der sogenannten »öffentlichen« Vorstandsmitglieder, das das private Bankmonopol, bekannt als das Federal Reserve System regiert.

Henry C. Wallich

Henry C. Wallich, 71, Mitglied des Council on Foreign Relations, befindet sich in seiner ersten Amtsperiode im Vorstand der Fed, die am 31. Januar 1988 endet. Der deutschbürtige Wallich wurde in Deutschland und an der Oxford Universität in England, eines der ersten Indoktrinationszentren internationalistischen Gedankenguts des Establishments, ausgebildet. 1944 erwarb er außerdem den Doktortitel der Havard Universität.

Wallich ist ein weiteres Vor-

Federal Reserve System

Die Herrscher über den Dollar

standsmitglied der Fed, dessen Karriere in der Newe Yorker Filiale begann, wo er als Chef der Bankabteilung Auslandsforschung arbeitete. Als Professor der Wirtschaftswissenschaften an der Yale Universität von 1951 bis 1974 war Wallich gleichzeitig Assistent des US-Finanzministers (1958 bis 1959) und Mitglied im Rat der Wirtschaftssachverständigen des amerikanischen Präsidenten (1959 bis 1961).

Als loyaler Funktionär des Establishments wie alle Vorstandsmitglieder der Fed arbeitete Wallich auch im Vorstand des Forschungsrates des mächtigen privaten Komitees für wirtschaftliche Entwicklung, jener Institution, die rückhaltslos die Dezimierung der amerikanischen Farmen in Familienbesitz zugunsten des genossenschaftlichen Ackerbaus betreibt.

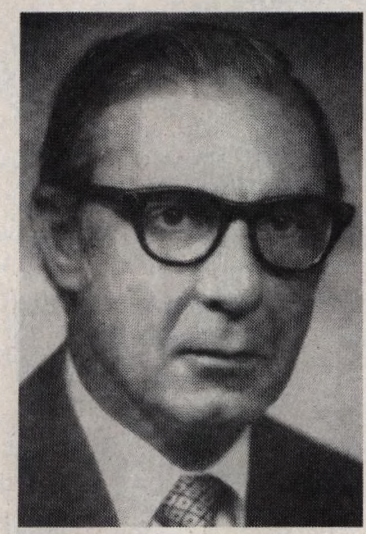
Wallich schrieb für Establishment-Blätter wie die »Washington Post« und »Newsweek«, die beide von der Washington Post Company herausgegeben werden und zum vereinigten Imperium von Eugene Meyer gehören, der zu den Gründern der Fed gehörte und von 1930 bis 1933 ihr Vorstandsvorsitzender war.

Emmett J. Rice

Emmett J. Rice wurde in den Vorstand der Fed im Jahre 1979 berufen, um eine nicht abgelaufene Amtszeit auszufüllen. Seine Wiederberufung steht für den 31. Januar 1990 an. Vor seiner Ernennung war er Vizepräsident der National Bank of Washington, der zweitgrößten Bank in der Hauptstadt Amerikas.

Rice war, wie viele seiner Kollegen im Vorstand der Fed ebenfalls vorher mit der einflußreichen Federal-Reserve-Bank von New York, wo er als Wirtschaftsfachmann arbeitete, verbunden. Er war auch im Finanzministerium tätig, wo er stellvertretender Direktor und später leitender Direktor einer Abteilung für Entwicklungsländer war.

Das in Süd-Carolina geborene Vorstandsmitglied der Fed war auch stellvertretender geschäftsführender Direktor der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung der Weltbank. Diese multinationale Kreditanstalt leitet Milliarden Dollar des amerikanischen Steuerzahlers in die Hände von Regimen der dritten Welt, die bei den internationalen Bankers, die das Federal Reserve System beherrschen und hierdurch direkt profitieren, verschuldet sind.



Lyle Gramley



Martha Romayne Seger

Daneben ist er Direktor einer Anzahl von mächtigen Gesellschaften wie Trans World Corporation und Trans World Airlines gewesen.

Lyle Gramley

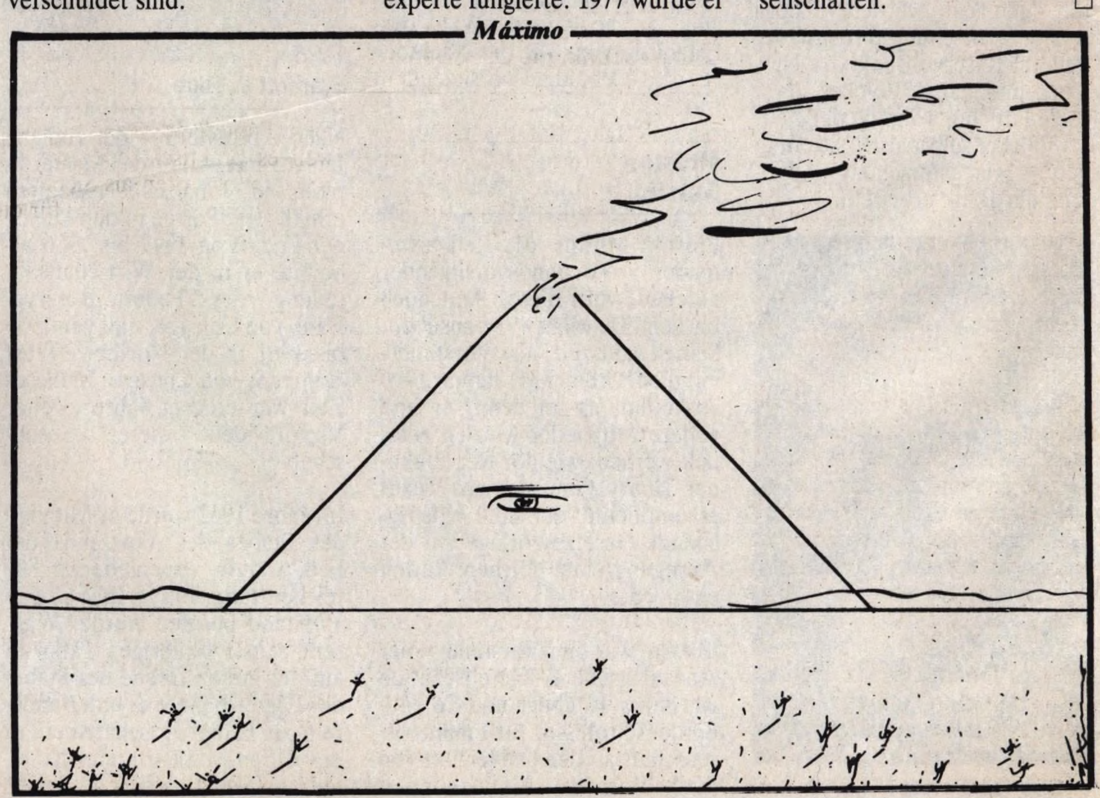
Lyle Gramley, 58, wurde in Aurora, Illinois, geboren und befindet sich im Vorstand in seiner ersten Amtszeit, die am 31. Januar 1994 endet. Er ist bereits seit 1955 in den Diensten der Fed, als er bei ihrer Filiale in Kansas City als Finanzexperte arbeitete. Im Jahre 1964 wurde er Mitglied des Stabes der Fed, wo er als leitender Wirtschaftsexperte fungierte. 1977 wurde er von Jimmy Carter in den Rat der Wirtschaftssachverständigen berufen und von dieser Position in den Vorstand der Fed. Als weiteres sogenanntes »öffentliches« Mitglied des Vorstandes ist Gramley natürlich ein Karrierebeamter der Fed, loyal gegenüber den Interessen der mächtigen privaten Banken, die die Politik der Fed diktieren.

Martha Romayne Seger

Martha Romayne Seger aus Michigan ist das jüngste Mitglied des Vorstandes, von Reagan 1984 berufen. Ihre Amtszeit wird am 31. Januar 1998 enden. Sie war früher Kommissar für die Geldinstitute des Staates Michigan von 1981 bis 1982, aber sie ist seit langem mit der Fed verbunden.

Zwischen 1964 und 1967 arbeitete sie für den Vorstand der Fed als Finanzexpertin und anschließend trat sie in eine Bank ein. Zehn Jahre lang war sie Leiterin der Wirtschaftsabteilung der Detroit Bank and Trust Company, worauf sie Vizepräsidentin der Bank of the Commonwealth in Detroit wurde.

Frau Seger ist Professorin der Finanzwissenschaft an verschiedenen Universitäten und war daneben Direktorin einer Anzahl von Banken und Versicherungsgesellschaften. □



Federal Reserve System

Warburg hatte Recht

Martin A. Larson

Als die Verabschiedung des Gesetzes über das Federal Reserve System im Jahr 1913 herannahte, schrieb Paul Moritz Warburg an den Vorsitzenden des amerikanischen Banken- und Währungsausschusses, Carter Glass, daß jegliche seiner eventuellen Mängel in späteren Jahren vom US-Kongreß bereinigt werden könnten und würden. Und diese seine Erklärung ist – aus der Sicht dieses Bankiers – eine der wahrsten gewesen, die Warburg je von sich gegeben hat.

Das Gesetz über das amerikanische Federal Reserve System ist immer wieder und wieder ergänzt worden. Es geschah immer so, daß den Bankers mehr Macht, mehr Kontrolle und mehr Gewinn eingeräumt wurde. Unter Franklin D. Roosevelt wurden viele Änderungen eingeführt, die jeweils etwas darstellten, was von Wall Street und den internationalistischen Cliquen gewünscht wurde, die Amerika und die westliche Welt beherrschen.

Eingebettet zwischen Regierungsgebäuden aus weißem Marmor steht das Haus des Federal Reserve Systems, der US-Bundesbank, die aber Bankers gehört.

Gehorsam gegenüber dunklen Mächten

Die jüngsten und vielleicht übelsten Ergänzungen, die jemals vorgeschlagen und in ein Gesetz eingebracht wurden, sind 1980 angenommen worden, als der US-Kongreß ein Gesetz verabschiedet hat, das offiziell »Depository Institutions Deregulation and Monetary Control Act« (»Gesetz über die Kontrollaufhebung für Einlage-Institute und über Währungskontrolle«), Staatsgesetz 96-221, heißt und am 31. März 1980 von US-Präsident Jimmy Carter unterzeichnet wurde.

Dies geschah aus Gehorsam gegenüber jenen dunklen Mächten, die als Bilderberger, Trilaterale Kommission oder Council on Foreign Relations bekannt sind und unter der Führung der Rockefellers und ihresgleichen operieren, die einst Carter ins Weiße Haus gebracht hatten.

Dieses Gesetz besteht aus neun Abschnitten oder Kapiteln. Um die Unterstützung dafür zu gewinnen, verleiht es Spar- und Darlehensgesellschaften gewisse neue Rechte, unter anderem das Recht, verzinsliche Scheckkonten zu eröffnen. Allerdings ist das erste Kapitel das wichtigste, wenngleich es praktisch unbemerkt blieb, als das Gesetz in endgültiger Lesung die beiden Häuser passierte.

Es bestimmt, daß das Federal Reserve System die Kontrolle nicht nur über die eigenen Mitgliedsbanken erhält, sondern auch über sämtliche Einlageinstitute, darunter Kreditvereine, Sparkassen, Spar- und Darlehensgesellschaften sowie nicht angeschlossene Geschäftsbanken, die schon heute unter den ihnen jetzt auferlegten Belastungen stöhnen. Damit wurde die direkte Kontrolle des Federal Reserve System von rund 3000 auf etwa 14 000 Institute ausgedehnt.

Es bestimmt weiter, daß die Reserveforderungen nach und nach zu senken sind, das heißt, Banken können noch mehr Kredite oder Buchgeld aus der Luft heraus erschaffen. Es heißt auch, daß die Höhe dieser Art Kredit, den sie erschaffen können, praktisch unbegrenzt ist.

Das Federal Reserve System erhält damit auch die Vollmacht, unbegrenzte Mengen von Banknoten zu drucken und sie in ihren Tresoren für Notfälle zu lagern. Auch braucht Bargeld jetzt nicht mehr abgesichert zu werden.

Des weiteren hat das Federal Reserve System die Befugnis, mehr Papiergeld herauszugeben, weil es praktisch jede Art von Vermögenswerten als Sicherheit beziehungsweise Reserve für die in Umlauf befindlichen Banknoten einsetzen kann. Zu derartigen Vermögenswerten zählen Schuldscheine von Kanalisierungskommissionen, Gemeindeverwaltungen und Bewässerungsbezirken, die in der Vergangenheit steuerfrei Wertpapiere ausgegeben haben.

Das Federal Reserve System kann jetzt Auslandsschulden monetarisieren, indem es »Schuldverschreibungen von Auslandsregierungen oder ihren Dienststellen sowie solche, die von diesen bezüglich Kreditsumme und Zinsen voll garantiert werden«, kauft.

Das Federal Reserve System kann weiter inflationieren, indem es die Auslandsschulden als Sicherheit für die Ausgabe von Banknoten verwendet. Dies hat das Federal Reserve System tatsächlich bereits vor dem März 1983 getan, und zwar 139mal, wie Ron Paul berichtet, der seinerzeit noch US-Kongreßmitglied war.

Die Konsequenzen aus dem sind in der Tat erschreckend. Zum einen bedeutet es, daß das Federal Reserve System jetzt die Macht hat, Wertpapiere fremder Staaten zu erwerben, die zur Zahlung von Verpflichtungen an private amerikanische Banken gebunden sind, die sie nicht einhalten können. Schätzungsweise belaufen sich derartige Kredite auf mehr als 800 Milliarden US-Dollar. Das Währungskontrollgesetz hat das Ziel, diese ganze Last gegebenenfalls dem amerikanischen Steuerzahler aufzuhalsen.

Weltweite Polypenarme

Darüber hinaus würde, im Falle einer Welle von allgemeiner Zahlungsunfähigkeit der Banken, wie zum Beispiel im Falle der Continental in Chicago, das Federal Reserve System sämtliches »Bargeld« liefern können, um die Forderungen der Einleger zu befriedigen. Dies würde zwar Banken retten, doch wird dabei die Regierung allmählich zu deren Eigentümer und die daraus resultierende Inflation wird vergleichbar sein mit dem, was zum Beispiel in Mexiko und anderen südamerikanischen Ländern geschehen ist.

Wir können darin einen sorgfältig abgestimmten Schritt in Richtung auf die nationale und schlußendlich globale Kontrolle sehen, die ein Konsortium von privaten Finanziers ausübt, die nicht nur die Länder beherrschen werden, wo sie bereits die Kontrolle mit Banken ähnlich dem amerikanischen Federal Reserve System ausüben, sondern die ganze Welt – jedenfalls ihren westlichen Teil.

Möglicherweise sind ihre Polypenarme so stark und so allumfassend, daß sie sogar die Kontrolle über die kommunistischen Staaten erstrecken wollen und vielleicht sogar können. Was für eine Aussicht für die Menschheit! □

US-Dollar

Wie die Bankers Amerika vernichten

Zweiter Teil

C. B. Baker

Nichtkommunistische Regierungen und private Kreditnehmer schuldeten zum Juni 1984 den mit den Trilateralen verbündeten internationalen Bankers 346 Milliarden US-Dollar, laut Federal Reserve Board-Bericht, der in »US-News & World Report« veröffentlicht wurde. Die internationalen Bankers haben nur einen Weg, um die Rückzahlung sicherzustellen, und der besteht darin, Amerika mit massiven Auslandsimporten zu überschwemmen und damit Amerikas Reichtum in die Schuldnerländer zurückzubringen, die ihn ihrerseits an die Großbankers zurückgeben. Auf diesem Wege bezahlt letztlich das amerikanische Volk die Schulden Fremder an die trilateralen Bankers zurück.

Im Jahr 1984 wies die amerikanische Handelsbilanz ein Rekorddefizit von 123 Milliarden US-Dollar aus. Die »New York Times« erklärte dazu am 1. Februar 1985: »Angezogen von dem steigenden Dollar-Kurs kletterten die Importe im letzten Jahr um 26,4 Prozent auf 341,2 Milliarden Dollar. Eine grobe, oft zitierte Berechnung besagt, daß auf je eine Milliarde US-Dollar des Handelsdefizits rund 24 000 verlorene Arbeitsplätze in Amerika kommen. Dies würde bedeuten, daß das Rekorddefizit (es wird 1985 noch größer ausfallen) im letzten Jahr von 123 Milliarden US-Dollar einen Preis von knapp 3 Millionen Arbeitsplätzen hatte.«

»Business Week Magazin« schreibt zu diesem Thema: »Jeder Dollar, den wir für Importe ausgeben, ist ein Dollar, der nicht für amerikanische Produkte ausgegeben wird. Das heißt also, daß, selbst wenn die Konsumnachfrage stark bleibt, das Bruttosozialprodukt (BSP) nicht wachsen wird, solange das Geld für ausländische Waren ausgegeben wird. Je 35 Milliarden US-Dollar im Handelsdefizit reduzieren das BSP um fast einen Prozentpunkt und kosten 700 000 Arbeitsplätze.«

Wie das Magazin voraussagte, »könnte das Handelsdefizit 1985 bis zu 150 Milliarden US-Dollar ausmachen«.

Der US-Kongreß hat die enorme Invasion von Auslandsimporten und die daraus resultierende Zerstörung der amerikanischen Landwirtschaft und industriellen Basis unterstützt. Beispielsweise verabschiedete der Kongreß das Handels- und Zollgesetz 1984, das die Schleusentore für Importe offenhält.

Die »Washington Post« vom 23. Dezember 1984 schreibt dazu: »Es ist dem Handelsbeauftragten William Brock (ein Mitglied der Trilateralen Kommission und von US-Präsident Reagan zum Arbeitsminister ernannt) mit Hilfe einflußreicher Kongreßführer gelungen, einen Teil der (Zoll-)Vorschläge, die von loyalen Kongreßabgeordneten eingebracht worden sind zur Eindämmung und Erwiderung der Importe, zu verwässern. Des weiteren erneuerte der Kongreß das System der besonderen Handelspräferenzen für Entwicklungsländer und siegte damit gegen einen Versuch, Taiwan, Südkorea und Hongkong als Empfänger dieser Zuwendungen zu ›verabschieden‹.«

Traditionell sehen die amerikanischen Patrioten den Anti-Amerikanismus hauptsächlich in den Reihen der Internationalen, Marxistisch-Liberalen, Kommunisten, Mitläufer, Fünfte-Kolonne-Anhänger, Sowjetlakaien und anderen Roten, die die größte Truppe der Kongreß-Demokraten bilden. Amerika hat das Pech, daß eine andere Art der anti-amerikanischen Krankheit viele der Kongreßmitglieder der sogenannten »neuen Rechten« befallen hat.

Im Namen des »freien Handels« befürworten diese Republikaner der »neuen Rechten« aktiv die totale Zerstörung der amerikanischen Industriebasis, darunter zahlreiche Bereiche, die für Amerikas militärische Verteidigung vital sind, wobei viele dieser sogenannten »Konservativen« vorgeben, diese zu unterstützen.

Senator Phil Gramm, Republikaner aus Texas, ist ein Beispiel für dieses anti-amerikanische »Neue-Rechte«-Denken. In einem Interview mit der »US-News & World Report« erklärte Gramm: »Wir müssen den Handel mit Mexiko erschließen, damit Güter und Dienstleistungen über die Grenze kommen können. Ich bin auch für eine Freihandelszone mit Mexiko und schlußendlich mit allen Ländern in Mittel- und Südamerika.«

Was Gramm verschweigt, ist die Tatsache, daß der unbegrenzte Import nach Amerika, der sich aus einem solchen Abkommen ergibt, weitere zig Millionen von Amerikanern arbeitslos machen und die Lohnbasis in den USA auf die von El Salvador senken wird.

Angesichts des größten Handelsdefizits in der Geschichte der Vereinigten Staaten und wachsender Arbeitslosigkeit infolge der Importflut hat die anti-amerikanische Reagan-Regierung die Dreistigkeit, neue Handelsabkommen zu unterzeichnen, die noch mehr Importe ins Land bringen und noch mehr Arbeitslosigkeit verursachen.

Die Springflut von Imitat-Importen

»Business Week Magazine« berichtete am 6. Mai 1985, daß die Reagan-Regierung am 23. April ein neues Handelsabkommen mit Mexiko unterzeichnet hat, das »den vitalen US-Markt für mexikanische Exporte weiter öffnen wird«. Das neue Handelsabkommen wird in Mexiko jährlich 900 000 neue Arbeitsplätze schaffen und zu einem ähnlich großen, direkt damit verbundenen Verlust von Arbeitsplätzen in den USA führen.

Mexiko hat 96 Milliarden US-Dollar Schulden bei den internationalen Bankers und ist bestrebt, den amerikanischen Markt mit seinen Industrie- und Landwirtschaftsprodukten zu überschwemmen, um genug Geld zu verdienen, das es den trilateralen Banken zurückzahlen muß. Zu der Warenflut, die aus Mexiko in die USA kommen wird, zählen Glaserzeugnisse, Zement, Autoteile, Petrochemikalien, Stahl und mehr Agrarerzeugnisse.

Durch die vorsätzliche Unterstützung einer Lawine von Auslandsimporten in die USA hat es

die Reagan-Regierung sehr viel leichter gemacht, daß Plagiatprodukte den amerikanischen Markt überfluten. Somit sehen sich die amerikanischen Industriehersteller nicht nur einer höchst zerstörerischen Flut von normalen Importen gegenüber, sondern auch massiven Einfuhren von Imitaten ihrer eigenen Erzeugnisse.

In »Nations Business Magazine« vom August 1984 heißt es: »Die Internationale Handelskommission (ITC) der US-Regierung schätzt, daß amerikanischen Unternehmen bis zu 8 Milliarden Dollar Umsatz jährlich durch Imitatwaren verlorengehen, die aus mindestens 44 Ländern in das Land eingeführt werden.«

»Rund 131 000 Arbeitsplätze gingen 1982 infolge der ausländischen Imitationen verloren«, sagt ITC. Dagegen meint der Vorsitzende des Energie- und Handelsausschusses des Abgeordnetenhauses, John Dingell, daß »schlampige Importeure« von Imitatwaren einen noch höheren Preis der Arbeitslosigkeit kosten. Sein »Nachlässigkeits- und Untersuchungs-Unterausschuß« schätzt in einem Bericht, daß jährlich 210 000 Arbeitsplätze allein für imitierte Autoteile verlorengehen.

Diese betrügerischen Waren stellen eine ernsthafte Bedrohung für die Gesundheit und Sicherheit des amerikanischen Volkes dar, weil die Waren immer einen sehr niedrigen Qualitätsstandard aufweisen, die das nachgeahmte Etikett eines hochwertigen amerikanischen Produktes ausnutzen. Zum Beispiel verursachen ausländische Imitat-Bremsbeläge, die mit geringerem Konstruktionskönnen und minderwertigen Materialien hergestellt werden als die legitimen »Made in USA«, gefährliche Unfälle, und imitierte Ölfilter verursachen große Schäden an amerikanischen Autos.

Imitate auch für Raketensysteme

Wie das Magazin erklärte: »Imitate wurden unter Bauteilen gefunden, die 1976 in einem Test der amerikanischen Raumfähre benutzt werden sollten und teilweise für Raketensysteme der US-Army bestimmt waren. Mehrere Hubschrauber im kommerziellen Verkehr sind abgestürzt und haben Verletzung und Tod gebracht, nachdem Imitatteile versagt haben.« Weiter berichtete das Magazin, daß importierte Imitatwaren auch in Herzpumpen und Medikamenten festgestellt wurden, wodurch das Leben von US-Bürgern noch weiteren Gefahren ausgesetzt ist.

James L. Bikoff, Präsident der International Anticounterfeiting Coalition (Internationale Anti-Imitations-Koalition), äußerte, daß sich das Nachahmen auf eine breite Palette von Produkten ausgedehnt hat, darunter: Bekleidung, Schmuck, Sportartikel, Platten und Tonbänder, Agrarchemikalien, Installationsbedarf, Elektrobauteile, Flugzeugteile sowie Computer und Software.

»Nations Business« veröffentlichte die Kommentare von Senator John Danforth zur Warenimitation und ihren Zusammenhang mit dem »verallgemeinerten System von Präferenzen« (internationale Handelsabkommen). Danforth erklärte: »Viele der Länder, die die schlimmsten Imitationsakten haben, gehören zu den Hauptbegünstigten des Präferenzsystems. Es sollte dabei bei keinem Land, das den Nutzen des zollfreien Zugangs zum amerikanischen Markt genießt und dem für viele seiner Produkte der Export gestattet wird, der Diebstahl an Produkten und an Gewinnen aus amerikanischem Erfindergeist, Forschung und Marketing übersehen werden.«

Der Unterausschuß des Kongreßabgeordneten Dingell hat die folgenden Dritte-Welt-Länder als die Hauptquellen von Plagiatprodukten aufgelistet: Taiwan, Südkorea, Hongkong, Singapur, Thailand, die Philippinen, Indonesien, Brasilien, Kolumbien, Mexiko und Nigeria. Viele dieser Staaten haben enorme Schuldenberge bei den Trilateralen und den mit ihnen verbündeten Bankers und sind somit stark motiviert, US-Produkte nachzubauen, um Geld für die Rückzahlung ihrer Kredite zu verdienen.

»Newsweek Magazine« vom 17. Dezember 1984 schreibt dazu, daß über 250 verschiedene Arten von Imitatwaren festgestellt wurden, darunter: Imitat-Bluejeans, nachgeahmte Düngemittel, unechte Rolex-Uhren, Imitatlederwaren, imitiertes Listerine-Mundwasser, Vicks 44 und andere rezeptfreie Arzneimittel überrollen jetzt den US-Markt und stellen ernsthafte Gesundheitsrisiken für das amerikanische Volk dar. Selbst verschreibungspflichtige Arzneimittel werden plagiiert, darunter Millionen von nachgemachten Anti-Baby-Pillen.

Trilaterale planen Job-Rationierung

Weil die Reagan-Trilaterale-Regierung bei der Entstehung der ungeheuren Flutwelle von Auslandsimporten, die jetzt in die USA strömen, mitgeholfen hat, ist es für die überlasteten Zollinspektoren unmöglich, nachzuprüfen, welche Produkte Imitate sind. Damit trägt der US-Präsident Reagan eine direkte Verantwortung für das Ausbreiten von Imitatgütern.

Die »Washington Post« vom 24. März 1985 schrieb, daß die Federal Reserve Gouverneure Henry Wallich und Paul A. Volcker die Meinung vertreten, daß »Auslandsanleihen einen amerikanischen Konsumboom auf einem nicht beizubehaltenden Niveau finanzieren. Als Folge werden die Amerikaner in Zukunft einen niedrigeren Lebensstandard hinnehmen müssen, indem reale Ressourcen ins Ausland transferiert werden, um so unseren Auslandsverpflichtungen nachzukommen.«

Was diese Fed-Direktoren verschweigen, ist die Tatsache, daß sie persönlich geholfen haben, dieses Problem in die Welt zu setzen, und zwar durch Zinserhöhungen, die den Dollar hochgetrieben haben, und durch ihren starken Widerstand gegen Einfuhrzölle in jeder Form.

Der offizielle Bericht der Trilateralen Kommission für 1984, Nr. 28 mit dem Titel »Demokratie muß funktionieren«, ist unter persönlicher Mitarbeit von Zbigniew Brzezinski entstanden, Gründungsmitglied der Trilaterialen Kommission und ehemaliger Sicherheitsbeauftragter der Carter-Trilateralen-Regierung.

Brzezinskis Bericht beklagt die Bemühungen zur Rettung amerikanischer Industriezweige. Es heißt: »Rückläufige Industriezweige, denen man das Sterben erleichtern sollte, werden am Leben gehalten.«

Der Trilaterale Bericht Nr. 28 beschreibt speziell die kommende Rationierung der Beschäftigung für amerikanische Bürger. Die trilateralen Feinde Amerikas befürworten offen die Job-Rationierung, die sie als »Job-Sharing« oder Teilzeitarbeit beschreiben. Es muß eine Situation vermieden werden, wo »eine Mehrheit der Bevölkerung die traditionelle Arbeitszeit in einem traditionellen Arbeitsleben verbringt, während eine wachsende Minderheit der Bevölkerung überhaupt nicht arbeitet«.

Diese Ideen sind das direkte Resultat der absichtlichen Zerstörung der industriellen Basis Amerikas. Der Trilaterale Bericht Nr. 28 erklärt: »Eine zweite Schwierigkeit, die sich aus einer Strategie zur Förderung der Arbeitsplatzteilung ergeben könnte, die ein Teil der Antwort auf die hohe Arbeitslosigkeit ist, ist die, daß einige mit einem sicheren Arbeitsplatz nicht bereit sein werden, politische Maßnahmen mitzumachen, deren Zweck die gleichere Verteilung der verfügbaren Beschäftigung ist.« Eine neue Form des Marxismus!

Der Trilaterale Bericht Nr. 28 beschreibt die Wahrscheinlichkeit, »daß das Tempo, mit dem Arbeitnehmer und Arbeitgeber auf eigenen Wunsch die Lebensarbeitszeit verkürzen werden, nicht schnell genug sein könnte, um den Arbeitslosen Beschäftigungsmöglichkeiten einzuräumen. In einem solchen Fall werden die Regierungen der trilateralen Länder die Führung übernehmen müssen. Regierungen können sehr viel tun, um diesen Prozeß zu beschleunigen. So können zum Beispiel Besteuerungs- und Sozialversicherungssysteme angepaßt werden, um so die Teilzeitarbeit sowohl für Arbeitnehmer als auch Arbeitgeber attraktiver zu machen.«

Einen Zoll für die Verteidigung

»Regierungen müssen den Anfang machen und ein günstiges Meinungsklima für ein verkürztes Arbeitsleben schaffen und entsprechende finanzielle Anreize und Nachteile bereitstellen.« Solche Maßnahmen werden die amerikanischen Arbeiter auf Teilzeitlöhne und -gehälter zurücksetzen und so ihren Lebensstandard noch weiter beschneiden.

US-Dollar

Wie die Bankers Amerika vernichten

Die größte Angst haben die Trilateralen davor, daß die amerikanische Industrie und Landwirtschaft durch Zölle verteidigt werden, die es für die Länder der dritten Welt schwerer machen würden, ihre Schulden bei den anti-amerikanischen internationalen Bankers zurückzuzahlen. Zum Unglück für Amerika hat Präsident Reagan die Position der Trilateralen Kommission bezüglich Einfuhrzöllen voll und ganz übernommen.

Die Bedrohung der amerikanischen Industriebasis wurde in ihrer Gesamtheit in der »Washington Post« vom 14. Februar 1985 verdeutlicht: »Siebzig Prozent der Güter, die von US-Firmen hergestellt werden, sind ausländischer Konkurrenz ausgesetzt.«

In der »New York Times« vom 8. April 1985 heißt es: »Donald H. Straszheim, Chefökonom bei Merrill Lynch Economics, hat festgestellt, daß im zweiten Halbjahr 1984 ausländische Hersteller 30 Cents von jedem zusätzlichen in den USA für Güter und Bauten ausgegebenen Dollar einnahmen.« Diese massive Abschöpfung zeigt genau, warum das US-Haushaltsdefizit auf 200 Milliarden gestiegen ist. Da so viel des amerikanischen Reichtums an ausländische Hersteller geht, die keine Steuern an die US-Regierung bezahlen, wird es immer schwieriger, die US-Bundeseinnahmen mit den Ausgaben ins Gleichgewicht zu bringen.

Jede neue Steuer für die Amerikaner, wie von der Reagan-Regierung und den Demokraten im Kongreß vorgeschlagen, wird nur dazu beitragen, das Wirtschaftswachstum zu beschneiden und das Haushaltsdefizit zu vergrößern. Doch wenn jener Kapitalabfluß besteuert würde – über Einfuhrzölle –, könnte der Haushalt sofort ausgeglichen werden.

Die »New York Times« vom 7. April 1985 berichtete: »Die Vereinigten Staaten werden in diesem Jahr voraussichtlich Güter und Dienstleistungen in Höhe von 400 Milliarden Dollar kaufen.« Eine fünfzigprozentige Besteuerung solcher Auslandsimporte würde sofort genügend Einnahmen bringen, um das derzeitige Haushaltsdefizit der USA von 200 Milliarden US-Dollar zu stopfen.

Riesensteuer auf US-Produkte

Die »Washington Post« vom 18. April 1985 berichtete, daß mit Hilfe des anti-amerikanischen Systems der flexiblen Wechselkurse der Dollar soweit gestiegen ist, daß er um 70 Prozent höher bewertet ist als andere Währungen. Dies bedeutet, daß gleiche Güter »Made in USA« um 70 Prozent teurer und ausländische Güter um 70 Prozent billiger sind, so daß Amerika nicht exportieren kann.

Viele der Trilateral-Getreuen in den Massenmedien und im US-Kongreß, die jetzt Einfuhrzölle bekämpfen, sind genau dieselben Leute, die laut das flexible Wechselkurssystem verteidigen, das den Dollar erst dahin gebracht hat, daß er 70 Prozent teurer ist als die anderen Währungen.

Was von der Mehrzahl dieser sogenannten »Freihändler« nicht erwähnt wird, ist die Tatsache, daß das floatierende Wechselkurssystem eine gigantische Exportsteuer für amerikanische Produkte ist und eine von der US-Regierung geschaffene 70prozentige Subvention für Importe aus dem Ausland.

Die »New York Times« schrieb am 23. Dezember 1984, daß das Mitglied der Trilateralen Kommission Peter G. Peterson gestand, »der überbewertete Dollar hat die Wirkung einer Exportsteuer und einer entsprechenden Subventionierung der Importe«.

Bei flexiblen Wechselkursen und einem überbewerteten Dollar ist die Erhebung eines US-Einfuhrzolls auf ausländische Güter eine erheblich andere Sache als die üblichen Zölle bei einem System fester Wechselkurse. Einfuhrzölle sollen nur als eine legitime Ausgleichsvergütung für den unfairen Vorteil dienen, den viele Auslandsindustrien und Landwirtschaften aus den flexiblen Wechselkursen und dem überhöhten Dollar ziehen.

Viele Trilaterale argumentieren, daß ein amerikanischer Einfuhrzoll nur zu Vergeltungsmaßnahmen durch die ausländischen Handelspartner gegen amerikanische Exporte führen wird. Dabei ist nur ein Fünftel der amerikanischen Wirtschaft im Export tätig. Dagegen sind 70 Prozent der amerikanischen Unternehmen stark von dem Auslandswettbewerb bedroht. Weil Auslandsimporte den unfairen Handelsvorteil des überhöhten Dollar-Kurses haben, können sie jene 70 Prozent der amerikanischen Unternehmen vernichten, die sich jetzt dem Auslandswettbewerb ausgesetzt sehen.

Falls das Ausland auf Einfuhrzölle reagieren würde, würden davon nur 20 Prozent der US-Firmen betroffen werden. Wenn jedoch die Auslandsimporte, die über den hohen Dollar mit einem Wertvorteil von 70 Prozent subventioniert werden, uneingeschränkt anhalten, sehen sich 70 Prozent der US-Firmen dem totalen Untergang gegenüber.

Wirtschaftskrieg gegen das eigene Volk

Wenn die Reagan-Regierung im nationalen Interesse Amerikas handeln würde, anstatt ausschließlich im Interesse der internationalen Bankers, würde sie sofort beschließen, den Dollar zu senken – stufenweise, um eine Panik zu vermeiden –, und zwar soweit, daß er im Gleichgewicht mit anderen Währungen ist; und dann würde sie beschließen, ein System der festen Wechselkurse einzusetzen, wo der Dollar-Wert durch die Dekkung aus einem großen, gemischten Warenkorb bestimmt würde. Unter einem solchen System sind weniger Zölle vonnöten.



New York am 29. Oktober 1929. Wann kommt der nächste Zusammenbruch des »Establishment-Spielgeldes«?

Da aber die Regierung weiterhin das anti-amerikanische System der flexiblen Wechselkurse unterstützt, liegt der einzig mögliche Ausweg zur Rettung der amerikanischen Industriebasis und zur Bewahrung der amerikanischen Landwirtschaft vor der totalen Zerstörung in einer Reihe von Einfuhrzöllen.

Der Kongreßabgeordnete John Dingell unterstützt einen 20prozentigen Importzoll. »Barron's Magazine« vom 15. April 1985 veröffentlichte ein Interview mit Dingell, hauptsächlich zum Thema der japanisch-amerikanischen Handelsbeziehungen.

Dingell erklärte: »Im Jahre 1776 hat uns wirklich die Wut gepackt, und wir haben die Briten vertrieben. Und wenn man sich anschaut, warum wir es taten, dann, weil wir den Briten Rohstoffe lieferten und sie uns Fertigwaren. Im Jahre 1985 haben die Vereinigten Staaten die gleiche Handelsbeziehung mit den Japanern. Wir liefern ihnen Rohstoffe, und sie liefern Fertigprodukte an uns.

Sie haben mehr Handelsbeschränkungen von nicht zolltechnischer Art als ein Hund Flöhe hat. Wenn Sie sich die Liste der amerikanischen Fertigprodukte ansehen, die vom Import nach Japan ausgeschlossen sind, werden Sie feststellen, daß darin alle enthalten sind, darunter Baseballschläger aus Aluminium, die angeblich in früheren amerikanisch-japanischen Verhandlungen angesprochen wurden, Kosmetika, Tabakwaren, Elektronikgeräte, Telekommunikationsgeräte, Autos, Stahl, Nahrungsmittel, Textilien, Glaswaren, Computer und alles andere, das Amerika herstellt.«

»Barron's Magazine« fragte Dingell, warum dies für die gesamte amerikanische Wirtschaft von Bedeutung ist, anstatt nur für seinen Wahlkreis. Dingell antwortete: »Sie sind dabei, die Vereinigten Staaten in jedem Sektor zu de-industrialisieren. Sie nehmen sich Amerikas Industriezweige zur Zielscheibe, und dann legen sie los, um sie zu zerstören, so wie es die Japaner in Pearl Harbor gemacht haben, ob wir von Fernsehern, Computern oder was auch immer sprechen. Es wird uns verboten zu liefern, ob in der Textil- oder Stahlindustrie, in der Automobil- oder Elektronikindustrie, bei Halbleitern oder Computern. Wenn diese Industrien auf diese Weise austrocknen, werden sie nicht mehr Teil unseres Bruttosozialproduktes sein.«

Wie Dingell berichtete, sind allein aufgrund der japanischen Import-Invasion 750 000 Arbeitsplätze in Amerika verlorengegangen.

Die falsche Politik der Fed

Eine kaum bekannte Nebenwirkung des japanischen Entschlusses, massiv in den USA zu investieren, damit der Dollar weiter steigt, ist, daß sie die amerikanische Technologie übernehmen. Die »New York Times« vom 26. Februar 1985 berichtete, daß mehrere US-Gouverneure einen »Technologie-Abzug« befürchten und Einwände gegen den Mangel an Gegenseitigkeit in der Investitionstätigkeit erheben.

Die Zeitung erklärte: »Gouverneur Richard D. Lamm aus Colorado sagte, daß japanische Investoren US-High-Tech-Unternehmen und bis zu 32 000 Patente gekauft haben. ›Dies ist einer der wirklich großen nationalen Fehler, der uns noch lange Jahre in der Zukunft verfolgen wird‹, äußerte Lamm. Er griff die kurzsichtige Blindheit anderer Gouverneure an, die aus falschen Gründen die Japaner zu Investitionen in ihren Bundesstaaten eingeladen haben.«

Lamm sagte: »Ich will die Japaner nicht hier haben und amerikanische Technologie aufkaufen lassen. Ich will sie nicht in unserem Land. Ich will nicht, daß die Araber unsere Banken besitzen, und daß die Japaner unsere Produktionsmittel besitzen.«

Titelheld einer Reihe japanischer Science-fiction-Filme ist ein gigantisches prähistorisches, 18 Meter großes Monster, Godzilla. Ihm gelingt es immer wieder, alles, was ihm im Wege steht, zu vernichten und eine breite Spur der Verwüstung hinter sich zu lassen. Das Federal Reserve Board spielt Wirtschafts-Godzilla, der immer wieder eine breite Spur der Zerstörung durch die gesamt-amerikanische Wirtschaft zieht.

»Die Politik des Fed-Vorsitzenden Paul A. Volcker hat den Dollar absichtlich auf Rekordhöhen getrieben. Jedesmal, wenn die Wirtschaft Anzeichen echter Stärkung aufweist, dreht die Fed sofort den Kredithahn zu und läßt die kurzfristigen Zinssätze emporschnellen. Dann, wenn das Wirtschaftswachstum abrupt zum Stillstand kommt, macht die Fed plötzlich die Schleusen auf. Das führt zu übermäßigem Geldwachstum, auf das wiederum ein Anziehen der Geldschraube erfolgt, und zwar epizyklisch in einen, wie es ein Kritiker der Regierung nennt, ›Wirtschafts-Terrorismus‹.«

Warren Brookes erklärte den wahren Grund für die Vernichtungspolitik à la Godzilla der Fed: »Die Fed ist, ein für allemal, keine öffentlich-rechtliche Anstalt, sondern eine Bank der Bankers, und dient ausschließlich dazu, die Solvenz der Großbanken zu schützen. Leider ist jene Solvenz derzeit direkt mit der Fähigkeit der Länder der dritten Welt verknüpft, ihre Riesenschulden abzubezahlen.«

Volckers Jo-Jo-Politik

Das heißt, je höher der Dollar, um so leichter ist es für jene Länder, auf den Weltmärkten und besonders in den USA wettbewerbsfähig zu sein. Die Mehrzahl der Fed-Eigner, also die Großbanken, hat ein stärkeres Interesse an einem hohen Dollar-Kurs als am amerikanischen Wirtschaftswachstum und Warenpreisen.

Daher werden jetzt eine Vielzahl der überseeischen Kredite zurückbezahlt, die andernfalls als Verlust verbucht werden müßten – jedoch direkt auf Kosten der amerikanischen Landwirtschaft, Industrie und Arbeiter, die auf den Inlands- und Weltmärkten brutalisiert werden.

Dies erklärt auch, warum keiner der großen Bankzusammenbrüche von unbezahlten Auslandskrediten herrührt, sondern von umfangreichen Inlandskrediten

für Ausrüstungsgüter, insbesondere in der Landwirtschaft, für Öl- und Gasbohrungen.

Brookes beschreibt, wie die ruinöse Politik der Fed mit Jo-Jo-Expansion und Schraubstock »verursache, daß die Warenpreise in sieben der letzten elf Quartale steil gefallen sind, und zwar 1984 durchschnittlich um mehr als sieben Prozent. Und das während eines Wirtschaftsaufschwungs. Dieser einmalige Warenpreissturz wurde vor allem durch den steigenden Dollar ausgelöst wie von der Fed durch ihre Jo-Jo-Politik gefördert. Sie trug dazu bei, daß das reale Wirtschaftswachstum 1984 in nur sechs Monaten von 10 Prozent auf 1,6 Prozent zurückgegangen ist.«

Wegen der weitverbreiteten Krise auf dem Spar- und Darlehenssektor und dem öffentlichen Aufbegehren von Zehntausenden von Amerikanern, die ihre ungedeckten Lebensersparnisse dahinschwinden sahen, sowie einem möglichen allgemeinen Bankenkrach hat Paul Volcker die Zinssätze vorübergehend im Frühjahr 1985 gesenkt. Aber sobald die Spar- und Darlehenskrise unter Kontrolle gebracht und für die Öffentlichkeit vorbei zu sein scheint, wird Volcker erwartungsgemäß seine Jo-Jo-Politik fortsetzen und die Zinssätze zumindest auf die Höhe von 1984 zurückhieven, damit wird auch der Dollar wieder steigen.

Die von Volcker derzeit vorgenommene geringfügige Zinssenkung wird den Dollar-Kurs nur etwas fallen lassen. Angesichts seiner 70prozentigen Überbewertung gegenüber anderen Währungen könnte der Dollar um 10 oder auch 15 Prozent fallen, und es wäre immer noch nur von geringem Vorteil für Amerikas Hersteller. Er müßte mindestens um 30 bis 40 Prozent sinken, damit Amerikas Industrie und Landwirtschaft aufatmen.

Während die Reagan-Regierung beschäftigt war, die amerikanische Industrie und Landwirtschaft zu vernichten, hat sie Vorbereitungen getroffen, um neue Riesenbeträge zum Wohle der internationalen Bankers zu zahlen.

»Business Week Magazine« vom 22. April 1985 berichtete, daß die kürzliche Ernennung von James A. Baker zum US-Finanzminister von den Ländern der dritten Welt außerordentlich begrüßt wurde, die bei den Trilateralen und ihren internationalen Bankers verschuldet sind. Das Magazin schrieb, daß Baker »bereit ist, eine Reihe von Initiativen zu unterstützen, die die Bereitstellung von Krediten an weniger entwickelte Länder erhöhen werde, die immer noch unter ihren Schuldenlasten stöhnen.

Reagans Fürsorge gilt den Bankers

Indem wir den Dritte-Welt-Ländern helfen, ihre Schulden auch in Zukunft zurückzuzahlen, nützen die Vorschläge von Baker den Schuldnerländern und US-Banken, die ihnen so großzügig Geld geborgt haben.«

»Business Week« erklärte, daß das »Wirtschaftswachstum in Lateinamerika im letzten Jahr 2,6 Prozent betragen hat, und zwar primär infolge einer außergewöhnlichen Zunahme der Exporte nach den USA. Da Lateinamerika in diesem Jahr Zinszahlungen von etwas über 11 Milliarden US-Dollar leisten muß, dürften neue Mittel benötigt werden. Auch wird Mexiko neues Kapital brauchen, wenn der Ölpreis weiter fällt.«

Professor Paul Craig Roberts kommentierte diese gigantische Fürsorgeerhöhung für die Bankers in »Business Week Magazine« am 8. April 1985. Er berichtete, daß das amerikanische Finanzministerium unter James Baker beantragt hat, die Unterstützungen für die Inter-Amerikanische, die Asiatische und Afrikanische Entwicklungsbank, sowie die Weltbank zu erhöhen, »zwecks einer Zuteilung in 1986 und einer Ergänzungszuteilung für 1985 in Höhe von 6,5 Milliarden US-Dollar, ein Betrag, der das 170fache ihrer Zuteilungen von 1985 ausmacht. Das US-Finanzministerium hat diesen Antrag unterstützt, während gleichzeitig Präsident Reagan das Haushaltsdefizit in seiner bisher einmaligen Höhe als Grund dafür angab, gegen die Nothilfe für die amerikanische Landwirtschaft zu stimmen. □

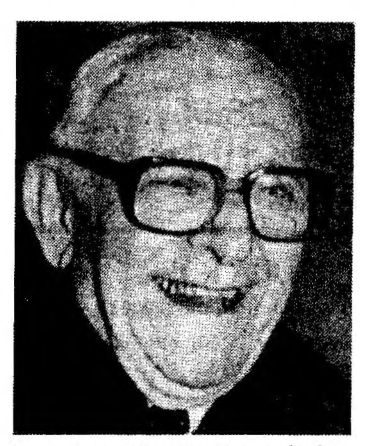
C. B. Baker ist Herausgeber des Informationsdienstes »Youth Action News«, P. O. Box 312, Alexandria, Virginia 22313, USA.

Armand Hammer
Milliardär als Sowjetagent

Joseph P. Kamp

Schon seit Jahren versucht Dr. Armand Hammer, der sich bei jeder Gelegenheit öffentlich seiner angeblichen Vertrautheit und Freundschaft mit Staatspräsidenten, Prinzen und kommunistischen Diktatoren rühmt, mit allen Mitteln, zum amerikanischen Botschafter in Moskau ernannt zu werden.

Die Einwohner der amerikanischen Stadt Palm Beach in Floriada werden sich heute noch daran erinnern, daß Hammer, während der Carter-Regierung, den sowjetischen Botschafter, Anatol Dobrynin, eine ganze Woche lang in Palm Beach bewirtet hat, wobei der Höhepunkt die Angelfahrt auf seiner Yacht bildete, auf der sich auch die Presse befand. Unterwegs war Dobrynin des Lobes voll für Hammer, wobei er sogar andeutete, daß sein guter Freund einen ausgezeichneten Botschafter in seinem Land abgeben würde.



Hammer ist ein Freund des Kommunismus aus der Zeit, als Lenin mit der sowjetischen Revolution siegte.

Hammer ist hartnäckig

Als diese Meldungen hinausgingen, wurden sie sofort von den kommunistischen Führern im Kreml lautstark gebilligt. Doch Jimmy Carter hörte nicht auf all diese gutgemeinten Ratschläge. Carter hatte eine bessere Idee, wie wir noch sehen werden.

Aber Hammer ist hartnäckig. Als sein Freund Ronald Reagan amerikanischer Präsident wurde, läßt er die derzeitige Kremlführung einen neuen, Ratschläge erteilenden Chor anstimmen. Doch das Weiße Haus ignorierte den Vorschlag bisher vollkommen, und viele fragen sich, warum.

Die Antwort erhielt die Öffentlichkeit schließlich doch, als die »New York Times«, die zwar Fidel Castro in Kuba an die Macht gebracht hat, aber Hammer für nicht »zuortbar« hält, die folgende augenöffnende Erklärung veröffentlichte:

»Wie ein Mitglied aus dem inneren Kreis um den Präsidenten, der nicht namentlich genannt sein will, sagt: ›Wir wissen einfach nicht, auf welcher Seite Hammer steht‹.«

Als Anmerkung sei hier angebracht: Der frühere Bürgermeister von Palm Beach und ehemalige Botschafter in Kuba, Earl E. T. Smith, erzählt in seinem Buch »The Fourth Floor« (»Der vierte Stock«), wie die »New York Times« geholfen hat, den Kommunismus in Kuba an die Macht zu bringen, wobei sie Castro als einen politischen Robin Hood dargestellt und ihn mit Abraham Lincoln verglichen hat.

Aber zurück zu Armand Hammer: Nun, wenn schon US-Präsident Reagan, bei allen seinen vielen Nachrichtendienst-Informationen, die ihm zur Verfügung stehen, nicht weiß, auf welcher Seite Hammer steht, dann sollten es die Leute von Palm Beach herausfinden. Aber sie hätten es tun sollen, bevor sie im November 1985 Hammer »ehrten«.

Ich glaube ernsthaft, daß man den guten Leuten, die dabei mit-

machten, einige konkrete Dinge über das unverzeihliche Verhalten und die pro-kommunistischen Neigungen dieses professionellen politischen Seiltänzers sagen muß. Viele wissen über Armand Hammer so gut wie nichts.

Hammers Botschaft in Moskau

Falls einige ehrliche Skeptiker oder eingefleischte Hammerphile unsere Enthüllungen als »alten Kram« wegzuwischen versuchen, so sollten sie bedenken, daß Hammer vor nur wenigen Monaten in Moskau nicht die Vereinigten Staaten vertreten hat, sondern unseren »demokratischen« Verbündeten, Israel, der angeblich die USA vor ihren Erzfeinden, der UdSSR beschützen soll – ein ironischer Scherz.

Seit nunmehr einigen Monaten versucht Reagan, Himmel und Erde in Bewegung zu setzen, um die Sowjets von dem Pulverfaß in Nahost fernzuhalten, das den dritten Weltkrieg auslösen könnte. Doch Israels Premierminister, Shimon Peres, äußerte jüngst vor einem Publikum in Jerusalem: »Wir sind im Kreml, anläßlich des 40. Jahrestages seines Sieges über die Nazis, mittels des amerikanischen Juden, Armand Hammer, vorstellig geworden, der mit Lenin befreundet war.«

Hammers Botschaft in Moskau war einfach. Er versprach seinen Kumpanen im Politbüro, daß, entgegen den Wünschen Reagans, der Kreml an den Friedensgesprächen in Nahost teilnehmen könnte, wenn die Sowjetunion Israel anerkenne und Botschafter austausche.

Was immer Hammer seinen bolschewistischen Genossen mitgeteilt hat, es hat funktioniert, denn am 20. Juli 1985 hieß es auf der Titelseite der Palm Beach »Post«: »Sowjets signalisieren Wunsch nach Beziehungen mit Israel«.

Diese Mission eines amerikanischen Bürgers zugunsten einer ausländischen Macht stellte nicht nur gemeinen Verrat an den Interessen der Vereinigten Staaten als Nation dar, sondern war auch ein strafbarer Verstoß gegen das Logan-Gesetz, das Privatleuten den Versuch untersagt, Einfluß auf die amerikanische Außenpolitik zu nehmen.

Die Ermordung des Geheimagenten

Im November 1984 hat der sowjetische Premierminister, Konstantin Chernenko, unter Mißachtung von Protokoll und von US-Präsident Reagan, Hammer in den Kreml eingeladen, »um die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen zu erörtern«. Hammer setzte sich unverzüglich in seinen luxuriösen Privat-Superjet und flog nach Moskau.

Bereits 1979 berichtete ich, warum Carter Hammer nicht zu seinem Botschafter in Moskau ernannt hat, daß er eine bessere Idee gehabt habe und die war, Hammers einflußreichen kommunistischen Partner, David Karr, als seinen Geheimgesandten zu den ordenbehängten Herren im Kreml zu schicken, um Stimmung für ein schwächeres SALT-Abkommen zu machen, nachdem die Sowjets praktisch jede Friedensbestimmung von SALT I verletzt hatten.

Nach Abschluß seiner Moskauer Verhandlungen starb Karr unter mysteriösen Umständen in Paris.

Ich schrieb auch, daß Carters Chancen, SALT II vom amerikanischen Senat ratifiziert zu bekommen, »erheblich gesunken waren, da die Enthüllung, daß Jimmy Carter den amerikanischen Botschafter und das US-Außenministerium übergangen und sich auf ›sub-rosa‹-Geschäfte mit dem sowjetischen Oberkommando über den SALT-Vertrag und sowjetische Juden eingelassen hatte, viele seiner Freunde auf dem Capitol Hill entfremdet hat«.

Obwohl Karr im Verlauf seines Lebens reichlich in der nationalen Presse der USA wegen seiner subversiven Tätigkeiten, sowohl im Solde der Regierung als auch außerhalb, Erwähnung gefunden hatte, brachte kaum eine Zeitung in Amerika den Namen Karr, seine Rolle als Carters Geheimagent oder seine Ermordung. Die einzige Ausnahme bildete die »New York Times«.

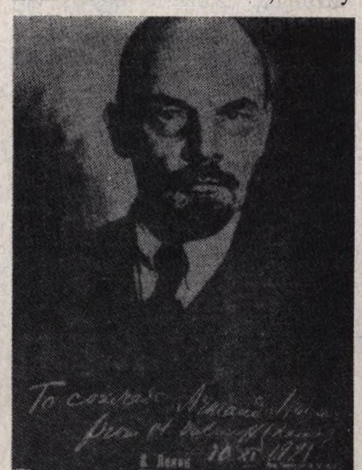
Aber die Story in der »New York Times« kam drei Monate später und nicht auf der Titelseite, wie es angemessen gewesen wäre. Sie fand sich versteckt auf den letzten Seiten des Finanzteils und war reine Doppelzüngigkeit und Desinformation. Der erklärte Zweck der Story war, die wahre Identität des Ermordeten zu verschleiern, da man ihn als einen »kaum bekannten Unternehmer« bezeichnete. Karr war in Wall Street und in Washington und anderen politischen sowie finanziellen Plätzen sehr gut bekannt. Er war vermutlich einer der Spitzenagenten der Kommunisten in der westlichen Welt, wie die »New York Times« sehr wohl weiß.

Bis heute hat nur die amerikanische Zeitung »The Spotlight« die wahre Geschichte über Hammers kommunistische Partner in der Kulissenschieberei zur Unterminierung und Zerstörung der Vereinigten Staaten berichtet.

Wer war wer?

Wie die »New York Times« erzählte, hat Karr viele Millionen Dollars bei den Geschäften mit der UdSSR gemacht und besaß bei seinem Tod zahlreiche Verträge mit den Sowjets, deren Wert mehrere Milliarden Dollar betragen haben, die ihm und seinen politisch mächtigen Partnern unzählige Millionen Profit in der nahen Zukunft einbringen würden.

Unter seinen Partnern, so wurde impliziert, sollen Senator Ted Kennedy und dessen Schwager, Sargent Shriver, gewesen sein. Shriver war auch Hammers und Karrs Anwalt und hat als Hammers Adjutant, zusammen mit Karr, die Verhandlungen im Kreml geführt. Weitere Partner waren der ehemalige Gouverneur von Kalifornien, Jerry



Lenin war ein Förderer von Armand Hammer. Er wies Stalin an, Hammer »besondere Unterstützung« zu gewähren.

Brown, und Senator Alan Cranston.

Bei dem einzigen von der »New York Times« speziell erwähnten Vertrag handelte es sich um den Verkauf von Gedenkmünzen, den Karr gemeinsam mit der Occidental Petroleum des Armand Hammer eingefädelt hatte, der laut der »New York Times« einen »Gewinn von 200 Millionen US-Dollar erbringen sollte«.

Es ist anzunehmen, daß kein Staatschef eines Landes derart gewinnträchtige Verträge mit einer Person abschließen würde, deren vollkommene Ergebenheit in die Interessen des Landes nicht zweifelsfrei feststeht.

In jener Zeit, als ich ein aktiver Recherche-Journalist mit weitverzweigten Kontakten in die subversive Unterwelt war, kannte ich den »Who is Who« im Führungsbereich des roten Feindes ganz genau. Als nun Hammers Partner zum stellvertretenden Leiter des Fremdsprachendezernats im »Amt für Kriegsinformation« (OWI) ernannt wurde, obwohl er keine Fremdsprache konnte, schickte ich an jedes Mitglied des amerikanischen Kongresses und an alle Mitglieder der Pressetribüne ein Memorandum, in dem Karrs kommunistische Verbindungen detailliert aufgeführt waren.

Als alarmierte Kongreßmitglieder Anfragen zu meinen Anklagen einbrachten, bekamen sie Lügen als Antwort. Man erklärte ihnen, Karrs Vergangenheit sei gründlich geprüft worden und daß »dieses Amt (OWI) den Berichten verantwortungsbewußter Untersuchungsbehörden der US-Regierung den Vorzug vor verantwortungslosen Gerüchten gibt«.

Also blieb Karr auf der OWI-Gehaltsliste stehen. Ein Mittelbewilligungsausschuß rapportiert: »Das OWI, insbesondere das Auslandsdezernat, hat Grundsätze praktiziert, die die Interessen der Sowjetdiplomatie gefördert haben und häufig in direktem Gegensatz zu der erklärten Position der US-Regierung und der verbündeten Nationen standen.«

Großbritannien war natürlich eine verbündete Nation.

Eine OWI-Rundfunksendung von Jimmy Warburg hat Arthur Krock so wütend gemacht, daß

Armand Hammer

Milliardär als Sowjetagent

er an die »New York Times« schrieb, sie habe »den Interessenten der Kommunisten gedient und das Leben von amerikanischen Soldaten gefährdet« – und natürlich auch das von englischen.

Der echte Name war Katz

Schließlich schickte ich an alle Mitglieder des amerikanischen Kongresses und der Presse in Washington die Fakten, die in Karrs FBI-Akte stehen, die an Cranston ausgehändigt worden war, der seinerzeit Leiter des Fremdsprachendezernats war, bevor er Karr einstellte.

Die vom FBI durchgeführte Untersuchung von Hammers Partner Karr ergab, erstens, daß er einen angenommenen Namen benutzt und in Wirklichkeit Katz hieß. Sie zeigte weiter, daß er für die kommunistische Zeitung »Daily Worker« geschrieben hatte, die nur Mitglieder der Kommunistischen Partei beschäftigt. Auch schrieb er für die »Fight«, die offizielle Zeitung der größten kommunistischen Front, der »American League Against War and Fascism«, deren Direktor für Öffentlichkeitsarbeit er war.

Der FBI-Bericht enthüllte auch, daß Karr beziehungsweise Katz zahlreiche Anleitungen für Parteiführer, Organisatoren und Redner erstellt hatte, die in »Party Organizer« erschienen, der maßgeblichen Veröffentlichung für Direktiven an kommunistische Führer in den Vereinigten Staaten.

An dem Tag, als mein 36seitiges Exposé dem amerikanischen Kongreß und der Presse zugestellt wurde, trat Karr von seinem Amt zurück.

Zu den aufschlußreichsten Angaben der FBI-Akte über Karr gehört die Entdeckung, daß Karr für diesen Regierungsposten von Cranston und James P. Warburg, einem persönlichen Freund von Franklin D. Roosevelt sowie OWI-Manager, empfohlen worden war. Er hatte ebenfalls die Empfehlung des Weißen Haus-Adjutanten, David K. Niles, geborener Neyhus, der der amerikanische Vertreter eines in Moskau niedergelassenen internationalen Netzwerkes von Juristen war, die die Verteidigung von Kommunisten übernahmen, darunter »bekannte Spionage-Agenten«, und der zur gleichen Zeit Amerikas Präsidenten in fast allen Fragen beriet.

Von Bedeutung ist, daß Warburg und Nils ebenfalls Agenten der Anti-Defamation League (ADL) der B'nai B'rith-Loge waren, der gefährlichsten antiamerikanischen Organisation innerhalb der subversiven Unterwelt.

Kein Wunder also, daß Hammers Partner so lange auf der OWI-Soldliste stehen blieb.



Immer wieder treffen Armand Hammer und Prinz Charles zusammen, um ihr gemeinsames Werk, die Vereinigten Weltcolleges, voranzutreiben.

Doch der hervorstechendste Beitrag, den Karr zu der Zeit für den Kommunismus lieferte, wurde in der FBI-Akte nicht erwähnt, und zwar allein deshalb, weil er erst nach der FBI-Untersuchung zustande gekommen ist.

Während seiner Tätigkeit bei der OWI hatte Karr noch einen Nebenjob. Zu dieser Zeit lief zwischen der ADL und dem sowjetischen Spionagering, Golos-Bentley, die Verschwörung zur Vernichtung allen Widerstandes gegen die kommunistische Subversion der Vereinigten Staaten von Amerika. Hammers Partner überwachte die gesamte Operation und schrieb Artikel für ihr einflußreiches Propagandablatt »Hour«, das in seiner Selbstdarstellung von sich behauptet: »Veröffentlichungen mit einer Gesamtauflage von 30 Millionen haben dieses Material regelmäßig genutzt. CBS, NBC und andere Rundfunkstationen haben unsere Stories gebracht. Associated Press, United Press International und International News Service bringen ›Hour‹-Meldungen. Walter Winchell, Drew Pearson und andere Kolmunisten haben die Angaben veröffentlicht. ›Times‹, ›Liberty‹ und andere Magazine schreiben Artikel auf der Grundlage von Enthüllungen in ›Hour‹.«

Anschließend wurden die schlimmsten »Hour«-Verleumdungsstories in Buchform gebracht. Titel: »Sabotage«. Das Buch wurde fortwährend im Radio und in der Rubrik von Walter Winchell angepriesen. Der Verkauf lief überwiegend über rot-orientierte Buchläden im ganzen Land.

Zu den in »Sabotage« genannten Quellenhinweisen gehörten: »Volkskommissariat für Justiz, Moskau, UdSSR; Walter Winchells Zeitungsecke; ADL der B'nai B'rith.«

Nachdem 200 000 Exemplare des Buches in den USA verkauft waren, klagte ein ehemaliger Regierungsbeamter wegen Verleumdung, und der Verleger konnte die falschen Behauptungen nicht nachweisen, die in »Sabotage« gemacht worden waren. Das Buch wurde aus dem Verkehr gezogen.

Als Ergebnis dieser von Hammers Partner ausgeklügelten anti-amerikanischen Verschwörung von ADL und von Sowjetspionen wurde jeder Kongreßausschuß und jede amerikanische Regierungsbehörde ausgeschaltet, die kommunistische Spionage- und subversive Aktivitäten untersucht hatten. Karteikarten über bekannte kommunistische Umstürzler sowie Akten voller Beweise gegen kommunistische »Sicherheitsrisiken« in allen Abteilungen der US-Regierung, einschließlich der Streitkräfte wurden vernichtet.

Bewertung des Schadens

Kommunisten dürfen jetzt sogar in der US-Army, Navy und Air Force Offiziere werden. Und die amerikanische patriotische Opposition gegen den Kommunismus wurde fast vollständig mundtot gemacht, als alle die aufrichtigen Gegner des Kommunismus als Nazis, Faschisten oder Verrückte abgestempelt wurden.

Unterdessen feierten die Kommunisten einen Siegestag, vornehmlich aufgrund der verräterischen Tätigkeiten von Hammers Partner, Untergebenen und Freund, David Karr.

Das Endergebnis von all dem zeigte sich, als am 22. April 1985 der Direktor des FBI, William Webster, erklärte: »Die vom Sowjetblock betriebene Spionage bezüglich militärischer Ziele war noch nie so intensiv. Wir haben heute mehr Leute wegen Spionage in Haft sitzen als jemals zuvor in der Geschichte unseres Landes.«

Und am 10. Juni 1985 hat Reagan verkündet, daß er SALT II unterstützen werde, trotz der von US-Verteidigungsminister Caspar Weinberger erhobenen Einwände gegen eine Bestimmung – sie wurde von Hammers Partner und Carters Geheimagent im Kreml, David Karr, vereinbart –, daß die USA ihr Poseidon-U-Boot mit seinen 16 Abschußrampen für Raketen abrüsten muß. Die Sowjetunion dagegen wird SALT II ignorieren und auch weiterhin ihre atomare Marine ausbauen.

In seiner Stellungnahme zu der jüngsten Welle von Spionage-Verhaftungen bestätigte Weinberger »sehr schwere Verluste, die sich über eine sehr lange Zeit hingezogen haben«.

Pentagon-Sprecher, Michael Burch, sagte: »Aus dem, was wir weiterhin erfahren, wissen wir, daß der Schaden höher bewertet werden muß.«

»Es arbeiten mehr Sowjetagenten in den USA als jemals zuvor«, schreibt die »New York Times«.

Der ehemalige CIA-Direktor, Richard Helms, erklärte: »Die Leute sind heute nicht mehr besonders patriotisch.«

Von dem amerikanischen Konteradmiral und ehemaligen stellvertretenden Leiter des CIA, Bobby Ray Inman, war zu hören: »Wir dürften eines der leichtesten Abschußziele der Welt sein.«

Dank Hammers Partner, Untergebenen und Freund.

Nachlässigkeit auch in London

Auch der britische Geheimdienst tut seine Arbeit nicht. Jemand an seiner Spitze oder im britischen Außenministerium hätte Prinz Charles vor den gefährlichen Verwicklungen warnen sollen, die sich aus weltweiten Regierungsgeschäften und der Annahme von »Hilfe« einer Person ergeben, die eine so wirre und dunkle Vergangenheit hat wie Dr. Armand Hammer.

Wenn Hammer seine Version seiner einst nur flüchtigen Begegnung mit Wladimir Iljitch Uljanow Lenin vorbringt, prahlt er unweigerlich damit, daß Lenin unbedingt gewollt habe, daß Hammer seine »Konzession« bekommt und ihm sagte, er werde sein Unternehmen unter den »Schutz« eines besonderen Konzessions-Komitees stellen, das vom Chef der sowjetischen Geheimpolizei geleitet würde, die heute als KGB bekannt ist.

Daß damit eine gewünschte, eng behütete Beziehung gemeint war, zeigte sich später, als sich



Der damalige sowjetische Präsident Kusnetzow verleiht Hammer im Jahre 1978 in Moskau den sowjetischen »Orden der Freundschaft«.

Hammer beklagte, ein unterer Sowjetbürokrat gäbe ihm nicht die notwendige Kooperation, und sein »Freund« von der Geheimpolizei das Problem schnell gelöst hat, indem er den Mann erschießen ließ.

Später, im Jahre 1932, bezeichnete Hammer in seinem Buch »Quest of the Romanoff Treasures« (»Auf der Suche nach dem Schatz der Romanoffs«) den Begründer der gefürchteten sowjetischen Geheimpolizei als »einen bemerkenswerten Mann«, während er Lenin mit Christus vergleicht.

Vielleicht sollte jetzt noch einmal daran erinnert werden, daß OWI-Mann, James P. Warburg, David Karrs Kollege und Fürsprecher, vor einem amerikanischen Senatsausschuß für Auslandsbeziehungen unter Eid gesagt hat: »Wir werden die Weltregierung bekommen, ob wir wollen oder nicht. Die Frage ist nur, ob die Weltregierung mit Zustimmung oder Eroberung erreicht wird.«

Doch bevor er seinen Traum verwirklicht hatte, starb James P. Warburg.

Aber zu seinem Andenken haben die Loebs, die Schiffs und die überlebenden Warburgs, mit Hilfe der Rockefeller-Stiftung, das »Institute for World Order« geschaffen.

Daher werden Hammers »United World Colleges« nicht wirklich gebraucht, weil das »Institut für Weltordnung« bereits eine ähnliche, wenngleich bessere subversive Arbeit überall in der Welt durchführt, wobei ihm mehr als tausend Einheiten an voll anerkannten amerikanischen Colleges und Universitäten zur Verfügung stehen.

Außerdem wird seine Arbeit von mächtigen internationalen Institutionen befürwortet, darunter die Novosti-Presseagentur in Moskau, eine der großen Propaganda-Apparate der Sowjets.

Englands Königshaus ehrt Sowjetagenten

John Barron schreibt in seinem maßgeblichen Werk »Der KGB«: »Eine ganze Abteilung der Novosti, die als die zehnte Abteilung bekannt ist, ist mit KGB-Leuten besetzt, zu denen auch der berüchtigte britische Verräter, Harold A. R. (›Kim‹) Philby gehört.«

Ein anderes Mitglied der KGB-Einheit der Novosti in Moskau ist Mikhail Bruk, der mehrere Jahre lang sämtliche Unternehmungen der Occidental Petroleum in der UdSSR gemanagt hat und nach seinem Abschied als »Sonderberater« für Hammer bei der Oxy auf der Gehaltsliste verblieb.

England hat kürzlich 31 Sowjetspione des Landes verwiesen, die als diplomatische Mitarbeiter getarnt waren. Es ist doch etwas merkwürdig, daß Englands Königsfamilie den Sowjetagenten Armand Hammer ehren sollte, der England sicher mehr Schaden zugefügt hat, als alle jene KGB-Agenten zusammen. ☐

Joseph P. Kamp ist der Wortführer der amerikanischen Antikommunisten. Er lieferte 1947 die Informationen über »Unamerikanische Aktivitäten« an das House Committee, die letztendlich zur Entlarvung von Alger Hiss und des sowjetischen Spionageringes Golos-Bentley innerhalb der amerikanischen Regierung geführt haben.

Multi

Rückzug aus Europa

Oscar Boline

»Es ist wichtiger denn je, die Multinationalen zu kontrollieren«, meint Barry Seal, Mitglied des Europäischen Parlaments und sozusagen als Vorsitzender des Komitees für Wirtschafts-, Währungs- und Industriepolitik eine Art Wachhund über die europäische Wirtschaftspolitik.

Der Engländer Barry Seal kommt aus Yorkshire und forderte strengere Kontrolle der in Europa operierenden multinationalen Gesellschaften. Seal wörtlich: »Als die amerikanischen multinationalen Firmen vor 25 Jahren nach Europa kamen, schufen sie eine Menge Arbeitsplätze und hoben den wirtschaftlichen Standard der Länder, in die sie kamen. Aber das geschieht jetzt nicht mehr. Einige der amerikanischen Multis beginnen darüber nachzudenken, aus Europa wegzuziehen und ihre Produktion in der dritten Welt zu konzentrieren. Immer mehr von ihren Investitionen geht dorthin.«

Sie wollen nur in Europa verkaufen

Seal weiter: »Ein Beispiel ist Kodak. Alle ihre neuen Entwicklungen, ihre neuen Erzeugnisse werden jetzt in den Vereinigten Staaten oder in Ländern der dritten Welt hergestellt. Es scheint uns, daß sie einen Plan, einen gemeinsamen Plan haben, den europäischen Markt, ihr Verteilungsnetz in Europa für Produkte zu gebrauchen, die in Amerika und in den Entwicklungsländern erzeugt werden.

Das ist jedoch etwas, das einige von uns zu tolerieren nicht bereit sind. Wir meinen, daß, wenn die Multis in Europa verkaufen, sie auch ihre Produkte in Europa herstellen müssen.«

Indem Seal anschließend über die Haltung seiner Kollegen im Europäischen Parlament spricht, stellt er fest: »Wir können nicht erlauben, daß Multis hier aufsteigen und wieder gehen, indem sie unsere Länder ohne Arbeit lassen. Wir sehen, daß Multis kleine Firmen übernehmen, sie stillegen, dann wieder aus dem Land gehen und die Gegend ohne jede Fertigungskapazität und ohne Arbeitsplätze zurücklassen. Das ist etwas, das einige von uns zu unterbinden entschlossen sind.

Ich würde gern sehen, wenn man den Regeln, nach denen die Multis regiert werden, Zügel anlegen könnte. Dies ist etwas, für das ich zu kämpfen beginne, und ich weiß, daß einige meiner Kollegen ebenfalls entschlossen sind, dafür zu kämpfen.«

Nach Meinung von Seal sind die größten Hindernisse auf dem Weg, Europas Produktionsbasis zu schützen, die Regierungen von US-Präsident Ronald Reagan und die von Margaret Thatcher: »Wir haben eine Situation, in der die amerikanische und britische Regierung alles Mögliche tun, um den großen Multis, also der großen Geschäftswelt, zu helfen.«



Barry Seal (links), Mitglied des Europäischen Parlaments, im Gespräch mit Oscar Boline.

Aus dem Gleichgewicht geraten

Unter der Führung des neuen Präsidenten des Europäischen Parlaments, Luxemburgs Premierminister Jacques Santer, kann erwartet werden, daß den multinationalen Gesellschaften in Europa strengere Kontrollen auferlegt werden.

Die Unterlassung der Reagan-Regierung, die Multis zu besteuern, ermöglicht es ihnen, Gewinne in immer größerem Umfang aus den amerikanischen Unternehmungen ins Ausland fließen zu lassen und dort zu verstecken, meinen europäische Nationalökonomen.

Außerdem haben die massiven Haushaltsdefizite der Reagan-Regierung und die daraus resultierenden hohen Zinssätze in den Vereinigten Staaten einen Abfluß europäischen Kapitals und eine ernste Kapitalverknappung in Europa bewirkt, die es dortigen Firmen unmöglich macht, ihre heimische Produktionsbasis zu erweitern.

So vernichtet die Reagan-Regierung das Gleichgewicht des normalen, Vermögen erzeugenden und verteilenden Systems. Nach Ansicht der klassischen Nationalökonomie wird Vermögen durch die Herstellung eines Erzeugnisses geschaffen, das auf dem Markt verkauft werden kann. Dieses Vermögen wird automatisch verteilt in Löhne an die Hersteller, Gewinn an die Kapitalgeber und Steuern, um die Dienstleistungen der Regierung zu finanzieren.

»Je automatisierter die Multis werden, um so ernster wird die Situation und um so mehr müssen wir Wege finden, das geschaffene Vermögen neu zu verteilen«, behauptet Seal. »Dies ist etwas, über das wir in Europa beginnen, sehr ernsthaft nachzudenken. Wenn Erzeugnisse hier verkauft werden sollen, müssen sie auch hier hergestellt und das Vermögen aus diesen Erzeugnissen hat hier verteilt zu werden.

Aber wie wollen wir das Vermögen, das aus automatischen Produktionsvorgängen der Multis stammt, neu verteilen? Das ist etwas, über das die Amerikaner, sowohl die Regierung als auch die Öffentlichkeit, sehr ernsthaft nachdenken müssen.«

Verschwiegene Wahrheit über die US-Wirtschaft

Die Schwankungen des amerikanischen Dollars verschleiern zur Zeit noch die Zweifel an der US-Wirtschaft und an jenen, die sie betreiben, seien diese nun im Weißen Haus oder in den internationalistischen, multinationalen Banken.

Tatsache in den USA ist: Einhundertfünfzigtausend verlorene Arbeitsplätze in den letzten Wochen, ein Außenhandelsdefizit von 150 Milliarden US-Dollar in diesem Jahr, massive Haushaltsdefizite und keine Absicht, die Steuern zu erhöhen, stümperhafte und fragwürdige wirtschaftliche Berichterstattung. Diese Tatsachen verwundern viele Europäer und lassen die Frage aufkommen, ob Washington wirklich fähig oder willens ist, über die amerikanische Wirtschaft die ganze Wahrheit zu sagen.

Die USA geben eigentlich als Antwort nur die Arroganz von US-Handelsminister Malcolm Baldrige. Er prahlt mit Millionen von Arbeitsplätzen, die in den Vereinigten Staaten durch Reagans Wirtschaftskonzeption geschaffen wurden, und er kritisiert die Europäer, nicht ihre konventionellen wirtschaftlichen Praktiken verbessert zu haben. Europäische Ökonomen bleibt da nur das besondere Vergnügen, die irrigen Wirtschaftsberichte und -vorhersagen des US-Ministers bloßzustellen. Sie behaupten, daß die von der amerikanischen Regierung gebrauchten Methoden nicht fundiert und korrekt seien und die offiziellen Sprecher des Weißen Hauses die Öffentlichkeit täuschen. □

Multis

Boehringers Canossa

Im 126. Jahr nach der Gründung hat sich der deutsche Pharma-Konzern Boehringer Mannheim GmbH entschlossen, seine Beteiligungen in eine neue Familiengesellschaft einzubringen. Diese bereits gegründete Gesellschaft wird – wie es sich für ein multinationales Unternehmen ziemt – ihren Sitz auf den Bermudas haben, einer jener Inseln, deren Banken als weltweite Geldwaschanlagen zu seltsamem Ruhm gelangt sind. Der Beschluß der Gesellschafter von Boehringer Mannheim zu dieser Einbringung ihres Engagements in die Corange Limited erfolgte einstimmig. Präsident und Chief Executive Officer dieser Holding-Gesellschaft ist der bisherige Geschäftsführer von Boehringer Mannheim, Curt Engelhorn.

Boehringer Mannheim gehört zu den Spitzenfirmen der deutschen Pharma-Industrie. Weltweiter Jahresumsatz rund 3 Milliarden DM, er ist im letzten Jahr um rund fünf Prozent gestiegen, das Exportgeschäft ist mit 43 Prozent am Gesamtumsatz beteiligt. 7134 Beschäftigte zählt der deutsche Teil des Unternehmens. Begründet wird die Gründung der Corange Ltd. auf den Bermudas, von wo aus künftig auch die deutschen Unternehmungen des Konzerns geleitet werden, mit der für diese Fälle immer gern herangezogenen »gesellschaftsrechtlichen Vereinfachung« und einer »Straffung der Managementstruktur«. Und natürlich wird die Konkurrenz ebenfalls als Anlaß zum Handeln zitiert, und da sind es neben den großen deutschen Multis besonders die amerikanischen, aber auch die Schweizer, englischen und japanischen Unternehmen.



Curt Engelhorn wird den Pharma-Multi Boehringer Mannheim künftig aus dem Büro auf den Bermudas lenken.

Das Beispiel Kodak

Und da fällt spontan das Beispiel Kodak ein. Die starke Deutsche Mark – ähnlich wie der amerikanische Dollar – macht es immer attraktiver, Produktionen in Länder mit relativ schwachen Währungen zu verlegen, wie zum Beispiel Mexiko, Südostasien. Kodak wählte Mexiko. Boehringer kann dies von Mannheim aus wegen des nationalen Prestiges nicht so einfach tun, und darum jetzt der Umweg über die Bermudas.

Kodak gehörte zu den großen amerikanischen Exporteuren von Industriegütern. Infolge des hohen Dollar-Kurses wurde Kodak – wie viele andere Multis – dazu verführt, gemeinsame Produktionsunternehmen mit den Japanern zu formen, eine Maßnahme, die den Japanern größeren Zugang zu fortgeschrittener Technologie der Amerikaner gibt und zu vermehrter Arbeitslosigkeit unter den amerikanischen Beschäftigten führt.

Auf diese Weise wird die produzierende Basis eines Landes und damit sein potentielles Wirtschaftswachstum exportiert. Die Wertzunahme zunächst des Dollars sowie der Deutschen Mark in den letzten fünf Jahren hat die Herstellungskosten in einigen Ländern der dritten Welt um ein Drittel zurückgehen lassen.

Die Ziele der Trilateralen

Zahlreich sind die offiziellen Berichte der Trilateralen Kommission, die immer wieder im Grunde die Zerstörung der industriellen Basis der westlichen Industrieländer und die Umsiedlung von wichtigen Unternehmen in Länder der dritten Welt befürwortet haben.

Zum Beispiel im Trilateralen Bericht Nr. 23 mit dem Titel »Die trilateralen Länder in der internationalen Wirtschaft in den achtziger Jahren« wird erklärt: »Mehr Druck wird ausgeübt werden, um die Umsiedlung von Industrien aus trilateralen in Länder der dritten Welt zu fördern sowie den Zugang zu den Märkten der trilateralen Länder für deren zunehmend diversifizierte Industrieexporte. Trilaterale Länder werden ihre eigene industrielle Umstrukturierung beschleunigen müssen. Maßnahmen auf der multinationalen Ebene sind vonnöten, wenn der Prozeß der internationalen Umsiedlung von Industrie in organisierter Form beschleunigt werden soll.«

Boehringer Mannheim hat diese Empfehlungen des Trilateralen Berichts perfekt in die Tat umgesetzt. Das Unternehmen hat seinen Tribut den Internationalisten geleistet und Loyalität sowie Patriotismus dem Wohlwollen internationaler Machenschaften der Bankers geopfert. Der neue Präsident der Corange Ltd. auf den Bermudas, Curt Engelhorn, begründete die Gründung dieser Familien-Holding mit den Worten:

»Insbesondere hindert uns die gegenwärtige Struktur daran, große und ehrgeizige Schritte zu unternehmen, wie sie beispielsweise notwendig werden können, um neben unserem Diagnostika-Geschäft auch das Therapeutika-Geschäft in den USA zu etablieren. Beispielsweise bietet die Gruppe heute keine übersichtliche, eindeutige und solide Grundlage, um ein großes Darlehen zum Beispiel für Akquisitionen aufzunehmen.«

Die trilateralen Bankers werden die Wandlung eines deutschen Multis zu einem internationalistischen Multi bestimmt zu honorieren wissen.

Auch in anderen Einzelheiten folgt Boehringer in jeder Weise den Vorschlägen der trilateralen Bankers. Die Forschung wird – wie in entsprechenden Fällen bei US-Unternehmen – in der Heimat bleiben. Die USA wie die Bundesrepublik sollen ihren Vorsprung in der Forschung und Entwicklung behalten, aber deutsche Ideen werden dann weitergeschickt – vielleicht über Joint-Ventures mit Amerikanern und Japanern –, wo sie in anderen Ländern in Fertigprodukte integriert und re-exportiert werden. Die Deutschen werden dann auf die sogenannten »Routine«-Jobs – mit niedrigen Löhnen versteht sich – in der Endfertigung, im Verkauf und im Vertrieb abgeschoben.

Es geht um die Schulden

Damit erreichen die Bankers eine weltweite Umverteilung. Schließlich schulden nichtkommunistische Regierungen und private Kreditnehmer den mit den Trilateralen verbundenen internationalen Bankers rund 350 Milliarden US-Dollar, laut Bericht des amerikanischen Federal Reserve Systems.

Die Bankers haben nur eine Möglichkeit, um die Rückzahlungen sicherzustellen, und die besteht darin, westliche Industriestaaten mit massiven Auslandsimporten zu überschwemmen und damit zum Beispiel den deutschen Reichtum in die Schuldnerländer zurückzubringen, den sie ihrerseits an die Bankers zurückgeben. Auf diesem Weg bezahlt letztlich auch der deutsche Steuerzahler die Schulden Fremder an die trilateralen Bankers zurück.

Das deutsche Pharma-Unternehmen Boehringer Mannheim hat sich auf diesen Weg gemacht. Der Konzern wird künftig aus einem Büro auf den Bermudas gelenkt, dort wird entschieden, welche Richtung das Unternehmen einzuschlagen hat, man wird weltweit den Markt nach billigen Produktionsmethoden, günstigeren Steuern und profitableren Wechselkursen absuchen und dann entscheiden, wo man produziert. Natürlich dort, wo der Profit sich am schnellsten maximieren läßt. Und das wird auf lange Sicht bestimmt nicht Mannheim in der Bundesrepublik sein. □

Freisoziale Union

Der Staat ein Ungeheuer?

Kurt Keßler

Ganz gewiß hat es, besonders in der europäischen Geschichte Zeiten gegeben, in denen der Staat, gesehen mit den Augen eines heutigen aufgeklärten und selbstbewußten Bürgers, das Antlitz eines Ungeheuers trug. Erinnert sei nur an das schimpfliche Gebaren eines Fürsten, der seine Landeskinder an einen fremden Kontinent verkaufte, wo sie für völlig fremde Zwecke ihr Leben opfern sollten. Oder es sei erinnert an den hemmungslosen Luxus vieler Fürstenhäuser, die ihre Untergebenen nur als Ausbeutungsobjekte im Dienste ihrer persönlichen Lustbarkeiten ansahen. Ganz besonders in diesem Bezug sei aber auch an die Züge von Menschlichkeit des großen preußischen Friedrich erinnert.

Nun wäre es ein völliger Irrtum, wollte man die Geschichte der Menschen als einen allmählichen aber konsequent durchgesetzten Prozeß einer zunehmenden Verwirklichung der Menschenrechte für alle ansehen. Schon in manchen sehr frühen Kulturen finden wir eine partnerschaftliche Verbundenheit zwischen Führern und Geführten. So im jüdischen Volk des Alten Testaments durch eine von göttlicher Autorität getragene und von hohem sozialem Verantwortungsbewußtsein gekennzeichnete sittliche Ordnung oder auch bei den alt-germanischen Stämmen und ähnlich bei den Indianern früherer Zeit durch einen verbindlichen Ehrenkodex, dem auch die Führer unterstanden.

Geschichte unter dem Aspekt sozialer Gerechtigkeit

Auch in den altgriechischen Staaten tauchen vorübergehend sehr idealistische Konzeptionen über den Aufbau des Staates und die Rechte und Pflichten der staatlichen Repräsentanten und der einzelnen Bürger auf. Aber immer wieder haben wir auch in diesen Kulturen Übergriffe der Staatsführer unter Mißachtung der Menschenrechte.

Manche Propheten des Alten Testaments klagen unter Berufung auf einen göttlichen Auftrag die Herrschenden solcher Verbrechen an. Auch in der altgermanischen Geschichte erfahren wir von schimpflichem Verrat und blutiger Gewalttat.

Es wäre eine dankenswerte Aufgabe für einen Historiker, unter dem Aspekt der sozialen Gerechtigkeit und der völklichen Integration die Geschichte der Menschheit zu schreiben und dabei die Widersprüche zwischen idealistischer Konzeption und gewaltsamer Wirklichkeit sowie zwischen den Absichten und endlichen Ergebnissen der verschiedenen Revolutionen aufzuzeigen.

Parallelen in der Geschichte

In der neueren Geschichte sind die ersten Philosophen, die über ein freiheitliches Ordnungsprinzip zur Verhinderung übermäßiger Macht und zur Sicherung der Rechte des Einzelnen nachdachten, John Locke (1632 bis 1704) und Charles Montesquieu (1689 bis 1755). Sie waren für Toleranz und Liberalität und entwarfen das Prinzip der Gewaltenteilung. Die Ideen besonders Montesquieus waren mit ein Anlaß zum Ausbruch der Französischen Revolution im Jahre 1798.

Und dennoch führte gerade diese zu einer beispiellosen Kombination von chaotischem Zerfall des Staates und einem unerhörten Terrorregime. Als man schließlich des Entsetzens müde und vom Blutvergießen erschöpft war, sehnte man sich nach einer straffen Ordnung und war froh, sich dem Regiment Napoleons unterwerfen zu können.

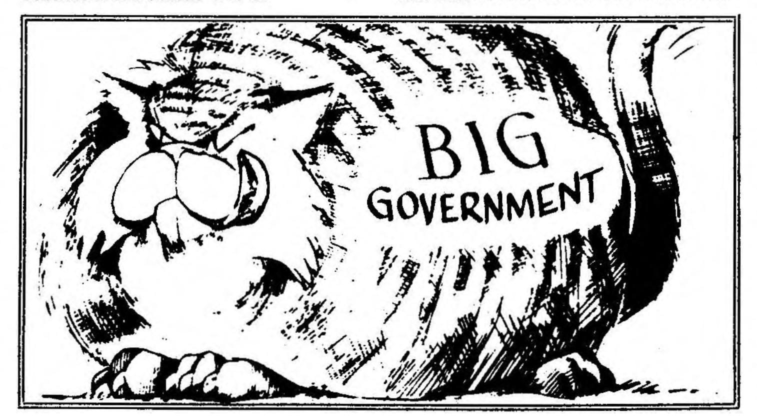
Man folgte ihm stolz in seinen siegreichen Kriegen, doch als er den Bogen überspannte mit seinem Angriff in die endlosen Weiten Rußlands, verblaßte sein Nimbus, man verbannte ihn schließlich, als das Kriegsglück ihn verließ, und man holte sich wieder einen König.

Welch auffällige Parallele zum Auf- und Niedergang Adolf Hitlers.

So wurden aus wirtschaftlicher Not Revolutionen gegen Alleinherrscher geboren, weil man diese für die Not verantwortlich machte, und ebenso wurden aus wirtschaftlicher Not immer wieder Demokratien zerstört und in Diktaturen verwandelt, weil man des Parteiengezänkes überdrüssig wurde, wenn die Wende von Not zur Fülle ausblieb. Dann erhoffte man eher von einer starken Hand das Ende der Not.

Diese wellenförmige Bewegung von der Diktatur zum Parlamentarismus und wieder zurück zur Diktatur tritt in der Geschichte zutage, wobei oft gerade an den Wellenbergen und Wellentälern Kriege »ausbrechen«.

Die wirtschaftliche Not wurde in diesem Wechselspiel praktisch gelindert dadurch, daß entweder die aufgebrachten Massen sich die Güter der Reichen aneigneten und deren Besitzer umbrachten oder indem durch einen Krieg die Güter fremder Völker geraubt wurden.



Eine Ordnung, die zu Beständigkeit und einem gewissen Wohlstand aller hätte führen können, war durch solche politische Eskapaden nicht zu erringen. Dazu hätte es eines tieferen Einblickes in wirtschaftliche Antriebskräfte und wirtschaftliche Machtpositionen bedurft.

Augenblicklich leben wir in der Bundesrepublik Deutschland wieder in einer Phase, in der wirtschaftliche Not sich ankündigt und das hilflose Parteiengezänk den Parlamentarismus in Mißkredit bringt. Von den echten Einsichten in die zur Not führenden wirtschaftlichen und sozialen Zwänge sind wir aber auch heute noch weit entfernt, beziehungsweise wehrt man sich mit allen Kräften gegen die Anerkennung längst gefundener Erkenntnisse.

Chance für eine revolutionäre Amtsanmaßung

Gerade in diesen Tagen erlebten wir eine neue Variante beginnender staatlicher Auflösungserscheinungen, als unter Bruch der Gewaltenteilung ein Repräsentant höchster Jurisdiktion, der zum Wächter zur Innehaltung der Gesetze berufen ist, den Ungehorsam gegen die Gesetze als ein unter Umständen legitimes Mittel der politischen Meinungsäußerung erklärte. Gewiß spielen dabei die im Nachhinein gemachten Überlegungen zum Widerstand gegen das Nazi-Regime eine Rolle. Aber solche Vergleiche erscheinen heute doch völlig fehl am Platze.

Die Gewaltenteilung von Legislative, Exekutive und Jurisdiktion wurde ja eingeführt, um die Macht des Staates über die Bürger zu beschneiden und unter Kontrolle zu halten. Wenn nun wirtschaftliche Not und soziale Spannungen sich abzuzeichnen beginnen, dann hat man es immer wieder erlebt, daß die Grenzen der Gewaltenteilung überschritten werden, indem jede der drei Gewalten ihren Einflußbereich zu erweitern trachtete.

Wenn die Legislative durch Uneinigkeit gelähmt ist, findet die Exekutive in der Not leicht ei-

nen Grund und auch eine Möglichkeit zu einer revolutionären Amtsanmaßung. Um so mehr wird die Jurisdiktion sich herausgefordert fühlen, die Exekutive zu bremsen und ihren eigenen Einflußbereich auszudehnen durch Einbruch in die Gefilde der Legislative.

Aufgabe der Jurisdiktion kann und darf es nicht sein, Gesetze zu machen oder auch nur die psychologischen Voraussetzungen im Volk und bei den Parlamentariern für eine bestimmte gesetzgeberische Richtung zu schaffen. Sie hat nur die Innehaltung der bestehenden Gesetze zu überwachen. Daraus erwächst natürlich für die Legislative die Pflicht, ihre Gesetze so klar zu formulieren, daß keine Zweifel möglich sind. Auch sollte sie sich Zügel anlegen hinsichtlich der Anzahl in Geltung befindlicher Gesetze, um dem Bürger die Übersicht nicht zu erschweren.

Den erstaunlichen Übergriff über die Kompetenzgrenzen der Jurisdiktion erfuhren wir jetzt aus Zeitungsmeldungen, wonach ein Verfassungsrichter namens Simon den Ungehorsam gegen die Gesetze geradezu herausforderte und das noch vor dem Forum des Kirchentages tat. Anknüpfend an den Begriff des Protestantismus als einer religiösen Protestbewegung gegen die meinungsknebelnde Allmacht der damaligen katholischen Kirche glaubte Herr Simon, auch den Protest aus Gewissensgründen gegen staatliche Gesetze in der Form des Ungehorsams legitimieren zu dürfen.

Interessenklüngel mit Profilneurose

Darin sehe ich nicht nur einen Einbruch der Jurisdiktion in die Belange der Legislative, sondern außerdem eine unzulässige Vermischung von Religion und Politik. Es ist nicht von ungefähr, daß man gemeinhin von den »Niederungen« der Politik spricht. Die in der Politik übliche Mischung von Interessenklüngel, Profilneurose und Machtausübung rechtfertigt die distanzierte Haltung vieler Bürger zu den Fragen der Politik, auch wenn sie damit Möglichkeiten einer besseren Gestaltung der Politik aus der Hand lassen.

Aber die Leute an den Schlüsselstellen haben es verstanden, sich so gegen Kritik abzuschotten, daß dem »Mann auf der Straße« die Stimme genommen ist.

Aus dieser Überlegung kann man es verstehen, wenn jemand der unzufrieden ist mit den Geschehnissen des politischen Betriebes, sich ein anderes Forum sucht, um zu Wort zu kommen. Aber dazu scheint mir ausgerechnet die Kirche als die Bewahrerin der Religion am wenigsten geeignet, es sei denn, man hätte aus kirchlicher beziehungsweise christlicher Verantwortung ein real praktikables und sonst noch nicht gehörtes Konzept zur Überwindung der Not anzubieten.

Davon konnte aber auf dem Kirchentag nicht die Rede sein. Soweit prominente Politiker mitwirkten, gaben sie das von sich, was man auch sonst von ihnen gewohnt ist. Vielleicht erhofften sie sich vom Flair des Kirchentages eine Art geistlicher Autorität. Aber dem Kirchentag und der Kirche bekommt diese Vermischung nicht recht. Wie reimt sich auch das zusammen: Einerseits zunehmende Kirchenaustritte und dann dieses Massengetümmel auf den Kirchentagen?

Aus christlicher Sicht ist ein demonstrativer Angriff gegen Organe des Staates nicht zu rechtfertigen. Gerade Jesus Christus hat mit seinem Wort »Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist, und gebt Gott, was Gottes ist« die ganz klare Grenze zwischen der Politik als einer die Belange der Gesellschaft regelnden Aufgabe und der Religion als das Verhältnis des Einzelnen zu Gott in seinem Verhalten zum Nächsten deutlich gemacht. Nie hat Jesus sich gegen Staatsgesetze aufgelehnt, sondern nur gegen unnötige, das Verhältnis zu Gott erschwerende und beengende religiöse Vorschriften.

Die Gesetze des Staates interessierten Jesus nicht, sondern die Gebote Gottes. Somit hat er auch nie die Gesetze zu ändern versucht, er hielt sie jedoch für sich nicht für verbindlich. Er war allerdings auch kein Repräsentant irgend einer staatlichen Institution wie unsere Verfassungsrichter.

Der Weg zur Rettung der Schöpfung

Jesus wußte, daß von den Mächten Bosheit und Willkür ausgeht, aber er wußte sich und seine Jünger auch geborgen in der Hand Gottes. So konnte er das Risiko staatlicher Repressionen auf sich nehmen, wenn er sagte, man müsse Gott mehr gehorchen als den Menschen. Im Bewußtsein dieser Geborgenheit standen die Christen aller Zeiten ruhig und gefaßt vor dem geweissagten katastrophalen Ende der Welt und dem dann erkennbar werdenden Richteramt Gottes.

Dieses Wissen ändert allerdings nichts an der den Menschen von Gott übertragenen Fürsorge für die göttliche Schöpfung. Aber diese Aufgabe ist weder mit stimmungsvollen Reden noch mit aufrührerischen Demonstrationen zu lösen, sondern nur durch klare Erkenntnis von den tieferen Ursachen sozialer und wirtschaftlicher Spannungen. Aber von solcher Erkenntnis ist auf dem Kirchentag nichts bekannt geworden.

Die Freisoziale Union kämpft seit Jahrzehnten um Anerkennung ihrer Reformvorschläge für die Beseitigung beziehungsweise Verhinderung der Arbeitslosigkeit und der sozialen Spannungen sowie gegen die vom Zinssystem erzwungene Not der Entwicklungsländer und gegen die fortlaufende Rüstungsspirale und gegen die Gefährdung unserer Welt. Wir wollen gewiß nicht hypertroph sein und uns für die einzigen Wissenden halten. Wir wollen bereit sein, sachliche Argumente, wenn sie denn überzeugend sind, welche die von uns behaupteten Wirkungen unserer Reform als unmöglich oder unwahrscheinlich nachweisen, anzunehmen. Aber niemand unterzieht sich der Mühe, solche Argumente vorzubringen.

Solange von der Regierung, Parlamentariern, Kirchentagen und den Medien keine überzeugende Gegenargumente gegen unsere Reformen vorgebracht werden, dürfen wir uns mit gutem Gewissen als die einzigen betrachten, die den Weg in die Katastrophe zu verhindern wissen und die göttliche Schöpfung vor dem Untergang zu bewahren verstehen.

Ist also der Staat ein Ungeheuer, dessen man sich baldmöglichst entledigen sollte? Solange die Welt noch geteilt ist in Besitzende und Habenichtse, in Schaffende und Raffende, solange durch das kapitalistische Zinssystem weit mehr Vermögen aus dem Geldverleih als durch produktive Arbeit gescheffelt werden können, solange also diese Klassengegensätze bestehen, kann man wohl nicht auf einen staatlich versuchten Ausgleich verzichten. Solange werden auch Waffen nötig sein, um die Satten vor der Wut der Hungernden zu schützen.

Erst wenn durch die Freisoziale Ordnung Zins und privat zu kassierende Bodenrente verschwunden sind, wenn nur durch Arbeit die Lebensbedürfnisse zu stillen sind und die Unterschiede im Besitzstand nur noch durch die Qualität der Leistung und nicht mehr durch Privilegien begründet sind, wenn die Menschen alle auf gleicher Startbahn den Lauf des Lebens antreten, dann lassen sich ohne ständige Einmischung des Staates die zwischenmenschlichen Probleme auf individueller Ebene regeln, dann erst bestehen Voraussetzungen zu einem erheblichen Abbau staatlicher Macht. □

Dr. Kurt Keßler ist Vorsitzender der Freisozialen Union, Feldstraße 46, D-2000 Hamburg 6.

Zensur in der Bonner Demokratie

Aus der Wirklichkeit der freimaurerischen deutschen Demokratie eine Meldung aus dem Blatt der Vereinigten Großlogen von Deutschland »Humanität«: »Angesichts der Flut der Antifreimaurer-Literatur sind erste Strafanträge wegen Volksverhetzung und Anträge auf gerichtliche Einziehung bei verschiedenen Staatsanwaltschaften gestellt worden. Der Senat der VGL v. D. (Vereinigten Großlogen von Deutschland) wird in Zukunft den Buch- und Zeitschriftenmarkt noch schärfer beobachten und gegebenenfalls einschreiten. Brüder, die solche Hetzbücher und -artikel lesen, bitten wir, mit dem Vorsitzenden des Amtes für Öffentlichkeitsarbeit, Dr. Wolfgang Bittner, Freiherr-vom-Stein-Straße 20, 5880 Lüdenscheid, unter Beifügung eines Exemplars und – bei Büchern – einer Kaufquittung mit der Anschrift des Buchhändlers, Kontakt aufzunehmen.«

Datenspeicherung

Finanzamt spielt »großer Bruder«

James O. Tucker jr.

Seit dem 1. Oktober 1985 haben die Finanzämter in den Vereinigten Staaten das »Profil« jedes Bürgers des Landes in einem neuen Riesencomputer gespeichert. Es wird nur noch wenige Monate dauern, dann kann jeder Finanzbeamte im ganzen Land alle Einzelheiten jedes einzelnen Bürgers der USA per Knopfdruck abrufen.

Diese Enthüllungen machte Paul DesFosses, der fast 20 Jahre lang für das Finanzamt in den USA arbeitete, ehe er ausschied, um die nationale Koalition gegen die Machenschaften des amerikanischen Finanzamtes anzuführen. Seine Enthüllungen haben in den USA für den entsprechenden Wirbel gesorgt und eine stürmische Diskussion in Gang gebracht.

Kontrolle über den Computer

Wie nicht anders zu erwarten, hat das Finanzamt dementiert, daß es plant, die Lebensdaten eines jeden Steuerzahlers zu speichern, zu denen auch Angaben gehören, die nichts mit Steuerdingen zu tun haben. Finanzamtssprecher Wilson Fadely bestätigte jedoch, daß DesFosses fast 20 Jahre lang für das Steueramt tätig war.

Angaben über jeden Steuerzahler – wie zum Beispiel ob er wahlberechtigt ist, ein Haus besitzt oder ein Auto kauft – werden in das »Profil« aufgenommen. Man kann davon ausgehen, daß innerhalb von fünf Jahren dem Finanzamt sämtliche Einzelheiten eines Bürgers der USA bekannt werden.

Jeder Finanzbeamte wird dann per Knopfdruck das »Profil« eines jeden beliebigen Bürgers der USA abrufen können. Zur Zeit werden noch sämtliche greifbaren Informationen in die Computer dieser Behörde eingegeben. Dazu gehört, wann und wo jemand ein Haus gekauft hat, wie er es finanzierte und wie es bewohnt oder an wen es vermietet wird.

Jede regierungsamtliche Transaktion, jeder Studiengang, alle Kredite, der Militärdienst und jede Sozialleistung werden in das Computersystem eingegeben. Außerdem Wahlunterlagen, Angaben über das Vermögen, Finanzierungskredite – einfach alle finanziellen Abwicklungen und Transaktionen, bei denen eine Behörde oder eine Bank beteiligt ist, werden in das System eingespeichert.

Der Oberste Gerichtshof der USA hat entschieden, daß das Scheckbuch eines Bürgers eine »öffentliche Unterlage« ist, und zwar mit der Begründung, daß eine Person in der Bank den Scheck mit der Hand anfassen muß, also ein sogenannter »Dritter«, damit das Geld oder der Kredit des Kunden in den Besitz des Zahlungsempfängers gelangen kann. Mikrofilme von den Schecks werden in das Computerprofil eingespeist.

Totale Erfassung der Bürger

Das Ganze wird dadurch erleichtert, daß die Sozialversicherungsnummer jedes Bürgers der USA, einst geheiligt, effektiv eine nationale Identifikations-Nummer geworden ist. Ursprünglich war es für eine Behörde oder sonstige private Einrichtung oder Organisation, ausgenommen der Sozialverwaltung, ungesetzlich, Zugang zu dieser Nummer zu haben. Kraft Gesetz konnte sie nur dazu benutzt werden, um sicherzustellen, daß die jedem Bürger zustehenden Sozialleistungen, Renten und sonstigen Bezüge ordnungsgemäß gutgeschrieben und bestimmt werden konnten.

Der amerikanische Kongreß, in Zusammenarbeit mit den Bürokraten des Landes, hat aber das Gesetz jetzt dahingehend geändert, daß alle ausleihenden Institutionen die Nummer routinemäßig erfragen und verwenden, ehe ein Darlehen genehmigt wird. Sie steht inzwischen auf dem Führerschein und ist bei Soldaten gleichzeitig die Personalnummer.

Totale Kontrolle der Öffentlichkeit

DesFosses erklärte dazu: »Der strategische Plan führt speziell aus, daß ab Herbst 1985 ihr Drei-Stufen-Plan für die Neuordnung des Rechnungsprüfungswesens in Kraft treten wird. Ab Herbst 1985 wird jeder Finanzbeamte ein Computer-Terminal haben, auf dem er diese Auskünfte alle abrufen kann.«

Wie DesFosses sagte, wurde der 1. Oktober 1985 gewählt, weil dies der Anfang des Haushaltsjahres ist: »Das US-Finanzamt legt für jeden eine Akte an, ob er nun unschuldig oder schuldig ist, und die Akte hat für die steuerliche Zwangsvollstreckung oder Steuereinziehung keinerlei praktischen Nutzen oder Zweck.«

DesFosses weiter: »Ihre Verwendung und Nützlichkeit liegt allein in der Kontrolle, und ich meine, daß das Finanzamt nicht mehr eine Steuereinziehungsbehörde ist, sondern eine Behörde zur Kontrollierung der Bevölkerung oder Öffentlichkeit geworden ist, und diese Kontrolle beschränkt sich nicht nur auf die Öffentlichkeit, sondern es geht um die Kontrolle über den Kongreß, die Gerichtsbarkeit und die Exekutive.«

DesFosses berichtet, daß Finanzbeamte Richter eingeschüchtert hätten, zugunsten der Regierung zu entscheiden, noch während die Verfahren liefen, wobei angedeutet wurde, daß auch Richter jederzeit den Prüfungen der Steuerbeamten unterliegen. Dabei ist es auch in den USA eine Straftat, auf die Gefängnis steht, den Versuch zu machen, eine richterliche Entscheidung außerhalb des Gerichtssaals zu beeinflussen.

Werden auch schulische Daten gespeichert?

Entsprechende Dokumente wurden DesFosses von ehemaligen und jetzigen Angestellten im US-Finanzministerium unterbreitet, die das System moralisch für verwerflich halten.

Das »Profil« für jeden Amerikaner wird, wie DesFosses sagt, innerhalb der kommenden fünf Jahre aufgebaut werden, nachdem die Anfangsdaten eingegeben sind. Neben den Auskünften von allen Regierungsbehörden werden auch Angaben »jeder erdenklichen Art« aus Landes- und Gemeinde-Unterlagen darin einfließen.

»Heißt das«, so wurde gefragt, »daß jedesmal, wenn man einen großen Kauf oder Verkauf in seinem Leben tätigt, zum Beispiel einen der eintragungs- oder genehmigungspflichtig ist wie der Erwerb eines Autos oder eines Grundstücks, das Finanzamt davon Kenntnis haben wird?«

»Nicht nur das«, erwiderte DesFosses, »sie wissen auch, ob Sie wahlberechtigt sind oder ob Sie eine Baugenehmigung für eine Hundehütte in Ihrem Garten haben. Ich möchte sogar annehmen, daß sie schulische Daten eingeben.«

DesFosses wies darauf hin, daß der Finanzbeauftragte Roscoe Egger gesagt hat, seine Behörde arbeite an der Beseitigung der Abgabe von Steuererklärungen, weil die Regierung sämtliche Angaben besitzt, um festzustellen, was der Steuerzahler schuldig ist beziehungsweise erstattet bekommt.

Das Finanzamt wird mehr als genug bekommen, wenn der amerikanische Kongreß nicht mit ungewöhnlicher Entschlossenheit und Schnelligkeit handelt. »Wir werden eine Nation von Wirtschaftssklaven sein«, so warnte DesFosses. □

Kriegsgefangene

Das Leichen-Spiel der Roten

Mike Blair

Der frühere amerikanische Präsident Jimmy Carter hat jene verärgert, die einen vollen Rechenschaftsbericht über alle amerikanischen Kriegsgefangenen und Vermißten anstreben, die sich noch seit dem Vietnam-Krieg in Südostasien befinden, indem er sich während eines kürzlichen Besuchs in Thailand in diese Sache eingeschaltet hat.

Jimmy Carter stellte als amerikanischer Präsident einen traurigen Rekord in dem Bemühen auf, Rechenschaft über die annähernd 2500 amerikanischen Soldaten abzulegen, die seit dem Vietnam-Krieg noch vermißt sind. Während der Ex-Präsident sich vier Tage in Thailand aufhielt, besichtigte er das Khao-I-Bang-Flüchtlingslager, wo Kambodschaner, die vor der kommunistischen Herrschaft in ihrem Land geflohen waren, Zuflucht gesucht hatten. Kambodscha – von den Kommunisten Kampuchea genannt – ist ein kleines Land, eingezwängt zwischen Thailand im Westen und Vietnam im Osten.

Die Haltung von Reagan

Während sich Carter in der Nähe des Flüchtlingslagers befand, forderte er auf einer Pressekonferenz die Normalisierung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Vietnam. Er sagte, die Normalisierung könnte helfen, zu einer Lösung des Kambodscha-Problems zu führen. Kambodscha wird zur Zeit von einem bitteren Bürgerkrieg zwischen einer Vielzahl von kommunistischen und antikommunistischen Kräften und der roten kambodschanischen Marionettenregierung, die das Land unter der Kontrolle des kommunistischen Regimes in Hanoi regiert, zerrissen.

Carter sagte, »diplomatische Beziehungen seien auch dann nützlich, wenn es sonst starke Unterschiede gäbe«. Er teilte mit, Hanoi habe kürzlich eine konstruktive Haltung gegenüber der Lösung der Kriegsgefangenen- und Vermißtenfrage eingenommen. Während seiner Amtszeit vertrat er die Ansicht, daß eine Klärung der Situation der Kriegsgefangenen und Vermißten »ein erwünschtes Nebenprodukt« der Normalisierung der Beziehungen zwischen Washington und Hanoi seien.

Die Reagan-Regierung vertritt auf der anderen Seite die Ansicht, daß es kein Gespräch über eine Normalisierung der Beziehungen geben könne, bis Hanoi Rechenschaft über alle in Südostasien vermißten Amerikaner ablegen würde. Es stehen 2441 Soldaten und 42 Zivilisten auf den Vermißtenlisten, von denen allein 1820 in Vietnam selbst vermißt werden.

Die übrigen gingen in Kambodscha und im benachbarten Laos verloren, nördlich von Kambodscha zwischen Vietnam und Thailand sowie in den Gebieten an der rotchinesischen Grenze. Die Reagan-Regierung besteht außerdem auf einem Rückzug der augenblicklich in Kambodscha befindlichen 160 000 Mann starken Kampftruppen Hanois, bevor eine Normalisierung in Betracht kommt.

Die von der Reagan-Regierung eingenommene Haltung wird von den meisten derjenigen vorgezogen, die sich ernsthaft mit der Kriegsgefangenen- und Vermißten-Frage befassen. Sie fürchten, daß Carters Methode – erst Normalisierung, dann hoffentlich eine Rechenschaft – total unrealistisch ist.

Jene, die diese Methode Carters kritisieren, weisen darauf hin, daß Vietnam zur Zeit unter schweren ökonomischen Problemen zu leiden hat, die durch eine Normalisierung der Beziehungen mit Washington sehr erleichtert werden könnten. Die Reagan-Regierung ist augenblicklich in der Lage, Vietnam von einer Vielzahl ausländischer Hilfe, die es verzweifelt benötigt, abzuschneiden.

Wie auch immer, Carters Sprüche in Thailand trugen wenig dazu bei, die Bemühungen der Reagan-Administration zu fördern und verärgerten nur ihre Beamten, die sich damit befassen, Vietnams Zusammenarbeit in der Kriegsgefangenen- und Vermißten-Frage zu erreichen.

Während seiner Präsidentschaft hinterging Carter jene, die nach einer Lösung der Kriegsgefangenen- und Vermißten-Tragödie suchten. Während er sich 1976 um die Präsidentschaft bewarb, versprach der Erdnußfarmer aus Georgia bei verschiedenen Gelegenheiten, im Falle seiner Wahl das Problem der vermißten Amerikaner zu lösen. In einem Versprechen, das er der »Nationalen Liga der Familien der amerikanischen Kriegsgefangenen und Vermißten in Südostasien« am 19. September 1976 gab, erklärte Carter: »Ich werde die Beziehungen mit der vietnamesischen Regierung nicht eher normalisieren, bis ich davon überzeugt bin, daß sie einen vollständigen Rechenschaftsbericht über die Kriegsvermißten abgegeben haben.«

Carter versprach es sogar noch deutlicher am 30. September 1976 in Buffalo, indem er erklärte: »Wir werden für die vermißten Kriegsgefangenen Rechenschaft verlangen, bevor wir irgendwelche Beziehungen wieder mit Vietnam aufnehmen. Sie können sich darauf verlassen.«

Carters unerfüllte Versprechen

In der über den ganzen Raum der Vereinigten Staaten übertragenen Fernsehdebatte zwischen Carter und dem damaligen amerikanischen Präsidenten Gerald Ford am 6. Oktober 1976, stellte Carter Ford wegen dieses Problems wie folgt zur Rede:

»Eines der peinlichsten Versäumnisse der Ford-Administration, das besonders die Menschenrechte berührt, ist ihre Weigerung, eine Regierungskommission nach Vietnam, Laos und Kambodscha zu entsenden, um wegen der Freigabe von Informationen über die Vermißten jener Kriege zu verhandeln. Dies ist, was die Familien der Vermißten wünschen. Aber Mr. Ford hat es nicht getan.

Wir haben verschiedene unvollständige Bemühungen von Kongreß-Mitgliedern und Privatpersonen gesehen. Vor ein paar Monaten sagte die Regierung von Vietnam: ›Wir sind bereit zusammenzusitzen und über die Freigabe von Informationen über die Vermißten zu verhandeln‹.

Hierauf hat Mr. Ford nicht geantwortet.

Ich würde auch niemals offizielle Beziehungen mit Vietnam aufnehmen, noch ihnen den Beitritt zur UNO erlauben, bevor sie



In der Debatte zwischen Jimmy Carter und Gerald Ford während des Präsidentschaftswahlkampfes ging es um die Frage der Kriegsgefangenen.

Kriegsgefangene

Das Leichen-Spiel der Roten

nicht unsere Forderungen erfüllt haben. Aber dies genügt nicht. Wir brauchen eine aktive und aggressive Verfahrensweise auf seiten unseres Präsidenten, dem Führer dieses Landes, um jeden möglichen Weg herauszufinden, jene Informationen zu erhalten, die die Familien der Vermißten von all ihrer Verzweiflung und Zweifeln befreien, aber Mr. Ford hat das gerade nicht getan.«

Kurz bevor Carter 1977 sein Amt übernahm, gab das sogenannte »House Select Committee on Missing Persons in Southeast Asia« unter dem Vorsitz des Republikaners Gillespie V. »Sonny« Montgomery nach fünfzehn monatiger »Nachforschung« seinen Schlußbericht heraus. Er schloß folgendermaßen: »Die während 15 Monaten Nachforschung und Information gesammelten Ergebnisse haben dieses Komitee zu der Annahme geführt, daß infolge des Indochinakrieges keine Amerikaner mehr als Gefangene in Indochina am Leben sind.«

Der Bericht war für diejenigen, die eine vollständige Rechenschaft über ihre Vermißten erwartet hatten, niederschmetternd, und sie alle blickten auf Carter, er möge seine Versprechen erfüllen.

Montgomerys Komitee besaß einen Stab mit einem Direktor, drei berufsmäßigen Stabsassistenten und zwei Büroangestellten. Es war ihm ein Budget von 350 000 Dollar zugestanden worden, von dem die Hälfte wieder an die Staatskasse zurückgegeben wurde. Zum Vergleich: Ein Komitee gab 2,7 Millionen Dollar aus für die Nachforschungen über den Tod von Dr. Martin Luther King.

Die Vergessenen in Rattenlöchern

Das Komitee prahlte damit, daß es die Akten von 200 Vermißten geprüft hätte. Auf der anderen Seite prüften sie nicht die Fälle der übrigen rund 2300 Vermißten, wie Kritiker schnell feststellten.

Auf jeden Fall ernannte Carter nach seiner Amtseinführung eine Regierungskommission unter Vorsitz von Leonard Woodcock, Präsident der United Auto-Workers sowie weitere »Experten« für Kriegsgefangene und Vermißte; dazu gehörten unter anderem der Führer der Senats-Majorität Mike Mansfield, Marion Wright Edelman vom »Children Defense Fund«, der frühere Botschafter Charles Yost und selbstverständlich Montgomery, der bereits die vermißten Amerikaner abgeschrieben hatte.

Indem sie die Befunde des Montgomery-Komitees als Basis für ihre eigenen Feststellungen verwandten, kam die Woodcock-Gruppe im Jahre 1977 zu dem Ergebnis, daß es keinen Beweis dafür gäbe, daß amerikanische Kriegsgefangene aus dem Indochina-Krieg überlebt hätten. »Aus Gründen der Beschaffenheit des Geländes und Klimas, der Begleitumstände der Verluste und der seither verflossenen Zeit ist es wahrscheinlich, daß für die meisten in Indochina verlorenen Amerikaner nie eine Rechenschaft abzulegen möglich sein wird.«



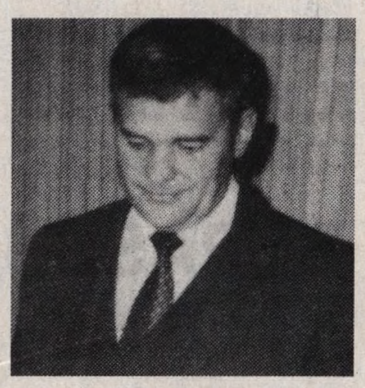
Teng Hsiao-Ping, Rotchinas starker Mann, sperrte nach 1978 bereits entlassene Priester wieder ein.

Mit diesem falschen Bericht in der Hand gab Carter seine Versprechen gegenüber den Familien der Vermißten auf und überließ jene noch vermutlich in Indochina lebenden einem Leben in sogenannten kommunistischen Rattenlöchern. »Ein Carter, der jetzt aus der politischen Vergessenheit daher kommt und seine Nase in das Problem steckt, ist einfach jämmerlich«, meinte ein Mitglied aus einer der betroffenen Familien.

Auch die Vermißten des Korea-Krieges werden von der amerikanischen Regierung ignoriert. Verschiedene Beamte der US-Regierung haben anscheinend geringes Interesse an der Lösung der Frage, was den 8100 vermißten US-Soldaten widerfuhr, die während des Koreakrieges, der vor mehr als 30 Jahren endete, verloren gingen. Sie behaupten einfach, daß Menschen so lange nicht überlebt haben können.

Neueste Entwicklungen beweisen aber das Gegenteil. Kürzlich entließ das rotchinesische Regime in Peking, das damals an der Seite des kommunistischen Nordkorea Krieg führte, zwei Männer aus den Gefängnissen, die trotz so langer Zeit in Gefangenschaft die Tortur überlebt haben.

Am 3. Juli 1985 entließ die Pekinger Regierung Bischof Ignatius Kung, den 84jährigen alten katholischen Bischof von Shanghai, aus der Gefangenschaft. Er gehörte zu einer Anzahl von chinesischen Klerikern, die in den fünfziger Jahren von den Roten wegen ihrer Weigerung, ihre Verbindungen mit dem Vatikan zu lösen, verfolgt wurden. Kung wurde wegen »Hochverrats« angeklagt.



Richard Childress, Mitglied des Stabes von Ronald Reagan, soll sich nun um die Vermißten kümmern.

Die Namen der Vermißten sind bekannt

Wenigstens zehn weitere katholische Priester vermutet man noch in Gefangenschaft, darunter einige, die entlassen wurden und dann wieder eingesperrt worden waren, nachdem Rotchinas starker Mann, Teng Hsiao-Ping, im Jahre 1978 die Macht übernahm.

Im März 1985 verzieh das Pekinger Regime dem 66jährigen Gu Qing, einem rotchinesischen Luftwaffenpilot, der 20 Jahre im Gefängnis und anschließend 15 weitere Jahre auf einer staatlichen Farm in der Mandschurei verbracht hatte. Er war wegen »Verrats« angeklagt worden, nachdem sein Transportflugzeug 1947 versehentlich in die Sowjetunion geraten war. Gu behauptete, daß nicht Verrat, sondern ein Versagen des Kompasses der Grund für den Zwischenfall war.

In den letzten Jahren hat das Regime auch frühere Soldaten der nationalchinesischen Regierung entlassen, die auf dem chinesischen Festland gefangengenommen wurden, als die Kommunisten 1949, ein Jahr vor Ausbruch des Korea-Krieges, die Macht übernahmen.

Von den 8100 amerikanischen Soldaten, die noch als Kriegs-Vermißte in Korea geführt werden, sind der amerikanischen Regierung wenigstens 389 bekannt, die in kommunistischer Gefangenschaft gewesen sind. Seltsamerweise stellt dies eine größere Anzahl Soldaten dar, von der man weiß, daß sie in Gefangenschaft geriet, als diejenigen des Vietnam-Krieges. Dennoch waren die Kriegsgefangenen und Vermißten des Korea-Krieges lange die »Stiefkinder« der Bemühungen der amerikanischen Regierung, Rechenschaft über die vermißten Amerikaner abzulegen. Sie wurden lange vernachlässigt, weil die amerikanische Regierung ihre Bemühungen auf die Rechenschaft über die Vermißten des nicht so lange zurückliegenden Vietnam-Krieges, er endete 1975, konzentrierte.

Sogar die »Nationale Liga der Familien amerikanischer Kriegsgefangener und Vermißter in Südostasien«, die an einem Rechenschaftsbericht über die Vermißten des Vietnam-Krieges arbeitet, hat wenig zu den Verlorenen von Korea zu sagen. Dies ist einer der Punkte, der die Familien der Kriegsgefangenen und Vermißten des Korea-Krieges lange tief bedrückte. Sie fühlen, daß ihre Angehörigen nicht nur

von ihrer Regierung vollständig vergessen wurden, sondern auch von ihren Landsleuten.

Trotzdem besteht innerhalb der Reagan-Administration ein Interesse, die Frage nach den Vermißten des Korea-Krieges zu klären. Dies ergab sich notwendigerweise nach der sich abzeichnenden Aussicht auf Wiedervereinigungsgespräche zwischen Süd- und Nordkorea.

Die Nordkoreaner wünschen ebenfalls, daß die diplomatischen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten wiederhergestellt werden, vermutlich nachdem sie die Vorteile einer solchen Beziehung von den Rotchinesen erfuhren, die jetzt die Früchte ihrer während der Nixon-Administration begonnenen Verbindung mit den USA genießen. Die Nordkoreaner hegen zweifellos große Hoffnung, mit Rotchina den unverhofften Gewinn an Kapital und technologisches Know-how, der jetzt direkt nach Rotchina einfließt, teilen zu können.

Das Leichen-Spiel mit den USA

Die Nordkoreaner hoffen, daß diplomatische Beziehungen zu den USA ihnen auch die Zulassung zu den Vereinten Nationen einbringen werden.

Jene, die immer noch nicht die Hoffnung auf die 8100 im Korea-Krieg vermißten Amerikaner aufgegeben haben, würden es begrüßen, wenn die Reagan-Administration die Herstellung besserer Beziehungen zu Nord-Korea in der Weise regelt, wie sie das Problem mit dem kommunistischen Vietnam zu stabilisieren versucht. Reagans Regierung besteht darauf, diplomatische Beziehungen mit dem Regime in Hanoi nur dann in Aussicht zu stellen, wenn über alle amerikanischen Kriegsgefangenen und Vermißten des Vietnam-Krieges von den Kommunisten Rechenschaft abgelegt wurde.

»Ich hoffe nur und bete, daß Präsident Reagan mit den Nord-Koreanern die gleiche Standfestigkeit beweist wie mit den Nord-Vietnamesen, statt ihnen einfach wie den Rotchinesen diplomatische Anerkennung zu schenken«, sagte kürzlich Mrs. Rita van Wees, Mutter eines Gefangenen des Korea-Krieges. »Das scheint in diesem Punkt unsere einzige Hoffnung zu sein.«

Aber die kommunistischen Machthaber in Hanoi setzen ihr grausames »Leichen-Spiel« mit dem kürzlichen Versuch fort, die offizielle Anerkennung der Vereinigten Staaten ihres Regimes dadurch zu erreichen, indem sie angeblich mit der Reagan-Administration in dem Bemühen zusammenarbeiten, Rechenschaft über rund 2500 amerikanische Soldaten abzulegen, die noch seit dem Vietnam-Krieg in Indochina vermißt werden.

Die Regierung in Hanoi gab darum kürzlich bekannt, sie würde amerikanischen Behörden die sterblichen Überreste von 26



Richard L. Armitage schließt noch lebende Amerikaner in kommunistischer Gefangenschaft aus.

vermißten Amerikanern übergeben. Sie teilte außerdem amerikanischen Beamten die Namen der Amerikaner mit und gab an, sie würde »Beweismaterial« hinsichtlich sechs weiterer liefern.

Nachdem die sterblichen Überreste der amerikanischen Verfügungsgewalt übergeben wurden, wurden sie dem »Vereinigten Kriegsgefallenen-Forschungszentrum« auf Hawaii zugeführt, bevor man die nächsten Verwandten verständigte und die Namen der 26 Überstellten der Öffentlichkeit mitteilte.

Sofort nach der Übergabe hatten die Amerikaner jedoch bereits festgestellt, daß unter den 26 Männern einige waren, von denen man wußte, daß sie während des Krieges von den Kommunisten gefangenengenommen, aber nie in die Heimat entlassen worden waren. Mit anderen Worten, sie starben in der Gefangenschaft.

Die Regierung vertuscht Beweise

Das Versprechen der Rückgabe der sterblichen Überreste wurde einem amerikanischen Technikerteam gegenüber gegeben, das Anfang Juli 1985 eine dreitägige Mission nach Hanoi beendete. Sie wollten mit den Kommunisten die Frage der vermißten Amerikaner erörtern. Die Gruppe wurde auch zu einer Absturzstelle eines B-52-Bombers in der Nähe von Hanoi gebracht, wo die Roten zu verstehen gaben, daß sie einer gemeinsamen Durchsuchung des Wracks nach sterblichen Überresten vermißter amerikanischer Piloten zustimmen würden.

Eine ähnliche Bemühung ergab kürzlich in Laos die Rückgabe der sterblichen Überreste von 13 amerikanischen Fliegern, die verloren gingen, als ein AC-130-Kanonenboot 1972 von den Kommunisten versenkt wurde.

Die Roten in Hanoi haben auch durch den indonesischen Außenminister Mochtar Kusumaatmadja, der auf eine Normalisierung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Vietnam drängt, den USA ihr Wort gegeben, daß sie willens seien, »Gespräche auf hoher Ebene« mit Washington mit dem Ziel zu beginnen, innerhalb von zwei Jahren die Frage über die Vermißten zu lösen.

»Ich denke, daß unser nächster Schritt, den wir machen werden, darin bestehen wird, die Art von Gruppe zusammenzustellen, von der wir annehmen, daß sie am besten geeignet wäre, hierauf zu antworten und sie in Hanoi wissen zu lassen, daß wir gern mit der Arbeit an diesem Problem beginnen möchten«, sagte US-Außenminister George Shultz als Antwort auf den kommunistischen Vorschlag. »Wir wünschen so schnell und entschieden wie möglich Gespräche zu führen.«

Richard Childress, ein Mitglied des Stabes von US-Präsident Ronald Reagans »Nationalem Sicherheitsrat«, der mit den Bemühungen der Regierung um Rechenschaft für die vermißten Amerikaner vertraut ist, sagte, er sei »vorsichtig optimistisch«, daß der letzte kommunistische Annäherungsversuch zu einigen ernsthaften Anstrengungen des Regimes in Hanoi führen würde, Aufklärung über die vermißten Amerikaner zu geben.

Während Childress hofft, daß die Kommunisten bald mit einigen Einzelheiten bezüglich lebender amerikanischer Kriegsgefangener herauskommen werden, wies er darauf hin, daß die Rückkehr von 26 sterblichen Überresten (der größten Übergabe seit dem Kriegsende im Jahr 1975) ein höchst willkommenes Ereignis sei, weil es wenigstens einen Teil der Ungewißheit der betroffenen Familien beenden würde.

»Wir müssen über alle vermißten Amerikaner, die toten ebenso wie für jene, die noch am Leben sein mögen, Aufklärung erhalten«, meinte Childress.

Sind noch Amerikaner in Gefangenschaft?

Die Reagan-Administration, die von einigen am Kriegsgefangenen- und Vermißten-Problem Interessierten scharf kritisiert wurde, da sie gewillt sei, Leichen zu akzeptieren, nur um den Prozeß der Nachforschungsarbeiten über die Gefangenen und Vermißten zu beenden und sich nicht auf die Rückkehr lebender Amerikaner zu konzentrieren, weist darauf hin, daß noch der unwiderlegbare Beweis, daß lebende Amerikaner nicht von den Kommunisten in Gefangenschaft festgehalten werden, fehle.

Die Kritiker gehen noch einen Schritt weiter und meinen, daß die US-Regierung solche Beweise bewußt vertusche.

Dennoch gab der Sprecher der Regierung zu verstehen, daß sie die Anwesenheit von noch lebenden Amerikanern in kommunistischer Gefangenschaft nicht ausschließen wollen.

»Wir handeln gemäß der Annahme, daß es wenigstens einen gegen seinen Willen in Indochina festgehaltenen Amerikaner gibt«, erklärte Richard L. Armitage, stellvertretender amerikanischer Verteidigungsminister und zuständig für Fragen der internationalen Sicherheit. □

Kirche

Katholiken gegen homosexuelle Priester

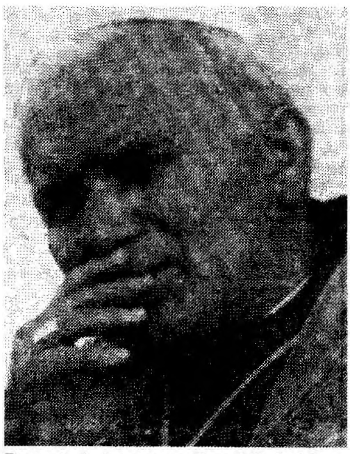
Henry Thompson

Nach dem Bericht in verschiedenen ausländischen Zeitungen und in der September-Ausgabe von »Diagnosen« über den großen homosexuellen Skandal in der Diözese San Diego in den USA scheint es, daß die Gebete der Katholiken in Kalifornien endlich erhört wurden. Den Bericht schrieb Vincent J. Ryan, seit mehreren Jahren ein aktiver katholischer Journalist und einer der angesehensten katholischen Laien Amerikas. Sein damaliger Bericht war der Höhepunkt einer monatelangen, intensiven Recherche über homosexuelle Skandale, von denen in den letzten fünf Jahren immer wieder zu hören war.

Streitpunkt war die Rolle, die ein hochorganisiertes Netz von Homosexuellen innerhalb der Reihen des Klerus gespielt hat – angefangen von Kirchenverwaltern bis hin zu Bischöfen. In San Diego wurde die Verschwörung des Schweigens bezüglich der Aktivitäten des Netzwerkes gebrochen, als die Opfer der Homosexuellen vor Gericht gingen und ihre Prozesse gewannen.

Ein ergebener Katholik klagt

Zum Beispiel der Fall von Monsignore William Spain, ein reicher Priester in Rancho Santa Fe, der öffentlich bekannte, er sei seit Jahren homosexuell.



Papst Johannes Paul II. ist besorgt über die homosexuelle Infiltration in San Diego und will darum die Stadt auf seiner Pilgerfahrt nicht besuchen.

Dann der Fall des Seminaristen Mark Brooks, ein ehemaliger Marinesoldat, der seinem Land mit Auszeichnungen gedient hat. Nach drei Jahren am St.-Francis-Seminar auf dem Campus der Universität von San Diego wurde er unter der falschen Anschuldigung der Trunksucht ausgesperrt. Der wahre Grund war der, daß er sich konstant geweigert hat, an homosexuellen Aktivitäten innerhalb des Seminars zu beteiligen.

Brooks ging gegen die Diözese San Diego vor Gericht, nachdem er sämtliche Regreßmittel innerhalb der Kirchenhierarchie ausgeschöpft hatte. Brooks, der ein ergebener Katholik ist, erhielt Unterstützung von vielen nicht homosexuellen Priestern im ganzen Land. Allerdings wurde diese Unterstützung nicht verbalisiert.

Ein Priester, der auf Brooks Seite steht, erklärte, daß die Homosexuellen, zum Beispiel in dem San-Diego-Fall, den Großteil der Verwaltung, insbesondere die Finanzen kontrollieren. Er sagte: »Sie haben die Entscheidung bei Beförderungen, Ernennungen und Wahlen, und niemand wird laut werden, aus Angst vor Absetzung, Versetzung oder Ausschluß. Sie haben auch die Kontrolle über die Pensionen, was vor allem den älteren Priestern Sorge macht.«

Nur die Spitze eines Eisberges

Ein anderer Fall ist der des Monsignore Rudolph Galindo, Rektor der St.-Josephs-Kathedrale in San Diego. Ihn hatten Eltern eines Ministranten angezeigt, wegen Belästigung des Kindes. Galindo sagte im Zeugenstand, er habe den Eltern des Knaben, Flüchtlinge aus Vietnam, erhebliche Geldzuwendungen gemacht, damit sie ein Haus kaufen konnten, und er habe den Jungen auf zahlreiche Reisen nach Hawaii und Alaska mitgenommen. Der Junge soll auch häufig Geschenke in Form von Bekleidung, Spielzeug und Geld erhalten haben.

Scott J. Kaisler, Rechtsanwalt für die vietnamesischen Flüchtlinge, sagte: »Das beunruhigende daran ist, daß niemand von der Kirche jemals versucht hat, Kontakt mit dem Opfer oder seiner Familie aufzunehmen, um das Problem anzusprechen. Hätte Bischof Leo Maher persönlich die Aktivitäten des Beklagten Galindo überprüft, hätte er entdeckt, daß Galindo erhebliche Geldsummen ausgab, um den Kläger, ein minderjähriges Kind, zu ›erwerben‹.«

Die Diözese entschied sich in beiden Gerichtsfällen lieber zu einem Vergleich, als die Enthüllung weiterer häßlicher Einzelheiten zu erwarten.

Allerdings ist dies nur die Spitze eines Eisberges. Gemeindemitglieder, Seminaristen und die Opfer von homosexuellen Priestern sahen sich nicht nur den laufenden Skandalen gegenüber, sondern auch dem erstaunlichen Netzwerk, das die Homosexuellen vor jeglichen Sanktionen schützt. Ein »normaler« Priester in San Diego, der aus Angst vor Vergeltungsmaßnahmen nicht genannt werden möchte, sagte: »Die Homosexuellen kontrollieren das Geld, und jeder hat Angst, seine Stelle zu verlieren. Niemand wurde aufgrund des Skandals entlassen. Sie wurden jeweils in andere Gemeinden versetzt. Für mich ist das ein noch schlimmerer Skandal.«

Ehe es durch die Gerichtsverhandlungen zur Veröffentlichung ihrer Aktivitäten kam, genossen die homosexuellen Priester in der Kirche die Vorteile beider Welten.

Die Seminare wurden als sexuelle Anwerbungszentren benutzt und Kirchengelder für die Bezahlung ihres luxuriösen Lebensstils, einschließlich Ferien in Palm Springs in »Schwulen«-Hotels und Verstärkung ihrer Kontrolle über die Kirchenfinanzen.

Sonderbeauftragter des Papstes

Mit Erfolg haben sie die Kritik des liberalen wie konservativen Flügels der Kirche entschärft. Wie ein Theologe des Vatikans erklärte, der eine Sonderstudie über das Problem angefertigt hat: »Die Homosexuellen sind äußerst geschickt darin, Kritik der Liberalen wie auch Konservativen zu vermeiden, indem sie die beiden gegeneinander ausspielen und ihre jeweiligen Schwachstellen ansprechen. Für die Liberalen wurde die Homosexualität als eine Sache der Grundrechte dargestellt und steht damit nicht zur Diskussion. Für die Konservativen wurden Kritik und Enthüllung als eine Sache der Untreue gegenüber der Kirche dargelegt.«

Dank der Veröffentlichungen schickte eine Gruppe von Katholiken aus San Diego eine Delegation nach Rom, die den Papst um Einschreiten bat. Trotz des enormen Drucks von seiten der auch im Vatikan tätigen Homosexuellen wurde der Hilferuf der katholischen Laienschaft laut und deutlich gehört, und zwar nicht nur vom Papst, sondern auch von Mitgliedern der Kirchenhierarchie, die sich seit Jahren um die Bereinigung des Problems bemühen.

Aufgrund der Delegation wurde ein Sonderbeauftragter des Papstes in aller Stille Anfang August nach San Diego entsandt. Mit Erstaunen vernahm man im Vatikan, daß alle die Homosexuellen, die die Kirche in einen Skandal verwickelt hatten, immer noch in ihren Ämtern waren. Spain war in die Nachbargemeinde versetzt worden – zu sei-

nem Freund Monsignore John Portman in Coronada. Galindo war in die Gemeinde von Calexico versetzt worden.

Diese Versetzungen bedeuteten keineswegs einen Abstieg. Galindo wurde in den Presbyterianischen Rat, den Bau-Ausschuß, das Direktorium für Dienstleistungen der katholischen Gemeinde, das Direktorium der Erziehungsministerien, den Aufsichtsrat des St. Vincent de Paul Centers und in das Dekanat des El Centro entsandt. Des weiteren wurde er zum Rektor von »Our Lady of Guadalupe« in Calexico ernannt.

Spain hat seinen Weg in den Ausschuß der Pensionskasse für Priester gemacht.

Die Recherchen der Journalisten haben die Indizien für die außergewöhnliche Infiltration mit Homosexuellen auf jeder Kirchenebene belegt. Das Kirchengericht der Diözese zählt 13 Homosexuelle zu seinen Mitgliedern. Unter den diözesischen Beratern um Bischof Maher sind acht homosexuell von insgesamt zwölf Beratern. Von den 16 Mitgliedern des Presbyterianischen Rates sind neun homosexuell. Der Vierer-Rat des »sensor librorum« hat drei Homosexuelle.

Weitere Ehrungen und Erhebungen

Neben diesen Führungsgremien der Diözese ist es den Homosexuellen gelungen, Spitzenpositionen im Erziehungs- und Familienministerium zu besetzen sowie in Finanz- und Planungsausschüssen, dem Direktorium für Dienstleistungen der katholischen Gemeinden, dem Kommunikationsausschuß, dem Dekanatsdirektorium, dem Diözesenrat für Priester und Personal. Sie haben Mitglieder in Erziehungs- und Fürsorge-Unternehmen, der Ökumenischen Kommission, dem St.-Francis-Seminar (vier Homos von insgesamt sieben Mitgliedern) und sogar in der Kommission für das Familienleben.

Eine Anzahl der Gemeinden im Distrikt von San Diego hat homosexuelle Priester: All Hallows in La Jolla, Ascension in Miramar, Blessed Sacrament in El Cajon, Mount Carmel in Rancho Penasquilos, Our Lady of Refuge in Pacific Beach, Our Lady of the Sacred Heart in Mission Valley, St. Mary Magdalene in Claremont Mesa, St. Therese in Mission Gorge, Corpus Christi in Bonita, Our Lady of Guadalupe in Calexico, St. Patrick in Carlsbad, St. Rose of Lima in Chula Vista, Sacred Heart in Coronado, Resurrection in Escondido und St. Charles in Imperial Beach.



Mark Brooks wurde von den Homosexuellen tyrannisiert und zog darauf gegen die Kirchenhierarchie vor Gericht.

Doch schockiert war der Vatikan mehr über die Nachricht, daß seit 1956 38 bekannte Homosexuelle in der Diözese San Diego zum Priester geweiht wurden, während das von 1927 bis 1956 angewandte strenge Auswahlverfahren die Homosexuellen-Infiltration bis auf zwei verhindert hatte.

Der päpstliche Untersuchungsbeauftragte prüfte auch den Ernennungsprozeß, bei dem vier Monsignori für die Erhebung in den Ritterstand des Ordens zum Heiligen Zepter vorgeschlagen wurden, darunter Spain, obwohl ihre Homosexualität der Hierarchie bekannt war, sowie für die Erhebung in den Stand eines Ehrenprälaten des Papstes von sieben homosexuellen Monsignori, einschließlich Galindo und Spain.

Nun, da die Welt von ihrer Homosexualität weiß, stellt sich die Frage, warum keine Maßnahmen ergriffen wurden, um sie von der Gesellschaft die Gesetze beachtender und moralischer Katholiken auszuschließen.

Die Frage, warum sich die Homos auf San Diego eingeschossen haben, wurde von einem altgedienten Priester in San Diego beantwortet: »San Diego bietet dafür das beste Klima in ganz Amerika. Die Gemeinde ist eher konservativ und geneigt, alle Priester ohne jede Fragen zu akzeptieren. Es ist der ideale Platz für Homos, die die Führung in der Kirche übernehmen möchten.«

Auf die Frage, warum nichts gegen die Brecher des Kirchengesetzes unternommen wurde, erwiderte der Priester: »Das Ganze ist eine Frage des Geldes. Irgendwie sind einige dieser Homos sehr gut darin, Geld zu sammeln. Sie wissen, wie man reichen Katholiken schmeichelt, besonders älteren Damen.

Sanktionen führen zur Spaltung

Ein Priester aus Chula Vista wies auf die Macht der Homosexuellen hin, als er den Bischof wissen ließ, daß er, wenn man ihn aussperren würde, 150 Priester im Gefolge mitnehmen würde. Das wäre wunderbar gewesen, doch die entsprechende Stelle kapitulierte.«

»Es ist eine Frage der Priorität«, so fuhr er fort. »Entweder man verkündigt das Evangelium und bleibt bei den strengen Vorschriften oder man schließt Kompromisse mit dem Materialismus auf die Gefahr hin, die Kirche in die Hände der Schändlichkeit fallen zu lassen.«

Aus dem Vatikan wird bestätigt, daß das amerikanische Netz der Homosexuellen seine Finanzstärke einsetzen kann, um die »Heilige Sicht« einzuschüchtern, keine Maßnahmen gegen homosexuelle Priester und Bischöfe zu ergreifen.

Dagegen ist dem Papst mitgeteilt worden, daß Amerikas Laienschaft keine homosexuelle katholische Kirche wünscht und die Behauptung für unbegründet hält, daß Sanktionen des Vatikans gegen Homosexuelle »dazu führen würden, daß es zu einer Spaltung in eine autonome Kirche kommt, die alle Kirchengüter mit sich nimmt«.

Der Papst hat bereits seiner Sorge in dieser Hinsicht Ausdruck verliehen. Er hat wiederholt, daß die Kirche die Homosexualität ablehnt und beabsichtigt, das geistliche Recht wiederherzustellen ohne Rücksicht auf finanzielle Verluste, wie von gewissen amerikanischen Beratern vorausgesagt.

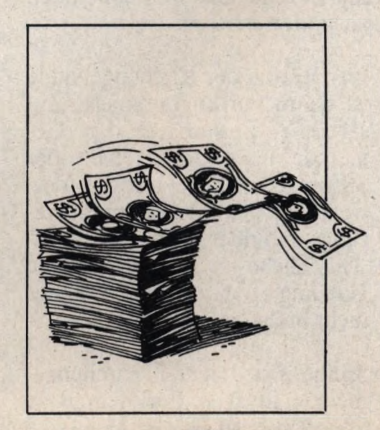
Bischof Maher, der so viele Jahre den Vorsitz über die homosexuelle Gemeinde in San Diego geführt hat, hat soeben zwei große Niederlagen einstecken müssen. Erstens, seine Erwartung, Nachfolger von Kardinal Timothy Manning als Erzbischof von Los Angeles zu werden, ist durch die Ernennung von Bischof Roger Mahoney zunichte gemacht worden, der sich von machthungrigen Abweichlern nichts bieten lassen wird.

Zweitens, der Bischof wurde jetzt davon unterrichtet, daß der Papst auf seiner kalifornischen Pilgerfahrt 1986 nicht nach San Diego kommen wird, obwohl es die zweitgrößte Stadt in Kalifornien ist und viel für die San-Diego-Mission von Vater Junipero Serra tut, den der Papst besonders auszeichnen wird.

Drittens, die laufende Untersuchung bringt einige sehr unbequeme Fälle ans Tageslicht, die nicht einfach zu rechtfertigen sein werden.

Der Bischof und besonders seine homosexuellen Berater geben die Schuld an der Situation dem direkten Anruf des Papstes durch die katholische Laienschaft. Sie haben den Informanten Rache geschworen.

Dazu äußerte sich ein prominenter katholischer Laie: »Diese Homosexuellen können eine wirklich gute Show abziehen, und sie haben uns tatsächlich lange Zeit getäuscht, aber jetzt ist das Spiel aus. Wir werden sie aus der Kirche vertreiben.« ☐



Berlin

Leere Kirchen

Thomas Buske

Die Frage nach »Mehrbenutzungsplänen für unpraktische Gotteshäuser in West-Berlin« ist künstlich und bewußt erzeugt worden, um inhaltlich-theologische Veränderungen in der Verkündigung vorzubereiten. Es wird übersehen, daß die Kirchengemeinden in ihrem Gesamthaushalt nur zwei Prozent für die bauliche Unterhaltung zugewiesen bekommen. Diese minimalen Mittel zur Bauunterhaltung können zwar durch die jährlich anzumeldenden »Bauwünsche« nach Vereinbarung auf der Besprechung der geschäftsführenden Pfarrer im Kirchenkreis mit den Vertretern des Konsistoriums auf das Doppelte erhöht werden.

Im Klartext heißt das jedoch: Eine Kirchengemeinde mit zum Beispiel 12 600 wahlberechtigten Gemeindemitgliedern soll mit 25 000 DM und den für einen Reparaturzweck gebundenen Bauwunschmitteln ihre sämtlichen Gebäude unterhalten: eine große wilhelminische Kirche, ein sehr geräumiges Gemeindehaus, das dazugehörige Pfarrhaus mit den verschiedenen Wohnungen auch für die Mitarbeiter und ein eigenes Haus für einen großen Kindergarten mit 60 Plätzen.

Der Verfall der Kirchen

Die Folgen sind absehbar: eine ordnungsgemäße Unterhaltung und Pflege der kirchlichen Gebäude kann nicht mehr wahrgenommen werden – auch in solchen Gemeinden, die zu den besten Kirchensteuerbezirken gehören. Die Finanzstruktur ist so angelegt – nach den von der Landes-/Regionalsynode festgelegten Richtwerten –, daß selbst die wohlhabenden Gemeinden ausbluten müssen.

Der Verfall der Kirchengebäude ist damit vorprogrammiert. Zusätzliche Leistungen der Gemeinde über Bauvereine oder Stiftungen werden nur zur Verwendung einer Kirchenrenovierung geduldet, die eine ausschließliche gottesdienstliche Nutzung des Kirchenraumes nicht mehr beabsichtige.

Meine Friedenauer Kirchengemeinde in West-Berlin muß so seit etwa zehn Jahren ohnmächtig zusehen, wie ihr die Wiederherstellung aus eigenen privaten Mitteln verwehrt wird. Sie ist eine der wenigen Gemeinden, in denen noch uneingeschränkt agendarische Gottesdienste stattfinden und auch in den Gemeindekreisen und der Seelsorge keinerlei auch nur versteckte gesellschafts- oder gar parteipolitische Implikationen zum Zug kommen.

Der Gottesdienstbesuch stieg in zehn Jahren geduldiger und treuer Arbeit um fast 250 Prozent und stand damit in absoluten Zahlen an der Spitze aller Gemeinden im West-Berliner Bezirk Schöneberg. Vergleichsweise ist auch aus anderen Kirchenkreisen nicht mehr zu beobachten gewesen.

Konservative Pfarrer werden eliminiert

Auch die Berliner kämen schon zur Kirche – und es hat auch noch nie in Berlin »leere und unpraktische Gotteshäuser« gegeben –, wenn man kirchlicherseits nur pflichtgemäß bei der Sache geblieben wäre und ordnungsgemäß das Evangelium verkündigte.

Konservative Pfarrer, wie man lächelnd in der kirchlichen Verwaltung sagt, müsse man zwar noch dulden, aber »konservative Pfarrer«, die in ihrer Gemeinde Einfluß ausübten oder gar darüber hinaus, müssen eliminiert werden. Der offene Kampf gegen die Kirche ist längst vorbei und wohl auch als taktische Dummheit erkannt worden.

Eines der alarmierendsten Dokumente dieses kirchlichen Säkularisierungswillens ist das Papier der West-Berliner Kirchenleitung von 1982: Der Weg der Kirche in unserer Stadt. Hier wird unumwunden zugegeben, wie alle gottesdienstliche Kirchlichkeit weltanschaulich und politisch über entsprechend ausgebildete junge Pastoren aus dem Berliner Predigerseminar aufgelöst werden soll.

Das »Berliner Sonntagsblatt« hat damals ganzseitig ein solches Modell einer Gemeinde neuen Stils vorgestellt. Der Gottesdienst war durch eine »Dienstbesprechung für den Menschen« ersetzt worden. Daß Gemeindemitglieder ausblieben, nahm man wie selbstverständlich »in Kauf«.

Als in Berlins Kirchen noch verkündet wurde, gingen die Berliner eigentlich recht gern zur Kirche.



Aber wohin sollten sie ausweichen? Nachdem mit solchen ideologischen Manipulationen die Sprengung der »Versöhnungskirche« vorbereitet war – denn um diese West-Berliner Gemeinde handelte es sich –, sollte nun die nächste Kirche in der Nähe aufgegeben werden: die Friedenskirche, ein Bau des Kapellenvereins der Berliner Stadtmission.

Seit drei Jahren wird diese Kirche nicht mehr benutzt; nicht weil keiner von den 3300 Seelen nicht mehr zum Gottesdienst kommen wollte, sondern dem zuständigen Pfarrer der Kirchenraum für die Gestaltung seiner Gottesdienstform zu unpassend erscheint; das zwei Straßenekken weiter errichtete moderne Gemeindezentrum entspricht seinen Vorstellungen mehr.

Und am Sonntag Exaudi war an der Tür der Himmelfahrtskirche am Humboldthain in Berlin (1400 Seelen) ein Zettel angebracht: Besuchen Sie bitte den Gottesdienst in einer Nachbargemeinde – der Pfarrer ist verreist.

Oder was konnte man bei der »Offenen Tür von St. Thomas« in Kreuzberg erleben. Das Hauptportal war tatsächlich offen. Fünf oder sechs schreiende Kinder tosten heraus und herein. An einer Stelltafel war zu lesen, »was ein Kind alles braucht, wenn es geboren ist«: »Wohnung, Spielzeug, Bonbons, Kindergarten, einen Mann, der Arbeit hat, eine kluge Mutter, Länder, wo es Frieden hat. Daß ein Kind das alles hat, sind wir auf Erden.«

Small-talk und Suggestivfragen

Auf der gegenüberliegenden Seite angepinnte politische Suggestivfragen, die man mit roten Punkten bewerten konnte. Die Mitarbeiter hatten die ersten Punkte schon an die richtige Stelle geklebt.

Im Altarraum ein Tisch »Dritte-Welt-Laden«. Dazu ein Hinweis: »Da wir keinen Gewinn erzielen, können wir auch noch jede Menge Spenden gebrauchen.«

Und ein zweiter Tisch mit Propagandamaterial für Nicaragua. In der Seiten-Konche saßen elf alte Frauen bei Kaffee und Kuchen, zwei Kirchenälteste und ein paar hauptamtliche Mitarbeiter, und wer der Pfarrer dort war, ließ sich gleichfalls schnell ausmachen. Er segelte gleich auf den Fremden zu, um im »Smalltalk« schnell zu erfahren, wer das wohl sei.



Im Ostteil der Stadt wurden die Kirchen abgerissen oder wie die St.-Petri-Kirche nicht wieder aufgebaut.

Es waren wohl kaum zehn weitere Besucher noch im Kirchenraum, die dann wenigstens bei den ausgestellten Bauplänen zur »Mehrbenutzung« noch etwas halbwegs Interessierendes entdeckten. Einer der Ältesten erklärte, daß die Gemeinde im vergangenen Jahr 12 000 DM Miete durch die Mehrbenutzung eingenommen habe.

Für Geld ist scheinbar nun auch heute in der Kirche alles erlaubt. Doch was die 4348 Gemeindemitglieder wohl davon hielten, das dürfte nicht weiter erfragt werden, und ebenso auch, welches ernsthafte und gottesdienstliche Angebot man ihnen noch zu machen gedächte.

Oder nun gar der Architekten-Gag aus der Kulturszene von Berlin-Kreuzberg: der geplante Umbau von Heilig Kreuz. Vor zwanzig Jahren war diese Kirche sonntags noch voll; heute wohnen kaum weniger Evangelische dort als damals. Aber wer kann sich schon mit einer Kirche identifizieren, die zur politischen Kulissenschieberei dient; an die »Kirchenbesetzung von Heilig Kreuz« erinnert sich heute kaum noch einer, und damit auch nicht mehr an den Grund für die heute angeblich »zu große« Kirche, die nun einen bequemen Anlaß bietet, die Gemeinde in einen totalen Ruin zu stürzen.

Für die großen Umbaupläne sollen alle Vermögenswerte veräußert werden und im Dachgeschoß die Büroräume der kreiskirchlichen Rendatur untergebracht werden – von außen über einen Fahrstuhlturm zu erreichen –. Spätestens in zehn Jahren – es gehört nicht viel Phantasie dazu, sich das weiter auszumalen – werden die Heizkosten eines solchen wahnwitzigen Projekts überproportional zu den Investitionskosten liegen.

Der Geist der Zeit

Aber dann ist es für solcherlei Erkenntnis zu spät, weil solche Büroräume nicht einmal anderweitig zu vermieten sind, aber dann sind auch alle von den Vätern in hundert Jahren geschaffenen äußeren, materiellen Grundlagen einer selbständigen Kirchengemeinde dahin.

Die »Pauperisation« als politisches Machtmittel hat dann endgültig gesessen. Eine Gemeinde wird es dann bei Heilig Kreuz nicht mehr geben – allenfalls eine weltanschauliche, religiös oder wie auch immer motivierte »Zelle« einer Gesamtorganisation, die noch »Kirche« heißt, aber ihre eigenen Bekenntnisgrundlagen praktisch und im Grundsatz leugnet; die verbale Hilfskonstruktion wird dann heißen: Bibel und Bekenntnis müssen neu dem »Geist der Zeit« angemessen interpretiert werden.

Muß es nun wirklich erst soweit kommen? □

Dr. Thomas Buske ist Pfarrer an der Berliner Kirche »Zum Guten Hirten«. Wegen seiner konservativen Haltung wurde er in den einstweiligen Ruhestand versetzt. DIAGNOSEN berichtete darüber in der Oktober-Ausgabe 1984 unter dem Titel »Eine Gemeinde kämpft um ihren Pfarrer«. Buske hat gegen dieses Vorgehen Klage erhoben. Als Ergebnis der mündlichen Verhandlung vor dem Kirchlichen Verwaltungsgericht ist vorab entschieden worden, daß die »sofortige Vollziehung der Versetzung in den Wartestand« für ihn bis zu einer späteren Hauptverhandlung aufgehoben worden ist. Die Landeskirchliche Behörde soll Gelegenheit erhalten, zu den im Mai 1985 zufällig aufgefundenen und bis dahin geheimgehaltenen »Beiakten« – es handelt sich zusammen um 16 Ordner – Stellung zu nehmen. Es steht schon jetzt fest, daß mit solchen zusätzlichen geheimen Personalakten seit sechs Jahren im »Verfahren« gegen Pfarrer Buske das rechtliche Gehör und alle selbstverständlichen, auch in den Kirchengesetzen festgeschriebenen Rechtsgrundsätze verletzt worden sind. Kirchenleitung und Konsistorium werden erkennen müssen, was es überdies bedeutet, wenn sie weiter einen »falschen Sachverhalt« und dessen »Bewertung« zugrunde legen wollen. Zu keiner Zeit war es deshalb gerechtfertigt, Pfarrer Buske von der Ausübung seines Pfarramtes in Berlin-Friedenau fernzuhalten.

Medizin-Journal

Schützt Vegetarismus vor Krankheiten?

In der Schweiz gibt es eine religiöse Männergemeinschaft, deren Ernährungsplan hauptsächlich auf pflanzlicher Basis beruht, angereichert mit Fleisch und Milchprodukten. Überdies ist täglich nur eine Hauptmahlzeit gestattet. Im allgemeinen ist die Ernährung zwar vielseitig, aber knapp bemessen.

Wie der Schweizer Facharzt aufgrund langjähriger Beobachtung der Mitglieder dieser Männergemeinschaft feststellen konnte, erreichen die Männer ein überdurchschnittlich hohes Lebensalter. Schwere Erkrankungen sind so gut wie unbekannt. Allerdings – so räumt der Wissenschaftler ein – seien diese positiven Ergebnisse nicht allein auf die Ernährungsweise der untersuchten Männer zurückzuführen, sondern auch auf deren ausgeglichene und überaus regelmäßige Lebensführung. □

Kartoffelschalen bei Brandwunden

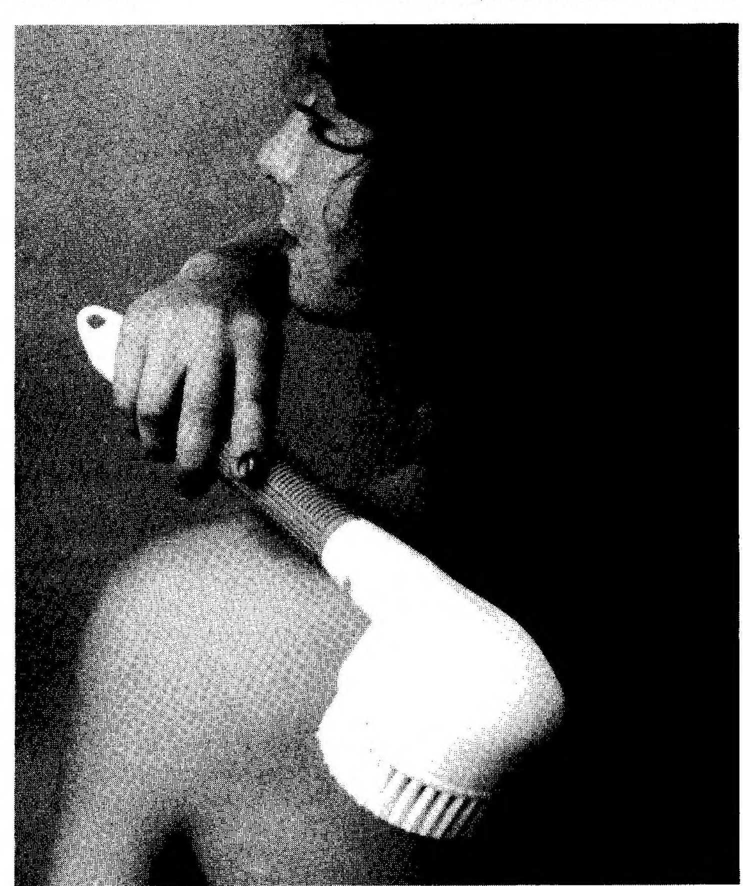
Weil in Indien synthetische Verbandsstoffe, Antibiotika und andere Medikamente zur Bekämpfung von Brandwunden rar sind, helfen sich die Ärzte mit skurril anmutenden Ersatzmitteln. Eines davon ist die Kartoffelschale.

Indische Wissenschaftler um M. H. Keswani aus Bombay berichten von Brandwundenpatienten, deren verletzte Gliedmaßen mit den Schalen von abgekochten Kartoffeln bedeckt worden waren. Bei oberflächlichen Brandverletzungen schützen die Kartoffelschalen die Wunden vor Austrocknung oder Infektionen. Die Wunden heilten erstaunlich schnell und gut ab. Mit einer Spezialmethode behandelt, können Kartoffelschalen bei 4 Grad Celsius monatelang steril und »wundaktiv« gehalten werden. □

Sesam und Soja können zu Allergien führen

Sesam und Soja stellen wertvolle Bestandteile menschlicher Nahrung dar. Im Zuge des neu entfachten Gesundheits- und Ernährungsbewußtseins finden sich diese beiden Pflanzenprodukte auch bei uns immer häufiger in den verschiedensten Nahrungsmitteln. Damit steigt aber auch die Zahl derer, die nach dem Genuß von Sesam und Soja allergische Reaktionen zeigen, wie Magenbeschwerden, Hautausschläge, Gesichtsschwellungen und ähnliches. Allergische Reaktionen können bereits nach dem Genuß von Milch mit Soja gefütterter Kühe auftreten.

Der Wissenschaftler Dr. I. Grimm von der Hautklinik Darmstadt rät bei festgestellter Sesam- oder Sojaallergie dazu, diese Nahrungsmittel in jeder Form zu meiden. Allerdings, so Dr. Grimm, seien Allergien äußerst selten. □



Eine wirksame Hilfe bei Verspannungen und Durchblutungsstörungen ist diese Vibrations-Massagebürste. Sie ist 300 Gramm leicht, kostet 69,– DM, erhältlich bei Patricia-Versand, Postfach 3252, D-6120 Michelstadt.



Nehmen Sie Ihrer Haut abends alle Lasten ab. Milde, wasserlösliche Reinigungsmilch, zum Beispiel von Lian, löst Schmutzpartikelchen. Nur noch mit viel Wasser nachspülen und alles ist von der Oberfläche fort.

Limonade als Kariesförderer

Zunehmend beobachtet man bei Jugendlichen während der Pubertät eine neue Form von Karies. Dabei werden in erster Linie die oberen Schneidezähne bis zu den Eckzähnen von dieser Zivilisationskrankheit in Mitleidenschaft gezogen. Nach und nach wird dem Zahnschmelz so viel Kalk entzogen, daß die Zähne, ihrer Schutzhülle beraubt, unter Kaubelastung abbrechen. Dabei gelten eigentlich gerade die oberen Schneidezähne als wenig anfällig für Karies.

Wie die Hamburg-Mannheimer-Stiftung für Informationsmedizin mitteilt, rührt nach Ansicht des Wissenschaftlers Dr. Dr. Weyers diese spezielle Kariesform nicht von Nahrungs- und Genußzucker her, deren Vergärung durch Bakterien den Zahnschmelz angreift, sondern von der zusätzlichen Säurebelastung aus Dosengetränken. Dabei spielen die hohen Säurekonzentrationen in Zitro- und Cola-Limonaden die größte Rolle. □

Reiner Vegetarismus für Säuglinge ungeeignet

Rein vegetarische Kost kann im Säuglings- und Kleinkindesalter eine schwere Fehlernährung verursachen. Die Wissenschaftler K. H. Niessen und M. Teufel von der Universitätskinderklinik Tübingen berichten über zwei Säuglinge von streng vegetarisch lebenden Eltern, die nicht gestillt werden konnten.

Dennoch versuchten die Eltern, ihre Kinder mit rein pflanzlicher Kost, Fruchtsäften, Mandelmilch und Obst großzuziehen. Aufgrund dieser einseitigen Ernährung kam es bei den Kindern

zu Gedeihschwierigkeiten und Entwicklungsrückstand.

Außerdem zeigten sie Anzeichen eines Eisen-, Vitamin- und Mineralstoffmangels. Zwar konnten die Eltern nicht dazu bewegt werden, tierische Produkte mit in den Ernährungsplan aufzunehmen, doch gelang es den behandelnden Kinderärzten, durch verschiedene Kombinationen von Sojamilch und anderen Sojaprodukten sowie die Zufuhr von Vitaminen, den Entwicklungsrückstand der Kinder auszugleichen. Auf Sojamilch als Säuglingsnahrung kann auch bei Kindern zurückgegriffen werden, die Kuhmilch nicht vertragen. □

Spirale birgt Risiko für Frauen

Wie die Hamburg-Mannheimer-Stiftung für Informationsmedizin mitteilt, deuten die Ergebnisse einer großangelegten amerikanischen Untersuchung durch den Wissenschaftler Daniel R. Mishell von der Universität von Südkalifornien darauf hin, daß bei jungen Frauen, die noch nicht geboren haben, eine Gebärmutterspirale möglicherweise ein Risiko darstellt, unfruchtbar zu werden. Und zwar liegt dieses Risiko dreimal höher als bei Frauen, die nie eine Spirale verwendet haben.

Als Ursache hierfür nennt der Wissenschaftler durch die Spirale bedingte Entzündungen im kleinen Becken, die zur Verklebung der Eileiter führen können. Die Gebärmutterspirale sollte aus diesem Grunde bei jungen Frauen, die noch Kinder bekommen wollen, nur unter größten Vorbehalten als Verhütungsmittel Anwendung finden. □



Mit Heildampf gegen Erkältungen. Mit dieser Atemmaske werden gezielt die Atemwege erreicht. Herbatherm ist sehr handlich, es besteht keine Verbrühungsgefahr. Preis 89,50 DM, erhältlich in Apotheken.

Nach der Insulinspritze mit dem Essen warten

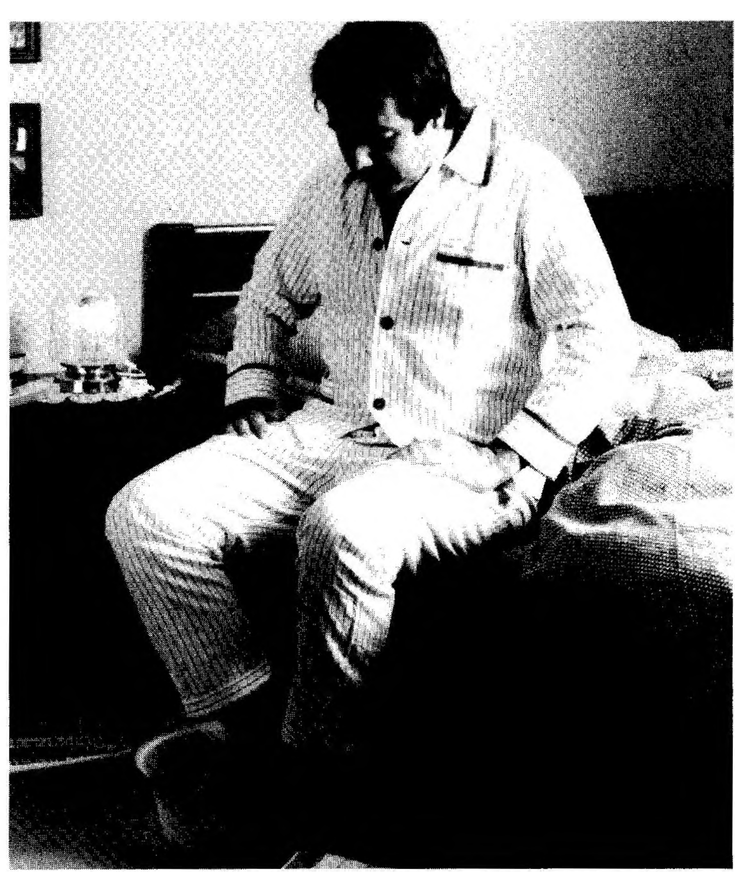
Englische Wissenschaftler um Mey Lean überprüften bei mehr als 200 Zuckerkranken die Blutzuckerkonzentration im Blut. Da für den Diabetiker große Schwankungen der Blutzuckerkonzentration möglichst vermieden werden sollten, ist es wichtig, daß der Zuckerkranke eine bestimmte Zeit lang mit der Nahrungsaufnahme wartet, nachdem er sich eine Insulinspritze verabreicht hat. Die Wissenschaftler halten zwischen Insulinspritze und der nächsten Mahlzeit einen Zeitraum von rund einer dreiviertel Stunde für ideal. □

Vegetarier bekommen seltener Gallensteine

Daß eine mehr auf pflanzlicher Basis beruhende Ernährung durchaus dem Stoffwechsel förderlich ist, ist nicht nur die Meinung verschrobener Ökopaxe. Dies erhärten in letzter Zeit immer häufiger seriöse wissenschaftliche Untersuchungen.

So gingen englische Forscher um Fiona Pixley und David Wilson von der Universität Oxford der Frage nach, ob eine mehr pflanzliche Ernährung einen gewissen Schutz vor dem Gallensteinleiden darstellen könnte. Hierzu untersuchten sie einige hundert Personen jener Bevölkerungsgruppe, die vom Gallensteinleiden erfahrungsgemäß am meisten betroffen ist: nämlich Frauen zwischen 40 und 70 Jahren.

Eine Gruppe der Frauen ernährte sich hauptsächlich vegetarisch, eine andere »normal«, das heißt, mit hohem Fleischverbrauch. Die Wissenschaftler stellten fest, daß bei den »Fleisch-Esserinnen« ein Gallensteinleiden zweieinhalbmal so häufig in Erscheinung trat als bei den Vegetarierinnen. Ein gemäßigter Vegetarismus scheint demzufolge einen gewissen Schutz vor Gallensteinen zu bieten. □



Bei brennenden Füßen spielt eine Unterversorgung mit Vitamin B eine Rolle, die man mit einer Bierhefekur (Levurinetten) lindern kann. Ursache ist meistens übermäßiger Alkoholgenuß oder Diabetes.

Knochenschwund durch Alkohol

Amerikanische Forscher wollten der Ursache auf den Grund gehen, warum die meisten Alkoholiker im Laufe der Jahre an der sogenannten Osteoporose erkranken, einer Krankheit, die der Volksmund gemeinhin als Knochenschwund bezeichnet.

Der Wissenschaftler Daniel D. Bikle und seine Mitarbeiter untersuchten den Hormon-, Vitamin- und Mineralstoffhaushalt von Alkoholikern. Sie konnten keinerlei Anzeichen für Störungen finden. Ihrer Meinung nach greift Alkohol auf Dauer direkt den Knochen an. □

Gefährliches Fasten

Hungerkuren, bei denen die täglich zugeführte Kalorienmenge drastisch gesenkt wird, können zu gefährlichen Herzrhythmusstörungen führen. Bei besonders veranlagten Menschen kann dies sogar tödlich enden.

Während starker Gewichtsabnahme wird nicht nur Fett abgebaut, sondern auch andere Körpersubstanzen, wie etwa Muskeleiweiß. Ist hiervon auch der Herzmuskel betroffen, so kann das Herz für mechanische und elektrische Störungen anfällig werden, es kommt zu Herzrhythmusstörungen.

Der amerikanische Wissenschaftler A. J. Moss berichtet, daß von 100 000 US-Amerikanern, die sich über einen Monat lang mit einem Schlankheitsdrink mit Flüssigeiweißen ernährt hatten, fünfzehn plötzlich und unerwartet an Herzversagen verstarben. Wer schnell abnehmen will, sollte dies unbedingt nur unter ärztlicher Überwachung tun. □

Naturheilmittel

Knoblauch in der internationalen Forschung

Arun Bordia

Knoblauch, der in der östlichen Kost in großem Maße und allgemein verwendet wird, findet auch in der westlichen Welt, trotz seines würzigen Geruchs, steigenden Anklang, und zwar wegen seiner therapeutischen Wirksamkeit. Dies ist damit begründet, daß Knoblauch sich als wirksam in Fällen von Alterung der Blutgefäße erwiesen hat.

Der eigentliche Grund für die Alterung des Körpers ist die Verhärtung und Verengung der Arterien, wodurch der Blutfluß in den lebenswichtigen Körperorganen, wie Herz, Gehirn und Leber, allmählich verringert wird. Die wesentliche Ursache dieser Erkrankung der Blutgefäße liegt im Alter selbst und wird noch verstärkt, wenn die Gefäßwände geschädigt sind.

Knoblauch gegen Cholesterin

Letzteres kann in jedem Alter eintreten und durch hohen Blutdruck, Rauchen, zuviel Cholesterin im Blut hervorgerufen werden. Neueste Forschungsergebnisse lassen vermuten, daß Knoblauch den Alterungsprozeß der Blutgefäße verhindern oder zumindest verzögern kann.

1973 berichtete ich erstmals in »Lancet«, daß durch Verzehr von Knoblauch das Cholesterin im Blut gesenkt und die Bildung von Blutgerinnseln im geschädigten Blutgefäß verhindert werden kann. Seitdem sind ausführliche Berichte über dieses wichtige Gewürz erschienen. 1975 hat Dr. Krichavaski vom Wistar-Institut in den USA berichtet, daß der Zusatz von Knoblauch im Futter von Tieren eine Verhärtung der Arterien verhindern kann.



Arun Bordia hat festgestellt, daß Knoblauch die schädliche Wirkung der Butter im Körper neutralisiert.

Gleichzeitig wies ich nach, daß Knoblauch zusammen mit Cholesterin an Kaninchen verfüttert, sich eine Tendenz der Verringerung von Herzerkrankungen nachweisen läßt.

1979 berichtete dann dieselbe Gruppe von Wissenschaftlern über ein sehr interessantes Ergebnis ihrer Arbeiten dahingehend, daß sogar kranke Arterien bei Tieren durch Knoblauchverfütterung wieder normalisiert werden können.

Mit anderen Worten, durch Knoblauchzufuhr kann sogar eine Rückbildung der Arteriosklerose (Verhärtung der Blutgefäße) eintreten.

Es folgten dann meine Versuche am Menschen. Es handelte sich dabei um Versuche mit 32 Herzpatienten. Sie erhielten zehn Monate hindurch Knoblauchöl in einer Dosis entsprechend von 8 bis 10 Gramm rohem Knoblauch täglich. Das Cholesterin hatte sich deutlich verringert, und ein sehr nützlicher Faktor im Blut, der die Blutgefäße gesund erhält, nämlich das Lipoprotein mit hoher Dichte (HDL), erhöhte sich nach Knoblauchverabreichung.

Neutralisiert die Wirkung von Butter

Heute weiß man, daß die Verabreichung von Aspirin die Tendenz zu Herzanfällen vermindert. Tatsächlich verhindert es die Bildung von Blutgerinnseln in den Arterien, so daß die Blutzirkulation nicht behindert wird.

Eine ähnliche Wirkung ist jetzt durch die Verabreichung von Knoblauch beim Menschen beobachtet worden. Knoblauch verhindert, daß die als Thrombozyten bekannten Blutzellen verkleben und sich anhäufen. Diese Wirkungsmechanismen wurden 1978 von meinen Mitarbeitern und mir in »Scientific World« dargestellt.

Nachfolgend gab es Berichte aus Japan und den USA, die bestätigen, daß Knoblauch bei Patienten mit einer vermehrten Tendenz zur Blutgerinnung, wie bei Herz- und Schlaganfällen, wirksam sein kann. 1984 berichteten Block aus den USA und Apitz-Castro aus Venezuela, daß 2-Vinyl-4H-1,3-dithiin, 3-Vinyl-1,2-dithiin und Ajoen die wichtigsten Wirkstoffe im Knoblauch sind, die eine stark thrombolytische Wirkung besitzen, ähnlich wie Aspirin.

Ernst und seine Mitarbeiter berichteten 1985 im »British Medical Journal«, daß bei 20 herzkranken Patienten die Verabreichung von Knoblauch das Cholesterin im Blut senken konnte. Ebenso haben meine Mitarbeiter und ich die interessante Beobachtung gemacht, daß die Verabreichung von Knoblauch zusammen mit Butter die schädliche Wirkung der Butter im menschlichen Körper neutralisieren kann.

Nun muß dafür gesorgt werden, daß der im Osten als Naturwunder bekannte Knoblauch auch im Westen ein bedeutendes Heilmittel wird. □

Arun Bordia ist Kardialoge und Professor an der Universität von Udaipur, Indien.

Naturheilmittel

Heilkraft des Knoblauchs

Fritz R. Weiß

Über den Knoblauch (Allium sativum) sind in jüngster Zeit wieder neue Forschungsergebnisse über seine Heilkraft vorgelegt worden. Hauptsächlich englische Wissenschaftler haben diese erarbeitet und in internationalen medizinischen Fachzeitschriften über ihre experimentellen und klinischen Studien berichtet. Eine Zusammenfassung davon erschien von Dr. E. Ernst, St. George Hospital in London, in der »Münchner Medizinischen Wochenschrift«.

Diese neueren Veröffentlichungen bestätigen bereits bekannte Wirkungen des Knoblauchs wie auch die erfolgreiche Bekämpfung der im Orient weit verbreiteten Amöbenruhr, teils haben sie neue Erkenntnisse erschlossen. Diese betreffen vor allem die anti-arteriosklerotische Wirksamkeit des Knoblauchs durch drei gut belegte Eigenschaften.

Knoblauch hat folgende gute Eigenschaften: Senkung des Cholesterinspiegels im Blut, statistisch signifikant um 28,5 Prozent durch orale Gabe eines Extraktes aus Allium sativum. Dabei wurde als wirksame Substanz das schwefelhaltige Allicin identifiziert. Zunahme der fibrinolytischen Aktivität des Blutes, bei Gesunden um 130 Prozent, bei Infarktkranken um 95,5 Prozent. Hemmung der Thrombocyten-Aggregation, die bekanntlich beim Herzinfarkt eine wesentliche Rolle spielt. Diese Knoblauchwirkung ließ sich sowohl in vitro als in vivo nachweisen und beruht auf einer schwefelhaltigen Substanz.

Diese Ergebnisse deuten darauf hin, daß alle drei Parameter, die als ursächliche Faktoren bei der Arteriosklerose und beim Herzinfarkt angesehen werden, nämlich die Hypercholesterinämie, die verminderte fibrinolytische Aktivität und die vermehrte Thrombocyten-Aggregationsbereitschaft, durch Knoblauch günstig beeinflußt werden, allerdings bei länger andauernder Aufnahme größerer Mengen.

Der große Vorteil beim Knoblauch ist, daß er keine schädlichen Nebenwirkungen erzeugt, im Gegensatz zu chemisch-synthetischen Mitteln. Diese gesicherten pharmakologischen und klinischen Resultate zeigen, daß der Knoblauch ein ideales Therapeutikum gegen die Arteriosklerose ist, weil er alle an der Arteriosklerose-Entstehung beteiligten Krankheitsprozesse gleichzeitig günstig beeinflußt, während die chemischen Substanzen meinstens nur einen dieser Faktoren angehen.

Der charakteristische Knoblauchgeruch beruht auf dem Hauptwirkstoff Allicin. Es ist schwefelhaltig und wird durch Luftsauerstoff zu Polysulfiden abgebaut, die zum größten Teil mit der Ausatmungsluft zur Ausscheidung kommen. Wie bei den meisten pflanzlichen Arzneimitteln ist die Wirksamkeit des Knoblauchs auf die Gesamtheit der in ihm enthaltenen Substanzen zurückzuführen, also auf den natürlichen biologischen Komplex. Man muß demnach die Volldroge verwenden oder das aus ihr gewonnene Öl.

Wer auf ausreichende Dosierung achtet und das Geruchsproblem lösen will, sollte auf die verschiedenen Zubereitungsformen von Knoblauch-Präparaten achten. Gut bewährt haben sich hier die dünndarm-löslichen und geruchsneutralen »Aktiv Kapsel« von Klosterfrau, die 186 Milligramm Knoblauch-Ölmazerat enthalten und dazu noch antidepressiv wirkendes Johanniskraut.

Das Weizenkeimöl enthält Vitamin E, also gleichfalls ein pflanzliches Öl, das in letzter Zeit wieder vermehrte Beachtung gefunden hat. Es besitzt membranprotektive und antioxydative Effekte, die sich auf alle Zellen des Körpers auswirken und das periphere Gefäßsystem beeinflussen, ganz ähnlich wie der Knoblauch. Daher ergänzen sich beide sehr gut.

Das zeigt sich zum Beispiel bei den arteriosklerotisch bedingten akuten Schmerzen in den Beinen, die zum Stillstehen zwingen. Auch die Abnutzungserscheinungen am Herzen werden gemildert. □

Dr. med. Fritz R. Weiß ist Arzt für innere Krankheiten in Aitrach und Nestor der Phytotherapie sowie Lehrbeauftragter an der Universität Tübingen.

Naturheilmittel

Das Öl der Nachtkerze

Die Schwierigkeiten, das atopische Ekzem, wie die Neurodermitis auch genannt wird, therapeutisch zu beeinflussen, sind bekannt. Ätiologisch gesehen handelt es sich um eine anlagebedingte Hauterkrankung, worauf eine dritte, häufig gebrauchte Bezeichnung, konstitutionelles Ekzem hinweist.

Die Hintergründe dieser genetischen Schwäche, die sich in einer Überempfindlichkeit der Haut mit der Symptomatik einer Allergie äußert, sind nur unzureichend bekannt. Schon in den dreißiger Jahren vermutete man jedoch, daß die Entstehung des Ekzems auch mit einer Störung des Fettstoffwechsels in engem Zusammenhang stehen könnte. Grund für diese Annahme war die Beobachtung, daß ekzematöse Kinder einen auffallend niedrigen Blutspiegel an ungesättigten Fettsäuren auswiesen.

Biochemie des Zellstoffwechsels

Die heutigen Kenntnisse der Stoffwechselvorgänge, und besonders die Prostaglandine-Forschung, erlauben inzwischen einen tieferen Einblick auch in die komplizierte Biochemie des Zellstoffwechsels.

Im Zusammenhang mit der Neurodermitis kommt dem Prostaglandin E1 hier eine besondere Bedeutung zu, da es unter anderem die Funktionen des Hautgewebes mitsteuert und normalisierend auf entzündliche Prozesse einwirkt.

Gebildet wird dieses Prostaglandin E1 über eine Synthesekette ausschließlich aus essentiellen Fettsäuren, die dem Körper über die Nahrung zugeführt werden müssen. Ein Mangel an ungesättigten Fettsäuren wird demnach die biologische Funktion der Haut beeinträchtigen. Derselbe negative Effekt tritt auf, wenn die Synthesekette unterbrochen wird.

Diese Blockade tritt in Form einer Hemmung des Enzyms D6D auf, das die Cis-Linolsäure in die Vorstufe des Prostaglandin E1, die Gamma-Linolsäure verwandelt. Cis-Linolsäure ist praktisch die einzige Quelle, die uns die tägliche Nahrung zur Bildung von Prostaglandin E1 bietet.

Erste Ansätze in den dreißiger Jahren, Neurodermitis-Kranke durch erhöhte Zufuhr von Linolsäure zu therapieren, zeigten bereits Erfolge, wenn auch in nur geringem Umfang. Durch die Einführung der lokalen Steroide wurde die Entwicklung später gestoppt. Die rein symptomatische Wirkung dieser Stoffklasse, ihre bekannte Problematik und die zwangsläufig hohen Rezidivraten gaben jedoch genügend Anlaß, die früheren Überlegungen der Fettsäuresubstitution wieder aufzunehmen. Dabei ging man einen wesentlichen Schritt weiter und versuchte, die Gefahr einer Blockade der Prostaglandin E1-Synthese durch Gaben von Gamma-Linolensäure zu umgehen.

Erste Versuche schlugen wegen zu geringer Dosierung fehl. Dem kanadischen Wissenschaftler Horrobin war es letztlich zu verdanken, daß man eine natürliche Quelle fand, die Gamma-Linolensäure in therapeutisch verwertbaren Mengen liefern konnte: die Nachtkerze.

Tatsächlich enthält neben der Muttermilch ausschließlich das Öl aus dem Samen dieser Pflanze hinreichend viel Gamma-Linolensäure. Die in England durchgeführten klinischen Versuche führten zu überraschenden Erfolgen. Es waren die ersten kontrollierten Versuche überhaupt, Neurodermitis oral zu behandeln.

Nach den bisherigen Erfahrungen sprechen rund 50 Prozent der Neurodermitis-Kranken auf die Therapie mit Nachtkerzenöl (Efamol 500) an. Zum Teil kommt es zu dramatischen Besserungen. In drei Kapseln Efamol 500 ist etwa ebensoviel natürliche Gamma-Linolensäure enthalten, wie in einem Liter Muttermilch. Empfohlen wird eine sechswöchige diätetische Behandlung.

Nebenwirkungen, gleich welcher Art, wurden bisher nicht festgestellt und sind auch nicht zu erwarten. Efamol 500 enthält ausschließlich natürliche essentielle Fettsäuren mit einer geringen Beimischung von Vitamin E zur Konservierung und ist damit, dem Gesetz entsprechend, als diätetisches Lebensmittel definiert. □

Naturheilmittel

Endlich Schutz vor Leberschäden

Beim Einsatz des Pflanzenstoffes Eleutherokokk ist österreichischen Medizinern eine aufsehenerregende Entdeckung geglückt: Der in Sibirien gewonnene Wurzelextrakt kann trinkfreudige Zecher vor Leberschäden schützen. Er entschärft die Giftwirkung des Alkohols. Das in Apotheken erhältliche Naturheilmittel – Zehntausende von Bundesbürgern schlucken es bereits zur Grippe-Prophylaxe – wird damit zu einer der hoffnungsvollsten Waffen gegen die krankmachenden Folgen des Alkoholmißbrauchs.

Der angesehene Bad Hofgasteiner Internist Dr. Günther Leiner schreibt in einem ersten Untersuchungsbericht: »Bereits nach dreiwöchiger Gabe von Eleutherokokk an Versuchspersonen mit mäßigem bis starkem Alkoholkonsum gingen zuvor teilweise alarmierende Leberwerte deutlich in die Nähe der Unbedenklichkeitsgrenze zurück. Dies, obwohl die Teilnehmer in der Zwischenzeit ihre gewohnten Mengen an Bier und Schnaps weitergetrunken hatten.«



Dr. Günther Leiner entdeckte den leberschützenden Effekt von Eleutherokokk. Trotz starkem Alkoholkonsum gingen alarmierende Leberwerte in die Nähe der Unbedenklichkeitsgrenze beim Patienten zurück.

Auch Schutz für Promille-Sünder

Fündig wurde Dr. Leiner speziell bei der Kontrolle der sogenannten L-Gamma-Glutamyl-Transferase (Gamma GT) – sie gehört zu den zehn wichtigsten Signalstoffen eines durch die Giftwirkung von Alkohol ausgelösten Leberschadens. Gamma GT – eine Eiweißsubstanz – wird im Falle einer Lebererkrankung – beispielsweise einer Entzündung – von den Leberzellen verstärkt ausgeschieden. Das Ausmaß der verstärkten Ausscheidung ist per Blutprobe nachweisbar. Als unbedenklich gelten Gamma GT-Werte bis zu 28 oder 30 Einheiten pro Liter Blut. Darüberliegende Werte signalisieren: die Leber ist in Gefahr, es kann zu einem vermehrten Leberzerfall kommen.

Ergebnis des österreichischen Lebertests an 40 Alkoholkonsumenten – Männer und Frauen im Durchschnittsalter von 45 Jahren, sie schluckten dreimal täglich zur gewohnten Menge Alkohol einen Eßlöffel voll Eleutherokokk –: Ihre Gamma GT-Werte gingen um 20 bis 30 Einheiten zurück. Bei einem Teil der Versuchspersonen wurden nach drei Monaten statt anfangs 80 nur noch 50 Einheiten nachgewiesen.

Am Morgen keinen Kater

Dr. Leiner: »Die Testteilnehmer berichteten gleichzeitig über einen merklichen Anstieg des Wohlbefindens. Katererscheinungen, wie sie sie bislang nach Alkoholgenuß verspürten – Brechreiz und Kopfschmerzen am Morgen danach –, waren wie weggeblasen. Die Versuchspersonen fühlten sich leistungsfähiger, vitaler – unter anderem in ihrem Liebesleben.«

In einer weiteren Untersuchung wollen die österreichischen Mediziner jetzt klären, ob Eleutherokokk nicht nur die Leberwerte, sondern möglicherweise auch den Blutalkohol-Spiegel senkt. Die Vorbereitungen zum Promille-Test – an ihm werden sich auch Wissenschaftler des Gerichtsmedizinischen Instituts der Universität Innsbruck beteiligen – haben bereits begonnen. □

Naturarzt

Heilung durch Duftstoffe

Alec de Montmorency

Degenerative Erkrankungen – darunter viele Arten von Krebs – lassen sich mit einer aromatischen Pflanzen-Therapie behandeln: Bäder mit Extrakten aus diesen Pflanzen, Kompressen und heiße Umschläge, sowie Inhalationen mit Pflanzenölen. Diese Tatsachen waren bereits den alten Ägyptern, Griechen und den Inkas bekannt und wurde durch Ärzte immer wieder bestätigt.

Die Forschungsarbeiten über diese Pflanzen-Therapie wurde von Dr. Jean Valnet erbracht, einem französischen Militärarzt, der im Zweiten Weltkrieg und in Indochina gedient hatte. Er war als Hausarzt und als Chefarzt an einem großen französischen Krankenhaus tätig, ehe er sein wichtiges Buch veröffentlichte: »Aromatherapie«. In diesem Buch geht es um die Behandlung von Krankheiten mit Pflanzenölen.



Marschall Henri Petain empfahl die heilenden Kräfte der Wälder, Moore und der Meeresufer.

Heilende Kräfte von Felder und Wälder

Valnet befaßte sich zuerst mit Naturheilverfahren, als er 1940 in deutsche Kriegsgefangenschaft geraten war. Um sich die Zeit zu vertreiben, las er viele Werke über medizinische Heilkräuter, die in seinem Lager vorhanden waren. Darunter befanden sich auch umfangreiche Bände über das Thema »Naturtherapie« von Pfarrer Sebastian Kneipp, einem deutschen Dorfpfarrer aus dem 19. Jahrhundert, der, wie so viele Geistliche jener Zeit, nicht nur die seelischen Gebrechen seiner Pfarrkinder zu heilen hatte, sondern auch ihre körperlichen Leiden.

Nach der Amnestie, mit der alle Franzosen mit medizinischen Berufen aus der Kriegsgefangenschaft entlassen wurden, kam es zu einem Gespräch mit Marschall Henri Pentain, der sie eindringlich bat, die »heilenden Kräfte unserer Felder, Wälder, Moore und Meeresufer« zu nutzen, weil die Versorgung mit »modernen« Arzneimitteln sehr knapp war.

Ein weiteres Beispiel, das Valnet zu Naturheilmitteln als seiner Lieblingstherapie greifen ließ, ereignete sich, als er bei den französischen Truppen in Indochina diente. Obwohl er moderne Medikamente in Hülle und Fülle zur Verfügung hatte, bemerkte er zu einem Kollegen, daß ihre heilende Wirkung lange nicht so gut ist wie die von natürlichen Mitteln.

Warnung vor synthetischen Nachahmungen

Nach Frankreich zurückgekehrt, versammelte er ein kleines Team um sich und richtete in Paris eine Klinik ein, die den Schwerpunkt auf Pflanzenheilmittel legte. In dem Kapitel seines Buches über die Aromatherapie, wo es um Prävention und Behandlung von Krebs geht, erwähnt er folgende Pflanzen: Zypresse, Zwiebel, Knoblauch, Geranium (Storchenschnabel), Goldlack, Salbei und Tarragona.

Allerdings warnt Valnet vor synthetischen Nachahmungen der wesentlichen Öle, die tatsächlich nur aus Pflanzen gewonnen werden sollten. Wie er sagt, sind diese synthetischen Nachahmungen nutzlos oder sogar schädlich. □

Valnets Buch liegt leider in deutscher Übersetzung nicht vor. Im Hermann Bauer Verlag, Postfach 167, D-7800 Freiburg, ist jedoch ein Buch über die Aromatherapie des Engländers Robert Tisserand mit dem Titel »Aroma-Therapie – Heilung durch Duftstoffe« erhältlich.

Naturarzt

Selbstmedikation bei Bandscheiben-Schäden

Karl-Heinz von Mellenthin

Schulmedizinisches Denken ist einseitig auf apparative Diagnostik und allopathische Therapie ausgerichtet. Biologische oder homöopathische Behandlungsarten werden von Ärzten häufig belächelt und nur selten angewandt. Sie greifen nur ausweichend dann darauf zurück, wenn es alternative chemisch-therapeutische Mittel nicht gibt, oder eine Operation auch nicht den erwünschten Erfolg verspricht. Bandscheibenschäden, die sogenannten lumbosakralen Wirbelsäulenprozesse, haben ihre wirkliche Ursache in jugendlichen Vorschädigungen, zum Beispiel Aufrisse des hinteren Längsbandes, in Verheben, Verletzungen, Verdrehungen oder Verbiegungen, in degenerativen Verschleiß- oder beruflichen Abnutzungserscheinungen, Zwangs- und Fehlhaltungen, einseitigen oder übermäßigen Belastungen bei körperlicher Schwerarbeit, als auch in iatrogenen Folgeschäden nach antibakterieller oder bakteriostatischer Anwendung, die die Osteochondrose hervorrufen oder zu den bekannten Symptomen wie Lumbago oder Ischias führen können.

Die allgemein übliche Behandlung der Bandscheibenschäden besteht aus analgetisch und antiphlogistisch wirkenden Medikamenten, Wärme, entsprechender Lagerung im sogenannten Stufenbett, Meerbädern, Fangopackungen, Dehnungsübungen der Bänder, Thermalschwimmen und zuletzt – wenn Massagen und Bewegungsübungen nichts nützen – in der neurochirurgischen Ischias-Wurzel-Entlastungsoperation (IWE) im Lumbalabschnitt, wobei der Vorfall nach Spaltung des Ligamentum flavum entfernt und die geschädigte Spinalwurzel dargestellt und entlastet wird.

Gefahr einer Dauerlähmung

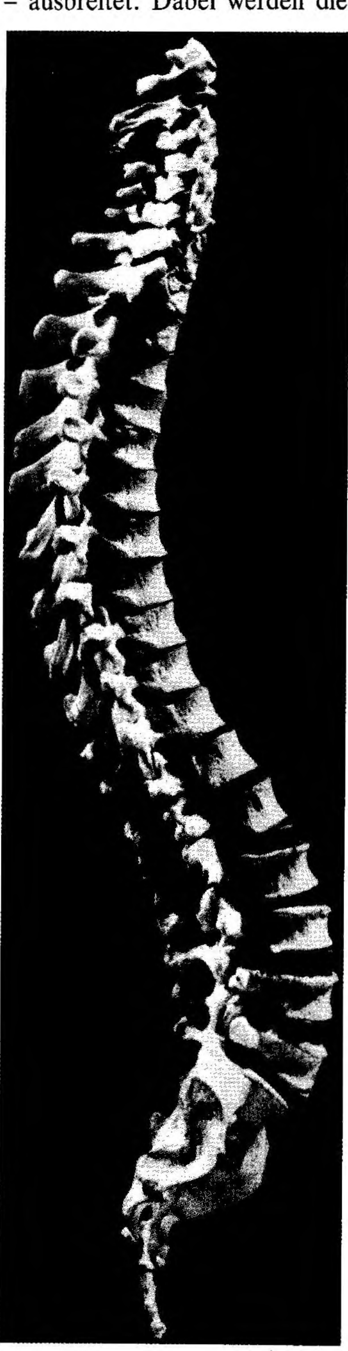
Eine solche Operation verlangt großes manuelles Geschick, viel Behutsamkeit, um durch unvorsichtiges Vorgehen den vorderen Bandscheibenring und die hier vorbeiziehende Aorta nicht zu verletzten. In der medizinischen Literatur sind Todesfälle durch Verbluten beschrieben worden. Andererseits kann eine mißglückte Bandscheibenoperation zu einer Dauerlähmung führen.

Anamnestisch geht der Bandscheibenvorfall auf Hexenschuß (Lumbago) und die Ischialgien zurück. Der zwischen den Wirbelkörpern gelegene Diskus besteht aus einem faserig-knorpeligen Mantelanteil und einem Gallertkern, einer weichen Masse mit einem Hohlraum, um die Wirbelsäule elastisch und funktionstüchtig zu erhalten.

Wenn der knorpelige Faserring einreißt, tritt der Gallertkern (Nucleus pulposus) durch diesen Riß nach vorn und hinten aus. Nach vorn treten keine Beschwerden auf, weil keine besonders druckempfindlichen Gebilde an der Wirbelsäule entlang vorhanden sind. Nach hinten aber verläuft der Wirbelkanal, in dem rechts und links die Zwischenwirbellöcher liegen, durch die Nervenstränge ziehen und abgeklemmt beziehungsweise zusammengepreßt werden können.

Hexenschuß beginnt mit Unterkühlung

Ein solcher Druck auf den Spinalnerven (Ischiasnervenwurzel) wird als stechender Schmerz empfunden, der sich in seinem gesamten Verlauf – von der Lendengegend bis hin zu den Zehen – ausbreitet. Dabei werden die sensiblen und motorischen Nerven, ihre segmentalen Äste direkt oder reflektorisch auch die vegetativen Fasern alteriert, was bedeutet, daß Reflexe in Haut und Muskulatur nicht mehr auslösbar sind, es zu Verspannungen, umschriebenen Muskelverhärtungen mit Schmerzhaftigkeit und Quellungen kommt. Betroffen sind meist die Zwischenwirbelscheiben bei Lendenkörper 5 und Steißbeinkörper 1 oder in Höhe L4–5.



Das Rückgrat, das aus 26 mit Gelenken versehenen Knochen besteht, wird durch Muskeln und Bänder aufrechtgehalten.

Symptomatisch ist eine mittelmäßige Dehnungsempfindlichkeit, jedoch kaum ein peripherer Druckschmerz. Im Stehen und bei Bewegungen können Parästhesien und Taubheitsgefühl der zugeordneten Dermatome (Fußaußenrand und Ferse sowie Fußrücken) auftreten und bei Belastung verschwinden.

Obwohl ein genauer klinischer Untersuchungsbefund schon die einwandfreie Diagnose zuläßt, der Arzt aus der Lähmung des Muskels und den nervalsensiblen Ausfallerscheinungen auf eine Diskushernie schließen kann, werden komplizierte und teure Untersuchungsmethoden, zum Beispiel Computer-Tomographie, die den Patienten strahlenbelastet, durchgeführt.

Hexenschuß beginnt häufig mit einer Unterkühlung und nachfolgender Muskelverkrampfung. Der Ischiasschmerz ist auf rezidivierende Lumbagoattacken zurückzuführen, seine Beschwerden werden beim Husten und Niesen verstärkt, während noch andere ursächliche Faktoren hinzukommen können: Erkältung, Infektionskrankungen, chronische Infekte, endogene und exogene Gifte, Durchblutungsstörungen, lokale Kompressionen.

Der Autor dieses Berichtes litt seit vielen Jahren an rezidivierenden Kreuzschmerzen mit Hexenschuß, die nach einer Woche bis zehn Tagen wieder abgeklungen sind. Dabei hatte er sich meist vorher verkühlt oder eine ungünstige Bewegung ausgeführt.

Eines Tages traten plötzlich ohne erkennbaren Anlaß stark stechende Schmerzen auf, die sich auch nach Einnahme von Schmerzmitteln nicht gebessert haben, so daß eine stationäre Aufnahme erforderlich wurde.

Naturarzt

Selbstmedikation bei Bandscheibenschäden

Die ärztliche Untersuchung ergab einen heftigen Druckschmerz an der Lendenwirbelsäule mit Muskelhartspann. Bei Hebung des rechten gestreckten Beines verstärkten sich die Schmerzen im gesamten Verlauf des Ischiasnerven, die jedoch bei Beugung im Kniegelenk wieder nachließen, was neurologisch auf eine rechtsbetonte Lumboischialgie ohne motorische oder sensible Ausfälle schließen ließ.

Selbstbehandlung mit Moorbädern

Es wurde eine Lenden-Computer-Tomographie durchgeführt, die in Höhe des Lendenwirbels 5 zum Steißbeinwirbel 1 eine leicht rechtsseitliche Verwölbung der Zwischenwirbelscheibe mit folgender Reizung der Nervenwurzel im gesamten Abschnitt ergab. Eine deutliche Besserung des Beschwerdebildes nach Verordnung von Diazepam, Reparil, Neurotrat forte und anderen Mitteln trat nicht ein. Ich verließ aus diesem Grunde vorzeitig auf eigenen Wunsch das Krankenhaus und behandelte mich zu Hause selbst mit Moorbädern.

Bei einer drehenden Bewegung merkte ich plötzlich heftige schneidende Kreuzschmerzen, die anschließend über das rechte Bein bis zum Fuß ausstrahlten und mit Taubheitsgefühlen an der Rückseite außen des rechten Fußes und der Ferse einhergingen. Diesmal zeigten sich im neurologischen Befund erhebliche Lähmungserscheinungen der Fußhebermuskeln rechts, so daß der Zehengang nicht mehr möglich war. Der Achillessehnenreflex fehlte.

Beim Gesunden erfolgt nämlich beim Schlagen mit dem Perkussionshammer auf die Sehne über der Ferse eine reflektorische Verkürzung der Wadenmuskeln. Diagnostisch bestand kein Zweifel über einen eingetretenen Bandscheibenvorfall im Bereich Lendenwirbel 5 zu Steißbeinwirbel 1, so daß ein operatives Vorgehen dringend indiziert erschien, nachdem alle konservativen Maßnahmen der Schulmedizin während meines vierwöchigen stationären Aufenthaltes in einer orthopädischen Klinik erfolglos geblieben war.

Nun handelt es sich medizinisch bei Bandscheibenschäden um osteochondrotische Prozesse, also um degenerative Vorgänge der Zwischenwirbelscheiben, wobei anfangs die Zwischenwirbelräume durch Quellung sich verbreitern, sich dann verschmälern, um schließlich zu verhärten. Durch Kompression beziehungsweise Einengung der Zwischenwirbellöcher werden die Wurzelanteile der Nerven gereizt, so daß die erwähnten klinischen Bilder entstehen.

Ausheilung ohne Nebenwirkungen

Nicht jeder Mensch bekommt eine Osteochondrose ohne Vorschädigung seiner Wirbelsäule in der Jugendzeit oder später durch Über- und Fehlbelastung oder Abnützung. Der Prozeß der Quellung an den Zwischenwirbelscheiben muß therapeutisch mit geeigneten biologischen Mitteln angegangen werden. Dies bedeutet, die den Bindegewebsapparat schädigenden Toxine zur Ausscheidung zu bringen.

Es ist hinreichend bekannt, daß durch Anwendung antibakterieller und bakteriostatischer Substanzen wie Sulfonamide, Penicillin und Tetrazykline Schädigungen im Organismus herbeigeführt werden und dem Arzt dabei ein Verschulden anzulasten ist.

Von den homöopathischen Biotherapeutika wissen wir, daß sie auf schonende Weise pathologische Entwicklungen stoppen und Krankheitserscheinungen zur Ausheilung bringen können, also keine schädlichen oder schädigenden Nebenwirkungen haben, wie sie uns von der Wissenschaftsmedizin her zur Genüge bekannt sind.

Nach Professor Reckeweg beruht die Osteochondrose auf der Basis von Impränations- und Depositionsphasen, die mit Colocynthis, Cimicifuga und Chinarinde in homöopathischen Verdünnungen beseitigt werden müssen. Ich ließ mir diese Mittel von einer Krankenschwester täglich unter die Haut in das Schmerzgebiet direkt an den Wirbelkörper der Lende und des Steißbeines drei Wochen lang injizieren und nahm zusätzlich noch Tropfen aus Rhododendron und Ranuculus und Osteoheel-Tabletten ein.

Bei einem Physiotherapeuten ließ ich mir Niederfrequenz-Impulsströme applizieren und nahm aktiv am Thermalschwimmen teil. Gleichzeitig stellte ich meine Ernährung auf vorwiegend vegetarische Kost unter strenger Vermeidung von Schweinefleischprodukten um. Reckeweg hatte nämlich festgestellt, daß Salamiwurst die Beschwerden verstärken. Rhabarber mit Ingwerwurzel erwies sich dagegen als Heilfaktor.

Die Lähmungen gingen zurück. Um die Osteochondrose ganz zur Ausheilung zu bringen und einen Rückfall in das alte Krankheitsbild zu vermeiden, ließ ich aus prophylaktischen Gründen weiter alle Woche bis 14 Tagen je 5 Milliliter einer Injektionslösung, hergestellt aus Symphytum, Aesculus, Colocynthis, Mandragora, Formica, Medulla spinalis lumbalis, Cartilago, Hypophyse, Thymus Disci intervertebrales lumbalis, Arnika, Nervus ischiadicus, Stannum und BGW applizieren – abwechselnd in der Lenden- und Steißbeingegend.

Mit diesen biologischen Heilmaßnahmen werden retoxische Bindegewebsschädigungen ursächlich beseitigt und pathologische Degenerationsprozesse abgebaut. Homöopathische Heilmittel aktivieren die Selbstheilungskräfte des Organismus, schwemmen Gifte aus und bewirken die Wiederherstellung der Gesundheit.

Neue Denkformen in der Medizin

Allopathische Medikamente unterdrücken die Symptome und das biologische Gleichgewicht, die Selbstheilungstendenzen des Organismus und schädigen die Organsysteme mit ihren spezifischen Zellfunktionen. Die ständige Überlastung des vegetativen Nervensystems durch Streß und die Fehlernährung mit ihren Giftwirkungen – zum Beispiel den Sutoxinen im Schweinefleisch – haben als Ursache chronische Krankheiten zur Folge, denen wieder schwer beizukommen ist. Die aggressive Therapie der Wissenschaftsmedizin schafft irreparable Gesundheitsschäden, also iatrogene Störungen im gesamten Körperhaushalt.

Völlig neue Denkformen in der Medizin sind notwendig, um uns aus dem gegenwärtigen Dilemma herauszuführen, denn der Mensch ist ein biologisches Geschöpf, ein Wesen, das dem Organischen zuzuordnen ist. Krankheiten nehmen ihren Ursprung im Widernatürlichen; wenn der Organismus mit den äußeren und inneren Giften nicht mehr fertig werden kann, treten Beschwerden als Alarmzeichen auf. Deshalb gilt es, Schwachpunkte oder Fokalherde aufzudecken, die chronische Leiden verursachen und bei Nichterkennen zu einem Siechtum führen.

Der Arzt von heute muß als Krankheitsfaktor ersten Grades angesehen werden. Ein Zahnarzt zum Beispiel, der behandlungsbedürftige, kariöse Zähne nicht ordnungsgemäß präpariert – Überhitzung durch den Bohrvorgang, keine Unterfüllungen oder ähnliches – zerstört organisches Gewebe, welches zerfällt, Toxine freisetzt, die ihre verheerende Fernwirkung ausüben und so über lange Zeit Organe und ihre Gewebsteile zerstören, bis schließlich alle Funktionen erliegen. Nach jedem chirurgischen Eingriff wird der physiologische Energiefluß der betroffenen Organe unterbrochen, wodurch es zu Komplikationen im normalen Funktionsablauf derselben kommt.

Durch verschleppte und falsche Behandlung werden viele Patienten zu Wirbelsäulenkrüppeln, die den verantwortlichen Arzt auf Schadensersatz verklagen sollten, denn ein Dauerschaden beruht fast immer auf unzureichende ärztliche Diagnostik und daraus resultierende Falschtherapie. Ärztliches Handeln wird immer mehr von Gewinnstreben bestimmt und ihre verpfuschten und mißhandelten Opfer sollten die Politiker aufrufen, Gesetze und Bestimmungen im Parlament durchzusetzen, damit Kontrollfunktionen bestehende oder auftauchende Mißstände abschaffen und die Volksgesundheit schädigenden Ärzte ihre Approbation verlieren. □

Karl-Heinz von Mellenthin ist Biochemiker und Heilpraktiker, Dahnstraße 13, D-3000 Hannover 1.

Heilpflanzen

Rosmarin ölt klamme Herzen

Das hätte sich Sebastian Kneipp nicht träumen lassen: knapp 90 Jahre nach dem Tod des weltberühmten Kräuterpfarrers entdecken deutsche Ärzte eine nach seinen Überlieferungen entwikkelte Salbe als eine der stärksten Abwehrwaffen gegen stress-bedingte Herzbeschwerden. Ihre Wirkung verdankt die Salbe unter anderem einem Öl aus Kneipps Lieblingspflanze: Rosmarin.

Der verblüffende Erfahrungsbericht Professor Hans-Dieter Hentschels aus Bad Wiessee, wissenschaftlicher Beirat im Deutschen Kneipp-Bund: Beim Einreiben mit der Kneipp-Herzsalbe klingen Herzstiche, Herzstolpern und Druckgefühle in der Brust meist schon nach der ersten Anwendung ab.



Rosmarin, eine der Lieblings-Heilpflanzen von Pfarrer Kneipp, hat Wirkstoffe, die über das Nervensystem das Herz beruhigen.

Zur Stabilisierung der Herznerven

Kehrseite dieser Erfolgsmeldung ist eine besorgniserregende Beobachtung an deutschen Arbeitsplätzen. Bei den Krankmeldungen – so berichten Betriebsärzte – nehmen nervöse Herzbeschwerden sprunghaft zu. Die Patienten schildern ihr Leiden als »Herzbeklemmung«. Sie haben Angst, daß ihre »Pumpe« führer oder später völlig versagt.

Hauptursachen sind nach den Erfahrungen des österreichischen Internisten Dr. Günter Leiner aus Bad Hofgastein Wetterstreß und berufliche Konflikte. Da schalten die den Stoffwechsel und die Durchblutung des Herzens regulierenden Nervenbahnen plötzlich auf Störbetrieb. Folge: der Herzschlag wird klamm, er gerät aus dem Takt, fängt zu stolpern an. Und über das Leitungsnetz der Nerven dringen Schmerzimpulse bis in die äußeren Hautbezirke des linken Brustkorbs vor.

Hier setzt die Wirkung der Kneipp-Herzsalbe ein. Sie enthält außer Rosmarinöl auch Essenzen der Pfefferminze und des Kampfers. Beim Einreiben der Schmerzstellen auf dem Brustkorb und der Unterseite des linken Oberarms sorgen diese Wirkstoffe für eine nachhaltige Durchblutung der Haut. Gleichzeitig wirken sie auf dem Weg über die Nervenbahnen beruhigend auf die gestörte Herzfunktion.

Professor Hentschel: »Zu einer anhaltenden Stabilisierung der Herznerven kommt es in der Regel schon nach zwei- bis dreiwöchiger Behandlung.«

Doch aufgepaßt: Gehen Sie bei immer wiederkehrenden Herzstichen und Druckgefühlen hinter dem Brustbein vorsichtshalber zum Arzt. Er kann bei einer gründlichen Untersuchung herausfinden, ob es sich bei Ihren Beschwerden tatsächlich nur um eine harmlose nervöse Herzstörung oder um eine ernstzunehmende Erkrankung handelt. Oder er stellt fest, daß das Stechen in Ihrer Brust gar nicht vom Herzen, sondern von einem in der Wirbelsäule eingeklemmten Nervenstrang kommt. In diesem Fall – so Dr. Leiner – helfen oft schon ein paar einfache Hänge- und Streckübungen dem Patienten aus der »Klemme«. □

Feuer des Lebens

Geheimnisse der Lotosblüte

Josef Oberbach

Von symbolischer Bedeutung ist die Lotosblume in den alten Yogalehren und altindischen Geheimwissenschaften. Mit der Lotosblüte wurden die Energie-Schalt-Zentren im menschlichen Organismus markiert, wobei der Sitz des Hypothalamus (energetisches Schaltzentrum der Hypophyse, Hirnanhangdrüse) als tausendblättrige Lotosblüte versinnbildlicht wurde. In dieser Beziehung wird man unweigerlich daran erinnert, daß der Mensch zu mehr als zwei Drittel aus Wasser besteht und das Gehirn in Wasser gelagert ist, so wie wir die Lotosblume als Wasserpflanze »Seerose« oder Nelumbo nucifera genannt in einem Teich beobachten.

In den Mythologien des fernen Orients und Ägyptens spielt sie eine bedeutende Rolle. Ihre Entstehung wird dem »Urwasser« zugeschrieben. Sie ist Nahrungs- und Heilmittel. Sie ist das Symbol der Erde, das »Padma«. In der ägyptischen Kunst finden wir die Lotosblüte als bevorzugte Gestaltungsform von Säulen- und Pfeiler-Kapitellen sowie auf vielen Darstellungen des Lebens im Diesseits und Jenseits.

Energetische Kraft des Wassers

Es ist nicht als künstlerischer Einfall zu bewerten, wenn Buddha auf einer Lotosblüte sitzend dargestellt ist. Zwar war in der Buddha-Zeit im 5. Jahrhundert vor Christus die energetische Bedeutung unklar wie so viele energetische Kenntnisse der Vorfahren, was im »Nei King« 2300 Jahre früher bereits ausgesprochen wurde. Die ältere Darstellungsfigur, Brahma als Schöpfer und Lenker der Welt, auf einem Lotosblatt sitzend, versinnbildlicht das Wesentliche der energetischen Kraft des Wassers, das alles Leben schafft und erhält.

Bei Brahma verdeutlicht das Sitzen auf dem Blatt einen Zustand der Balance, die bioenergetisch das A und O der körperlichen und geistigen Gesundheit ist. Es ist der Zustand vollkommenen Einsseins mit dem großen Prinzip des Tao (kosmisch-göttliche Ordnung), wobei die Physis durch geistige Kontrolle in Verbindung mit psychischer Empfindsamkeit im Gleichgewichtszustand gehalten wird.

Biophysikalisch kommt heute diese Situation mit dem Begriff »Elektrolytgleichgewicht« zum Ausdruck. Es bedeutet Bio-Energie-Balance, die über das dreidimensionale Wohlbefinden des Menschen (Körper – Geist – Seele) die höchste Entscheidung trifft.

Gleichgewichtszustand der Bioenergie

Wie sinnvoll ist das mit dem Sitzen auf dem Lotosblatt zum Ausdruck gebracht. Eine Störung dieser Balance kann zum Fallen ins Wasser führen mit allen seinen Folgen. Mit anderen Worten: Nur im Gleichgewichtszustand der Bioenergie kann der menschliche Organismus gesund und lebensfroh auf der dünnen, wasserreichen und dadurch lebensmöglichen Schicht unseres Erdgestirns erhalten werden.

Mit der Lotosblüte haben die alten Weisen ein anderes Phänomen versinnbildlicht. Das sagt der Name Chakra, die Energie-Zentren im Organismus, und Chakra heißt das »Kreisende«, vergleichbar mit einer Parabolantenne oder einem Radarschirm. Die kreisrunden Anordnungen der Blütenblätter einer Lotosblume sind mehr als symbolisch zu bewerten.



Wenn sich eine Lotusblüte öffnet, ähnelt sie einer Sakeflasche, dann einer Schale und schließlich einem Teller.

Zum Körperwasser gehört auch das Blut, das die speziellen Energie-Transporteure von Elektrizität und Atomkraft besitzt. Es sind die Erythrozyten, die roten Blutkörperchen, wodurch es möglich ist, daß Vitaionen in die entlegensten Stellen des Körpers gebracht werden.

Im menschlichen Organismus sind Sammelstellen – im Gehirn sind sie seit langem nachgewiesen –, es sind energetische Speicherorgane, zu denen die verschiedenen Energie-Impulse geleitet und gelagert werden. Dort füllt sich das Speichergefäß wie in einem Glas im Laufe von Monaten und Jahren an, weil nichts im Laufe des Lebens verloren geht. Das Speichern vollzieht sich automatisch. Wir werden uns dessen nicht bewußt; es geht über die körperliche Substanz als Empfangsantenne vor sich.

Jedoch können wir diese Speicher-Effekte bewußt vollziehen, wenn wir den Verstand in den Prozeß einschalten, wie es bei Lernvorgängen der Fall ist. Aus der Schulzeit weiß jeder, daß viele Wiederholungen nötig sind, um handwerkliche oder verstandesmäßige Vorgänge zu beherrschen und in jedem Augenblick wieder ausführen zu können. Aus einem bestimmten Speicherorgan wird dabei dieser bestimmte Vorgang abgerufen.

Es gibt außerdem noch einen dritten Speichervorgang, der über die Psyche geht mit hohen Empfindlichkeitswerten. Diese Impulse können bewußt und unbewußt aufgenommen werden. Diese unbewußten oder bewußt herbeigeführten Speicherprozesse sind überprüfbar und beweisen durch die amerikanische »Biofeedback-Methode«. Aus der Ayurwedischen Literatur (altindische Lehrbücher der Gesundheit) geht hervor, daß sie

Die Keimfähigkeit des Lotussamens ist fast unbegrenzt. Es gibt zweitausend Jahre alten, noch keimfähigen Samen.

damals bereits bekannt war und angewendet wurde.

Psycho-energetische Phänomene

Jan Merta, amerikanischer Forscher, hat an Mäusen nachgewiesen, daß der Lernprozeß durch Magnete aktiviert und beschleunigt wird. Es bedarf dabei nur einer notwendigen Menge von Impulsen, bis ein bestimmter Lernvorgang ständig präsent ist. Jeder Erzieher hat dies erfahren müssen und vor allem Eltern, die das mit den Worten zum Ausdruck bringen: »Muß ich Dir denn alles tausendmal sagen!«

Die Speicherung beginnt mit der Stunde der Geburt bei jedem Menschen. Wir wissen, daß bereits vom Kleinkind alle Impulse gespeichert werden. Zu diesen psycho-energetischen Impulsen gehören auch Störimpulse aller Art, wie zum Beispiel wenn drei Tanten auf das Baby gleichzeitig einreden als Lärmfaktor mit unpassenden Frequenzen.

Sogar das eigene Babygeschrei, ob begründet wegen Hunger oder unbegründet, weil es schon böse eigensinnige Absichten hat, wird fest gespeichert. Mode gewordener Erziehungsunsinn bezeichnet das mit »freier Lebensentfaltung« oder »Durchsetzungsvermögen zur Charakterstärkung«. In Wirklichkeit hat man schnell den Spaß an der Erziehungsarbeit verloren. Eines Tages läuft dann der Speicher über wie ein Topf mit kochender Milch. Die unangenehmen Folgen der überkochenden Milch kennt jeder. Die Überlauffolgen des psycho-energetischen Speichers erleben wir aber sehr viel später. Es fängt mit Streß an und endet mit Herzinfarkt. Das gilt für beide, für den Erzieher wie für das Kind.

Seitdem diese Unart, Mißachtung des Tao, der energetischen Ordnung, methodisch gefördert wird, befällt es als Eigenstreß und Herzinfarkt immer jüngere Männer und Frauen. Das wird sich in derselben Richtung noch weiter entwickeln, wenn wir unser Handeln nicht der bioenergetischen Kontrolle unterwerfen. Wir müssen wieder ein »Volk der stummen Denker« werden und die primitive »Masse der dummen Stänker« verjagen, wo immer wir einem davon begegnen.

Nur in der Ruhe wächst alles still und langsam wie in der Natur, aber lärmend geht alles schnell zugrunde. Lärm ist grausam und Lärm darf daher von der Geburt an nicht geduldet werden. Richtig spielen ist etwas ganz anderes als Randalieren. Dazu gehören auch die Geräusche von Ballspielen wie Fußball mit dem Dröhnen des Balles und dem Gegröle des Siegers. Wie immer man es sehen mag, es ist und bleibt ein kriegerisches Kampfgetümmel und es schadet allen. Gesundheitlich meine ich natürlich nur, und nicht nur die in der Arena, sondern auch die vor dem Fernsehschirm Sitzenden. Die Störenergie trifft sie alle, weil sie alle energetische Empfangs-Antennen und Speichersysteme haben wie die Lotosblüte.

Das dritte Auge sucht die Sonne

Störenergien dringen in Form von Phonomen und Schallwellen in den Organismus ein. Bei der Lotosblüte sind es Photone und Lichtwellen der Sonne, denen sich die Blüte begierig zuwendet.

Die Photone und Lichtwellen der Sonne kommen auf direktem Weg zu uns, deshalb führt die Lotosblüte eine »kreisende« Bewegung aus, um ständig dem Photonen-Sender, der Sonne, genau zugewendet zu sein. Sensibilität nennt man das und Sensibilität ist ein Zeichen alles Lebendigen. In bezug auf die Pflanzenwelt wird das mit »Phototropismus« bezeichnet. Sensibilität in noch größerer Vielfältigkeit zeichnet den Menschen aus.

Tagsüber öffnet sich daher die Lotosblüte und besonders weit bei vollem Sonnenschein. Dann steht auch der gesunde Mensch aufrecht wie eine Antenne und sucht die Sonne mit seinem dritten Auge, der Epiphyse, damit seine echten Augen vorn am Kopf besser sehen können, weil diese dann in dieselbe Richtung blicken, wohin die Sonne strahlt.

Mit Sonnenuntergang schließt sich die Lotosblüte und der Mensch verliert den direkten Kontakt mit der Sonnenenergie, indem er seine vertikale Antennenstellung aufgibt und seinen Organismus in die Horizontallage bringt, was wir Schlaflage nennen. □

Arteriosklerose

Raucher verkalken früher

Erkrankungen von Herz und Gefäßen nehmen bei Patienten unter 40 Jahren einen besonders bedrohlichen Verlauf. Der Krankheitsprozeß schreitet in dieser Altersgruppe wesentlich schneller voran als bei älteren Menschen, die Rückfallquote ist erheblich größer. Da bisher nur wenige Daten über junge Arteriosklerose-Patienten vorliegen, wurde im Medizinischen Zentrum des US-Bundesstaates Kentucky eine Studie an betroffenen Patienten durchgeführt. Dabei wurde festgestellt, daß das Zigarettenrauchen die wohl schlimmsten Auswirkungen auf Entstehung und rasche Fortsetzung der Arteriosklerose in jungen Jahren hat.



Zigarettenrauchen fördert die Entstehung der Arteriosklerose. Besonders anfällig sind dafür Patienten, die schon in ihrer frühen Jugend sehr starke Raucher waren.

Die amerikanischen Mediziner untersuchten während eines Zeitraumes von 15 Jahren insgesamt 47 Patienten unter 40 Jahren, die zur Behandlung ihrer Herz- und Gefäßerkrankungen stationär aufgenommen wurden. Bei elf Frauen und 14 Männern mit einem durchschnittlichen Alter von 33,7 Jahren waren Gefäßoperationen erforderlich.

Rauchen die größte Gefahr

Die restlichen 22 Patienten – 21 Männer und eine Frau (Durchschnittsalter 36,6 Jahre) – mußten sich sogar einer Bypass-Operation am Herzen unterziehen, da sie bereits einen oder mehrere Herzinfarkte erlitten hatten. Bei über 60 Prozent waren dabei mindestens drei Herzkranzgefäße betroffen.

Wegen der schnellen Verschlechterung der einzelnen Erkrankungen mußten bei zahlreichen Patienten der Versuchsgruppe gleich mehrere Operationen durchgeführt werden, in 15 Fällen war sogar eine Amputation nicht zu vermeiden. Eine ähnliche Entwicklung war bei den Bypass-Patienten zu beobachten. Bei fünf Betroffenen war eine zweite und bei einem sogar eine dritte Operation notwendig.

Auf der Suche nach den Risikofaktoren stellten die Wissenschaftler fest, daß das Zigarettenrauchen bei jungen Arteriosklerose-Patienten eindeutig die größte Gefahr darstellt. Bis auf einen Patienten waren alle extrem starke Raucher. Besonders auffällig war auch, daß die meisten der Untersuchten schon in früher Jugend mit dem Zigarettenrauchen begonnen hatten. Am schlimmsten waren Patienten betroffen, die nach ihrer ersten Operation immer noch weiterrauchten.

Diabetes und Bluthochdruck

Neben dem Rauchen sind aber auch die Ernährungsgewohnheiten bei der Entstehung und Fortbildung der Arteriosklerose in jungen Jahren entscheidend. 60 Prozent der untersuchten Patienten wiesen erhöhte Blutfette auf. Diabetes und Bluthochdruck schienen hingegen für die Arteriosklerose unter 40 Jahren nur eine untergeordnete Rolle zu spielen.

Eine große Bedeutung haben auch ähnliche Erkrankungen innerhalb der Familie. Ausnahmslos alle Patienten hatten im engsten Verwandtenkreis mindestens einen Angehörigen mit einem arteriosklerotischen Krankheitsbild. □

Therapie

Neue Wege zur Bekämpfung des Infarkts

Herz- und Gefäßerkrankungen sind mit Abstand die häufigste Todesursache in unserem Land. Fast jeder zweite stirbt daran. Wissenschaftler diskutieren darum immer häufiger, wie dieser fatale Trend gestoppt werden kann.

Den Herzinfarkt bekämpfen heißt vor allem, die Risikofaktoren dieser Krankheit auszuschalten. Man unterscheidet dabei zwischen Faktoren erster und zweiter Ordnung. Zur ersten Kategorie gehören der erhöhte Serum-Cholesterinspiegel, das Rauchen und der Hochdruck. Liegen diese Faktoren vor, so ist das Risiko für einen Infarkt besonders hoch. Zur zweiten Gruppe zählen die Zuckerkrankheit (Diabetes mellitus), Übergewicht und mangelnde körperliche Aktivität. Sie werden vor allem dann bedeutungsvoll, wenn gleichzeitig noch Risikofaktoren erster Ordnung vorliegen.

Während man bis vor kurzem noch davon ausging, daß alle drei Faktoren der ersten Ordnung mehr oder weniger gleich schwerwiegend sind, haben große internationale Studien in jüngster Zeit gezeigt, daß dem erhöhten Serum-Cholesterinspiegel eine negative Sonderstellung zukommt. Personen, bei denen die Blutfette hoch sind, sind extrem infarktgefährdet.

Vordringliches Ziel muß es daher sein, Personen mit erhöhten Blutfetten zu identifizieren, damit eine diätetische oder auch medikamentöse Behandlung erfolgen kann. Genauso wichtig ist es aber auch, so Professor Schlierf aus Heidelberg, die Gesamtbevölkerung zu einer Ernährung aufzufordern, die von vornherein verhindert, daß sich die Blutfette erhöhen. Hierin liegt die eigentliche Chance, eine Wende bei der Todesursache Nummer eins zu erzielen.

Erreicht wird dieses vor allem durch das richtige Verhalten beim Fettverzehr. Generell sollte der Fettanteil in unserer Ernährung 30 Prozent der Energiekalorien nicht überschreiten. Gespart werden muß dabei vor allem bei dem Verzehr von tierischen Fetten, die besonders viel gesättigte Fettsäuren enthalten. An ihre Stelle sollten die Fette mit mehrfach ungesättigten Fettsäuren treten, die vor allem in pflanzlichen Fetten und Ölen sowie in Fischöl enthalten sind. Auch der verstärkte Verzehr von Ballaststoffen wirkt sich günstig auf die Blutfette aus.

Ratschläge, die Risikofaktoren regelmäßig kontrollieren zu lassen und gegebenenfalls auszuschalten, geben die Mediziner der Bevölkerung schon seit Jahren. Allerdings mit mäßigem Erfolg. Eine Verbesserung der Situation erwartet Professor Nüssel aus Heidelberg nur dann, wenn die niedergelassenen Ärzte sehr viel gezielter als bisher nach den Risikofaktoren fahnden und den Patienten beim Kampf gegen den Infarkt unterstützen.

Vor allem in der praxis-internen Gruppenarbeit sieht Nüssel eine große Chance. Unter Anleitung des Arztes lernen dabei Hypertoniker, Diabetiker, Übergewichtige, Raucher oder Personen mit einem erhöhten Cholesterinspiegel in der Gruppe, durch welche Maßnahmen diesen Risiken vorgebeugt werden kann. Nüssel konnte bereits gute Erfahrungen mit Präventionsprojekten sammeln.

Im Rahmen des in den baden-württembergischen Städten Eberbach und Wiesloch durchgeführten WHO-Projekts konnte durch diese Gruppenarbeit innerhalb von drei Monaten bei Übergewichtigen eine Gewichtsreduktion von durchschnittlich 7,5 kg und ein Rückgang des durchschnittlichen Cholesterinwerts um 10 Prozent erreicht werden.

Würde dieses Beispiel Schule machen, dann kann man nach Nüssels Einschätzung davon ausgehen, daß schon nach wenigen Jahren mehr Bürger vor einem Herzinfarkt oder Schlaganfall bewahrt werden würden, als jährlich durch Verkehrsunfälle ums Leben kommen. Immerhin – ein erster Schritt auf diesem Wege wird jetzt gemacht. Das WHO-Projekt wird in naher Zukunft auf 20 weitere Städte ausgedehnt. □

Therapie

Hektik geht nicht ans Herz

Hatte man bisher immer vermutet, daß Streß das Infarktrisiko erhöht, so spielt dieser Faktor nach neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen wohl doch nur eine untergeordnete Rolle. Zu diesem Ergebnis jedenfalls kommt der Psychologe Michael Myrtek von der Universität Freiburg, als er die bisher zu diesem Thema vorliegende Literatur kritisch unter die Lupe nahm.

Laut Myrtek gibt es sogar Anhaltspunkte, daß gerade jene Personen, die den größten Streß durchmachen auch die höchste Lebenserwartung haben. Die meisten bisher durchgeführten Streß-Studien wurden wohl deshalb falsch interpretiert, weil ausschließlich Patienten nach ihrer seelischen Verfassung befragt wurden, die schon einen Infarkt durchgemacht hatten.

Kritik an der Streß-Theorie

In der Zeitschrift »Psychotherapie und medizinische Psychologie« führt Myrtek einige einleuchtende Kritikpunkte an der Streß-Hypothese auf. So gehörte der Herzinfarkt im Deutschland der dreißiger und vierziger Jahre zu einem recht seltenen Ereignis. Erst in den sechziger Jahren stieg die Zahl der Herzinfarktopfer.

In Schweden, wo besonders genaue Gesundheitsstatistiken vorliegen, hat man festgestellt, daß die Ziffer von Herztoten während des Zweiten Weltkrieges besonders niedrig war. Verfechter der Streß-Theorie müßten daraus eigentlich schließen, daß der psychische Streß während der Kriegs- und Nachkriegsjahre besonders gering gewesen sein muß.

Ein weiteres Beispiel: Bei einem internationalen Vergleich über die Anzahl von Herzerkrankungen in verschiedenen Ländern hat man festgestellt, daß die Finnen die höchste Rate aufweisen, während in Japan der Herzinfarkt am seltensten vorkommt. Nun verläuft das Leben der Finnen in meist ländlicher Umgebung und mit einer geringeren Bevölkerungsdichte eher beschaulich. Der Alltag der Japaner hingegen müßte mit einer hohen Bevölkerungszahl und Überindustrialisierung eigentlich viel belastender sein.

Daß dieser Unterschied nicht in der Rasse begründet liegt, beweist die Tatsache, daß bei Japanern, die in die USA auswanderten und die amerikanischen Eß- und Lebensgewohnheiten annahmen (Rauchen, cholesterinreiche Nahrung, wenig Bewegung), steigende Infarktraten nachzuweisen waren.

Der Preis für den Wohlstand

Doch bleiben wir in Amerika. Gerade hier zeigte sich, daß eine Umstellung der Lebens- und Eßgewohnheiten in der Gesamtbevölkerung zu einer drastischen Verringerung von Herz- und Gefäßleiden führt. So haben 1968 bis 1978 mehr als 25 Prozent der amerikanischen Männer das Rauchen aufgegeben, die Cholesterinspiegel sind aufgrund einer gesünderen Ernährungsweise abgesunken und der Bluthochdruck wurde besser behandelt. Auch hat sich das breite Volk mehr der körperlichen Ertüchtigung hingegeben. Man denke nur an die Jogging-Welle.

Angesichts dieser und noch anderer Befunde ist die Streß-These kaum noch haltbar. Viel mehr scheint der Herzinfarkt der Preis zu sein, den eine Industrie-Nation für ihren Wohlstand zahlen muß. Die bereitwillige Annahme der Streß-Theorie bei Ärzten und Patienten ist leicht erklärlich.

Der Arzt konnte damit seinem Patienten die Krankheitsursache besser verständlich machen. Und der Patient konnte als »Opfer seiner Umwelt« weiter ungesund essen, trinken und rauchen, anstatt aktiv in das Krankheitsgeschehen einzugreifen. Fatal sind am Ende allerdings die Folgen: Die dringend notwendige Bekämpfung der Risikofaktoren Bluthochdruck, erhöhter Cholesterinspiegel und Bewegungsmangel wurde in den meisten Fällen vernachlässigt. Herz- und Gefäßerkrankungen stehen als Hauptursache weiterhin ganz oben auf den Gesundheitsstatistiken der westlichen Industrie-Nationen. □

Cholesterin

Gesunde Ernährung beherzigen

Die Beweise, daß mit unserer modernen Ernährung das Risiko für einen Herzinfarkt steigt, werden immer eindeutiger. Zwei jetzt im »New England Journal of Medicine« veröffentlichte Studien zeigen deutlich, worauf es ankommt, wenn der Herztod zurückgedrängt werden soll: Der Anteil von mehrfach ungesättigten Fettsäuren, pflanzlichen Proteinen und Ballaststoffen in unserer Ernährung muß sich erhöhen.

An der niederländischen Universität Leiden untersuchten die Mediziner an 39 herzkranken Patienten, welche Wirkungen eine Ernährungsumstellung auf die Erkrankung hat. Die Versuchspersonen erhielten über zwei Jahre eine vegetarische Diät, die vor allem pflanzliche, linolsäurereiche Fette und weniger tierische, gesättigte Fettsäuren enthielt. Außerdem durften nicht mehr als 100 Milligramm Cholesterin pro Tag verzehrt werden.

Rückbildung der Arteriosklerose

Bei der Kontrolle nach zwei Jahren zeigte sich der Mühe Lohn. Je niedriger die Cholesterinwerte im Blut waren, desto geringer waren die Gefäßveränderungen fortgeschritten. Bei einigen Patienten, die besonders niedrige Cholesterinspiegel aufwiesen, konnte sogar eine Rückbildung der Arteriosklerose festgestellt werden.

In der zweiten Studie waren 1000 Männer aus Boston und Irland im mittleren Lebensalter nach ihren Ernährungsgewohnheiten befragt worden. Das war bereits zwischen 1959 und 1965. Jetzt, 20 Jahre später, wurde eine Nachuntersuchung durchgeführt, und – auch dieses Ergebnis spricht für sich.

Die Personen, die während dieser Zeit an einer Herz- und Gefäßerkrankung verstorben waren, hatten durchweg weniger Ballaststoffe und pflanzliche Proteine, dafür aber mehr Cholesterin und gesättigte Fette mit ihrer täglichen Nahrung aufgenommen.

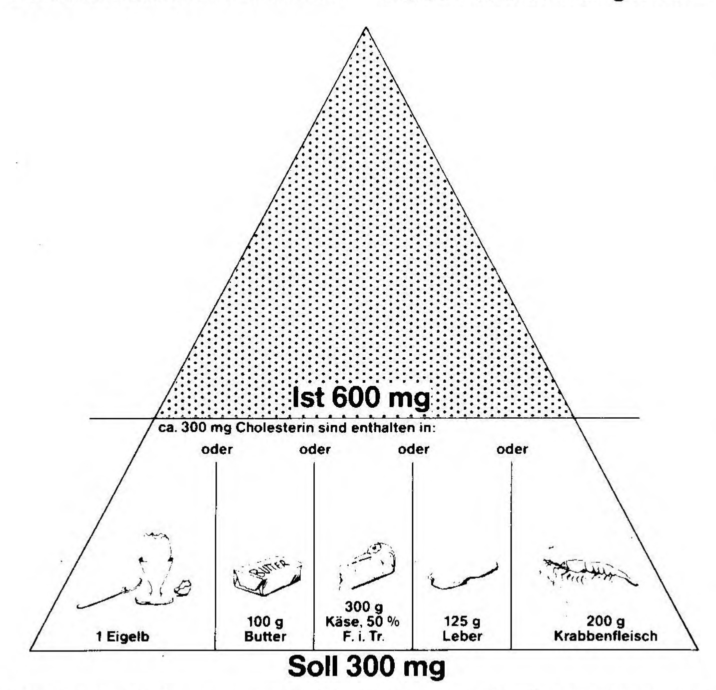


Zu wenig Ballaststoffe werden gegessen, dazu kommt zu viel Fleisch und zu wenig Gemüse auf den Tisch.

Mehr Gemüse und weniger Fleisch

Beide Studien stützen die Forderung vieler Wissenschaftler, die Bevölkerung über die Gefahren der Zivilisationskost aufzuklären. Dazu müßte mehr Gemüse und weniger Fleisch gegessen werden.

Beim Fettverzehr sollten linolsäurereiche Fette bevorzugt und der Cholesterinkonsum drastisch reduziert werden. Mehr als 300 Milligramm pro Tag sind demnach nicht vertretbar – diese Menge ist übrigens fast schon in einem Hühnerei enthalten. □



Die Cholesterinmenge, die Erwachsene aufnehmen, liegt doppelt so hoch wie von Medizinern empfohlen.

Therapie

Gesunde Gehirnzellen

13 Milliarden kleiner grauer Nervenzellen in dem rund 1400 Gramm schweren menschlichen Gehirn sind die biologische Grundlage bewußten Lebens. Sie sind für das Denken und Fühlen, für die Intelligenz, das Gedächtnis, ja sogar für den Charakter des Menschen verantwortlich. Ohne daß man es merkt, kommandiert das Gehirn und das Rückenmark die Arbeit der inneren Organe, reguliert Atmung, Kreislauf und Verdauung und sorgt für den richtigen Einsatz der Muskeln.

»Feind« des Gehirns ist zwar in erster Linie eine fehlerhafte Lebensweise – Nikotin- und Alkohol-Mißbrauch, zu üppige Ernährung, Streß –, in zweiter Linie aber das sonst so lebenswichtige Calcium.

Mangeldurchblutung des Gehirns

Im vorgeschädigten Organismus richtet es durch übermäßige Ablagerung in den Arterien, die diese eng, unelastisch und brüchig macht, großen Schaden an. Gegen diese Arteriosklerose sind die Nervenzellen des Gehirns besonders empfindlich, weil die dadurch verursachten Mangeldurchblutung ihre lebenswichtige Ernährung behindert oder gar vereitelt.

Die von Experten geschätzte Zahl von 300 000 bis 400 000 Erkrankungen an Durchblutungsstörungen pro Jahr in der Bundesrepublik unterstreicht dies nachdrücklich. 90 000 Schlaganfälle, von denen jeder vierte tödlich endet, sprechen eine deutliche Sprache.

Die Sicherstellung des Blutbedarfes des Gehirns – er ist sieben- bis achtmal so groß wie der anderer Organe – ist eine Aufgabe, der sich nicht nur die Mediziner, sondern jeder einsichtige Mitbürger stellen muß. Als besonders erfolgreicher Helfer hat sich hierbei ein neuer Wirkstoff aus der Gruppe der sogenannten Calcium-Antagonisten (Calcium-Gegenspieler) erwiesen: Flunarizin.

In mehr als zwei Dutzend internationalen Studien konnte nachgewiesen werden, daß Flunarizin an drei Stellen wirkt: es verhindert den übermäßigen Einstrom des Calciums, schützt dadurch sowohl die roten Blutkörperchen als auch die Arbeitszellen des Gehirns und erhält die wichtige Elastizität der Muskulatur der Blutgefäße.

Erhaltung der Lebensqualität

Selbstverständlich muß jeweils der Arzt entscheiden, ob neben dem rezeptpflichtigen Flunarizin-Präparat auch noch andere therapeutische Maßnahmen ergriffen werden müssen.

Aber soviel ist gewiß, daß Symptome der Durchblutungsstörungen des Gehirns wie Schwindel, Ohrensausen, Migräne, oft auch Hör- und Sehstörungen von diesem Calcium-Antagonisten erfolgreich bekämpft werden und somit zur Erhaltung der Lebensqualität beitragen. □



Wenn die Hirndurchblutung gestört ist, gerät die Schaltzentrale des Menschen in Sauerstoff-Not. Wichtige geistige und körperliche Funktionen zeigen Ausfallerscheinungen. Man muß zum Arzt gehen.

Gesundheitserziehung

Die Schule sollte mehr tun

Während 51 Prozent der Bundesbürger mit Kindern zwischen fünf und 25 Jahren der Meinung sind, die Lehrer seien in der Gesundheitsausbildung gut, zumindestens aber gerade ausreichend ausgebildet, glauben 46 Prozent, die Lehrer seien nicht ausreichend dafür ausgebildet. Statt dessen sollten lieber Ärzte dieses Fach in der Schule mit übernehmen. Drei Prozent machen dazu keine Aussage. Dies ist ein wichtiges Fazit einer repräsentativen Studie der Hamburg-Mannheimer-Stiftung für Informationsmedizin zum Thema Gesundheitserziehung an den bundesdeutschen Schulen, die jetzt vorgelegt wurde.

Bei der hohen Bedeutung, die die Gesundheitserziehung an den allgemeinbildenden Schulen hat, ist es allerdings sehr erstaunlich, daß es in der Lehrerausbildung nur wenige Veranstaltungen in Gesundheitserziehung oder Gesundheitslehre gibt. Deshalb existieren auch Überlegungen – mancherorts bereits Modellversuche –, Ärzte mit in die schulische Gesundheitserziehung einzubinden.

Diese unbefriedigende Situation zeigt sich auch deutlich in den Ergebnissen der Untersuchung. Den Lehrern wird danach in diesem Bereich nur zu einem Teil die Fachkompetenz bescheinigt.

Fachliche Kompetenz hängt vom Schultyp ab

Die Beurteilung der fachlichen Kompetenz der Lehrer im Rahmen der Gesundheitserziehung ist weitgehend abhängig vom jeweiligen Schultyp. Das heißt, daß der Lehrer aufgrund der durch die Schultypen bedingten Fachspezialisierung Gesundheit als allgemeinbildende und allgemeinpädagogische Aufgabe verdrängt hat und dieser Bereich deshalb zu kurz kommt.

Von besonderer Wichtigkeit bei der Gesundheitserziehung ist die Aufklärung über die Gefahren von Genußmitteln und Rauschgiften. Insgesamt 73 Prozent der erwachsenen Bevölkerung halten dieses Thema für sehr wichtig. Immerhin noch 24 Prozent sind der Auffassung, daß Informationen über diese Problematik zumindest wichtig sind. Nur zwei Prozent glauben, daß dies nicht notwendig sei. Ein Prozent meint allerdings, die Information über diesen Themenkomplex gehöre nicht in den Rahmen der Gesundheitserziehung an den Schulen.

Daß die Umwelt und Arbeitswelt für den Bundesbürger immer mehr an Bedeutung gewinnt, läßt sich ebenfalls deutlich aus den Erkenntnissen der Studie ablesen. Die Befragten sehen nämlich die Aufklärung über die Wirkung von Giften in der Umwelt und Arbeitswelt für das zweitwichtigste Thema der Gesundheitserziehung in der Schule an.

Wichtig sind Themen über Krebs und seelische Leiden

Die direkte Beschäftigung mit besonderen Erkrankungen wird für die Gesundheitserziehung als weniger bedeutend betrachtet. So halten nur 25 Prozent es für sehr wichtig, Infektionskrankheiten und ihre Vorbeugung in der Schule zu behandeln. 49 Prozent beurteilen dieses Thema als »nur« wichtig. Ebenfalls 25 Prozent schätzen die Unterrichtung über Krebserkrankungen als sehr wichtig ein, 36 Prozent halten das immerhin für wichtig.

Seelische Leiden werden von 17 Prozent als sehr wichtig in der Gesundheitserziehung betrachtet, Herz-Kreislauf-Erkrankungen von 16 Prozent.

Bei einer Gesamtbetrachtung des Ergebnisses der Studie fällt auf, daß generell bis auf das Thema »Sterben und Tod« über 50 Prozent der Befragten der Meinung sind, daß diese Gesundheitsthemen für die schulische Gesundheitserziehung sehr wichtig oder wichtig seien. □

Elite

Das Streben nach Unsterblichkeit

George Nicholas

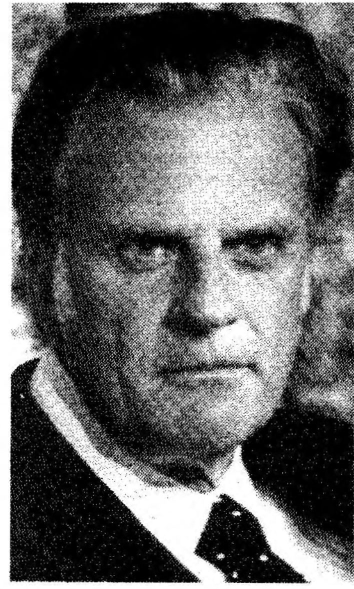
In welchem Krieg haben sich US-Präsident Ronald Reagan, das sowjetische Staatsoberhaupt Andrej Gromyko, der französische Gesangsstar Yves Montand und der Evangelist Billy Graham sowie der frühere amerikanische Außenminister Henry Kissinger zusammen mit dem Pornographie-Verleger Hugh Hefner auf der selben Seite zusammengefunden? Antwort: Im Krieg gegen das Altern, unter den Spezialisten für Langlebigkeit des Menschen, den Gerontologen, als Bewegung zur Verlängerung des Lebens bekannt. Das anerkannte Ziel dieser wachsenden Bewegung ist, das Leben zu verlängern und das Herannahen der Senilität hinauszuschieben.

Führende Spezialisten auf diesem Gebiet wie beispielsweise Dr. René Hoyningen, der bekannte französische Mediziner spricht von einer Verlängerung der Lebenserwartung von gegenwärtig 15 bis 25 Prozent und von 30 bis 50 Prozent in ungefähr zehn Jahren. Dies klingt vertretbar und vernünftig und ist keineswegs übertrieben.

Künftig zwei Arten von Menschen

Die mächtigen Politiker und internationalen Persönlichkeiten aber, die privat an der Bewegung zur Lebensverlängerung teilnehmen, sprechen in der Öffentlichkeit selten hierüber. Der Grund hierfür ist, abgesehen von heikler Rücksicht auf die eigene Eitelkeit, daß die meisten Führer der Welt glauben, daß der weitgehende Gebrauch der zur Verfügung stehenden Methoden zur Verlängerung des Lebens der Sozialordnung der meisten Länder schweren Schaden, wenn nicht sogar Zerstörungen bringen würde.

»Die Ergebnisse«, sagte Dr. Leonard Lasky, ein Ernährungswissenschaftler aus New Jersey, der den Zusammenhang von Diät und Langlebigkeit erforscht, »werden so aussehen, daß wir zwei verschiedene Arten von Menschen entwickeln: langlebige Eliten und kurzlebige Massen; das bedeutet, Millionen von Bürgern, Arbeitern, Wählern und Steuerzahler, die nur die Hälfte der Lebenserwartung der privilegierten Klassen haben werden.«



Evangelist Billy Graham hat offen den Krieg gegen das Altern erklärt.



Porno-Verleger Hugh Hefner will das Herannahen der Senilität aufhalten.

»Dies würde, wenn es geschehen würde, eine zutiefst unmoralische und undemokratische Sozialordnung sein«, meint Lasky. »Lebensverlängerer sind Revisionisten der Medizin und sind ungefähr dem gleichen Kampf ausgesetzt wie unkonventionelle Denker in anderen Disziplinen wie Geschichte oder Soziologie. Aber unsere Zeit kommt schnell.«

Wohltaten für fast jeden

Obwohl sie zugeben, daß ihr Gebiet der Spezialisierung noch nicht eine exakte Wissenschaft ist, sagen die Befürworter der Lebensverlängerung, daß sie mit beachtlicher interdisziplinärer Forschung beschäftigt sind, die enorme Wohltaten für fast jeden verspricht.

Es ist wenig Zweifel angebracht, wie eine Studie ergab, daß trotz der herablassenden Beurteilung der Establishment-Ärzte, die medizinischen und technologischen Mittel, um einige medizinische Beinahe-Wunder zu vollbringen, schon zur Hand oder klar in Sicht sind.

Lebensverlängerung kann die durchschnittliche menschliche Lebensspanne um wenigstens 15 Prozent über die normale Erwartung hinaus durch ein wissenschaftlich zusammengesetztes Programm von Diät, Übungen, Therapie und »psychischen Regenerationstechniken« verlängern.

Zur Lebensverlängerung wird man künftig neue diagnostische Methoden zur Vorhersage und Prävention von Herzstörungen, die heute an erster Stelle stehende Todesursache der alternden Menschen in der industriellen Welt, zur Anwendung bringen. Einige dieser neuen medizinischen Techniken wie Pallistocardiographie, eine neue Art, die Elastizität des Herzgefäß-Systems durch Messung von Gewebereaktionen zu bestimmen, befinden sich noch im Experimentierstadium, versprechen aber schon heute, Sklerose und Tod durch Kreislaufstörungen abzuwenden.

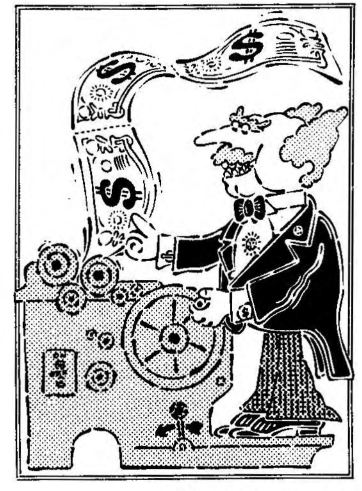
Depression und Orientierungslosigkeit, die oft das Altern begleiten, wird bei der künftigen Lebensverlängerung mit Mitteln Einhalt geboten, die gewisse Enzyme in neuartiger Weise verwenden, die auf die betreffenden Neurotransmitter einwirken und sie häufig revitalisieren.

Bei der zukünftigen Lebensverlängerung wird man das Gehirn vor dem Leistungsabbau im fortgeschrittenen Alter schützen und einige seiner Hauptfähigkeiten mit Medikamenten wie Hydergine regenerieren.

Ein neuer Zweig der Medizin

»Die Bewegung zur Lebensverlängerung befindet sich, wenn wir ihre langfristigen Aussichten betrachten, noch in ihrer frühen Experimentierphase. Ich nenne dies das spekulative Stadium«, sagt Dr. Chadd Everone, ein führender Vertreter der Bewegung in Kalifornien.

»Es ist aber keine Frage, daß die langfristigen Aussichten dieses neuen Zweiges der Medizin, die wir von unserem gegenwärtigen Stand der Erkenntnis kaum zu erkennen vermögen, vermutlich revolutionär sein und die Gesellschaft in jeder Hinsicht berühren werden. Der Zeitpunkt, sich mit den Bedingungen dieser historischen Wende auseinanderzusetzen, ist für unsere politischen Führer jetzt gekommen.« □



Tier-Journal

Das Buch »Pharma-Story« soll verboten werden

Im März 1985 veröffentlichte der Münchner Verlag Franz Hirthammer ein neues Buch von Hans Ruesch »Die Pharma-Story – der große Schwindel«. In »Diagnosen« wurden wichtige Passagen des Buches in der August-Ausgabe 1985 veröffentlicht. Rueschs Buch belegt weitere Enthüllungen über das tödliche Gaukelspiel, das die Chemie und die Großmacht Medizin im Einverständnis mit den »Gesundheits«-Behörden in allen Industrieländern betreiben. Dasselbe Buch enthält auch eine genaue Dokumentation über die Art und Weise, wie die profitorientierte Industrie die großen nationalen und internationalen Tierschutzvereine unterwandert hat, deren Hauptaufgabe darin besteht, alle engagierten Tierschützer mit trügerischen Versprechungen in ihre Reihen hineinzulocken, um sie irrezuführen und lahmlegen zu können.

»Ohne Tierversuche geht es nicht!« – behaupten diese »offiziellen« Tierschützer, die alle gegenteiligen Beweise sorgfältig vertuschen. Ihr Hauptanliegen besteht darin, die Tierversuche auf alle Zeiten gesetzlich zu verankern.

Auch im Falle der »Pharma-Story« hat die Industrie ihre treuen Diener, die Leiter der großen Tierschutzverbände, an die Front geschickt. Mit der Behauptung »verleumdet« worden zu sein, beauftragten die Leiter der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Tierschutz e. V. und die internationale Welttierschutzgesellschaft WSPA einen Münchner Rechtsanwalt, Dr. Theodor Körner, um den Verleger des Buches zum sofortigen Rückzug aller Exemplare der »Pharma-Story« aufzufordern und die beanstandeten »unrichtigen« Äußerungen – die jedoch alle genau dokumentiert sind – »mit dem Ausdruck des Bedauerns« zurückzunehmen. Auch wird dem Verleger mit einer Strafe von 100 000 DM gedroht.

Der Verleger hat sich bisher nicht einschüchtern lassen, und Hans Ruesch wird diesen neuen Zensurversuch öffentlich ausschlachten. Ob sich nun auch in der Bundesrepublik ein Richter finden läßt, der wie Giuseppe Greppi in Lugano bereit ist, ein wahrheitsgetreues Buch eigenmächtig aus dem Handel zu ziehen, das muß man abwarten.

Jedenfalls kann die »Pharma-Story« vorläufig noch im Buchhandel oder über den Franz Hirthammer Verlag, Frankfurter Ring 247, D-8000 München 40, für 15 DM bezogen werden. □

Robbenbabys bis 1989 gerettet

Wenigstens bis 30. September 1989 können die Robbenbabys jetzt weiter in Ruhe leben. Die Minister der Europäischen Gemeinschaft haben ihr Importverbot für Robbenfelle, das am 30. September 1985 auslief, um weitere vier Jahre verlängert.

Seit dem 1. Oktober 1983 ist die Einfuhr von Fellen der Robbenbabys in der Europäischen Gemeinschaft verboten. Aufgrund dieses Verbots und der Öffentlichkeitskampagnen der Umweltschutzbewegungen will praktisch niemand mehr irgendein Produkt kaufen, das aus Fellen von Robbenbabys hergestellt wurde.

Die Europäische Kommission wollte sogar noch weiter gehen und erreichen, daß ein unbegrenztes Einfuhrverbot für Felle von Robbenbabys für unsere Märkte verhängt wird. »Dies erwartet die Öffentlichkeit von uns«, meinte der für den Umweltschutz zuständige EG-Kommissar Stanley Clinton Davis.

Der Ministerrat kann natürlich im Jahre 1989 das Verbot wieder verlängern. Auf jeden Fall soll bis zum 1. Oktober 1987 die Europäische Kommission einen Bericht über die Rettung der Robben sowie über den europäischen Markt für Robbenfelle – von ausgewachsenen Tieren wohlgemerkt, die mit traditionellen Jagdmethoden der Eskimos erlegt werden – vorlegen. □

Vogelmord in Griechenland als Hobby

Tierfreunde und Naturschützer beobachten voll Sorge und Empörung, daß die Jagd auf Zugvögel in Griechenland in besorgniserregender Weise weiter zunimmt. Es ist ein Feierabend- und Sonntagsvergnügen, mit der Flinte hinauszuziehen und auf alles zu schießen, was Federn hat.

Dabei dient die Vogeljagd keineswegs der Ernährung oder dem Gelderwerb, sondern sie wird allein »aus Sport und Spaß« betrieben. Abgesehen davon, daß den Wildschützern seltene Vogelarten wie Seiden-, Purpur- und Nachtreiher, Rotfußfalken, Pirole und Eisvögel zum Opfer fallen, ist es unverständlich, daß unzählige Kreaturen leiden müssen, nur weil manche Menschen Freude am Töten haben.

Internationale Abkommen auf dem Gebiet des Natur- und Artenschutzes erscheinen wenig überzeugend, solange einzelne Länder sich gegenüber Zugvögeln verhalten, als hätten sie allein über Leben und Tod zu entscheiden. □

Naturheilkunde auch für Haustiere

Naturheilkunde wird nicht nur in der Humanmedizin sondern auch bei Haustieren angewendet. Derzeit gibt es in der Bundesrepublik Deutschland etwa 200 Tierheilpraktiker. Wie der Fachpresse zu entnehmen ist, hat die Nachfrage nach biologischen und natürlichen Behandlungsmethoden auch für Tiere in den letzten Jahren erheblich zugenommen. □

Auf Nerzjagd in Mecklenburg

Nerze sind in Deutschland in freier Wildbahn längst ausgestorben. Was dennoch von ihnen heute noch in Wald und Heide auftaucht, sind Exemplare, die aus Farmen ausgebrochen sind, in denen sie künstlich gezüchtet werden. Solche »Ausbrecher« können zur Plage werden, wenn sie unter Wild- und Hausgeflügel Schaden anrichten. Deshalb müssen jährlich etwa 600 Minks, das ist eine amerikanische Form des Nerzes, in Mecklenburg gefangen und erlegt werden. □

Trapper selbst in der Falle

Illegalen Tierfängern und Fellhändlern, die in den Vereinigten Staaten nach wie vor geschützten Tierarten wie Seehund, Wildkatze, Fischotter, Zobel und Luchs nachstellen, ist jetzt endlich das Handwerk gelegt worden. Die Polizei hatte sich selbst drei Jahre hindurch heimlich in den Pelzhandel eingeschaltet, um den Tätern auf die Spur zu kommen. Jetzt konnte sie endlich zuschlagen und 275 Fallensteller und Pelzhändler verhaften, die nunmehr wegen Raubbau an der amerikanischen Tierwelt wie auch wegen Steuerhinterziehung vor Gericht gestellt werden. □

Wenn der Wald stirbt, sterben nicht nur Bäume

Die Ergebnisse der Waldschadensinventur 1985 in Bayern zeigen es ganz deutlich: zumindest in den Alpen bahnt sich eine ökologische Katastrophe an. Nachdem nun über 50 Prozent der Bäume im Bergwald geschädigt sind, stellt sich die Frage, wie lange der Bergwald die Bezeichnung »Wald« noch verdient.

Der Landesbund für Vogelschutz in Bayern, Verband für Artenschutz, weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß zwar relativ detaillierte Angaben über das Ausmaß der geschädigten Bäume vorliegen, weitergehende Untersuchungen, die sich mit den Veränderungen der anderen Organismen des Ökosystems »Wald« beschäftigen, jedoch weitgehend fehlen.

Zur Beantwortung der Frage, wie sich das Waldsterben auf die dort heimischen Säugetiere,

Amphibien oder Reptilien, aber auch die Insekten auswirken wird, ist man weitestgehend auf Spekulationen angewiesen, doch scheint festzustehen, daß eine Vielzahl dieser Tiere an den Rand des Aussterbens gedrängt wird.

Wie der Verband erklärte, kann in der Vogelwelt als scheinbar paradoxe, unmittelbare Folge des Waldsterbens eine vorübergehende Zunahme einiger spezialisierter Vogelarten auftreten. Es sind dies Vogelarten, die aufgrund ihrer besonderen ökologischen Anpassung auf mehr oder weniger stark gelichtete Waldbestände angewiesen sind oder sogar von einem hohen Anteil Totholz profitieren.

Hier sind besonders einige sogenannte Katastrophenarten zu nennen, wie zum Beispiel der Dreizehen- und Weißrückenspecht in den höheren Berglagen. Doch diese Entwicklung wird nicht lange anhalten: ab einem bestimmten Grad der Zerstörung des Lebensraumes müssen auch diese Arten aussterben.

Doch diesen wenigen Beispielen, daß einige Vogelarten kurzfristig vom Waldsterben profitieren, bevor sie aussterben, steht eine lange Liste Vogelarten gegenüber, die durch das Waldsterben direkt in ihren Beständen gefährdet werden. So wird das Waldsterben in Kürze sogar für heute noch recht häufige Vogelarten wie Tannenmeise, Sommer- und Wintergoldhähnchen zum Problem werden. Auch nahezu alle Greifvogelarten, besonders Habicht und Sperber, die aufgrund ihrer Horststandorte auf geschlossene Baumkronen angewiesen sind, sind betroffen.

Angesichts dieser düsteren Zukunftsperspektive für das gesamte Ökosystem »Wald« fordert der Vogelschutzbund die zuständigen Politiker auf, endlich wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung des Waldsterbens einzuleiten. Bisher vermißt man die erforderliche Entschlossenheit, um das Waldsterben entscheidend zu stoppen. Offenbar hat sich die Erkenntnis, daß es nicht nur um das Absterben von fünf bis zehn verschiedener Baumarten geht, sondern um das Ende für Hunderte weiterer Tier- und Pflanzenarten, noch immer nicht überall durchgesetzt. □

Deutschlands Singvögel sind bedroht

Sobald im Frühjahr die Tage länger werden und die ersten Anzeichen auf den kommenden Frühling deuten, vernimmt man überall wieder den Gesang der zurückkehrenden Vögel. Wie das erste Grün sind auch sie Vorboten des herannahenden Sommers. Könnte man sich wohl vorstellen, eines Tages kein Vogelgezwitscher mehr zu hören, wenn die Vision vom »Stummen Frühling« zur Realität wird?

Obwohl bekannte Vogelarten wie Kohlmeise, Amsel oder Rotkehlchen noch überall anzutreffen sind, darf das nicht darüber hinwegtäuschen, daß über 50 Prozent unserer heimischen Vogelarten auf der berüchtigten »Roten Liste« der gefährdeten oder vom Aussterben bedrohten Tierarten stehen. Die zunehmende Zerstörung ihrer Lebensräume und die Belastung durch Umweltgifte sind Hauptursachen dafür, daß die Artenvielfalt und die Anzahl der Singvögel in erschreckendem Maße zurückgeht.

Dies ist denn auch ein Zeichen dafür, daß auch die übrige Umwelt krank ist, denn Vögel spielen eine sogenannte »Indikatorrolle« in der Natur. Wo sie zurückgehen, droht auch den anderen Lebewesen Gefahr. Das zeigt sich deutlich bei der Belastung der Gifte, die alljährlich in zu großen Mengen in Landwirtschaft und Gartenbau eingesetzt werden und letztendlich durch die Nahrung wieder auf unseren Tisch gelangen.

Der Deutsche Bund für Vogelschutz hat für viele Vogelarten Schutzmaßnahmen eingeleitet und durchgeführt. So wird unter anderem durch den Ankauf oder die Betreuung von Flächen das Überleben bedrohter Vogelarten gesichert. Trotz dieser Bemühungen gehen die Bestände vieler bedrohter Singvogelarten jedoch ständig zurück.

Der Bund für Vogelschutz, ältester und mit rund 130 000 Mitglieder Deutschlands größter Naturschutzverband, bittet daher alle Mitbürger um eine verstärkte Mitarbeit. Wer sich für den aktiven Einsatz im Naturschutz interessiert, wende sich bitte an den Bund für Vogelschutz, Stichwort »Aktiver Naturschutz«, Achalmstraße 33, D-7014 Kornwestheim. □



Der Große Brachvogel wird auch im Altmühltal immer seltener. Andere Wiesenbrüter wie Bekassine und Wachtelkönig sind weitgehend verschwunden und auch für den Weißstorch ist kein Lebensraum mehr.

Altmühlsee – ein Paradies aus Menschenhand

Der Altmühlsee zwischen Gunzenhausen und Muhr am See ist im wesentlichen fertiggestellt und wurde 1985 zum ersten Mal eingestaut. Damit konnte er zum ersten Mal neben seiner eigentlichen Funktion als Wasserreservoir auch die Bedürfnisse der Erholungssuchenden erfüllen.

Auf die mit dem Bau des Altmühlsees verbundenen Veränderungen in der Landschaft hat der Landesverband für Vogelschutz in Bayern immer wieder hingewiesen. Die ausgedehnten Feuchtwiesenbereiche zwischen Muhr und Gunzenhausen wurden etwa zur Hälfte zerstört. Dadurch wurde vielen Tier- und Pflanzenarten ihr Lebensraum entzogen. Hiervon besonders betroffen ist der Große Brachvogel, der Vogel des Jahres 1982, der dieses Gebiet inzwischen weitgehend geräumt hat.

Auch andere Wiesenbrüter wie Bekassine und Wachtelkönig sind weitgehend verschwunden und auch für den Weißstorch bietet der See in der jetzigen Form keinen Lebensraum mehr.

Als Ausgleich für diesen massiven Eingriff in die ursprüngliche Landschaft wurde bei der Anlage des Sees eine rund 120 Hektar große Inselzone als Naturschutzgebiet eingeplant. Dieses Gebiet wird durch einen hauptamtlichen Vogelwart betreut, der hier neben den notwendigen Bestandsaufnahmen der Tier- und Pflanzenwelt auch die notwendige Öffentlichkeitsarbeit betreibt. So werden regelmäßig für interessierte Besucher naturkundliche Führungen durchgeführt.

Die Inselzone hat sich inzwischen zu einem Paradies aus Menschenhand entwickelt. Eine Vielzahl seltener Tier- und Pflanzenarten hat hier ein Zuhause gefunden. Am Altmühlsee brütete 1984 zum ersten Mal seit siebzig Jahren wieder die Pfeifente in Bayern. 1985 waren es sogar zwei Brutpaare. □

Briefe

Betr.: Naturwissenschaft »Schöpfung oder Evolution«, Nr. 11/85.

Erika Herbst unternimmt es einmal mehr festzuhalten, wie brüchig die Evolutionstheorie sei. In der Tat weist diese Theorie – ich sage richtig Theorie – Lücken, Abschnitte auf, die einer kritischen Betrachtung nicht standzuhalten vermögen. Daß eine Theorie geradezu zu einer Art Religion ausarten kann, liegt in der Sache selber.

Doch, weist nicht auch die Schöpfungsgeschichte der Bibel ähnliche oder gar noch größere Lücken auf? Ich darf davon ausgehen, daß es heute und morgen müßig sein wird, die Existenz Gottes zu belegen oder zu verneinen. Auch hier kann die Annahme dessen Existenz eben zu einer Art Glauben ausarten, und das ist ja auch geschehen. Doch mehr kann es offensichtlich nicht sein. Glücklich ist, wer daran zu glauben, oder nicht zu glauben vermag. Ob diese Frage jemals in einer für alle bündigen Art belegt werden kann, dürfte fraglich sein. Kurz: sie ist (noch) nicht beantwortbar.

Es liegt im Wesen des Menschen, möglichst keine Fragen offen zu lassen, eins und alles will er beantworten. Der Aufstieg vom Kind zum Erwachsenen ist auch von diesem Grundsatz geprägt. Ohne Meinungsbildung muß die Orientierung versagen. Und daß jeder aus seinem ureigensten Blickwinkel aus die nahe und ferne Umwelt bewertet und taxiert, führt schließlich zum Bild »seiner« Persönlichkeit, was der alte Römer so auszudrücken pflegte: »Quot homines tot sententiae«.

Und da bis heute weder der Schöpfungsgedanke noch die Evolutionstheorie bessere Menschen hervorzubringen in der Lage war – wir sind am Rande des Abgrundes angelangt –, fragt sich, ob es nicht besser wäre, sich damit zu bescheiden, daß diese Fragen für uns noch unbeantwortet bleiben werden. Möglicherweise sind spätere Generationen besser zur Beantwortung in der Lage, zumal es ohne weiteres denkbar ist, daß unsere Denkkriterien noch Ausweitung erfahren.

Dem Agnostizismus zu huldigen, wie ich es tue, ist keine Schande, sondern vielmehr Ausdruck einer vernunftgemäßen Betrachtungsweise, die zur Toleranz verpflichtet. Würde nämlich Toleranz im kleinen wie im großen obwalten, wären weder Zwist und Hader, wäre der Graben zwischen Ost und West oder Nord und Süd kaum dermaßen vorhanden. Möglicherweise bewirken die großen über uns schwebenden Lebengefahren das, was der Mensch vernunftmäßig nicht einzusehen und anzuerkennen nicht gewillt ist (noch nicht).

Fritz Dutler, Bern

*

Unter der Überschrift »Naturwissenschaft« soll augenscheinlich in konformistischer Anlehnung an die Bibel so etwas wie ein Gottesbeweis erbracht werden.

Es ist müßig, in der aufgeworfenen Frage »Schöpfung oder Evolution« durch langatmige, Seite um Seite füllende Erörterungen zu einer eindeutigen Entscheidung gelangen zu wollen. Die Kriterien des Zustandekommens unserer Erscheinungswelt sind von undurchschaubarer Komplexität. Dabei schließt Schöpfung Evolution nicht aus und Evolution schließt Schöpfung nicht aus. Man denke etwa an die Kindeszeugung und das kurze Durchlaufen langer Entwicklungsstadien im Mutterleib. Dabei ist in metaphysischer Sicht die Gültigkeit des Kausalprinzips (Ursache – Wirkung) nicht zu bestreiten; und doch ist diese Gültigkeit nicht absolut. Mit ein wenig Weisheit und Lebenserfahrung kann dieser Widerspruch verkraftet werden.

Der begrifflich stärkste Gegensatz zur Schöpfung ist Zerstörung, nicht Evolution. So ist dieser Gegensatz von höchster Aktualität für die Gegenwart. Die moderne Zivilisation ist dabei, sich durch Mißachtung der Schöpfung – besser des Schöpfungsprinzips – zu zerstören. Diese Tatsache ist auffällig genug und bedarf gewiß keiner Erläuterung und keines Beweises.

Hinter allen wissenschaftlichen und religiösen Bemühungen, von denen die Autorin spricht, steht der abwegige Drang, hinter die letzten Geheimnisse des Daseins zu gelangen (zwar weiß ich viel, doch möchte ich alles wissen). Dieser Drang kann nicht durch Forschung oder durch mehr Wissen gestillt werden, sondern nur durch Bewußtseinserweiterung bis zur der Schwelle, wo innere Gewißheit erlangt und nicht mehr gefragt wird.

Einen Menschen mit Herz und Verstand sollten die vom Intellekt aufgeworfenen Fragen nach dem Dasein, nach Gott ohnehin nicht sonderlich beschäftigen. Es geht bei der menschlichen Grundorientierung zum Dasein nicht um ein Wissen oder um einen anzuzweifelnden Glauben an einen persönlichen, männlichen Schöpfergott, sondern um die Wirklichkeit des Schöpfungsprinzips.

Horst Reuter, Barnstedt

*

Nur das Wissen um eine natur- und schöpfungsgesetzliche Denk- und Lebensweise und – das Befolgen dieser bestimmenden Gesetze des Lebens ermöglicht ein geistiges Bestehen und Überdauern dieser weltweiten, degenerativen Entwicklung.

Oberstes Gesetz des Lebens und der Schöpfung ist: in allem Geschehen die Manifestation der Harmonie von Liebe und Wahrheit zu verwirklichen.

In allem Geschehen und Tun muß das Prinzip der Ausgeglichenheit der beiden verursachenden, polaren Faktoren, also der Gegensätze zueinander, gegeben sein.

Bemühe Dich in Deinem Tun und in Deinen Werken, die Harmonie von Liebe und Wahrheit in optimaler Weise zum Ausdruck zu bringen.

Dein Denken und Handeln sei geprägt von der Ehrfurcht und der Verantwortung gegenüber allem Sein. Alles Sein ist Schöpfung.

Bemühe Dich um die Erkenntnis von immer größeren natur- und schöpfungsgemäßen Zusammenhängen.

Dein Denken und Handeln ist dann schöpfungsgemäß, wenn es der geistigen Evolution des Menschen dient.

Behandle Deine Mitmenschen, jedes Lebewesen, die ganze Natur auf Gegenseitigkeit, so daß das Prinzip der Ausgeglichenheit gewahrt bleibt und niemals Ausbeutung und Unterdrükkung betrieben wird.

Bemühe Dich, gegen jeden schöpfungswidrigen Zustand anzugehen und ihn aufzuheben.

Diene nur der Wahrheit und Gerechtigkeit.
Trenne Dich niemals von den Natur- und Schöpfungsgesetzen.
Vermeide jegliches Denken und Handeln in Einseitigkeit – also Ausartung.

Ella Läufer, Haag

*

Was Sie da alles von Gott erzählen, ist für mich köstlich, denn seit der Schöpfung tut Gott wirklich nichts mehr. Die Rutschbahn geht immer nach unten. Die Sintflut, der Turmbau zu Babel und das Jüngste Gericht, immer das Gleiche. Kaum ein wenig oben, steigt das Ebenbild Gottes in die Rutschbahn ein und dahin geht es, der Teufel lacht sich ins Fäustchen, denn immer ist es die Schuld des Menschen, sein moralisches Versagen. Ein wahrer faustischer Geist erfüllt die Welt.

Fast käme mir der Verdacht, daß Sie einen stillen Draht zu Jehovas Zeugen unterhalten. Die »Melodie« ist so unheimlich ähnlich.

Sepp Meidl, Villach

*



Der wunderbare Bekenner-Aufsatz von Erika Herbst ist vielen von uns aus dem Herzen gesprochen. Aus tiefstem Ernst und Verantwortungsbewußtsein mahnt sie die Darwin-Anhänger zu Ehrlichkeit, Logik und Rückkehr zu Gott. Mit köstlichem Humor malt sie die – von jenen angenommenen – Versuche der Tiere aus, sich von einer niederen in eine höhere Art zu katapultieren! Wenn auf Kosten der Schöpfungsgeschichte so viel atheistischer, armseliger Hochmut verbreitet worden ist, darf man wohl auch mal lachen!

Ergänzend nun soll hier auf die Tatsache hingewiesen werden, welche die Schöpfung noch größer und wunderbarer erscheinen läßt: Unsere Erde ist keineswegs die einzige Stätte, auf der sich Gott offenbart. Sie ist ein fernster Ausläufer des großen »Es werde«, das sich ursprünglich in rein geistigen Welten vollzog und immer noch zur Wirkung gelangt. Die Schönheit des geistig Geschaffenen übertrifft das von uns Irdischen Wahrnehmbare in einem solchen Maße, daß der eingefleischteste Atheist schnell bekehrt sein würde, hätte er die Möglichkeit, in jene Welten zu schauen.

Maria Laage, Viersen

*

Für mich als Christen hatte die Geschichte von der »Ursuppe«, aus der sich rein zufällig das Leben entwickelt haben soll, von Anfang an einen ziemlich faden Geschmack. Um so mehr freue ich mich, daß kürzlich der Karlsruher Kunststoff-Synthetiker und Ordinarius für Chemische Technik, Bruno Vollmert, mit seiner empirischen Untersuchung über dieses Thema zur störenden Fliege in der Suppe der »Halbgötter« wird und die sorgsam gehüteten Evolutionsmärchen der Neodarwinisten zu Fall bringt.

Jede Erfindung beruht auf einer Idee und hat einen Erfinder. Warum sollte dieser Kausalzusammenhang für die genialste aller »Erfindungen«, das Leben in seinen unüberschaubaren vielfältigen Formen, keine Gültigkeit haben? Wer kann ernsthaft daran glauben, daß das Leben zufällig und ohne Plan und Ziel entstanden ist, gewissermaßen als kosmischer Betriebsunfall?

Offensichtlich ist das Bewußtsein der Menschheit und der Masse der Wissenschaftler auf der darwinschen Evolutionsleiter noch nicht weit genug fortgeschritten, um aus ihrem selbstgenügsamen, anthropozentrisch begrenzten Weltbild herauszufinden. Die Entwicklungstendenz scheint mir jedoch durchaus positiv und vielversprechend zu sein: »Rein zufällig« tauchen in der Spezies homo sapiens immer mehr geniale Mutanten wie Einstein, Planck und Vollmert auf, die bei der Frage nach dem Ursprung des Lebens neue und tiefere Erkenntnisse gewinnen und mit einer stummen Geste einhellig, wenn auch noch ein wenig schüchtern in die richtige Richtung zeigen, nämlich nach oben. Gott sei Dank!

Lothar Lauer, Fulda

Diagnosen
Das zeitkritische Magazin

Verlag DIAGNOSEN GdbR, Untere Burghalde 51,
D-7250 Leonberg, Telefon (0 71 52) 2 60 11

Herausgeber und Chefredakteur: Ekkehard Franke-Gricksch

Redaktion: Gunther Burkhardt

Layout: Grafik Design Team

DIAGNOSEN erscheint monatlich jeweils am letzten Mittwoch des Vormonats.

DIAGNOSEN hat eine Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit der amerikanischen Zeitschrift »The Spotlight«, einer wöchentlichen populistischen Zeitschrift aus Washington. Im Rahmen dieses Abkommens werden eine Reihe nationaler und internationaler Beiträge übernommen und in die deutsche Sprache übertragen. »The Spotlight« wird herausgegeben von der Cordite Fidelity Corporation, 300 Independence Ave., S. E. Washington, D. C. 20003, USA.

DIAGNOSEN kostet als Einzelheft DM 5,– einschließlich 7% Mehrwertsteuer. Das Abonnement kostet jährlich DM 50,– einschließlich 7% Mehrwertsteuer und Porto.

Der Abonnementspreis für das Ausland beträgt jährlich DM 60,– einschließlich Porto.

DIAGNOSEN darf nur mit Verlagsgenehmigung in Lesezirkeln geführt werden.

DIAGNOSEN kann im Abonnement bezogen werden. Bestellungen nimmt jedes Postamt entgegen oder der Verlag DIAGNOSEN, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg.

Das Jahresabonnement kann jeweils mit einer Frist von 8 Wochen zum Ablauf des Abonnementsjahres gekündigt werden. Zahlungen für das Abonnement bitte erst nach Erhalt einer Rechnung.

Vertrieb Handel im In- und Ausland: Verlagsunion, Friedrich-Bergius-Straße 20, Postfach 5707, D-6200 Wiesbaden, Telefon (0 61 21) 2 66-0, Telex 4 186 116.

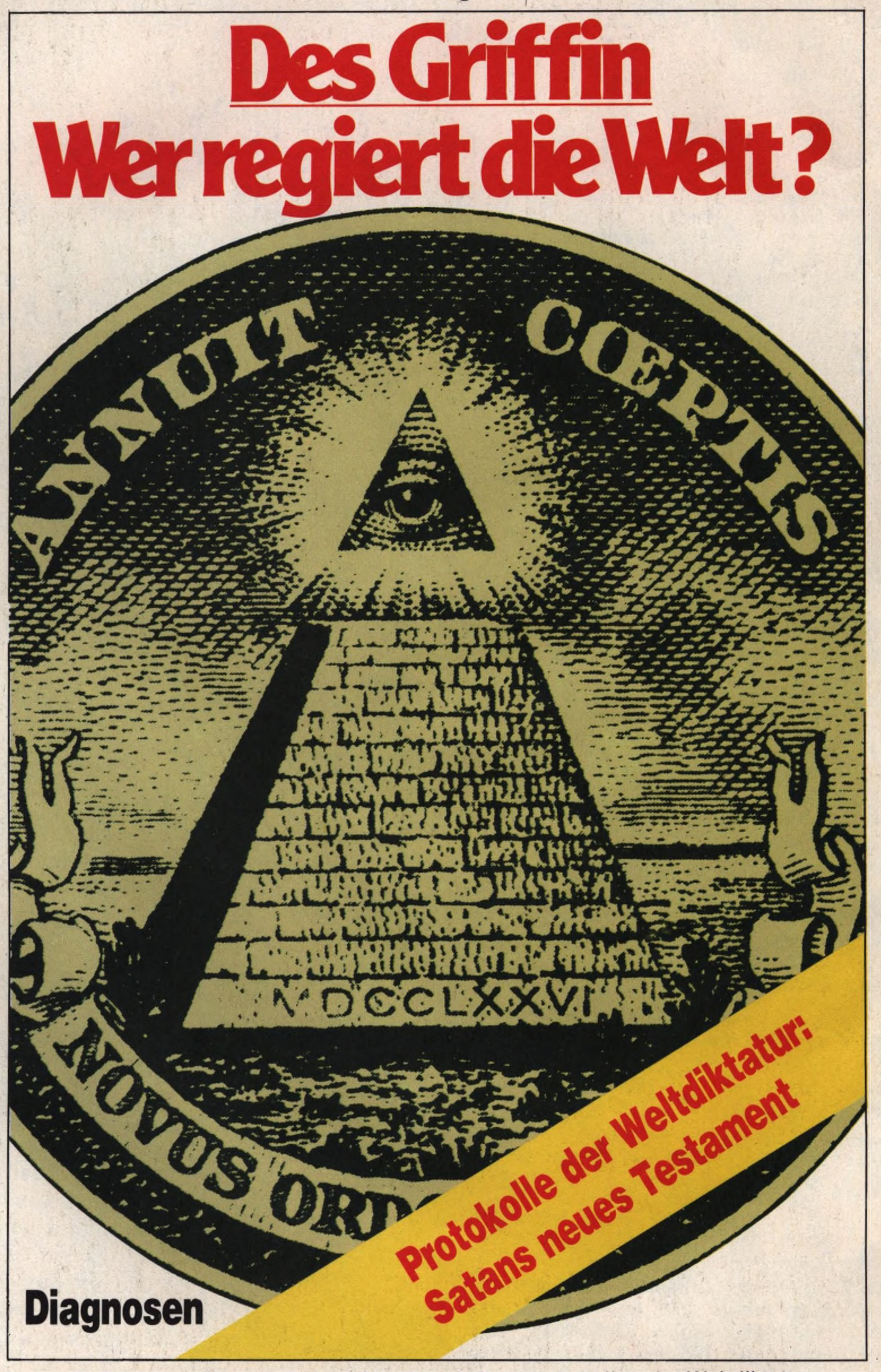
Herstellung: Greiserdruck (Satz und Reproduktionen). Karlsruher Straße 22. D-7550 Rastatt.

Druck: Limmatdruck AG., CH-8957 Spreitenbach

ISSN 0171-5542

Die nächste Ausgabe der Zeitschrift DIAGNOSEN erhalten Sie am 29. Januar 1986 bei Ihrem Buch- oder Zeitschriftenhändler. Sollte er DIAGNOSEN nicht führen, dann fragen Sie Ihren Zeitschriftenhändler danach und bitten Sie ihn, daß er Ihnen die Zeitschrift besorgt.

»Die Welt wird von Persönlichkeiten regiert, die sehr anders sind, als man meint, wenn man nicht hinter die Kulissen schauen kann«, meint Benjamin Disraeli. Dieses Buch informiert über diese massive Verschwörung – einer »verborgenen Hand«, einer »geheimen Kraft«, die die Nationen der Erde in den endgültigen Zusammenbruch führt, damit eine gottlose, totalitäre »Weltherrschaft« errichtet und rücksichtslos durchgesetzt werden kann.



Des Griffin: »Wer regiert die Welt?« mit den Protokollen der Weltdiktatur.
328 Seiten mit 60 Abbildungen. DM / SFR 22,– ISBN 3-923864-01-9
Verlag Diagnosen, D-7250 Leonberg · Zu beziehen über den Buchhandel